

Vorsätzliche Tötungsdelikte in Nord-Nigeria

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

1970

vorgelegt von

Götz Nagel

Assessor

aus Müheln/Sachsen-Anhalt

1977

Dekan : Professor Dr. Karl KROESCHELL

Erstberichterstatter : Professor Dr. Hans-Heinrich JESCHECK

Tag der mündlichen
Prüfung : 9.11.1978

Vorsätzliche Tötungsdelikte in Nord-Nigeria

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Götz Nagel
Assessor
aus Mücheln/Sachsen-Anhalt
1977



für W i t i



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550803_0034

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
A <u>Historischer Überblick und Einführung in das Recht</u> <u>der vorsätzlichen Tötung in Nord-Nigeria</u>	1
I. Quellen des nord-nigerianischen Strafrechts und Geschichte der Rezeption	1
1. Geschichte der Rezeption	1
1.1 Das Strafrecht in Nord-Nigeria während der Kolonialzeit (1900 - 1960)	2
1.2 Das Strafrecht in Nord-Nigeria seit der Unabhängigkeit (1960)	7
2. Die Tötungsdelikte im vorkolonialen Recht	12
2.1 Die Voraussetzungen der Strafbarkeit bei Tötungsdelikten	14
2.2 Die Rechtsfolgen der Tötung	17
2.3. Die Rechtsprechungsorgane	19
II. Stellung der vorsätzlichen Tötungsdelikte im nordnigerianischen Strafrechtssystem	21
1. Der Aufbau der Tötungsdelikte im Penal Code	21
2. Methodik der Gesetzesanwendung	24
B <u>Die Tat</u>	26
I. Die schuldhaft vorsätzliche Tötung	26
1. Die objektive Tatseite	26
1.1 Tod als Voraussetzung	27
1.2 Die Kausalität	28
1.3 Tun und Unterlassen	30
2. Die subjektive Tatseite	32
3. Die strafrechtliche Verfolgung	33
3.1 Allgemeine die strafrechtliche Verantwort- lichkeit ausschließende Gründe (general defences)	33
3.1.1 Deliktsfähigkeit	34
3.1.2 Unzurechnungsfähigkeit	36
3.1.3 Die Rauschtat	39

3.1.4	Irrtum	42
3.1.5	Das Selbsthilferecht	44
3.1.6	Handeln unter Zwang	48
3.1.7	Zufall	50
3.1.8	Aberglaubensbedingte Tötung	51
3.2	Besondere die strafrechtliche Verantwortlichkeit mildernde Gründe (special defences)	55
II. Der Mord		57
1.	Besonderheiten der objektiven Tatseite	57
2.	Die subjektive Tatseite	60
2.1	Die tatsächliche Tötungsabsicht	60
2.2	Die Absichtsvermutung	61
2.2.1	Verletzungsabsicht und Kenntnis der wahrscheinlichen Todesfolge	62
2.2.2	Verletzungsabsicht und Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge	62
3.	Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	64
4.	Dem Mord gleichgestellte Tötungshandlungen	64
4.1	Mord in mittelbarer Täterschaft	64
4.2	Teilnahme an der Selbsttötung eines Minderjährigen bzw. eines Unzurechnungsfähigen	65
4.3	Hinrichtung eines Unschuldigen aufgrund falscher Beweise	67
III. Der Totschlag		70
1.	Die Provokation	70
1.1	Die objektiven Voraussetzungen	71
1.1.1	Begründung der Provokationslage	71
1.1.2	Verlust der Selbstbeherrschung	72
1.1.3	Spontaneität der Reaktion	73
1.1.4	Verhältnismäßigkeit zwischen Provokation und Reaktion	75
1.2	Die subjektiven Voraussetzungen	78
1.3	Irrtumsfälle	79
1.3.1	Irrtum über die Provokationslage	79

1.3.2	Irrtum über den Provokateur	80
1.3.3	Zufällige Tötung eines Nichtprovokateurs	80
2.	Die Überschreitung des Selbsthilferechts	81
2.1	Die objektiven Voraussetzungen	81
2.1.1	Tatsächliches Vorliegen einer Selbsthilfesituation	81
2.1.2	Überschreiten des Selbsthilferechts	82
2.1.3	Anhaltspunkte für die Gutgläubigkeit des Täters	83
2.2	Die subjektiven Voraussetzungen	84
3.	Der Kampf	84
3.1	Die objektiven Voraussetzungen	85
3.1.1	Tätliche Auseinandersetzung	85
3.1.2	Spontaneität des Kampfes	85
3.1.3	Spontaner Streit als Ursache	86
3.1.4	Unkontrollierbarkeit der Gefühle	86
3.1.5	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	86
3.1.6	Besonderheiten in der Handlungsweise	87
3.2	Die subjektiven Voraussetzungen	88
3.3	Abgrenzung zur Provokation	89
4.	Die Einwilligung	90
4.1	Die objektiven Voraussetzungen	90
4.1.1	Die Freiwilligkeit der Einwilligung	90
4.1.2	Einwilligungsfähigkeit des Opfers	91
4.2	Die subjektiven Voraussetzungen	92
4.3	Typische Anwendungsfälle	92
5.	Die Kindestötung	94
5.1	Die objektiven Voraussetzungen	94
5.2	Die subjektiven Voraussetzungen	95
5.3	Der praktische Anwendungsbereich	95
6.	Die Überschreitung von Amtsbefugnissen	96
6.1	Die objektiven Voraussetzungen	96
6.2	Die subjektiven Voraussetzungen	97
7.	Kenntnis der möglichen Todesfolge bei Verletzungsabsicht	97
7.1	Die objektive Tatseite	98
7.2	Die subjektive Tatseite	99
7.3	Der Anwendungsbereich	100

IV. Die versuchte Tötung	102
1. Die objektive Tatseite	104
1.1 Anfang der Ausführung	104
1.2 Unmöglichkeit des Erfolgseintritts	105
1.3 Unterscheidungsmerkmale des Mord- und Totschlagsversuchs	105
2. Die subjektive Tatseite	106
3. Der Rücktritt	107
4. Der fehlgeschlagene Versuch	107
5. Der praktische Anwendungsbereich	108
V. Täterschaft und Teilnahme	110
1. Die Mittäterschaft	110
2. Besondere Formen der Mittäterschaft	113
2.1 Verabredung und Vorbereitung von Delikten	113
2.2 Unerlaubte Versammlungen	114
2.3 Der Bandenraub	117
3. Die Teilnahme	118
3.1 Die Anstiftung	121
3.2 Beihilfe	122
3.3 Die Verabredung als Teilnahmeform	123
VI. Die Sondertatbestände	124
1. Strafbare Handlung mit tödlichem Ausgang	124
1.1 Die vorsätzliche Körperverletzung mit tödlichem Ausgang	124
1.2 Die Schwangerschaftsunterbrechung mit tödlichem Ausgang	126
1.3 Das Gottesurteilsverfahren mit tödlichem Ausgang	127
1.4 Der Tod als Folge eines anderen Delikts	129
2. Die Selbsttötung	130
2.1 Teilnahme an der Selbsttötung eines anderen	130
2.2 Die versuchte Selbsttötung	131

3.	Sondertatbestände außerhalb des Penal Code	139
3.1	Bewaffneter Raub mit tödlichem Ausgang	139
3.2	Freiheitsberaubung und Kindesentführung mit tödlichem Ausgang	139
3.3	Lynchjustiz mit tödlichem Ausgang	139
C.	<u>Die Rechtsfolgen der Tat</u>	139
I.	Der Strafzweck	139
II.	Der Mord	140
1.	Die Todesstrafe	140
2.	Umwandlung der Todesstrafe auf dem Gnadenwege	141
3.	Rechtsfolgen bei Vorliegen begründeter Zweifel	142
4.	Entscheidung bei Unzurechnungsfähigkeit des Täters	143
5.	Entscheidung bei Jugendlichkeit oder Schwangerschaft des Täters	144
III.	Der Totschlag	145
1.	Art der Strafen	145
1.1	Die Freiheitsstrafe	145
1.1.1	Die lebenslängliche Freiheitsstrafe	145
1.1.2	Die zeitige Freiheitsstrafe	145
1.2	Die Geldstrafe	147
1.3	Die Prügelstrafe	147
1.4	Die Möglichkeit der Kompensation	148
2.	Strafzumessungskriterien und Höhe der Strafen	149
3.	Besonderheiten bei der Verurteilung von Kindern und Jugendlichen	150

IV. Sondertatbestände	151
1. Die Todesstrafe als Rechtsfolge	151
2. Freiheitsstrafe als Rechtsfolge	152
3. Andere Möglichkeiten	153
D. <u>Besondere prozeßrechtliche Probleme</u>	154
I. Die sachliche Zuständigkeit der Strafverfolgungsorgane	154
1. Die Ermittlungsbehörde	154
2. Der Magistrates' Court	155
3. Die Anklagebehörde	156
4. Der High Court	157
5. Der Supreme Court	157
6. Tribunale und Sondergerichte	158
7. Die Jugendgerichte	160
II. Die Beweislastverteilung	161
1. Beweislast der Anklage	161
2. Beweislast des Angeklagten	161
3. Beweislast des Gerichtes	163
III. Die Beweismittel	164
1. Das Geständnis des Angeklagten	164
2. Der Zeugen- und Augenscheinsbeweis	165
3. Der Sachverständigenbeweis	166
4. Das Opfer als Beweismittel	168
5. Der Indizienbeweis	169
6. Die Bedeutung des Übersetzers	170

E.	<u>Tötungskriminalität in Nord-Nigeria</u>	111
I.	Vorbemerkung zum Material und zur Methode	111
II.	Ergebnisse der Erhebung	112
1.	Merkmale der Täterpersönlichkeit	112
1.1	Stammes-, Religions- und Schichtzugehörigkeit	112
1.2	Alter und Geschlecht	113
1.3	Vorsatz, Motiv und pathologische Befunde	113
1.4	Begehungsweise und Tatwerkzeug	113
2.	Sozialmerkmale des Opfers	114
3.	Tatsituative Merkmale	115
3.1	Der Tatort	115
3.2	Die Tatzeit	115
3.3	Die Todesfolge	115
3.4	Tatgenossenschaft	115
3.5	Täter-Opfer-Beziehung	115
3.6	Die Bedeutung von Rauschmitteln	115
4.	Merkmale im Sanktionsprozeß	117
4.1	Die Anklage	117
4.2	Die erste Instanz	117
4.3	Die Rechtsmittelinstanz	117
5.	Versuch einer Deutung der Ergebnisse	121
5.1	Aussagen über die Tötungskriminalität in Nord-Nigeria	121
5.2	Die Tötungskriminalität im Sanktionsprozeß	122

F	<u>Das Stadium der Eigenständigkeit und die gesellschaftliche Bedeutung des Rechts der vorsätzlichen Tötung in Nord-Nigeria</u>	234
	I. Stand der Rezeption	234
	II. Die Funktion des Rechts der vorsätzlichen Tötungsdelikte in der nord-nigerianischen Gesellschaft - Anspruch und Wirklichkeit	242
	1. Die Prävention	243
	2. Die Vereinigung der Strafrechtssysteme	247
	3. Die Integration der Ethnien	249
	4. Die Identifizierung mit dem Wertgefüge	250
G	<u>Anhang</u>	254
	I. Abkürzungsverzeichnis	254
	II. Literaturverzeichnis	256
	III. Statistiken	265
	IV. Referate	266
	V. Arbeitsgespräche	266
	VI. Verzeichnis der zitierten Entscheidungen und Fälle	267

A. Historischer Überblick und Einführung in das Recht der vorsätzlichen Tötungsdelikte in Nord-Nigeria

I. Quellen und Geschichte des nordnigerianischen Strafrechts

1. Geschichte der Rezeption

Am 1. Oktober 1960, dem Tag der Unabhängigkeit Nigerias, trat in seiner Nordregion¹ ein eigenes Strafgesetzbuch, der Penal Code (NPC), in Kraft. Damit war gleichzeitig die Geltung des bislang für ganz Nigeria anwendbaren Criminal Code (CC) in der Nordregion aufgehoben und die bislang formal bestehende Rechtseinheit in Nigeria auf dem Gebiet des Strafrechts beseitigt, wenn auch der Criminal Code und der neue Penal Code gleichermaßen auf dem englischen 'criminal common law' basieren.

Von einer Rezeption des englischen Strafrechts kann erst seit der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit gesprochen werden^{1a}. Da während der Kolonialzeit die Entscheidungs- und Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Strafrechts bei der britischen Kolonialverwaltung lag, war erst seit jenem Zeitpunkt eine freiwillige Übernahme englischer Strafrechtsprinzipien möglich. Deshalb beginnt die Rezeption in Nordnigeria mit dem Inkrafttreten des NPC.

Die Entwicklung des nordnigerianischen Strafrechts- und Gerichtssystems ist eng mit der Kolonialgeschichte des Landes verknüpft. Da für die Rezeption der englischen Strafrechtsgrundsätze zweifellos die Rechtsentwicklung während der Ko-

1 Das Gebiet der vormaligen Bundesstaaten North-West, North-Central, Kano, North-East, Benue-Plateau und Kwara (bis März 1976) und gegenwärtigen Bundesstaaten Bauchi, Benue, Borno, Gongola, Kaduna, Kano, Kwara, Niger, Plateau und Sokoto.

1a Rezeption als die bewußte und freiwillige Übernahme fremden Rechts im Gegensatz zu Oktroyierung (erzwungene Übernahme); Begriffe nach Rheinstein, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 127.

lonialzeit von großem Einfluß war, ist zum Verständnis der Zusammenhänge zunächst eine Betrachtung des Strafrechts in Nordnigeria zu jener Zeit erforderlich.

1.1 Das Strafrecht in Nordnigeria während der Kolonialzeit (1900 - 1960)

Vor dem 1. Oktober 1960 gab es in Nordnigeria drei verschiedene Strafrechtssysteme.

1904 wurde in Nordnigeria von dem damaligen, mit voller Exekutiv- und Rechtsprechungsgewalt ausgestatteten Hohen Kommissar Lord Lugard ein Strafgesetzbuch, der Criminal Code (CC), eingeführt. Diese Kodifizierung, die auf dem Queensland Criminal Code von 1899 basierte, welchem wiederum das englische 'Common Law' zugrunde lag², erlangte 1916 auch in Südnigeria Geltung. Bis 1904 fand in Nordnigeria aufgrund der Proklamation der Protektoratsverwaltung mit Wirkung vom 1.1.1900 das zu der Zeit geltende englische 'common law' direkte Anwendung³. Dementsprechend war auch die Einführung des englischen Gerichtssystems naheliegend; mit der Einrichtung eines Supreme Court war 1900 ein Anfang gemacht worden, der nach zwischenzeitlich wiederholter Änderung der Gerichtsverfassung schließlich 1954 mit der Einrichtung von 'Magistrates' und High Courts für die Strafgerichtsbarkeit seine Fortsetzung unter britischer Kolonialherrschaft fand⁴.

Zwar waren durch die britische Kolonialverwaltung Folter,

2 Elias, Law and Social Change, S. 182.

3 Elias, Nigeria, S. 310; Crowder, West Africa, S. 132.

4 Nwabueze, The machinery, S. 78.

Verstümmelungs- sowie ausgefallene Todesstrafen abgeschafft worden⁵, gemäß dem Verwaltungsprinzip der 'indirect rule'^{5a} aber nicht das traditionelle einheimische Strafgewohnheitsrecht (native law and custom). Jenes hatte seine Grundlagen in zwei verschiedenen Strafrechtssystemen, nämlich dem islamischen Strafrecht der Maliki-Schule als dem einen sowie dem lokal ausgebildeten Strafgewohnheitsrecht als dem anderen Teil des 'customary criminal law'. Allerdings waren die Grenzen zwischen diesen beiden Rechtssystemen fließend, zumal das lokale Strafrecht in den islamischen Gebieten weitgehend vom Maliki-Strafrecht überlagert wurde. Infolgedessen besteht die Tendenz, daß vorherrschende Maliki-Strafrecht mit dem 'customary criminal law' Nordnigerias schlecht hin gleichzusetzen⁶, so daß das Verhältnis der Strafrechtssysteme in Nordnigeria im wesentlichen als dualistisch bezeichnet werden konnte.

Dieser Dualismus fand seinen Ausdruck zwangsläufig auch in einem entsprechenden Gerichtsaufbau.

Vor 1900 gab es in Nordnigeria zahlreiche sog. 'customary courts', die während der Fulani-Herrschaft dort eingerichtet worden waren und bis dahin kaum kolonialer Kontrolle unterlagen⁷. 1900 wurden dann neben den englischen Gerichten, deren Zuständigkeit für Nigerianer und Nicht-Nigerianer begründet wurde, wenn sich deren rechtliche Beziehungen nach englischem Recht richteten und an denen ausschließlich nach englischem materiellen und prozessualen Strafrecht von ausgebildeten Richtern Recht gesprochen wurde, einheimische

5 Milner, The Sanctions, S. 174 (mit weiteren Nachweisen: Anm. 8); vgl. auch Huber, Strafrechtsdualismus, S. 238.

5a i.r. = indirekte Herrschaft durch Beibehaltung bestehender Autoritäts- und Verwaltungsstrukturen; die Kontrolle über die eingeborenen Herrscher wurde von englischen Beratern bzw. vom zuständigen Gouverneur ausgeübt. Dieses Herrschaftssystem war um 1900 von Lord Lugard zunächst in Uganda erprobt worden (s. Ansprenger, Afrika, S. 23).

6 Aguda, Principles, S. 19.

7 Milner, Penal System, S. 22 (Bei den Fulani handelt es sich um ein aus dem Senegal stammendes Nomadenvolk, das im 11. Jahrhundert seine Heimat verlassen hatte und im 19. Jahrhundert über Nord-Nigeria hinaus bis nach Nord-Kamerun vorgedrungen war - zur Geschichte Nord-Nigerias s. u. S. 12 f.).

Gerichte, die Native Courts, von der Protektoratsverwaltung eingerichtet und von den traditionell vom Islam her mit exekutiver sowie judikativer Gewalt ausgestatteten 'native authorities' (NA) verwaltet. Diese Native Courts erhielten eine fünfstufige Einteilung, die sich an der Strafkompetenz und damit an der Zuständigkeit orientierte. Die Native Courts Grade A, als Emirs- bzw. Chiefs Court eingerichtet, hatten beispielsweise unbeschränkte Strafkompetenz, waren folglich insbesondere für Tötungsdelikte zuständig⁸. Die Richter der zuständigen unteren Gerichte, die Alkalis, hatten keine Hochschulbildung, waren aber an Koranschulen, in Lehrgängen oder durch Selbststudium ausgebildet worden; ihnen oblag die Rechtsprechung in den Fällen weniger schwerer Delikte.

Bei den Native Courts wurde der Angeklagte nicht durch einen Strafverteidiger vertreten, konnte aber Familienangehörige zu seinem Beistand herbeiziehen. In einfachen Fällen fand die Verhandlung mündlich vor dem Alkali bzw. dem Kollegialgericht statt, in komplizierteren sowie in solchen mit starkem öffentlichen Interesse (z.B. bei Tötungsdelikten) sollte das Urteil erst nach einer schriftlichen Niederlegung verkündet werden⁹. Eine förmliche Anklage gab es an den Native Courts ebenfalls nicht. Kam die Todesstrafe wegen eines Tötungsdelikts in Betracht, mußten die Wünsche der Blutsverwandten des Opfers gehört werden, da sie auf eine mögliche Gnadenentscheidung von erheblichem Einfluß waren¹⁰.

Als schwierig stellte sich aber heraus, in den nicht-islamischen Gebieten Nord-Nigerias Gerichte auf traditioneller Basis einzurichten, da sich in den Stammesgesellschaften die einzelnen Gewalten auf verschiedene Autoritäten verteilten; wo es einen

8 . Allott, Judicial and Legal Systems, S. 76; Anderson, Maliki Law of Homicide, S. 175.

9 Richardson, Notes, S. 4.

10 Nwabueze, The machinery, S. 243 f.; Richardson, Notes, S. 149

Häuptling bzw. einen Häuptlingsrat gab, wurde die Gerichtsbarkeit auf diese als Native Courts übertragen, im übrigen ernannte die Protektoratsverwaltung eine bestimmte Zahl von Stammesangehörigen zu Richtern und bildete Native Courts in Form von Kollegialgerichten¹¹. 1934 war versucht worden, die Zuständigkeit nach Kriterien wie Lebensweise, Ausbildung und Schichtenzugehörigkeit des Angeklagten zu regeln, 1956 vom dauernden Aufenthalt, der Lebensweise bzw. der Einwilligung des Angeklagten oder von einer besonderen Zuweisung durch den Gouverneur die Zuständigkeit eines Native Courts abhängig zu machen, bis schließlich 1958 dem Angeklagten nach ausdrücklichem Hinweis durch den Vorsitzenden des Native Courts ein Wahlrecht eingeräumt wurde¹². Über 90%¹³ aller Fälle wurden an den Native Courts entschieden, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse der Mehrheit angemessener berücksichtigen konnten; denn der Prozeßverlauf an einem englischen Gericht mit seinen strengen Formalien, mit seiner fremden Sprache und in einer dem Beschuldigten meist nicht vertrauten Umgebung war für einen Einheimischen schwer durchschaubar¹⁴.

Vor 1933 fand an den Native Courts der Criminal Code keine Anwendung, sondern ausschließlich 'customary law', also weit verbreitet das Maliki-Recht. Das konnte zu erheblichen Konflikten führen, wenn jemand wegen einer Tötung nach einer Provokation angeklagt war, die nach Maliki-Recht als Mord die Todesstrafe, nach dem Criminal Code aber als Totschlagsdelikt lediglich eine zeitige Freiheitsstrafe zur Folge hatte. Die Todesstrafe konnte allerdings nicht ohne

11 Nwabueze, The machinery, S. 73.

12 Nwabueze, The machinery, S. 108; Richardson, Opting out, S. 122; Allott, Essays, S. 167.

13 Nienhaus, Typ. Konflikte, S. 63; Richardson, Opting out, S. 22; Allott, Judicial and Legal Systems, S. 77; Anderson, Islamic Law, S. 173.

14 Temple, Native races, S. 194.

Zustimmung des Gouverneurs (später des Innenministers) vollstreckt werden¹⁵.

Wegen der relativ unklaren Zuständigkeitsregelung, ob das Delikt nun vor einem Native Court oder einem High Court zu verhandeln war, wurde zunächst eine recht willkürliche Zuweisung praktiziert, die für den Täter erhebliche Konsequenzen hinsichtlich des Strafmaßes haben konnte.

Zur Beseitigung dieser Rechtsunsicherheit wurde durch die britische Kolonialverwaltung bzw. der Rechtsprechung der englischen Gerichte wiederholt die Selbständigkeit der Native-Court-Rechtsprechung eingeschränkt. So war beispielsweise die Strafgewalt der Native Courts dadurch begrenzt worden, daß die im Criminal Code vorgesehenen Strafen als Leitlinien zu gelten hatten, der Strafraum sollte sich nach dem Criminal Code und 'customary law' richten, wodurch die Strafgewalt der Native Courts kaum verändert wurde.

Es entschied beispielsweise der West African Court of Appeal in einem Fall, in dem der Angeklagte wegen einer Tötung nach Maliki-Recht zum Tode verurteilt wurde, in dem nach dem Criminal Code aber lediglich Totschlag gegeben war, daß der Strafausspruch der Native Courts nur in Übereinstimmung mit dem Criminal Code zu treffen sei¹⁷. Allerdings erhielten die Rechtsmittelgerichte weitere Kompetenz zur Konfliktlösung¹⁸, bis schließlich seit 1951 eine Strafe nach 'customary law' die im Criminal Code für das entsprechende Delikt vorgesehene Höchststrafe nicht mehr überschreiten durfte¹⁹; auf die rechtliche Beurteilung wirkte sich das aber nicht aus. Ein weiterer Schritt zu größerer Rechtssicherheit wurde 1954/55²⁰ getan, als dem High Court, der inzwischen als Rechts-

15 Keay and Richardson, The native and customary courts, S. 58.

16 Park, The sources, S. 135.

17 Gubba v. Gwandu N.A., 1947, 12 West African Court of Appeal 141 in Auguda, Principles, S. 183; dazu auch Huber, Strafrechtsdualismus, S. 231.

18 Native Courts Ordinance No. 36 von 1948.

19 Milner, Penal Systems, S. 27; Anderson, Islamic Law, S. 173; Allott, Judicial and Legal Systems, S. 77.

20 s. 40 A Native Courts (Amendment) Ordinance No. 2 von 1951.

mittelinstanz für Entscheidungen der Native Courts Grade A zuständig geworden war, gesetzlich die Aufgabe übertragen wurde, über seine eigene erstinstanzliche Zuständigkeit abgesondert zu entscheiden. Unter Umständen mußte er selber traditionelles Recht anwenden²¹, insbesondere als Rechtsmittelinstanz über Entscheidungen der Native Courts; bei Kapitalverbrechen war zur Kontrolle und Unterstützung der High Courts ein Alkali als Beisitzer zugeordnet²². Da der Supreme Court seit 1954 als weitere Rechtsmittelinstanz die Einheitlichkeit der Rechtsanwendung, insbesondere der Strafbemessung überwachen konnte, war die Rechtseinheit und damit die Rechtssicherheit wegen deren Tragweite zumindest hinsichtlich der Tötungsdelikte garantiert und letztlich das englische Strafrechtssystem zum Maßstab geworden²³.

1.2 Das Strafrecht in Nordnigeria seit der Unabhängigkeit (1960)

Mit dem Inkrafttreten des NPC am 1. Oktober 1960 (verabschiedet am 26. September 1959) begann die eigentliche Rezeption des englischen 'criminal common law'²⁴. Aufgrund der Vereinheitlichung der verschiedenen Rechtssysteme durch diese Kodifizierung waren die zahlreichen bestehenden Konflikte beseitigt. Lediglich das geschriebene Recht des NPC sowie seiner Nebengesetze durfte von nun an angewendet werden; soweit das 'native and customary law' keinen Eingang in den NPC gefunden hatte, war es damit zu einem Bestandteil der Rechtsgeschichte geworden²⁵.

21 S. 34 High Court Law von 1955 (No. 8 von 1955); Northern Region Native Courts Law, No. 6 von 1956 (S. 67), s. a. Jalo Tsamiya v. Bauchi N.A., Federal Supreme Court, October 26, 1956.

22 Keay and Richardson, The native and customary courts, S. 59.

23 Der Instanzenzug bei Tötungsdelikten: N.C. Grade A - Moslem Court of Appeal-High Court - Supreme Court.

24 Siehe dazu Allott, New Essays, S. 57.

25 S. 3 (2) NPC.

Der NPC hat, wenn er auch im wesentlichen auf dem englischen 'criminal common law' beruht, traditionelle Elemente übernommen. Es lag nahe, den seit 1899 bewährten sudanesischen Penal Code als Vorlage zu verwenden²⁶, da die historischen, ethnischen, politischen, wirtschaftlichen sowie religiösen Gegebenheiten im Sudan den nordnigerianischen weitgehend entsprachen²⁷. Der bis zur Unabhängigkeit gültige CC hatte sich als ungeeignet für Nordnigeria erwiesen, da er die traditionell gewachsenen islamischen Belange nicht ausreichend berücksichtigte und deshalb bei der überwiegenden Zahl der islamischen Juristen auf Ablehnung stieß. Die wesentlichen Abweichungen des nordnigerianischen vom sudanesischen PC beruhen auf der zusätzlichen Kriminalisierung einzelner Handlungsweisen²⁸ (wie z.B. Hexerei, Gottesurteilsverfahren, das Tragen von Amuletten) sowie zur Wahrung der Rechtseinheit auf der Anpassung der Strafandrohungen in Art und Höhe an den CC; im übrigen mußte Rücksicht darauf genommen werden, daß manche Tatbestände (z.B. politische Straftaten) als Teil des NPC in ausschließlicher Gesetzgebungskompetenz des Bundes liegen²⁹.

Der sudanesische PC wiederum - wie unter anderem auch die Strafgesetzbücher Pakistans, Malaysias, Birmas, Ceylons³⁰ - war eng an den indischen Penal Code (IPC) angelehnt, der seinerseits, 1834 u.a. von Macaulay, dem Präsidenten der Kommission, entworfen, im Jahre 1860 in Kraft getreten war³¹. Die damaligen Verhältnisse in Indien entsprachen den nordnigerianischen und sudanesischen. Mit einzelnen Abweichungen

26 Gledhill, The penal codes, S. 18; Richardson, Notes, S. 1.

27 Der NPC wurde unter Vorsitz von S.M. Abu Rannat, Chief Justice of the Sudan, entworfen (Gledhill, The penal codes, S. 18).

28 T.O. Elias, Some Considerations, S. 3.

29 T.O. Elias, Nigeria, S. 380.

30 Gledhill, The penal codes, S. 18; Richardson, Notes, S. 2.

31 Aguda, Principles, S. 19; deutsche Übersetzung des IPC durch Dahm, das Indische Strafgesetzbuch, Berlin 1954.

war englisches Strafrecht in einigen Teilen Indiens durch Dekret eingeführt und überall an den Gerichten der East India Company angewendet worden; im übrigen galt aber islamisches, hinduistisches bzw. lokales Strafrecht. So ergab sich die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der verschiedenen Strafrechtssysteme unter weitgehender Berücksichtigung der Rechtsauffassung der damals islamischen Majorität sowie der Berücksichtigung der Besonderheiten der Minoritäten. Als Basisrecht diente das englische 'criminal common law',³².

Vom englischen 'common law' von 1834 wurde bei der Kodifizierung des indischen Strafrechts unter anderem hinsichtlich der Skala der Strafandrohungen (z.B. die Reduzierung der angedrohten Todesstrafe auf eine geringere Zahl von Delikten) wesentlich abgewichen³³, ferner hinsichtlich der Einteilung der Delikte (statt Trichotomie von 'treasons', 'felonies', 'misdemeanours' des englischen 'common law' keine Unterteilung bzw. lediglich mittelbar nach der Zuständigkeit der Gerichte bzw. dem Grad der Verantwortlichkeit) sowie bei der begrifflichen Klassifizierung der Tötungsdelikte. Im sudanesischen sowie nordnigerianischen PC wird allerdings versucht, die wenig differenzierte Abgrenzung³⁴ zwischen der Tötung, die mit der Todesstrafe bedroht ist, und der, die nicht mit dieser Strafe bedroht ist, durch Erläuterungen (illustrations and explanations) weiter zu konkretisieren. Bei der Regelung der fahrlässigen Tötung hat sich der Gesetzgeber Nord-Nigerias allerdings enger an das englische 'common law' angelehnt als an die Vorlagen des sudanesischen bzw. indischen PC, in denen dieses Delikt als anderes Vergehen angesehen und somit als Sondertatbestand geregelt wurde.³⁵

32 Gledhill, The penal codes. S. 15.

33 Richardson, Notes, S. 2.

34 Gledhill, The penal codes, S. 15.

35 Gledhill, The penal codes, S. 463.

Während der Dualismus zwischen dem islamischen und dem englischen Strafrecht Nord-Nigerias durch den NPC abgeschafft worden war, bestand das duale Gerichtssystem von englischen (Magistrates Courts, High Courts, Supreme Court) und einheimischen Gerichten (Native Courts Grade A) zunächst noch fort³⁶; auch im Strafvollzug war ebenfalls noch an der Zweispurigkeit festgehalten worden³⁷. Die neugeschaffene Strafprozeßordnung für Nordnigeria (CPC), die gleichzeitig mit dem NPC als dessen Ergänzung in Kraft trat und die seit 1945 in ganz Nigeria geltende Criminal Procedure Ordinance (Cap. 43) ablöste, band zwar sofort die englischen, nicht aber die weiterbestehenden einheimischen Gerichte, die sich für eine Übergangszeit lediglich an den wesentlichen Grundsätzen des CPC zu orientieren hatten³⁸. Dies hatte zum Beispiel zur Folge, daß Rechtsmittel nur bei schweren Verfahrensfehlern erfolgreich waren³⁹.

Hinsichtlich der Behandlung der Tötungsdelikte, für die auch weiterhin die Native Courts Grade A zuständig waren, wurden aber die Bestrebungen der ehemaligen Kolonialmacht, diesbezüglich die Verfahren und Urteile einer stärkeren Reglementierung und Kontrolle zu unterwerfen, durch die nord-nigerianische Legislative und Exekutive fortgesetzt. Neben einer ausdrücklichen und genauen gesetzlichen Regelung des Strafverfahrens an den Native Courts bei Kapitalverbrechen⁴⁰ wurden besondere Bestimmungen zur genauen Überprüfung von Todesurteilen erlassen, wonach u.a. nach der Verkündung der Urteile unverzüglich ein Bericht einschließlich aller Protokolle und anderer schriftlicher Aufzeichnungen sowie eine Ergänzung durch Hintergrundinformationen der Regionalregierung

36 1966 wurde der Moslem Court of Appeal abgeschafft; deshalb folgender Instanzenzug: NC Grade A - HC - SC bei Tötungsdelikten (Keay and Richardson, The native and customary courts, S. 55).

37 In Nord-Nigeria gab es zu Beginn der Unabhängigkeit (um 1960) 55 Bundesgefängnisse nach englischem Verwaltungssystem und 57 Gefängnisse der Native Authorities (vgl. Milner, The Control of Crime, S. 680).

38 Richardson and Williams, The CPC, S. 234.

39 Richardson, Notes, S. 7.

40 S. 394 f. CPC; Northern Region High Court (Appeals from Native Courts Rules, 1960 (Rechtsmittelleitungen): Anderson, Islamic Laws, S. 175.

vorzulegen waren⁴¹. 1964 unterstellte man die Native Courts zunächst der Kontrolle des Chief Justice am High Court, dann der Regierung⁴², bis schließlich 1967 im Zuge der Gewaltenteilung die Funktionen der Emirate auf die Verwaltung beschränkt sowie alle Emir's und Chiefs Courts abgeschafft⁴³ und an deren Stelle sogenannte Area Courts als traditionelle Gerichte eingerichtet wurden. Die Umwandlung von Native in Area Courts mit entsprechender Graduierung nach der Strafgewalt hatte mehr den Charakter einer einfachen Umbenennung, da das dualistische System im Strafprozeß und in der Gerichtsverfassung beibehalten wurde, allerdings mit der sehr wesentlichen Ausnahme, daß keinem Area Court mehr die Strafgewalt in Tötungsdelikten zustand. Dafür waren jetzt ausschließlich die High Courts erstinstanzlich zuständig⁴⁴.

Seitdem war zunächst hinsichtlich dieser schwersten Deliktsart materiell sowie prozessual der Dualismus in Nordnigeria beseitigt und eine einheitliche Rechtsanwendung erreicht. Entsprechende Veränderungen gab es auch in bezug auf die Exekution der Todesstrafe, die bis etwa 1930 durch Hängen (aufgrund des Urteils eines englischen Gerichts) bzw. durch öffentliche Enthauptung (aufgrund des Urteils eines einheimischen Gerichts), seit 1960 aber einheitlich durch Hängen erfolgt.⁴⁵

41 Circular No. 28/1960 des Ministry of Internal Affairs vom 17. Dezember 1960 in Richardson and Williams, The CPC, S. 234.

42 Nienhaus, Typische Konflikte, S. 64.

43 Nienhaus, Verwaltungsreform, S. 439.

44 Ijaodola, A care. S. 140; Ojo, Recent reforms, S. 75f.

45 Bei Delikten gegen das Robbery and Firearms (Special Provisions) Decree, 1970 (s. 1(3) (Fed.) Wahl zwischen Erhängen und Erschießen.

2. Die Tötungsdelikte im vorkolonialen Recht

Im heutigen Nordnigeria dominieren vier ethnische Hauptgruppen, nämlich die gemischt hamitisch-negroiden Hausa, die hamitischen Fulani, die negroiden Kanuri und die negroiden Tiv⁴⁶.

Anfang des 19. Jahrhunderts hatte das Nomadenvolk der Fulani (auch Fulbe genannt) die Eroberung der in loser Konföderation verbundenen Haussastadtstaaten in Nordnigeria abgeschlossen. Unter Beibehaltung der bestehenden Herrschaftsstrukturen waren die Hausa-Dynastien nun von Fulbe-Emiraten abgelöst worden⁴⁷. Sie begnügten sich nicht damit, den Islam und seine strengen Regeln allgemein durchzusetzen, sondern vernichteten die in den damaligen Archiven befindlichen zahlreichen Aufzeichnungen über die Geschichte der Hausa; diese Aufzeichnungen stellten eine absolute Ausnahmeerscheinung im Schwarzafrika der vorkolonialen Zeit dar. Damit ist wahrscheinlich auch ein möglicher Fundus an Quellen über das autochthone Recht der Mischbevölkerung aus Einheimischen und der seit dem 7. Jahrhundert aus dem nordafrikanischen Raum Eingewanderten verlorengegangen. Traditionell hatten die Fulani ebenfalls eine animistische Weltanschauung⁴⁸; lediglich die dominierenden Familien hatten den Islam als Herrschaftsinstrument erkannt und zu ihrem Glauben erklärt. Seit Anfang des 16. Jahrhunderts geschah gleiches in den Hausa-Dynastien⁴⁹. Aufgrund der Unterdrückung bzw. der Anpassung des vormaligen Strafrechts an das nun herrschende Recht der Maliki-Schule handelte es sich bei dem vorkoloni-

46 Nach der Volkszählung von 1952/53: 8,5 Mio Hausa/Fulani nach Morgan and Pugh, West Africa, S. 705; nach der Volkszählung von 1963: 11,6 Mio Hausa, 4,8 Mio Fulani, 2,3 Mio Kanuri und 1,4 Mio Tiv. Nach Ansprenger, Afrika, S. 197.

47 Georgi, Geteilte Stämme, S. 670; Jacob, Grundzüge der Geschichte Afrikas, S. 63.

48 Page, A History, S. 35.

49 Nienhaus, Typ. Konflikte, S. 9; Hiskett, A critical introduction, S. 58.

alen Recht der von den Haussa/Fulani überwiegend bewohnten Gebiete der jetzigen Bundesstaaten North-West, North-Central und Kano fast ausschließlich um ein islamisches Recht. Die Kanuri, die Mischbevölkerung des ehemaligen fast tausendjährigen Sudanreiches Kanem-Bornu (800 bis 1800)⁵⁰ und des heutigen North-Eastern State, wiesen eine ähnliche Gesellschaftsstruktur und staatliche Organisation mit deutlich ausgeprägter Hierarchie sowie einem gut entwickelten eigenen Steuer- und Gerichtswesen auf wie die Haussa-Fulani-Regionen. Erklärlicherweise war und ist deshalb der Islam auch dort die dominierende Religion⁵¹. Auch bei der im Gebiet des heutigen Bundesstaates Kwara lebenden ethnischen Gruppe der Yoruba setzten sich auf die Dauer die Einflüsse des Islam durch und verdrängten zwangsläufig auch die traditionelle Rechtsauffassung, insbesondere hinsichtlich der Kapitalverbrechen. Überall dort, wo sich aufgrund der einheitlichen sprachlichen, kulturellen und religiösen Entwicklung in Nordnigeria der Islam durchgesetzt hat, ist unter 'native law and custom' im wesentlichen das Maliki-Recht mit möglichen Elementen des autochthonen Rechts zu verstehen⁵².

Dagegen blieben die Tiv, im heutigen Benue-Plateau-State lebende Semi-Bantu, von den Einflüssen des Islam unberührt, konnten demgemäß ihre traditionelle, einheimische Rechtsauffassung weiterbewahren⁵³.

50 Davidson, Afrika-Stämme, S. 70; Bertaux, Afrika, S. 75.

51 Seidman, Law and Economic Development, S. 16.

52 Ähnlich Nienhaus, Typische Konflikte, S. 6.

53 Weitere Nachweise zur Geschichte Nordnigerias siehe Jacob, Grundzüge, S. 62 ff.; Meyer, Handbuch, S. 186 ff. und Suret-Canale, Schwarzafrika, S. 100 ff.

2.1 Die Voraussetzungen der Strafbarkeit bei den Tötungsdelikten

Das dominierende Strafrecht im vorkolonialen Nordnigeria war folglich islamischen Ursprungs. Eine klare Trennung zwischen Straf- und Zivilrecht gab es nicht, denn beim islamischen Recht, dessen Hauptquelle, der von Gott gegebene und in seiner Fassung deshalb unveränderliche Koran, einen umfassenden Verhaltenskodex mit Wirkung für den gesamten Lebensbereich darstellt⁵⁴, handelt es sich um einen integralen Bestandteil der Religion⁵⁵. Insbesondere hat sich die Maliki-Rechtsschule, eine der vier Rechtsschulen der Sunniten, in Nordnigeria wie im gesamten islamisch-schwarzafrikanischen Westen durchgesetzt, da nach ihr die naturreligiöse Anschauung sowie das Gewohnheitsrecht nicht aufgegeben, sondern nur Allah unterstellt zu werden brauchten, zumal die traditionell polygame Gesellschaftsstruktur der des Islam ohnehin ähnelte⁵⁶.

Das Maliki-Recht ist ein geschriebenes Recht. Während im klassischen islamischen Recht die Tötung eines anderen im wesentlichen privatrechtliche Folgen auslöste und die Frage des materiellen Ausgleichs (Kompensation) im Vordergrund stand, wurde sie nach dem Maliki-Recht auch als Straftat angesehen. Zusätzlich zu dem privaten Ausgleichsanspruch bestand jetzt ein Strafanspruch. Dabei war die kriminelle Verantwortlichkeit völlig unabhängig von der Schuld des Täters, d.h. unabhängig z.B. von Absicht oder Fahrlässigkeit, sondern allein abhängig von der Verursachung. Nach dem Maliki-

54 Weitere Rechtsquellen: Sunna (Leben und Reden des Propheten), Ijma (Lehre der islamischen Schulen), Qijas (Analogie von Koran und Sunna) in Agbede, Application, S. 119.

55 Anderson, Conflict, S. 443.

56 Anderson, Islamic Law in Africa, S. 195 ff.; Hiskett, The Development of Islam, S. 58 f.

Recht wurden bei den Tötungsdelikten zwei Arten unterschieden, nämlich bewußte und versehentliche (accidental) Tötung. Die Todesverursachung war folglich in jedem Fall strafbar; es waren aber für die vorsätzliche und die versehentliche Tötung eines anderen unterschiedlich schwere Sanktionen vorgesehen. 'Mens rea' in Form von Absicht deduzierte man dabei aus den Umständen der Tatbegehung. Der Begriff der Absicht war weit gefaßt und erstreckte sich auch auf den Vorsatz, bei dessen Vorliegen die Tötung als Totschlag im Sinne des englischen 'common law' klassifiziert wurde; eine mögliche Provokation war insoweit ohne Einfluß. Allerdings fand das Notwehrrecht, worunter neben der Selbstverteidigung auch die Nothilfe sowie die Besitznotwehr verstanden wurde, als Rechtfertigungsgrund für eine Tötung Anerkennung, sofern es sich um die Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs handelte, jener Angriff nicht selbst provoziert worden und keine adäquate Alternative zur Abwehr gegeben war (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)⁵⁷. Die versehentliche Tötung umfaßte die Tötung als Folge jeglicher Art von Fahrlässigkeit, aber auch die als Folge unverschuldeter Verursachung; es fielen aber auch Tötungen in diesen Bereich, die durch Jugendliche vor der Pubertät bzw. durch Zurechnungsunfähige verursacht worden waren⁵⁸.

Die Strafbarkeit der Tötung war demgemäß äußerst weit ausgedehnt, eigentlich auf jeden Angriff mit Todesfolge einschließlich des Vorliegens unterbrochener oder überholender Kausalität⁵⁹. Diese weit gefaßte Strafbarkeit findet ihren Grund in der islamischen Auffassung von der Einzigartigkeit des Lebens und der alleinigen Verfügungsgewalt Allahs darüber.

57 Anderson, Maliki Law of Homicide, S. 10.

58 Aguda, Principles, S. 22 ff.; s.a. Anderson, Conflict of Laws, S. 443.

59 Nienhaus, Typische Konflikte, S. 64.

Das kommt auch in der Strafbarkeit des versuchten Selbstmordes bzw. in der Beihilfe zum Selbstmord zum Ausdruck, denn der Mensch hat nach islamischem Recht (wie auch nach christlichem) nicht einmal eine Entscheidungskompetenz über sein eigenes Leben⁶⁰.

Neben der Dominanz des islamischen Strafrechts in Nordnigeria sind aber weit verbreitet noch autochthone Rechtselemente nachweisbar. Allein das traditionelle Strafrecht der Tiv im Benue-Plateau Staat konnte sich in Nordnigeria unbeeinflusst vom islamischen Recht bis in die Neuzeit behaupten. Das Recht hatte bei den Tiv die Funktion, das soziale Gleichgewicht im Stammesleben zu regeln, und bedurfte deshalb weder einer ausdrücklichen Unterscheidung zwischen zivil- und strafrechtlichen Normen⁶¹ noch zwischen Recht und Sitte. Die große Mehrheit aller Tötungshandlungen wurde bei dieser ethnischen Gruppe auch als grundsätzlich schuldhaft angesehen, wenn die Kausalität vorlag⁶². Die Kausalität war fast bei jedem nicht natürlichen Todesfall gegeben. Wenn die Umstände eines Todesfalles keine augenfälligen Bezüge zu einer menschlichen Fremdeinwirkung aufwiesen (z.B. bei Krankheiten, Unglücksfällen, Schlangenbiß), dann wurde Hexerei, d.h. menschliches Verhalten dafür verantwortlich gemacht. Fast jede Todesursache war menschlichen Ursprungs und begründete folglich eine kriminelle Verantwortlichkeit⁶³. Als moralisch nicht verwerflich galt deshalb die Tötung von Hexen; ebenfalls als Ausübung einer rechtmäßigen Notwehrhandlung wurde die Tötung eines Diebes angesehen⁶⁴.

60 Aguda, Principles, S. 214.

61 Keay and Richardson, The native and customary courts, S. 214; und L.u. P. Bohannan, The Tiv, S. 43.

62 Bohannan, African Homicide, S. 233.

63 L. und P. Bohannan, The Tiv, S. 79.

64 Anderson, Maliki Law of Homicide, S. 30.

2.2 Die Rechtsfolgen der Tötung

Nach islamischem Recht bedeutete die Tötung eines Menschen einen Verstoß gegen die Religion, gegen die öffentliche Ordnung sowie gegen den einzelnen. Bei absichtlicher Tötung stand den Verwandten des Opfers das Blutracherecht zu, das aber durch freiwillige Kompensation in Form eines materiellen Ausgleichs durch den Täter selber beseitigt werden konnte, wenn die Blutsverwandten das Angebot annahmen. War der Täter in obrigkeitlichen Gewahrsam genommen⁶⁶, bevor er den Blutsverwandten des Getöteten in die Hände fiel, konnten jene als Sühne die gleiche Todesart verlangen; dieses Verlangen war absolut bindend für das Gericht, wenn das Opfer ein Moslem war⁶⁷. In einem derartigen Fall hatte die Exekution des Täters eine Doppelfunktion, nämlich hinsichtlich der Obrigkeit eine strafrechtliche und hinsichtlich der Verwandten eine kompensatorische. Unberücksichtigt blieben die Wünsche der Verwandten nach Maliki-Recht allein bei Straßenraubmord, der überwiegend als ein schwerer Verstoß gegen die öffentliche Ordnung angesehen und grundsätzlich mit dem Tode bestraft wurde⁶⁸. Die Vollstreckung des Todesurteils erfolgte durch Erschießen, Erstechen, Speeren, Pfählen, Ertränken, Hängen, Steinigen, Eingraben und ähnliches⁶⁹. Sprachten die Verwandten aber eine Verzeihung aus oder verlangten sie eine Entschädigung, so durfte das Gericht kein Todesurteil fällen. In der Regel wurde die Entschädigung in Form einer genau festgelegten Geldsumme geleistet. Vom nordnigerianischen Stamm der islamischen Jawara wird allerdings berichtet, daß als

66 In Kanem-Bornu wurde der gefaßte Mörder den Blutsverwandten zum Vollzug der Blutrache übergeben (Post, Afrikanische Jurisprudenz, S. 65).

67 Milner, Penal Systems, S. 333.

68 Kohler, Neue Beiträge, S. 89; Milner, Penal Systems, S. 44.

69 Elias, The nature, S. 261; Milner, The Sanctions, S. 174; Milner, Penal Systems, S. 23.

Ersatz für den vorsätzlich getöteten Sohn dem betroffenen Vater ein Sohn des Täters übergeben werden mußte⁷⁰.

In einem derartigen Fall wurde der Täter aber zusätzlich zu einem Jahr Gefängnis einschließlich zu 100 Peitschenhieben verurteilt; damit sollte auch dem öffentlichen und obrigkeitlichen Strafanspruch nachgekommen werden⁷¹.

Im Falle einer nicht gewollten, aber verursachten Tötung stand den Blutsverwandten des Opfers als Kompensation ein Blutgeld zu, das auch durch die Verwandten des Verursachers erbracht werden konnte. Die Höhe der Entschädigungssumme richtete sich nach der Religionszugehörigkeit, nach dem Geschlecht und nach dem Alter⁷². Die Entschädigung konnte auch in Sachwerten geleistet werden. Bei der ungewollten Tötung mußte beispielsweise bei den Jawaras durch den Verursacher außerdem noch ein Ziegenopfer erbracht werden.

Das Maß der neben der Kompensation zu erfolgenden öffentlichen Bestrafung war abhängig vom Vorhandensein und der Form der 'mens rea'⁷³.

Bei dem Tötungsdelikt war das 'customary criminal law' hinsichtlich der Rechtsfolgen von den Prinzipien der Vergeltung und dem der Kompensation beherrscht; das galt auch für die Rechtsfolgen im nicht-islamischen autochthonen Recht.

70 Anderson, Islamic Law, S. 203.

71 Richardson, Notes, S. 149; Kohler, Neue Beiträge, S. 90; Milner, Penal Systems, S. 44.

72 Aguda, Principles, S. 24; Milner, Penal Systems, S. 39.

73 Aguda, Principles, S. 24.

Im traditionellen Recht der Tiv dominierte im Falle einer ungewollten Tötung der Gedanke der rituellen Kompensation⁷⁴ (aber auch bei Brudermord)⁷⁵, im Falle der vorsätzlichen Tötung der Vergeltungsgedanke. Die gewollte Tötung hatte, wenn die Verwandten dem Täter nicht verziehen, die Todesstrafe oder den Verkauf des Täters in die Sklaverei zur Folge⁷⁶. Freiheitsstrafen waren den Tiv (wie auch anderen dörflichen Stammesgesellschaften in Nordnigeria) im Gegensatz zu den islamischen Bewohnern der Sudanreiche gänzlich unbekannt⁷⁷. Die Folge der Tötung konnte aber auch abhängig von der eigenen stammesmäßigen Herkunft und der des Opfers sein und die Form von Stammeskriegen annehmen.

2.3 Die Rechtsprechungsorgane

Die Fulani hatten das seit dem 16. Jahrhundert vorhandene voll ausgeprägte Gerichtswesen bei der Eroberung der Haussa-Staaten (Anfang des 19. Jahrhunderts) übernommen⁷⁸. Das Gewaltenteilungsprinzip war den islamischen Vorstellungen fremd: Die Herrscher (Könige bei den Haussa, Emire bei den Fulani) übten neben den anderen Gewalten auch die Rechtsprechung aus. Wegen der Vielzahl der Fälle wurde die Rechtsprechung seit der Fulani-Herrschaft in der Kleinkriminalität den sogenannten Alkalis, in Koranschulen ausgebildeten Berufsrichtern⁷⁹, übertragen und auf dem Lande entsprechende Gerichte eingerichtet. Bei Kapitalverbrechen verhandelte und entschied ausschließlich der Emir in der Metropole. Da zusätzlich eine Kontrolle über

74 Keay and Richardson, The native and customary courts, S. 214.

75 Bohannan, Justice, S. 148.

76 Bohannan, Justice, S. 147.

77 Milner, Penal Systems, S. 35.

78 Land, Nigeria, S. 305.

79 Allott, Judicial and Legal Systems, S. 76; Nwabueze, The machinery, S. 45; Braune, Die Rechtspflege, S. 79.

die Gerechtigkeit und Unbestechlichkeit der Rechtsprechung durch die die öffentliche Meinung beeinflussenden und jene auch repräsentierenden Wanderdichter ausgeübt wurde⁸⁰, war in weiten Bereichen Nordnigerias eine einheitliche Rechtsanwendung, insbesondere hinsichtlich der Tötungsdelikte und ihrer Rechtsfolgen bereits zwei Jahrhunderte vor der Kolonialzeit erreicht und praktiziert⁸¹.

Im Gegensatz dazu gab es bei den dörflichen Stammesgesellschaften der Tiv kein Gerichtssystem. Ad hoc wurden von der Dorfversammlung unter Vorsitz des Häuptlings bzw. eines Stammesältesten alle Rechtsfragen beraten und entschieden; das Rechtsprechungsorgan entsprach infolgedessen eher einem Kollegialgericht. Genausowenig wie ein Strafverfahren nach festen Regeln ablief, kam es an auf die Feststellung, was allgemeines Recht oder welches Recht anwendbar war; das Wesen einer Gerichtsverhandlung war ausschließlich die Bestimmung dessen, was als Recht im konkret verhandelten Sachverhalt angesehen werden mußte⁸².

80 Hiskett, A critical introduction, S. XXIII.

81 Anderson, Islamic Law, S. 173; Nienhaus, Typische Konflikte, S. 37.

82 L. und P. Bohannon, The Tiv, S. 43.

II. Stellung der Tötungsdelikte im nordnigerianischen Strafrechtssystem

1. Der Aufbau der Tötungsdelikte im NPC

Der NPC gliedert sich in einen regionalen (ss. 1-409 NPC) und einen föderalen Teil (ss. 410-477 NPC)⁸³. Der regionale Teil wiederum wird von einem Allgemeinen Teil einschließlich eines Katalogs von Legaldefinitionen und von einem Besonderen Teil gebildet. Im Kapitel XVIII werden u.a. die Tatbestände über die Tötungsdelikte aufgeführt (ss. 220-231 NPC).

Auffällig ist zunächst, daß im NPC keine Einteilung der Delikte wie in dem früheren 'common law' getroffen wurde⁸⁴, sondern die Delikte lediglich als 'offences' bezeichnet werden. Eine Klassifizierung könnte allerdings mittelbar aus der Zuständigkeit der Gerichte nach dem CPC hergeleitet werden, welche durch den Grad der Verantwortlichkeit und der dafür angedrohten Strafen begründet wird.

Der NPC unterscheidet zwischen krimineller, also strafbarer, und nicht krimineller Tötung. Die strafbare Tötung wird in s. 220 NPC als schuldhaftes Todesverursachung definiert und umfaßt die absichtliche, die vorsätzliche sowie die fahrlässige Begehungsweise. In den beiden folgenden Bestimmungen erfolgt eine Unterscheidung von strafbarer Tötung, die mit der Todesstrafe (s. 221 NPC), und solcher, die nicht mit der Todesstrafe bedroht ist (s. 222 NPC), was sich auch begrifflich von der Qualifizierung in 'murder' und 'manslaughter' des 'common law' unterscheidet. Aus der Formulierung der Vorschrift s. 221 NPC ist zu ersehen, daß der mit der Todes-

83 Bundeszuständigkeit u.a. bei Delikten z.B. gegen den Staat.

84 Seit 1967 in GB: indictable offences (Mord etc.) und summary offences (siehe Khalil, Criminal law reforms, S. 59).

strafe bedrohte Mord eine generelle Regelung erfahren hat, zu der s. 222 NPC die besonderen Ausnahmen aufführt, die zu einer mildernden Bestrafung führen. Der Mordtatbestand, der die absichtliche Tötung (s. 221 (a) NPC) sowie die vorsätzliche Handlung bei Kenntnis bzw. Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen (probable) Todesfolge (s. 221 (b) NPC) erfaßt, stellt folglich den Grundtatbestand dar.

Zu den besonderen Umständen, die strafmildernd wirken (lebenslängliche oder zeitige Freiheitsstrafe einschließlich Geldstrafe bzw. Geldstrafe allein)⁸⁵, zählen Tötung aufgrund von Provokation (s. 221 (1) NPC), Notwehrerzeß (s. 221 (2) NPC), Überschreitung von Amtsbefugnissen (s. 222 (3)), nicht geplanter Kampf (s. 222 (4)), Einwilligung des Opfers (s. 222 (5)), Kindeztötung durch die Mutter (s. 222 (6)) und schließlich fahrlässige Tötung (s. 222 (7)). Fahrlässige Tötung wird folglich im NPC nicht als Sondertatbestand behandelt.

S. 222 NPC führt aber nicht alle Umstände auf, die zu einer Milderung führen können⁸⁶. Das geht schon aus der Formulierung des s. 221 NPC hervor. Demnach ist eine vorsätzliche Handlung bei Kenntnis bzw. Vorhersehbarkeit der nur möglichen (likely) Todesfolge als nicht mit der Todesstrafe bedroht anzusehen. Die Milderungsmöglichkeiten werden auch durch die besondere Regelung über die Strafbarkeit des Mordversuchs (s. 229 (1)) ergänzt⁸⁷.

Besondere Regelungen erfahren in diesem Kapitel die vorsätzliche Körperverletzung mit Todesfolge (s. 225 NPC), die Ver-

85 s. 224 NPC (Vollendung) und s. 230 (Versuch); s.a. s. 274 (Kidnapping mit Tötungsversuch) und s. 303 (Raub mit Tötungsversuch)

86 Richardson, Notes, S. 151.

87 Ausnahme: Mordversuch durch zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe Verurteilte (s. 229 (2)).

ursachung des Todes als Folge eines anderen Deliktes (s. 226 NPC) und der Selbstmord, dessen Versuch unter Strafe gestellt wird (s. 231 NPC), ebenso wie die Teilnahme am vollendeten Selbstmord (s. 228 NPC); die Teilnahme am Selbstmord eines Zurechnungsunfähigen bzw. eines Minderjährigen wird als mittelbare Täterschaft behandelt und mit dem Tode bestraft (s. 227 NPC).

Außerhalb dieses Kapitels werden weitere besondere Tatbestände der Tötungsdelikte aufgeführt: Als Mord ebenfalls durch mittelbare Täterschaft gilt, wenn eine unschuldige Person infolge einer Falschaussage zum Tode verurteilt und exekutiert worden ist (s. 159 (2) NPC). Ebenfalls als im Unwertgehalt dem Mord gleichstehend wird die Beteiligung bzw. Anwesenheit bei einem Gottesurteilsverfahren betrachtet, das den Tod irgendeiner Partei zur Folge hat (s. 214 (b) NPC), sowie die Mitgliedschaft in einer Bande, die einen Mord begeht, auch wenn das Mitglied nicht selber die Tötungshandlung vornimmt (s. 302 NPC). Die Todesverursachung als Folge einer Abtreibungshandlung wird im Unrechtsgehalt als geringer angesehen (s. 233 NPC). Nicht kriminell und damit straflos bleibt die Tötung durch nicht vorhersehbaren und unvermeidlichen Unglücksfall (ss. 48, 54) sowie durch Delikts- oder schuldlos Zurechnungsunfähige (ss. 50, 51, 52 NPC). Als gerechtfertigt gilt eine Tötung, die die gesetzmäßige Folge pflichtgemäßer Amtsausübung darstellt (ss. 45, 46, 47 NPC) bzw. bei erforderlicher Notwehr (ss. 60 i.V. 65 NPC), die auch Nothilfe (60 (a) NPC) und Besitznotwehr (s. 66 NPC) einschließt.

2. Methodik der Gesetzesanwendung

Aus dem Aufbau der Tatbestände ergibt sich für die Subsumtion eines angeklagten Tötungsdeliktes folgende Prüfungsreihenfolge: Wenn nicht einer der Sondertatbestände von s. 159 NPC (Vollstreckung aufgrund eines auf einer Falschaussage beruhenden Todesurteils) oder s. 214 (b) NPC (Gottesurteilsverfahren) in Betracht kommt, ist zunächst festzustellen, ob es sich überhaupt um einen Fall schuldhafter Todesverursachung im Sinne v. 220 NPC handelt. Anschließend wird der Sachverhalt an den Voraussetzungen des Mordtatbestandes (s. 221 NPC) gemessen, insbesondere hinsichtlich der subjektiven Tatseite (*mens rea*); sind die Voraussetzungen gegeben, so muß nun geprüft werden, ob Umstände vorliegen, welche die Tötungshandlung entschuldigen oder modifizieren (z.B. im Sinne ss 65 f. (Notwehr) oder 221 NPC unter Berücksichtigung der Ausnahmen in s. 222 NPC. Sind weder die subjektiven Merkmale noch entschuldbare Handlungsweisen gegeben, treffen aber die Voraussetzungen eines oder mehrerer Absätze des s. 222 NPC zu, dann liegt zwar eine schuldhafte Tötung vor, nicht aber eine mit der Todesstrafe bedrohte. Der Strafraum ist in einem solchen Fall der Vorschrift von s. 224 NPC zu entnehmen⁸⁸. Findet keine der Bestimmungen über die schuldhafte Tötung im Sinne der ss. 220-224 NPC Anwendung, so ist der Sachverhalt unter einen der in Frage kommenden übrigen Sondertatbestände zu subsumieren.

Wie der Katalog der Legaldefinitionen sind Bestandteil des NPC auch Illustrationen (*illustrations*) und Erklärungen (*explanations*), die teilweise den einzelnen Tatbeständen unmittelbar beigelegt sind und die Gesetzesanwendung erleichtern sollen.

Die Illustrationen sollen die Anwendung der in den einzelnen Bestimmungen niedergelegten Prinzipien in Form charakteristischer Einzelheiten fiktiver Leitfälle aufzeigen und dazu anleiten, wie einzelne Merkmale jenes Leitfalles unter

⁸⁸ So Richardson, Notes, S. 6.

das Prinzip zu subsumieren sind. Das Gericht hat die Pflicht, die Illustrationen, soweit möglich, als Subsumtionshilfe zu berücksichtigen, obgleich diese von den Tatbeständen als unabhängig anzusehen sind und die Gerichte nicht binden⁸⁹.

Die Erklärungen hingegen sollen nach den Intentionen des Gesetzgebers auf den ganzen Inhalt der jeweiligen Vorschrift angewendet werden und den Gesetzeswortlaut erhellen; Zweck jener Erläuterungen soll aber weder die Schaffung von Vorbehalten noch die Ausdehnung des Anwendungsbereiches einer Vorschrift oder gar deren Einschränkung sein⁹⁰.

Als weitere Hilfe zur Interpretation des Gesetzes dient auch das Fallrecht (judicial precedents), durch das untere Gerichte gebunden werden. Auch Kommentare können als unverbindliche Hilfe herangezogen werden. Seit 1963 gibt es in Nordnigeria auch Law Reports, die ebenfalls die Gesetzesinterpretation erleichtern und die Gerichte binden sollen⁹¹. Da Kommentierungen häufig nicht vorhanden bzw. nicht verfügbar sind, werden von der Rechtsprechung überwiegend gerichtliche Vorentscheidungen zu Hilfe genommen.

Subsidiär können zur Interpretation des NPC sudanesishe und indische Rechtsprechung sowie Kommentierungen berücksichtigt werden, wenn für die anstehende Entscheidung in Nord-Nigeria bislang keine vergleichbare Vorentscheidung vorhanden ist⁹²; seit Nigerias Unabhängigkeit bindet die Strafrechtsprechung der englischen Gerichte die nigerianischen jedenfalls nicht mehr und wird seither auch nicht mehr zu Rate gezogen.

89 Gledhill, The penal codes, S. 34; Die Illustrationen sind den Regelbeispielen des deutschen Strafrechts bei besonders schweren Fällen (z.B. § 243 StGB) in deren Wirkung durchaus vergleichbar. Ihnen kommt allerdings im Penal Code eine größere Bedeutung zu, da die Mehrzahl der gesetzlichen Bestimmungen mit einem entsprechenden 'Anhang' versehen ist.

90 Richardson, Notes, S. 3.

91 Gledhill, The penal codes, S. 19; s.a. Elias, Nigeria, S. 311; Nwabueze, The machinery, S. 32.

92 Khalil, Criminal law reforms, S. 69; s.a. Milner, Penal systems, S. 55; Elias, Law and social change, S. 24.

B. Die Tat

Im englischen Strafrecht läßt sich die dogmatische Behandlung des materiellen Rechts nicht immer isoliert von den prozessualen Auswirkungen betrachten und abhandeln, denn beim englischen Strafrecht handelt es sich um ein Fallrecht. Das nord-nigerianische Strafrecht basiert auf dem englischen 'criminal common law' und regelt sich im wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen. Folglich ist es ebenfalls in seiner Dogmatik im Zusammenhang mit der prozessualen Behandlung zu sehen. Deshalb werden teilweise bereits im materiellen Teil (Teil B) Bezüge zur prozessualen Situation hergestellt und Einflüsse aufgezeigt.

I. Die schuldhafte vorsätzliche Tötung

Bevor ein Gericht die Umstände prüft, die zu einer Qualifikation der Tötungshandlung als Mord bzw. Totschlag führen, muß es sich zunächst davon überzeugen, ob es sich überhaupt um eine schuldhafte Tötung handelt. Im Penal Code gibt es für den Grundtatbestand der schuldhaften Tötung eine besondere Vorschrift, unter die der Sachverhalt zunächst zu subsumieren ist.

- s. 22c (a) NPC. Whoever causes death -
(a) by doing an act
with the intention of causing death or such
bodily injury as is likely to cause death; or
(b) by doing an act with the knowledge that he
is likely by such act to cause death;

1. Die objektive Tatseite

Die objektive Tatseite (actus reus) setzt sich aus allen Elementen zusammen, welche zu dem durch das Gesetz verbotenen und durch eine menschliche Handlung verursachten Ergebnis ge-

führt haben, ohne die innere Tatseite einzuschließen. Ohne Vorliegen dieser objektiven Elemente kann die Frage nach der 'mens rea' nicht entstehen¹.

1.1 Tod als Voraussetzung

Voraussetzung für eine in Betracht kommende schuldhaft Tötung im Sinne von s. 220 NPC ist der Eintritt des Todes eines Menschen². Das Menschsein beginnt schon, wenn irgendein Körperteil des lebenden Neugeborenen aus dem Mutterleib gelangt ist, auch wenn es überhaupt nicht zur Atemtätigkeit oder zur vollständigen Geburt des Kindes kommt³. Die Tötung eines Kindes im Mutterleib wird folglich weder als Tötungsdelikt behandelt, wenn noch kein Körperteil des Kindes aus dem Mutterleib ausgetreten ist, noch, wenn vor dem Austreten eines Körperteils aus dem Mutterleib eine Handlung begangen wird, die zum Tode des Neugeborenen erst nach der vollständigen Geburt führt⁴. Entscheidend ist folglich für das Vorliegen einer schuldhaften Tötung, daß der Handlungszeitpunkt wie auch der Zeitpunkt des Erfolgseintritts nach dem Beginn des Geburtsvorganges liegen.

Im Strafverfahren ergibt sich in einem solchen Fall deshalb regelmäßig die Notwendigkeit zu beweisen, daß das Kind lebend geboren wurde oder zumindest ein Körperteil ausgetreten war; so wurde es für unwahrscheinlich gehalten, daß ein sechs Monate alter Embryo lebend geboren sein könnte und demzufolge eine derartige Anklage fallengelassen.⁵

1 Aguda, Principles, S. 26; Smith and Hogan, Criminal law, S. 29; Khalil, Criminal Law Reforms, S. 101: 'mens rea' ist die subjektive Tatseite (mental element); siehe dazu unten, S. 32 f.

2 s. 32 NPC.

3 Expl. 3 zu s. 220 NPC.

4 s. 235 NPC; siehe auch Gledhill, The Penal Codes, S. 506.

5 C.O.P. v. I. Adamu (Case Diary no. N.C.X. 65/75 in M.O.J./1/ vol. V/603).

Nicht selten wird Anklage vor nordnigerianischen Gerichten wegen schuldhafter Tötung erhoben, ohne daß die Leiche des Opfers je gefunden bzw. identifiziert werden konnte. Ein derartiger Fall wirft keine besonderen Probleme auf, sofern das Gericht aufgrund der anderen präsenten Beweise vom Tod des Opfers als Tatsache überzeugt ist⁶.

1.2 Die Kausalität

Schon der Gesetzeswortlaut stellt die wesentliche Bedeutung der Kausalität im Rahmen der objektiven Tatseite bei der schuldhaften Tötung heraus (whoever causes death ...).

Ohne sich auf eine theoretische Diskussion einzulassen, gehen Literatur und ständige Rechtsprechung bei der Nachprüfung des Kausalzusammenhanges zwischen Tötungshandlung und Erfolg faktisch von der Äquivalenz jeder Bedingung aus, die nicht hinweggedacht werden kann, ohne daß der konkrete Erfolg entfielen. Die Tathandlung muß nicht haupt-, sondern kann lediglich mitursächlich für den Todeseintritt gewesen sein⁷. Wenn der Tode nicht bei dem Opfer, sondern etwa durch Weiterver-schenken der vergifteten Früchte durch das eigentlich ausgewählte Opfer bei einem Dritten eintritt, so stellt auch das Tun eines Dritten eine bloß mitwirkende Ursache dar und unterbricht nicht den Kausalzusammenhang zu dem vorausgegangenen Tun, denn die neue Bedingung führt nur unter Fortwirkung der alten zum Erfolg⁸. Der Kausalzusammenhang besteht auch dann, wenn die Handlung den Eintritt des Erfolges beschleunigt, so beispielsweise, wenn einem Sterbenskranken ein Medikament verabreicht wird, das vorzeitig zum Tode führt (Sterbehilfe)⁹,

6 Die Gerichte verfahren so gem. Sudan Criminal Court Circular no. 22, der nach Richardson, Notes, S. 145, subsidiär anwendbar ist; siehe auch Gledhill, The penal codes, S. 468; Rechtsprechung u.a. in O. Gaji v. The State in (1975) 5 S. C. 61; The State v. Kola und ors. (Ney/100/C/71) - unveröffentlicht.

7 Gledhill, The penal codes, S. 468.

8 Gledhill, The penal codes, S. 467; gesetzl. Beispiel in S. 223 NPC.

9 Gledhill, The penal codes, S. 467.

wenn ein sowieso Sterbender verbrannt¹⁰ oder dessen Gesundungs-
chance durch einen Angriff zerstört wird (überholende Kausalität)¹¹.

Durch späteres Hinzutreten weiterer Bedingungen verliert eine Handlung ihre kausale Bedeutung ebenfalls nicht. So bleibt eine zum Tode führende Körperverletzung auch dann ursächlich, wenn der Tod bei adäquater Behandlung hätte verhindert werden können, d.h. wenn der Betroffene sich einer Behandlung entzieht bzw. wenn die Behandlung nicht ordnungsgemäß durchgeführt wird¹².

Die Ursächlichkeit wird ferner nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Erfolg allein aufgrund der besonderen körperlichen Verfassung des Opfers eingetreten ist, beispielsweise wenn ein leichter Schlag nur zum Tode führt, weil der Verletzte unter einem Nabelbruch leidet¹³.

Der wegen der Gleichheit aller (mit-)ursächlichen Bedingungen weit gefaßte Kausalitätsbegriff führt nicht zu einer entsprechenden Ausweitung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, sondern findet in den zusätzlichen Erfordernissen auf der subjektiven Tatseite ein Korrektiv. Hinsichtlich der Delikte mit Todesfolge finden sich keine konkreten Anhaltspunkte, die in bezug auf die Erfolgsverursachung auf eine Einschränkung des weit gefaßten Kausalitätsbegriffes hindeuten¹⁴.

Die Gerichte sind allerdings bezüglich des Kausalzusammenhanges im wesentlichen mit tatsächlichen Fragen befaßt. Dem Nachweis der Todesursache kommt eine zentrale Bedeutung im Strafverfahren zu, und in der Regel legen die Gerichte einen sehr strengen Maßstab dabei an. Trotz anderer präsender Beweise

10 Obiter dictum des S.C. in *Kumbul v. The State* (1972), 6 S.C. 44.

11 *Hu and or. v. The State* (1972) 6 S.C. 99.

12 Expl. 2 zu s. 220 NPC.

13 Expl. 1 zu s. 220 NPC; *Kumbin v. Bauch* N.A. (1963) N.N.L.R. 49.

14 s.s. 214 (b), 225, 226 NPC; s. 1 Robbery and Firearms Decree, 1970; s.s. 1 f. Offences Against the Person Decree, 1974.

führt das Nichtvorliegen bzw. die nichtklärende Aussage eines post-mortalen medizinischen Gutachtens häufig zu einem Freispruch¹⁵ bzw. zur Einstellung¹⁶. Das gilt insbesondere im Rechtsmittelverfahren, in dem sich die Verursachung wegen des Zeitablaufes ohnehin schwerer klären läßt¹⁷. Wenn allerdings festgestellt ist, daß die Verletzung den Tod verursacht hat, sind Lücken in der Kausalkette, wie etwa hinsichtlich des Zustandekommens der Verletzung im einzelnen, unwesentlich¹⁸. Das läßt sich von der herrschenden Auffassung über die Einheitlichkeit der Tathandlung herleiten, wonach es grundsätzlich gleichgültig sein kann, ob das Opfer den Tod durch Axthiebe erleidet oder erst anschließend dadurch, daß die vermeintliche Leiche in einen Fluß geworfen wird¹⁹. In einem Falle hielt ein Gericht, abweichend von der ständigen Rechtsprechung, eine Nachprüfung der Todesursache nicht für erforderlich, als nämlich der Täter das Opfer mit einer gefährlichen Waffe angegriffen hatte und jenes auf der Stelle gestorben war²⁰. Der Supreme Court stützt sich zum Beweis der Todesverursachung auch auf das Tatmotiv, wenn dieses unzweifelhaft bewiesen ist²¹.

1.3 Tun und Unterlassen

Das Gesetz stellt das rechtswidrige Unterlassen dem rechtswidrigen Tun in vollem Umfang gleich²² und folgt damit der Festlegung des indischen Penal Code²³. Der objektive Tatbestand

15 u.a. *Kumbul v. The State* (1972) 6 C.C. 44; *Auta v. The State* (S.C. 408/74) - unveröffentlicht; *The Queen v. Dambam and ors.*, (1964) N.R.H.C.J. 10; *The State v. Gadi* (NEM/3 C/72) - unveröffentlicht, wo trotz Geständnis auf Freispruch erkannt wird.

16 *C.O.P. v. Dauda* (Case Diary no. N.CX 38/75 in MOJ/1/vol. V/780).

17 *Gwarzo and ors. v. Kano N.A.* (1963) N.N.C.N. 15.

18 *The State v. Mununi* (NWS/20 c/73) - unveröffentl.

19 *The State v. Magaji* (NWS/ 5 c /73) - unveröffentl.

20 *Bakuri v. The State* (1965) N.M.L.R. 163.

21 *Homan v. The State* (Jan.-May 1967) F.S.C. 2 B.

22 s.24 NPC

23 Macauley and ors., A Penal Code (1838) Note M., 103-106.

der schuldhaften Tötung durch eine Unterlassung wird dann erfüllt, wenn der Tod die Folge jener Unterlassung ist. Als Voraussetzung für die Konstituierung des 'actus reus' bedarf es aber einer Handlungspflicht auf seiten des Unterlassenden zur Lebenserhaltung des Betroffenen, die sich aus einem besonderen Verhältnis der Beteiligten zueinander ergeben und insoweit verletzt sein muß²⁴. Für ein solches die Handlungspflicht begründendes Verhältnis der Beteiligung zueinander werden in der Literatur einzelne Beispiele angeführt, welche entweder aus der natürlichen Verbundenheit, aus einer vertraglichen Übernahme, aus einem vorangegangenen gefährdenden Tun oder aus einer gesetzlichen Festlegung hergeleitet werden²⁵.

Trotz der dogmatisch und gesetzlich klar umschriebenen Behandlung der schuldhaften Tötung durch Unterlassen findet sich in der Rechtsprechung seit Inkrafttreten des NPC nicht ein einziger Fall, der zur Anklage oder gar zur Entscheidung gekommen ist, auch wenn es sich von der Fallkonstellation geradezu aufgedrängt hätte.²⁶

Beispielsweise war ein Dorfjunge von seinen Spielkameraden im Streit schwer verletzt und an einem viel begangenen Pfad über Nacht liegengelassen worden, wo er am folgenden Tag starb. Obwohl der Polizei zahlreiche Einwohner des Dorfes bekannt waren, welche den erkennbar schwer Verletzten passiert, aber weder geholfen noch Anzeige erstattet hatten, wurde nur gegen die jugendlichen Spielgefährten ermittelt²⁷.

In einem anderen Fall war das Opfer mit einem vergifteten Pfeil angeschossen worden und starb einen Tag später aufgrund dieser Vergiftung. Der Angeklagte, der im Streit mit seinem getöteten Nachbarn lebte und auch zur Tatzeit mit

24 Herleitbar aus NPC (z.B. Expl. 1 zu s. 84 NPC); im Gegensatz zum S.P.C., nach dem eine generelle Hilfspflicht besteht, sofern jene möglich und zumutbar erscheint (Khalil, (1974) 5 J.I.C.L. 66 f.).

25 Gledhill, The penal codes, S. 5 u. 469; Khalil, Criminal law reforms (1974) 5 J.I.C.L. 67; Richardson, Notes, Anm. 2 zu s. 220 NPC.

26 Nach Mailayi and or. v. The State (Jan.-April 1968) F.S.C. 12 A wurde allerdings ein Polizist im Zusammenhang mit 'culpable homicide' wegen Verletzung seiner Dienstpflichten durch Nichtfestnahme von Hausfriedensbrechern verurteilt (s. 350 NPC).

27 C.O.P. v. Usman and ors. (Case Diary no. 1 B 247/75 - C.I.D. Kaduna).

Pfeil und Bogen gesehen worden war, leugnete seine Täterschaft, gestand aber, nach Auffinden des Sterbenden durch andere Dorfbewohner und nach seiner eigenen sofortigen Festnahme angegeben zu haben, die Zusammensetzung des Giftes zu kennen und sich trotz Aufforderung geweigert zu haben, das ihm bekannte Gegengift zu nennen. Während das Gericht nach ausführlichen und umständlichen Überlegungen über die Beweissituation hinsichtlich des Bogenschützen die Sache zur erneuten Beweisaufnahme an die erste Instanz zurückverweist, stellt es überhaupt keine Erwägungen über eine aufgrund der zweifelsfrei feststehenden Nichtpreisgabe des Gegengiftes in Betracht kommende schuldhaftige Tötung durch Unterlassen an²⁸.

Obwohl die Gleichsetzung von Tun und Unterlassen sowie die Voraussetzungen für eine Pflichtverletzung schon vom traditionellen Strafrecht her bekannt sind²⁹, wird von den Strafverfolgungsorganen die Verfolgung eines Tötungsdeliktes durch pflichtwidriges Unterlassen faktisch nicht wahrgenommen. Beim Vorliegen einer solchen Konstellation wird nicht einmal ermittelt. Als Erklärung für diese Situation wird vorgebracht, die Konstruktion der hypothetischen Kausalität und der Garantenpflicht seien ebenso schwierig wie die Beweissituation³⁰.

2. Die subjektive Tatseite

Das nordnigerianische Strafrecht hat den Grundsatz des englischen 'criminal common law' völlig übernommen, nachdem eine Handlung für sich noch keine Verantwortlichkeit begründet, wenn nicht die subjektive Tatseite (mens rea) hinzukommt³¹.

28 Ibrahim v. Gombe N.A. (1962) N.N.C.N. 15; allerdings hätte für eine Strafbarkeit eine Handlungspflicht des Angeklagten zusätzlich bestehen und noch festgestellt werden müssen.

29 Khalil, Criminal law reforms, S. 67.

30 So Justice M.L. Uwais, Kaduna, den 6.4.1976.

31 Prinzip des 'actus non facit reum nisi mens sit rea' (Smith and Hogan, Criminal law, S. 29 ff. und 42 f.).

Diese subjektive Seite steht in einem notwendigen Zusammenhang mit der objektiven Seite der Tat. Da das Vorliegen von 'actus reus' als Manifestation der vorhandenen 'mens rea' angesehen wird, löst dieser in der Regel eine entsprechende Vermutung darüber aus³². Das wird besonders deutlich im Strafverfahren, in dem der Nachweis der subjektiven Tatseite äußerst schwierig zu führen ist und deshalb nur anhand der objektiven Tat-elemente erbracht werden kann.

Für die Erfüllung der subjektiven Tatseite der schuldhaften Tötung muß Tötungsabsicht vorliegen oder eine Vermutung für eine solche hergeleitet werden können; dies ist der Fall, wenn Körperverletzung gegeben und dem Täter die wahrscheinliche Todes-folge bekannt oder zumindest vorhersehbar gewesen ist (Mord)³³. Aber auch wenn bei der Körperverletzungsabsicht zusätzlich die Kenntnis (Totschlag)³⁴ oder nur die Vorhersehbarkeit (fahr-lässige Tötung)³⁵ der lediglich möglichen Todesfolge vor-handen sind, ist die subjektive Tatseite der schuldhaften Tö-tung erfüllt. Der Grad der Wahrscheinlichkeit der Todesfolge ist für die Qualifizierung innerhalb der schuldhaften Tötung von Bedeutung, aber nicht für die schuldhafte Tötung als solche. Das Motiv hingegen ist für die Ermittlung der subjek-tiven Tatseite völlig irrelevant³⁶. Auch eine Flucht des ver-meintlichen Täters soll keine Schlußfolgerung auf dessen Ver-antwortlichkeit zulassen³⁷.

3. Die strafrechtliche Verfolgung

3.1 Allgemeine die strafrechtliche Verfolgung ausschließende Gründe (general defences)

Grundsätzlich ist die strafrechtliche Verantwortlichkeit gege-

32 Aguda, Principles, S. 26.

33 s. 221 i.V. s. 220 (a) NPC. (Der Begriff 'Mord' wird vom Gesetz nicht gebraucht, sondern vom Verf. zur Verdeutlichung angeführt).

34 s. 220 (b) NPC.

35 s. 222 (7) i.V. s. 220 (c) NPC.

36 Khalil, Criminal law reforms, S. 61.

37 Humba v. The State (S.C. 17/70) - unveröffentl.

ben, soweit 'actus reus' und 'mens rea' des betreffenden Tötungsdeliktes vorhanden sind. Beim Vorliegen von bestimmten Umständen, die sich aus dem konkreten Sachverhalt ergeben, kann die Verantwortlichkeit aber völlig ausgeschlossen sein. In der Regel sind zwar derartige Verteidigungsmittel von dem Argeklagten vorzubringen, denn kein Gericht ist verpflichtet, Überlegungen hinsichtlich der möglichen 'defences' anzustellen. Von dieser Regel wird aber bei Verfahren über Tötungsdelikte eine Ausnahme gemacht: Wenn Beweise auf irgendein mögliches Verteidigungsvorbringen hindeuten, dann sind die Gerichte verpflichtet, die Anwendbarkeit aller in Betracht kommenden 'defences' zu prüfen, auch wenn weder der Angeklagte noch sein Verteidiger sich ausdrücklich darauf berufen haben³⁸.

3.1.1 Deliktsfähigkeit

Deliktsunfähige sind strafrechtlich für ihre Handlungen nicht verantwortlich. Eine Handlung, die von einem Kind unter sieben Jahren begangen wird, ist grundsätzlich nicht strafbar³⁹. Wird eine Handlung von einem Kind über sieben, aber unter 12 Jahren begangen, so ist eine solche Handlung dann nicht strafbar, wenn das Kind noch nicht die erforderliche Reife zur Einsicht und zur Beurteilung der Natur sowie der Folgen seiner Tat erreicht hat⁴⁰. Es handelt sich im letzteren Falle um eine widerlegliche Vermutung der Deliktsunfähigkeit, d.h. erst wenn der zweifelsfreie Nachweis über die Einsichtsfähigkeit des jugendlichen Täters dieses Alters gelingt, können dem Täter strafrechtliche Sanktionen auferlegt werden⁴¹. Mit Beginn des 12. Lebensjahres gilt

38 Takida v. The State (1969) 1 All N.L.R. 270 u. In The F.S.C. of Nigeria 1963-71, Case 30.

39 s. 50 (a) NPC.

40 s. 50 (b) NPC.

41 Aguda, Principles, S. 248; Milner, Nigerian Penal Systems, S. 345.

ein Jugendlicher in Nordnigeria als voll deliktsfähig.

In der Rechtspraxis stellt sich nicht nur der Nachweis der Einsichtsfähigkeit eines Neun- bis Zwölfjährigen als problematisch dar, sondern zunächst schon die Bestimmung des Alters. Da das Melde- und Registrierwesen in Nordnigeria erst in der Entwicklung begriffen ist, kann sich die Bevölkerung selten durch behördliche Papiere hinsichtlich des Alters ausweisen. In der Regel wird deshalb das selber geschätzte Alter angegeben, was aber bei der notwendigerweise klaren altersmäßigen Festlegung der Deliktsfähigkeit keinesfalls ausreichen kann. Eine Festlegung des Alters kann durch Eidesleistung von Zeugen bzw. des Angeklagten⁴², aufgrund eines medizinischen Gutachtens⁴³ oder aufgrund richterlicher Überzeugung erfolgen⁴⁴, d.h. die persönliche Schätzung wird lediglich durch eine richterliche bzw. gutachterliche Schätzung ersetzt.

Erst nach der Altersfeststellung werden in der Regel Erörterungen über die Einsichtsfähigkeit des Angeklagten angestellt, sofern ein Alter zwischen sieben und zwölf Jahren vorliegt; eine auflösend bedingte Verurteilung ist aber auch schon vor Ermittlung des Alters zulässig, beispielsweise bei dem Erfordernis eines zusätzlichen Gutachtens über das Alter des Angeklagten⁴⁵. Die Feststellung der Einsichtsfähigkeit zur Tatzeit unterliegt im später stattfindenden Verfahren in der Regel großen Schwierigkeiten, da die dann etwa gegebene Reife nicht als Maßstab für den früheren Reifegrad herangezogen werden kann. Als Anhaltspunkte werden die Tatumstände des jeweiligen Falles herangezogen. So war ein Gericht aufgrund eines zielgerichteten Vorgehens und des Motivs der Hilfeleistung von der Einsichtsfähigkeit eines neun-

42 Fulani and or. v. Bornu N.A. (S.C. 460/66) - unveröffentl.

43 C.O.P. v. Dauda (Case Diary no. N.C.X. 38/75 in MOJ/1/vol. V/646).

44 The State v. Bamai (N.C.H./10 C/70 - unveröffentl.)

45 Jones, Criminal Procedure, Anm. zu s. 243.

jährigen Angeklagten überzeugt und verurteilte ihn; er war seinem Vater in einem Nachbarstreit zu Hilfe geeilt und hatte dessen Gegner mit einem schweren Stein tödlich verletzt⁴⁶. Sofern die Ermittlungsbehörden von einem Alter des Beschuldigten überzeugt sind, das über sieben Jahre liegt, erheben sie Anklage und überlassen dem Gericht die Entscheidung über dessen Einsichtsfähigkeit⁴⁷.

3.1.2 Unzurechnungsfähigkeit

Ein strafbares Delikt liegt nicht vor, wenn es von einer Person begangen wird, die zur Zeit der Tat infolge einer Geisteskrankheit (unsoundness of mind) unfähig ist, das Wesen ihrer Handlungsweise (nature of the act) zu durchschauen oder deren Unrechtsgehalt (either wrong or contrary to law) einzusehen⁴⁸.

Dieses Verteidigungsmittel wird im nordnigerianischen Strafprozeß im allgemeinen selten, aber im Verfahren wegen Tötungsdelikten besonders häufig vorgebracht.

Grundsätzlich ist von der Zurechnungsfähigkeit des Beschuldigten auszugehen. Diese Vermutung wird zwar nicht ausdrücklich im Penal Code erwähnt, wird aber aus seinem Kontext hergeleitet⁴⁹. In seiner Definition orientiert sich der Begriff 'unsoundness of mind' zwar an den allgemeinen Regeln der sogenannten 'McNaghten Rules',⁵⁰ soll aber weiter gefaßt sein als

46 Die Verurteilung gründete sich aber auf eine Körperverletzung mit Todesfolge (s. 225 NPC), da das Gericht diese Auffassung vertrat, aufgrund seiner Jugendlichkeit und der besonderen Situation habe der Angeklagte gar keine Tötungsabsicht fassen können (The State v. Ya'u (NCH/19 C/75) - unveröffentl.).

47 C.O.P. v. Dauda (Case Diary no. N.C.X. 38/75 in MOJ/1/vol. V/646); C.O.P. v. Ya'u (KMD/627 C/73) - unveröffentlicht, wo der neunjährige Angeklagte 16 Monate in U-Haft war.

48 s. 51 NPC.

49 Aguda, Principles, S. 264.

50 s. Aguda, Principles, S. 263; Smith and Hogan, Criminal law, S. 140: Ausgehend von der Vermutung der geistigen Gesundheit und somit von der deliktischen Verantwortlichkeit des ...

nach jenen Regeln:⁵¹ Er soll neben allen Erscheinungen geistiger Abnormalität, also Psychosen, Neurosen und Formen der Subnormalität, d.h. verschiedene Formen des Schwachsinn (Idiotie, Imbezillität) und sogar Minderbegabung sowie moralische Labilität umfassen. Begrifflich ist eine derartig weite Auslegung wohl möglich, die Rechtsprechung allerdings hält sich ausschließlich an eine engere Interpretation im Sinne der McNaghten Rules, sofern sie überhaupt den Versuch unternimmt, zu einer Differentialdiagnose anstelle einer eigenen laienhaften Diagnose zu kommen⁵².

Nach herrschender Meinung kann sich die mangelnde Fähigkeit der Einsicht in den Unrechtsgehalt der Tat nicht nur auf die Rechtswidrigkeit, sondern auch auf die moralische Verwerflichkeit erstrecken⁵³, wobei die Prüfung nach objektiven Kriterien (reasonable man-test) zu erfolgen hat.

Eine Flucht kann beispielsweise als Anzeichen dafür gewertet werden, daß der Täter im Bewußtsein der Gesetzwidrigkeit seiner Tat gehandelt hat⁵⁴, eine Selbstanzeige wiederum nicht⁵⁵. Die Feststellung der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten erfolgt mit Hilfe meist nur eines psychiatrischen Gutachtens, das vor oder auch erst nach dem Abschluß der wirklichen Verhandlung erbracht werden kann; im letzten Fall kann zwar ein

... Angeklagten muß nach den McNaghten Rules von 1843 von der Verteidigung bewiesen werden, daß der Angeklagte zur Tatzeit an der Einsichtsfähigkeit gehindert war; der Beweis des Gegenteils ist allerdings nicht erforderlich, sondern es reicht zur Annahme der Unzurechnungsfähigkeit das Gleichgewicht der Möglichkeiten hinsichtlich des Vorliegens bzw. des Nichtvorliegens (balance of probabilities).

51 Aguda, Principles, S. 266 und 271; Gledhill, The penal codes, S. 91 u. 95; a.A. Daniels, The Common Law, S. 255 und Khalil, Conference Paper, S. 81, die s. 51 NPC als reine Reproduktion der McN. Rules ansehen.

52 Okeke v. The State (S.C. 33/69) - unveröffentlicht (Abnormes Verhalten schließt Zurechnungsfähigkeit nicht aus); Buyu v. The State (1972) 6 S.C. 34 (Schwachsinn nicht als Geisteskrankheit anerkannt); Maisanda v. The State (S.C. 451/74) - unveröffentl. (Handeln ohne Bewußtsein allein nicht als 'defence' anerkannt, sofern es den allgemeinen Regeln der Zurechnungsfähigkeit nicht genügt).

53 Aguda, Principles, S. 269; Gledhill, The penal codes, S. 91

54 Gledhill, The penal codes, S. 95

auflösend bedingter Schuldspruch, nicht aber schon eine Strafe ausgesprochen werden⁵⁶. Ebenso häufig entscheiden die Gerichte entgegen bzw. ohne Fachgutachten aufgrund eigener Beobachtungen während der Verhandlung bzw. aufgrund eigener laienhafter Diagnose⁵⁷; Grundlagen dafür sind Polizeiprotokolle, Zeugnisaussagen, Verhalten des Angeklagten vor Gericht und biographische Daten aus dessen Persönlichkeitsentwicklung⁵⁸.

Nach herrschender Meinung und ständiger Rechtsprechung begründet der bloße Mangel eines Tatmotivs für sich allein keine Unzurechnungsfähigkeit, ein solcher Mangel kann aber letztlich für die Annahme von Unzurechnungsfähigkeit ausschlaggebend sein, wenn im übrigen eine Reihe von Anhaltspunkten dafür vorliegt⁵⁹.

Hat ein sonst gesunder Täter zur Tatzeit unter Wahnvorstellungen (partial delusion) gehandelt, so wird nur dann eine Unzurechnungsfähigkeit angenommen, wenn der Wahn dazu geführt hat, eine Situation anzunehmen, die, entspräche sie der Wirklichkeit, die Tat rechtfertigen bzw. entschuldigen würde. In einem solchen Fall wird der Täter so behandelt, als entsprächen seine Vorstellungen den Realitäten, um dann die allgemeinen Regeln anzuwenden (z.B. bei Putativnotwehr). Das geht zwar nicht unmittelbar aus dem Gesetz hervor, wird aber mangels nordnigerianischer Entscheidungen aus der höchststrichterlichen Rechtsprechung zum indischen Strafgesetzbuch hergeleitet⁶⁰.

56 Olatunji v. The State (S.C. 382/75) - unveröffentlicht.

57 The State v. Kaita (N.C.H./28 c/69) - unveröffentlicht; The State v. Idowu (1971) N.N.L.R. 93.

58 Tulu v. Bauchi N.A. (Jul.-Dec. 1965) F.S.C. 35; The Queen v. Biu (1961-62) N.R.H.C.J. 31; Aji v. Bauchi N.A. (1964) N.R.H.C.J. 11.

59 Aguda, Principles, S. 265; Gledhill, The penal codes, S. 94; Kumo v. The State (1967) F.N.L.R. 55; The Queen v. Biu (1961-62) N.R.H.C.J. 31; The State v. Na-Idi (N.C.H./10 C/72) - unveröffentlicht.

60 Aguda, Principles, S. 273; Gledhill, The penal codes, S. 95.

Wenn als 'defence' die Unzurechnungsfähigkeit in Betracht kommt, handelt es sich jeweils um die Frage der absoluten Unzurechnungsfähigkeit. Eine verminderte Zurechnungsfähigkeit ist vom Penal Code als Verteidigungsmittel nicht anerkannt⁶¹.

3.1.3 Die Rauschtat

Eine strafbare Handlung liegt dann nicht vor, wenn der Handelnde zur Tatzeit aufgrund eines Rauschzustandes unfähig war, das Wesen seiner Handlungsweise zu durchschauen oder deren Unrechtsgehalt einzusehen, sofern der Rauschzustand durch etwas herbeigeführt wurde, das ihm ohne seine Kenntnis oder gegen seinen Willen verabreicht wurde (involuntary intoxication)⁶². Der unfreiwillige Rausch entzieht den Täter folglich jeglicher strafrechtlichen Verantwortlichkeit.

Unfreiwilligkeit wird bei allgemeiner Unkenntnis, arglistiger Täuschung oder Zwang hinsichtlich der Einnahme des Rauschmittels ebenso angenommen wie bei Unkenntnis über die Wirkung eines bewußt oder freiwillig eingenommenen Mittels⁶³. In der Rechtsprechung gibt es allerdings keinen Fall, bei dem ein Einwand der Unfreiwilligkeit Anerkennung gefunden hat⁶⁴.

Bei einer Straftat nach freiwilliger Einnahme von Rauschmitteln wird vermutet, daß der Täter die gleiche Kenntnis hat, die er in rauschmittelfreiem Zustand gehabt hätte (voluntary intoxication)⁶⁵.

Das Gesetz stellt eine widerlegliche Vermutung nur über die Kenntnis auf⁶⁶, regelt aber den Fall des freiwillig herbei-

61 Aguda, Principles, S. 279.

62 s. 52 NPC.

63 Aguda, Principles, S. 291 f.

64 Nach Gledhill, The penal codes, S. 126.

65 s. 44 NPC.

66 a.A. Khalil, Conference Paper, S. 136.

geführten Rauschzustandes nicht abschließend, denn wo auf der subjektiven Tatseite Absicht verlangt wird (z.B. für den Mordtatbestand), ist eine derartige Vermutung unzulässig, da das Vorliegen der entsprechenden Absicht gerade als Tatsache bewiesen werden muß. Es muß also gesondert festgestellt werden, ob der Täter die erforderliche Absicht in dem konkreten Stadium des Rausches gehabt hat. Es kommt folglich in einem derartigen Fall wesentlich auf den Grad des Rauschzustandes zum Zeitpunkt des Entschlusses an⁶⁷.

In der Literatur wird die Auffassung vertreten, die freiwillige Einnahme von Rauschmitteln müsse in bezug auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit praktisch wie die unfreiwillige Einnahme behandelt werden, wenn in subjektiver Hinsicht Absicht erforderlich ist. Wo vom Gesetz ausdrücklich das Vorliegen der Absicht verlangt werde, dürfe diese nicht vermutet werden, sondern sei als Tatsache gesondert festzustellen. Das sei dann bei allen Formen der vorsätzlichen Tötung erforderlich, da immer zumindest eine Körperverletzungsabsicht vorliegen müsse. Die Vermutung, daß die Todesfolge gewollt war, könne auch bei einem freiwillig herbeigeführten Rausch erst nach Feststellung einer solchen Absicht aufgestellt werden. Es komme folglich weniger auf die Freiwilligkeit bzw. Unfreiwilligkeit des Rausches, sondern mehr auf das Vorhandensein der Körperverletzungs- bzw. der Tötungsabsicht an. Der Rauschzustand, sei er nun freiwillig oder unfreiwillig herbeigeführt, könne von einem gewissen Grade an sogar als Anzeichen dafür gewertet werden, daß die erforderliche Absicht gerade nicht gefaßt werden konnte⁶⁸.

67 Aguda, Principles, S. 285; Gledhill, The penal codes, S. 127ff.

68 ss. 220 ff. NPC; Aguda, Principles, S. 285 u. Gledhill, The penal codes, S. 128 f. mit Hinweisen auf das indische Strafgesetzbuch und auf indische Entscheidungen.

Die Rechtsprechung schließt sich dieser Auffassung allerdings nicht an. Sie erweitert die gesetzliche Vermutungsregelung hinsichtlich der Kenntnis (s. 44 NPC) sogar auf die Absicht, eine Körperverletzung gewollt zu haben.

Der Supreme Court entschied beispielsweise in einem Fall, in dem ein Polizist angeklagt war, im angetrunkenen Zustand und unter Einwirkung einer Haschischzigarette mit einem Messer Amok gelaufen zu sein und einen Passanten getötet sowie mehrere andere verletzt zu haben, daß die Vermutungsregel von s. 44 NPC auf den Angeklagten voll anzuwenden sei, gleichgültig, ob jener die Fähigkeit gehabt habe, eine Tötungs- bzw. Körperverletzungsabsicht zu bilden, denn er habe freiwillig getrunken und geraucht⁶⁹. Die Drogeneinwirkung erfährt auf diese Weise überhaupt keine Berücksichtigung. Damit wird nicht die Verantwortlichkeit des Täters zur Tatzeit als Kriterium herangezogen, sondern grundsätzlich die Schuld in den zurechnungsfähigen Zustand vorverlegt. Mitursächlich für diese strenge Auslegung mag die schon vom Penal Code festgelegte Kriminalisierung von Trunkenheit im allgemeinen sowie von bloßem Alkoholgenuß durch Moslems im besonderen sein⁷⁰. Eine weitere Ursache kann auch in den fehlenden technischen Voraussetzungen liegen. Kann schon der Nachweis, daß der Täter zur Tatzeit im Rausch gehandelt hat, mangels technischer Möglichkeiten kaum geführt werden, so ist die Bestimmung der Intensität des Rauschzustandes erst recht praktisch unmöglich. Letztlich kommt es der Rechtsprechung nur auf die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Einnahme von Rauschmitteln an, wobei von der widerleglichen Vermutung der freiwilligen Herbeiführung des Rauschzustandes ausgegangen wird⁷¹.

69 Okeke v. The State (S.C. 33/1969) - unveröffentlicht.

70 ss. 401, 402, 403 NPC.

71 Dakuri v. The State (1965) N.M.L.R. 163 u. in Begho, Nigerian Criminal Law, S. 92, case 24; Maisanda v. The State (S.C. 451/74) - unveröffentl.; s.a. Lamu v. The State (Jan.-May 1967) F.S.C. 12 C (trotz Vorbringens wird Trunkenheit als 'defence' nicht diskutiert, allerdings als Ursache für möglichen Gedächtnisverlust anerkannt).

3.1.4 Irrtum

Das nord-nigerianische Strafrecht befaßt sich auch mit der Regelung von Irrtumsfällen; es unterscheidet dabei zwischen Tatsachen- und Rechtsirrtum.

Wenn aufgrund eines Irrtums über Tatsachen (mistake of fact) eine Handlung in dem guten Glauben vorgenommen wird, dazu berechtigt zu sein, dann ist eine solche Handlung nicht strafbar; der Irrtum über die Rechtslage (mistake of law) wird ausdrücklich von dieser Regelung ausgeschlossen und soll allenfalls bei der Strafzumessung mildernd berücksichtigt werden⁷².

Dem Irrtum über die Rechtslage ist die Unkenntnis über das Gesetz gleichgestellt⁷³.

Gutgläubigkeit bei einem Tatsachenirrtum ist erst gegeben, wenn der Handelnde trotz angemessener Sorgfalt und Vorsicht (due care and attention) zu seiner Überzeugung gelangt ist⁷⁴, d.h. es soll ein subjektiver Beurteilungsmaßstab angelegt werden. Unter Angemessenheit von Sorgfalt und Vorsicht wird dann der Grad verstanden, der vernünftigerweise gerade von dem Handelnden erwartet werden kann.⁷⁵

Da es sich bei dem anerkannten Tatsachenirrtum um eine unbewußte Unkenntnis bzw. unbewußt falsche Wahrnehmung von Tatsachen handeln muß, wird die bewußte Unkenntnis (willful blindness) nicht als Irrtum anerkannt. Die fahrlässige Unkenntnis schließt einen Tatsachenirrtum nicht aus, denn auch in diesem Fall ist die Unkenntnis unbewußt; das gilt allerdings nicht hinsichtlich allgemein bekannter Tatsachen, deren Kenntnis widerleglich vermutet wird⁷⁶.

72 s. 45 NPC; Richardson, Notes, Ann. 2 zu s. 45.

73 Aguda, Principles, S. 175.

74 s. 38 NPC.

75 Aguda, Principles, S. 168; Khalil, Conference Paper, S. 127 und (1974) 5 J.I.C.L. 77.

76 s. 43 NPC.

Im einzelnen haben sich Literatur und Rechtsprechung bisher lediglich mit Fällen des Irrtums über die Annahme der Voraussetzungen einer tatsächlich nicht vorhandenen 'defence' sowie über den Kausalverlauf befaßt. Sofern dem Täter Gutgläubigkeit bei seinem Irrtum z.B. über die Notwehr⁷⁷ bzw. Provokationslage⁷⁸ zuerkannt werden kann, wird er so behandelt, als wäre diese Voraussetzung gegeben, d.h. bei Putativnotwehr bleibt der Täter straflos, während bei Putativprovokation die schuldhaft Tötung nicht mit der Todesstrafe bedroht wird.

Bei der Abweichung vom vorgestellten Kausalverlauf - wenn z.B. der Tötungsversuch mit einer Schußwaffe fehlschlägt, der Täter das aber nicht bemerkt und die vermeintliche Leiche beseitigt, folglich erst aufgrund dieser Beseitigung der Tod des Opfers eintritt - wird von der Einheitlichkeit der Handlung ausgegangen und ein genereller Tötungsvorsatz angenommen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß ein enger zeitlicher wie räumlicher Zusammenhang zwischen den Teilen dieser Tat besteht⁷⁹. Gleiches müßte folglich dann gelten, wenn die als Versuch gedachte Handlung schon frühzeitig zum Erfolg führt, wenn z.B. das Opfer schon nach dem ersten Messerstich stirbt, obwohl nach den Vorstellungen des Täters mehrere Stiche nötig sein sollten.

Der Fall, in dem der Täter durch versehentliches Vorbeischießen einen Dritten tötet, wird für die vorsätzlich schuldhaft Tötung ausdrücklich durch eine gesetzliche Vorschrift geregelt⁸⁰. Eine solche Tatabirrung bleibt hinsichtlich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit unbeachtlich.

77 Abadallabe v. Bornu N.A. (1963) 1 All N.L.R. 154; The State v. Sule (J.D./17 C/66) - unveröffentlicht.

78 The State v. Wayum (NEB/52 c/71) - unveröffentl.

79 Aguda, Principles, S. 163; Gledhill, The penal codes, S. 474.

80 s. 223 NPC; dazu Arandum v. Bauchi N.A. (1961) N.N.C.N.6; Richardson, Notes, Anm. zu s. 223.

3.1.5 Das Selbsthilferecht

Eine strafbare Handlung liegt bei rechtmäßiger Ausübung eines Notwehrrechts (right of private defence) nicht vor⁸¹.

Das Recht erstreckt sich auf die Abwehr eines gesetzwidrigen Angriffs auf die eigene oder eine fremde Person⁸² sowie auf das eigene oder fremde Herrschaftsrecht an einer beweglichen bzw. unbeweglichen Sache, sofern die Ausübung des Herrschaftsrechts durch versuchten bzw. vollendeten Diebstahl, Raub, verbotene Eigenmacht oder Hausfriedensbruch beeinträchtigt wird⁸³.

Grundsätzlich rechtfertigt die Ausübung des Selbsthilferechts die Tötung des Angreifers nicht. Das ist erst dann der Fall, wenn der unrechtmäßige Angriff auf die Person die begründete Furcht hervorruft, den Tod oder eine schwere Körperverletzung zu erleiden, bzw. wenn es sich bei dem Angriff um eine Notzucht, um eine Gewalttätigkeit zur Befriedigung einer unnatürlichen Lust oder um eine Entführung handelt⁸⁴. Zusätzlich müssen auch die allgemeinen Voraussetzungen für die Ausübung des Selbsthilferechts erfüllt sein: Der Angriff auf die Person muß gegenwärtig sein. Ein Angriff braucht allerdings nicht abgewartet zu werden; eine drohende Haltung auf seiten des Angreifers begründet schon die Notlage, wenn in dem Betroffenen aufgrund vernünftiger Erwägungen die begründete Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff auf ihn oder einen Dritten aufkommt, auch wenn die Gefahr tatsächlich nicht besteht. Die Möglichkeit eines Angriffs reicht dazu nicht aus, sondern der vermeintliche Angreifer muß schon etwas getan haben, was die Todesfurcht begründet⁸⁵. Rechtfertigt

81 s. 59 NPC. Anstelle des früher gebräuchlichen Begriffs 'self-defence' wird zunehmend auch in England der Begriff 'private defence' (im Gegensatz zu 'public defence' - Gewaltanwendung zur Verbrechensverhinderung) bevorzugt, da damit dem über die bloße Selbstverteidigung hinausgehenden Umfang des Notwehrrechts auch begrifflich besser entsprochen wird (vgl. Kerll, Das englische Notwehrrecht, S. 16 u. 29). Als deutscher Begriff ist der Begriff 'Selbsthilferecht' anstelle von 'Notwehrrecht' nur gewählt worden, weil auch sprachlich der Anspruch des Penal Code auf Modernität seiner Notwehrregelung zum Ausdruck gebracht werden soll.

82 s. 60 (a) NPC.

83 s. 60 (b) NPC.

84 s. 65 NPC.

85 Aguda, Principles, S. 239.

86 Aguda, Principles, S. 222; Gladhill, The penal codes, S. 135.

tigt ein vernünftiger Irrtum über die Notwehrlage, so gilt das nicht hinsichtlich einer außergewöhnlichen Reizbarkeit bzw. Schreckhaftigkeit des die Notwehr bzw. Nothilfe Ausübenden⁸⁷. Ferner muß der Angriff bzw. die Drohung mit Gewalt rechtswidrig gewesen sein. Gegenüber dem gesetzeswidrigen, aber nicht strafbaren Verhalten von Deliktsunfähigen, Unzurechnungsfähigen, Rauschtätern und Irrenden ist die Ausübung eines Notwehrrechts ausdrücklich möglich⁸⁸. Beispielsweise darf ein Sechsjähriger, der eine Person ernsthaft mit einem geladenen Revolver bedroht, getötet werden. Gleiches gilt bei Putativnotwehr, auch wenn im übrigen ein Notwehrrecht gegenüber der rechtmäßigen Ausübung der Notwehr selber nicht besteht⁸⁹. Nicht rechtmäßig ist diese Ausübung z.B. auch dann, wenn der sich gegen einen mit bloßen Händen geführten rechtswidrigen Angriff Wehrende den Angreifer mit einem Messer bedroht bzw. abzuwehren versucht; jetzt hat der Angreifer auf dieser Stufe der Eskalation aufgrund der Todesgefahr für ihn ein Notwehrrecht, das die Anwendung tödlicher Gewalt rechtfertigt, sofern der erste Angriff nicht von vornherein auf eine Hervorrufung der späteren Notwehrlage ausgerichtet war. Irrelevant kann in diesem Zusammenhang bleiben, ob er sich selber in die Lage gebracht hat⁹⁰.

Gegenüber einer pflichtgemäßen Festnahme durch einen Polizeibeamten gibt es ebensowenig ein Notwehrrecht⁹¹ wie gegenüber einem Dritten, der den Angegriffenen von der Tötung des überwältigten Angreifers abhalten will⁹².

87 Gledhill, The penal codes, S. 143.

88 s. 61 NPC.

89 Abdallabe v. Bornu N.A. (1964) N.L.J. 120.

90 Aguda, Principles, S. 228.

91 The State v. Ibrahim (N.C.H./9 C/72) - unveröffentl.

92 Murne v. The State (S.C. 207/75) - unveröffentl.

Allgemeine Voraussetzung für die rechtmäßige Ausübung des Notwehrrechts ist außerdem, daß die Gewaltanwendung zur Abwehr notwendig gewesen ist und nicht außer Verhältnis zur drohenden Gewalt steht⁹³. Notwendig ist eine Gewaltanwendung jedenfalls dann nicht, wenn zur Gefahrenabwehr rechtzeitig der Schutz staatlicher Autoritäten in Anspruch genommen werden kann⁹⁴. Eine Gewaltanwendung darf auch nur zu Verteidigungszwecken erfolgen. Entgegen traditioneller Vorstellung und Praxis in Nordnigeria ist die Tötung eines fliehenden Diebes nicht gerechtfertigt, denn die Gewaltanwendung dient nicht der Abwehr eines Angriffs, sondern lediglich der Verhinderung der Flucht⁹⁵. Die Notwendigkeit endet mit der Beseitigung der Gefahr, d.h. regelmäßig mit der Überwältigung des Opfers⁹⁶. Der Angegriffene, der sich dem Angriff durch Flucht entzieht, später aber mit einer Waffe zurückkehrt, gilt jetzt als Angreifer; gegen den folgenden Angriff steht nunmehr dem früheren Angreifer ein Notwehrrecht zu. Auch ein zunächst Unbewaffneter, der sich während eines Kampfes der Waffe des Angreifers bemächtigt und jenen damit tödlich verletzt, handelt im Rahmen der Notwendigkeit. Die Tötung ist unter Einsatz dieser Waffe zur Verteidigung des eigenen Lebens notwendig, da der Angegriffene bei seinem Unterliegen im Kampf um die Waffe wahrscheinlich das Opfer geworden wäre⁹⁸.

Die Überprüfung der Verhältnismäßigkeit erfolgt nach subjektiven Maßstäben. Da der Grad der eingesetzten Gewalt nicht in jeder Handlungsphase kontrollierbar ist, wird eine geringe Überschreitung der Grenze für zulässig erachtet⁹⁹. Eine

93 s. 62 NPC; s.a. Richardson, Notes, Anm. 1 f. zu s. 62.

94 s. 63 NPC.

95 Anjenu v. The State (S.C. 406/75) - unveröffentl.

96 Yalwa and ors. v. The State (S.C. 139/70) - unveröffentl.; The State v. Wagga (1964) N.R.H.C.J. 48.

97 Gledhill, The penal codes, S. 130.

98 The State v. Kundumi (K/37 C/67) - unveröffentl.

99 Aquda, Principles, S. 226; Gledhill, The penal codes, S. 134.

Überschreitung der Notwehr wird erst bei erheblicher Überproportionalität angenommen. Wer sich mit einer Waffe gegen mehrere unbewaffnete Angreifer verteidigt, handelt verhältnismäßig¹⁰⁰, nicht dagegen, wer mit einem Messer auf einen Faustschlag reagiert¹⁰¹ oder einen längst entwaffneten und überwältigten Angreifer mit dessen Messer tötet¹⁰².

Aufgrund besonderer gesetzlicher Regelung wird die Verhältnismäßigkeit der Gewaltanwendung auch dann angenommen, wenn das eigene Leben nicht gerettet werden kann, ohne die Gesundheit unbeteiligter Dritter zu gefährden¹⁰³. Ob die Gefährdung des Lebens auch von dieser Bestimmung gedeckt ist, wird zwar nicht ausdrücklich festgelegt, kann aber aus dem Kontext der Regelung des Notwehrrechts gefolgert werden.

Die Ausübung eines Notwehrrechts zur Verteidigung der Sachherrschaft (defence of property) rechtfertigt eine Tötung nur dann, wenn neben den allgemeinen Voraussetzungen der Selbsthilfe besondere Voraussetzungen vorliegen, insbesondere, wenn es sich bei der Gewalt gegen Sachen um Formen von Raub, nächtlichen Einbruchsdiebstahl, Sachbeschädigung durch einen an eine Wohnstätte oder einen Lagerraum gelegten Brand handelt oder auch um Diebstahl, Sachbeschädigung bzw. Hausfriedensbruch insoweit, als die begründete Furcht besteht, daß bei Nichtausübung dieses Selbsthilferechts der Tod oder eine schwere Körperverletzung die Folge sein würde¹⁰⁴.

100 Aguda, Principles, S. 225.

101 Gyang v. The State (S.C. 288/1975) - unveröffentl.

102 The Queen v. Oji (1961) 1 All N.L.R. 262.

103 s. 67 NPC: If, in the exercise of the right of private defence against an assault which reasonably causes the apprehension of death, the defender be so situated that he cannot effectually exercise that right without risk of harm to an innocent person, his right of private defence extends to the running of that risk.

104 s. 66 NPC.

Die Tötung eines anderen zur Verteidigung der Sachherrschaft ist aufgrund der zahlreichen Erfordernisse hinsichtlich der Rechtmäßigkeit selten gerechtfertigt. Zur Feststellung der Identität eines Räubers bzw. zur Wiedererlangung abhanden gekommenen Sachen wäre sie gerechtfertigt, sofern die allgemeinen Voraussetzungen vorliegen. In der Regel scheitert die Anwendung an der Notwendigkeit der Gewaltausübung oder regelt sich, wenn der gefaßte Täter den Berechtigten oder einen Dritten angreift, über die Grundsätze des Notwehr- bzw. Nothilferechts. Hat sich der Täter illegal den Besitz schon gesichert, muß der Betroffene sich ohnehin staatlicher Hilfe bedienen.

3.1.6 Handeln unter Zwang

Grundsätzlich erkennt das nordnigerianische Strafgesetzbuch das Vorliegen einer Notstandssituation (necessity) als einen die Verantwortlichkeit ausschließenden Grund an¹⁰⁵, verneint dies aber ausdrücklich für den Fall versuchter oder vollendeter vorsätzlicher Tötung zum Schutze vor Eigentumsverletzung, sofern die besonderen Voraussetzungen des Selbsthilferechts diesbezüglich nicht vorliegen¹⁰⁶. Die Vorschrift ist allerdings unklar formuliert, denn bei den allgemeinen Voraussetzungen des Notstands wird lediglich eine Körperverletzung als Notstandshandlung erwähnt, während andererseits nur ein besonderer Fall der vorsätzlichen Tötungshandlung ausdrücklich ausgeschlossen wird. Auf diese vom Gesetz nicht ausgefüllte Lücke gehen weder Literatur noch Rechtsprechung ein. Aus den Illustrationen zum Gesetzestext, welche als Beispielsfälle ausschließlich die unbeabsichtigte Tötung anführen¹⁰⁷, und mittelbar aus dem Gesetzestext sel-

105 s. 49 (1) NPC.

106 s. 49 (2) NPC.

107 Insbesondere ill. (a), (c), (d) zu s. 49 NPC.

ber kann aber gefolgert werden, daß auch in einer Notstandssituation die strafrechtliche Verantwortlichkeit für eine vorsätzliche Tötung nicht entfällt. Eine solche Lage soll allenfalls die Inkaufnahme einer Lebensgefährdung entschuldigen, nicht aber die gezielte Zerstörung des Lebens.

Der Penal Code kennt auch den eine Verantwortlichkeit ausschließenden Nötigungsstand (duress), wenn der Betroffene durch Drohung zu der Handlung gezwungen wird und bei einer Weigerung der eigene Tod als unmittelbare Folge befürchtet werden kann. Diese Regelung findet ausdrücklich keine Anwendung, wenn der unter Zwang Handelnde sich selber in die Zwangslage gebracht hat¹⁰⁸ oder die abgenötigte Handlung als 'culpable homicide punishable with death' zu qualifizieren wäre¹⁰⁹. Das eigene Leben darf nach den Intentionen des Gesetzgebers daher nicht auf Kosten des Lebens unbeteiligter Dritter gerettet werden, sofern die Tötung die besonderen Mordmerkmale erfüllen würde. Die wohl menschlichere Lösung wird vom Gesetz als unmoralisch mißbilligt. Offen ist allerdings, ob dieser Maßstab auch für Teilnahmehandlungen gelten soll. Nach der Rechtsprechung zum indischen Penal Code kann sich eine Ehefrau, die unter Todesdrohungen die Beine ihres Mannes festhalten muß, damit der Drohende leichter töten kann, erfolgreich auf ein Handeln unter Zwang berufen¹¹⁰.

Aufgrund der gesetzlichen Einschränkung kommen als Notstandsfälle die die strafrechtliche Verantwortlichkeit ausschließenden Tötungshandlungen in Betracht, bei denen der Täter mit Körperverletzungsvorsatz handelt und die mögliche Todesfolge kennt (Totschlag) oder diese hätte kennen müssen (fahrlässige Tötung) bzw. diese nicht vorherzusehen brauchte (Körperver-

108 s. 57 NPC.

109 H.M.: Aguda, Principles, S. 145; Gledhill, The penal codes, S. 113; a.A. Khalil, Zaria, den 22.6.1976, der s. 57 NPC schlechthin für alle Formen der 'culpable homicide' für anwendbar hält.

110 Siehe Fußnote 109.

letzung mit tödlichem Ausgang). Voraussetzungen für das Vorliegen eines Nötigungsstandes müssen zusätzlich Ernsthaftigkeit der Drohung mit dem Tod, Gegenwärtigkeit und Unmittelbarkeit der Todesgefahr sowie die Unmöglichkeit sein, sich der Zwangslage entziehen zu können. Wer eine Fluchtmöglichkeit wahrgenommen hat, kann sich nicht auf dieses Verteidigungsmittel berufen¹¹¹. Außerdem muß die Bedrohung mit dem Tod gegen das Leben des Genötigten gerichtet sein; die Bedrohung mit der Tötung eines Dritten entschuldigt nicht.

Handlungen auf Befehl (Befehlsnotstand) finden im Penal Code keine besondere Regelung und sind folglich nach den allgemeinen Grundsätzen der Handlung unter Zwang zu beurteilen¹¹².

3.1.7 Zufall

Ist der rechtswidrige Erfolg einer rechtmäßigen Handlung nur durch einen unabwendbaren Zufall (accident and misfortune) verursacht worden, so liegt ein strafbares Verhalten nicht vor¹¹³. Dieser Erfolg muß außerhalb des gewöhnlichen Geschehensablaufes liegen, darf also weder gewollt noch vorhersehbar sein¹¹⁴. Diese gesetzliche Regelung hat lediglich deklaratorischen Charakter, denn jedes Verhalten, das nicht wenigstens als fahrlässig angesehen wird, bleibt ohnehin straflos. Praktisch gibt es deshalb keinen Fall, in dem sich jemand mit Erfolg auf dieses Verteidigungsmittel berufen hat¹¹⁵.

111 Gledhill, The penal codes. S. 114.

112 Die Vorschriften, die die besonderen Verhältnisse der Polizei bzw. des Militärs regeln, befassen sich lediglich mit den disziplinarischen Folgen bei Befehlsverweigerung (z.B. s. 39 (1)(e) of the Police Ordinance, 1943).

113 s. 48 NPC.

114 Aguda, Principles, S. 134; Gledhill, The penal codes, S. 106.

115 Iyatawa v. Katsina N.A. (1961) N.N.C.N. 26.

Bei den Fällen, in denen die Verteidigung unabwendbaren Zufall geltend macht, handelt es sich in der Regel um Tötung durch sich selbsttätig entladende Schußwaffen; wegen der hohen Sorgfalt, die gerade bei Feuerwaffen angewendet werden muß, wird das Täterverhalten nach ständiger Rechtsprechung als fahrlässige Tötung qualifiziert¹¹⁶.

3.1.8 Aberglaubensbedingte Tötung

Nicht nur im nordnigerianischen Rechtsleben besteht bei vorsätzlicher Tötung sehr häufig ein enger Zusammenhang zu Formen des Aberglaubens, sondern es handelt sich hier um eine weitverbreitete Erscheinung im gesamten afrikanischen Raum südlich der Sahara.

Der Tod erscheint als soziales Phänomen und ist in der Regel mit sozialen Konflikten verbunden. Diese Konflikte bestehen entweder mit Lebenden (Hexen, Zauberern- witches, sorcerer, witch-doctor), mit Vorfahren (ancestors) oder mit außermenschlichen Kräften (shrines)¹¹⁷. Aufgrund irgendeiner Verfehlung wird der sonst bestehende Schutz der übernatürlichen Kräfte oder Götter (supernatural agencies) vom Individuum abgezogen, welches dann dem Wirken der Hexen, der Zauberer, der Vorfahren bzw. der Schreine ausgeliefert ist.

Dieses Wirken wird dann als Tod oder Krankheit erkennbar. Der Tod erscheint folglich regelmäßig als von jenen Elementen verursacht, wenn das Opfer nicht schon ein hohes Alter erreicht hat. Bei dieser Mystifizierung der natürlichen Todesursache kommt dem Tod durch Vergiftung (poisoning) eine herausragende Bedeutung zu. Das Gift gilt als materielle Mani-

116 The State v. Musa (M.D./64 c/75); The State v. Itopa (K. W.S./4 C/70); a.A. C.O.P. v. Biko (K.A.F./45 c/73) - alle unveröffentl.

117 Goody, Death, property and the ancestors, S. 208.

festation der Abhängigkeit von den erwähnten Elementen¹¹⁸.

Deshalb wird auch sehr häufig aus Nichtkenntnis der wirklichen Todes- bzw. Krankheitsursache allgemein die Todesursache als 'poisoning' bezeichnet, ohne daß konkret eine Vergiftung gemeint bzw. nachweisbar ist¹¹⁹. Verstärkt wird diese Mystifizierung des Giftes durch die verbreitet auftretende, geradezu elementare Angst insbesondere bei Nordnigerianern, durch eine Ehefrau, Verwandte, Freunde oder Nachbarn vergiftet zu werden, was teilweise sicherlich auch auf einen realen Erfahrungshintergrund zurückgeführt werden kann. Die Suche nach der Todesursache soll zur Feststellung führen, welches dieser drei Elemente aktiv geworden ist. Wird ein "Handeln" der Vorfahren oder der Schreine für ursächlich gehalten, versuchen der Betroffene oder seine Angehörigen, jene durch Opfergaben zu besänftigen. Hält man aber das Wirken von Hexen, oder Zauberern für ursächlich, werden diese aus der Gemeinschaft entfernt, und zwar am wirkungsvollsten durch deren Tötung. Die Tötung der Hexe wird traditionell als mystisches Ritual aufgefaßt und mit Feuer vollzogen¹²⁰. Der Betroffene oder seine Angehörigen handeln dabei im Sinne der und für die Gemeinschaft¹²¹. Beispielsweise warf ein Heilpraktiker (Medizimann), der die Hexerei einer Nachbarin für den tödlichen Ausgang seiner Behandlungsversuche bei einer Patientin verantwortlich machte, die vermeintliche Hexe zu Boden, legte einen großen Stein auf deren Brust, einen schweren Holzmörser auf ihren Unterkörper, trampelte zusätzlich mit den Füßen auf ihr herum, verteilte anschließend Pfeffer über die Wunden und steckte schließlich ihren Körper mit trockenem Gras in Brand¹²². Zur Ermittlung des ursächlichen Elements

118 Evans - Pitchard, *Witchcraft, oracles and magic*, S. 258;
Goody, *Death, property and the ancestors*, S. 108 u. 118.

119 Arbeitsgespräch mit J. Griffith, Zaria, den 21.3.1976; s.a.
The State v. Dauru and Ors., *Daily Times* (Lagos) vom 2.6.1976.

120 Dazu Tubale v. The State (1972) 6 S.C. 107; The State v. Danbiya (N.W.S./7 C/73) - unveröffentl.; C.O.P. v. Abefe, New Nigerian (Kaduna) vom 22.10.1975.

121 Elias, *The nature of African customary law*, S. 109.

122 Nmodu v. The State (1972) 4 S.C. 144.

dienen zahlreiche Beweiszeichen. So gilt ein geschwollener Bauch bei einer nichtschwangeren Frau als Beweis für deren Hexeneigenschaft¹²³.

Zwar sind eine Reihe von traditionellen Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem Aberglauben durch den Penal Code als kriminell definiert¹²⁴, die aberglaubensbedingte Tötung von Hexen bzw. Zauberern hat aber keine konkrete Regelung erfahren und wird folglich nach allgemeinen Grundsätzen behandelt.

Während in der Literatur umstritten ist, ob in einem solchen Fall Aberglauben als 'defence' unmittelbar oder zumindest mittelbar über Unzurechnungsfähigkeit, Irrtum bzw. Notwehr anzuerkennen ist, lehnt die ständige Rechtsprechung einen Ausschluß der Verantwortlichkeit grundsätzlich ab und verurteilt beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen regelmäßig wegen Mordes¹²⁵. Dabei ignoriert sie mit ihrem konsequenten Festhalten an dem Konzept einer objektivierten 'mens rea' das nicht vorhandene Unrechtsbewußtsein des Täters, denn sie hält hinsichtlich der Schuld schon für ausreichend, daß die Tötungsabsicht vorliegt bzw. vermutet werden kann¹²⁶. Anderes soll nur gelten, wenn der Täter ohne Absicht oder Bewußtsein gehandelt hat, einen Menschen zu töten, wenn etwa aufgrund der tatsächlichen Umstände, wie beispielsweise dunkle Kleidung bei Finsternis, Grund zur Annahme besteht, es bei dem Opfer mit einem Geist zu tun zu haben¹²⁷.

Der Täter kann sich folglich nicht auf das Vorliegen eines aberglaubensbedingten Irrtums berufen, da in einem solchen Fall keine Gutgläubigkeit (good faith) angenommen wird. Nach

123 Goody, Death, property and the ancestors, S. 63.

124 Gottesurteilsverfahren (trial by ordeal), Zauberei (juju), Hexerei (witchcraft), Verfluchen (evil spell), Herstellung, Verkauf und Tragen von Amuletten (charms, fetish), Kannibalismus; s. ss. 214 bis 219 NPC; s.a. Elias, Law in a Developing Country, S. 96.

125 Aber gleichzeitig mit dem Todesurteil sprechen die Gerichte ebenso regelmäßig eine Gnadenempfehlung gegenüber der Exekutive aus.

126 Kawo v. The State in (1972) 4 S.C. 171; The State v. Darnawa (NWS/42 C/72) - unveröffentl.; Kusu v. Sokoto N.A. in: Richardson, Notes, Ann. 2d zu s. 222; a.A. insbesondere Seidman, Wichtmörder, S. 57.

in der Literatur z.T. vertretener Auffassung stehe das eindeutig im Gegensatz zu der sonstigen Auslegung der Irrtumsregelung, denn statt des subjektiven Maßstabs werde für diese Fallgruppe ein gesetzlich nicht vorgesehener objektiver Test zugrundegelegt und somit die erforderliche 'mens rea' konstruiert¹²⁸. Daß es sich hierbei aber um einen unbeachtlichen Rechtsirrtum handeln könnte und folglich die von der Rechtsprechung vertretene Auffassung mit der eindeutigen gesetzlichen Regelung (s. 45 NPC) übereinstimmt, wird weder von der Rechtsprechung selber noch von der Literatur gesehen.

Auch das Vorliegen einer Unzurechnungsfähigkeit wird von den Gerichten abgelehnt, denn der Aberglaube beeinträchtigt grundsätzlich nicht die Einsichtsfähigkeit, gleichgültig ob die Einsicht in das unrechtmäßige Tun vorliege¹²⁹. Anderes wird im Einzelfall angenommen, wenn der Täter vorgibt, selber vom bösen Geist besessen und zur Tötung animiert worden zu sein¹³⁰.

Ebenso wird das Vorhandensein eines Notwehrrechts gegenüber Hexen bzw. Zauberern verneint, auch wenn der Täter sich subjektiv in einer Notwehrlage befunden zu haben glaubte. Insbesondere mangle es an der Notwendigkeit der Verteidigung, da für den Täter objektiv absolut keine Lebensgefahr bestehe, die besonderen Voraussetzungen der rechtmäßigen Tötung aus Notwehr folglich nicht erfüllt seien¹³¹.

Die Furcht vor dem Tode oder vor schwerer Körperverletzung durch die Hexe erscheint somit nicht begründet, wie es gemäß

127 Sudan. Government v. Nur in (1959) S.L.J.R. 1; ebenso Gledhill, The penal codes, S. 111.

128 Für obj. Maßstab: Aguda, Principles, S. 162; Gledhill, The penal codes, S. 111; Rechtspr. Nachweise dazu bei Khalil, Criminal Law Reforms, S. 127, Fußn. 84. Für subj. Maßstab: Khalil, Criminal Law Reforms, S. 127; Seidman, Witchmurder, S. 60; Nachweise über sudanesishe und indische Regelung bei Khalil, Criminal Law Reforms, S. 127, FN 83.

129 The State v. Kamba (NWS/1 C/72) - unveröffentl.; The State v. Darnawa (NWS/42 C/72) - unveröffentl.; a.A. insbesondere Seidman, Witchmurder, S. 51; mit Einschränkungen Milner, M'Naghten and the witch-doctor, S. 1160.

130 The State v. Na-Idi (NCH/10 C/72) - unveröffentl.

131 So Kawo v. The State in (1972) 4 S.C. 171; Kusu v. Sokoto N.A. in Richardson, Notes, Arm. 2 d zu s. 222; a.A. Seidman, Witchmurder, S. 60; s.a. Gledhill, The penal codes, S. 146

s. 65 (a) NPC (reasonable apprehension of death or grievous hurt) erforderlich wäre. Hier wird die Abweichung von der sonst üblichen Auslegung des Begriffs 'reasonable' für diese Fallgruppe deutlich, denn als Maßstab dient nicht der 'reasonable man' Nordnigerias, sondern praktisch der Englands.

Völlig abweichend von der sonst üblichen Rechtsprechungspraxis billigte der High Court Jos 1966 dem Täter, der seinen Vater getötet hatte, weil er sich durch dessen magische Kräfte in Todesfurcht versetzt fühlte, die aberglaubensbedingte irrtümliche Annahme einer objektiv nicht vorhandenen Notwehrsituation (Putativnotwehr) zu, indem das Gericht den objektiv-konkreten Maßstab konsequent anwendete. Ausdrücklich erkannte es Aberglauben als 'defence' an, wenn der Täter sich dadurch aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte in Lebensgefahr wähnt. Diesen anerkannten Irrtum in Verbindung mit dem Aberglauben nimmt das Gericht wiederum zum Anlaß, das Vorliegen von Unzurechnungsfähigkeit für sehr wahrscheinlich zu halten und allein aus diesem Grunde den Angeklagten freizusprechen¹³².

Die Zuerkennung einer verminderten Verantwortlichkeit wird nicht in Betracht gezogen, da das Gesetz ein derartiges Institut für diese allgemeine Form nicht vorgesehen hat¹³³. Ebenso wenig wird Hexerei oder das Belegen mit einem Fluch als eine die Verantwortlichkeit mildernde Provokation anerkannt¹³⁴.

3.2 Besondere die strafrechtliche Verantwortlichkeit mildernde Gründe (special defences)

Das nordnigerianische Strafgesetzbuch kennt neben den behandelten Gründen, welche die strafrechtliche Verantwortlichkeit

132

132 The State v. Sule (JD/17 C/66) - unveröffentl.

133 S. Buyu v. The State in (1972) 6 S.C. 34.

134 i.S. s. 222 (1) NPC; dazu Bwashi v. The State (S.C. 104/1972) - unveröffentl.; Kawo v. The State in (1972) 4 S.C. 171; Kusu v. Sokoto N.A. a.a.O.

völlig ausschließen, eine Reihe von solchen, welche die Schuld mildern. Nach der Konzeption des Penal Code wird vom Grundtatbestand des Mordes (culpable homicide punishable with death)¹³⁵ ausgegangen. Sind die besonderen Voraussetzungen für einen Milderungsgrund erfüllt, so wird der Schuldvorwurf wegen Mordes in einen solchen wegen Totschlags (culpable homicide not punishable with death) umgewandelt. Als Milderungsgründe werden im einzelnen das Handeln aufgrund einer vorangegangenen Provokation (provocation), die Überschreitung des Selbsthilferechts (exceeding the right of private defence) sowie die Überschreitung von Amtsbefugnissen (exceeding the power by a public servant), die Tötung in einem Kampf (sudden fight), die Tötung aufgrund einer Einwilligung des Opfers (consent) und die Tötung eines Kleinkindes durch seine Mutter aufgrund des Verlustes des seelischen Gleichgewichts (disturbed balance of the mind of a mother)¹³⁶ sowie das Handeln bei Kenntnis der nur möglichen, aber nicht wahrscheinlichen Todesfolge (knowledge that he is likely to cause the death)¹³⁷ aufgeführt.

Zum Zwecke der Vollständigkeit ist als Milderungsgrund die fahrlässige Begehungsweise (rash or negligent act)¹³⁸ zu erwähnen, welche in der Systematik der schuldhaften Tötungsdelikte ebenfalls als Unterfall einer Totschlagshandlung angesehen wird. Die fahrlässige Tötung wird dann angenommen, wenn weder Tötungsabsicht oder eine absichtliche Handlung mit Kenntnis der möglichen Todesfolge noch ein unabänderlicher Zufall vorliegt; d.h. die nicht gewollte Folge muß lediglich vorhersehbar gewesen sein¹³⁹.

135 s. 221 NPC.

136 s. 222 NPC.

137 s. 220 (b) NPC.

138 s. 220 (c) i.V.m. s. 222 (7) NPC.

139 Dazu Aguda, Principles, S. 64 ff.; Gledhill, The penal codes, S. 487; Richardson, Notes, Anm. 5 zu s. 220; z.B. C.O.P. v. Gamma (KAF/3 C/71) unveröffentl.; The State v. Musa (MD/64 C/75) - unveröffentl. Circulated Judgments 1975.

II. Der Mord^{139a}

221. Except ofin the circumstances mentioned in section 222 culpable homicide shall be punished with death -

- (a) if the act by which the death is caused is done with the intention of causing death; or
- (b) if the doer of the act knew or had reason to know that death would be the probable and not only a likely consequence of the act or of any bodily injury which the act was intended to cause.

Explanation. Whether death was the probable or only a likely consequence of an act or of any bodily injury, is a question of fact.

1. Besonderheiten der objektiven Tatseite

Soweit die für den Tod kausale Handlung in der Absicht vorgenommen wurde, den Erfolg herbeizuführen, ergeben sich keine Besonderheiten hinsichtlich der objektiven Tatseite¹⁴⁰.

Anderes gilt, wenn eine solche Absicht nicht vorhanden war. Dann nämlich ist Voraussetzung des objektiven Tatbestandes, daß der eingetretene Erfolg die wahrscheinliche Folge der beabsichtigten Handlung war, welche in der Regel die Form einer Körperverletzung annimmt¹⁴¹. Diese Wahrscheinlichkeit ist ausdrücklich von der bloßen Möglichkeit zu unterscheiden und abzugrenzen¹⁴². Gemäß der Legaldefinition des Penal Code gilt die Folge einer Handlung dann als wahrscheinlich, wenn ein vernünftig Denkender (reasonable man) deren Eintritt für natürlich und normal halten würde¹⁴³. Es muß sich folglich um einen sehr hohen Grad der Möglichkeit handeln, der eigentlich von einer Gewißheit kaum zu unterscheiden ist¹⁴⁴.

139a Das Gesetz verwendet die Begriffe 'murder' u. 'manslaughter' nicht expressis verbis; da aber in der Tatbestandsbeschreibung eine darauf hinauslaufende Unterscheidung getroffen wird, werden zur Verdeutlichung z.T. die Begriffe 'Mord' und 'Totschlag' gebraucht.

140 s. 221. (a) NPC.

141 Anders, wenn z.B. ein Sprengkörper in Sachbeschädigungsabsicht auf ein Haus geworfen und durch die Folge der Explosion ein Mensch getötet wird (C.O.P. v. D. Dabai (N.C.H./25 C/70) - unveröffentl.

142 s. 221 (b) NPC.

143 s. 19 (2) NPC.

144 Aguda, Principles, S. 40; Gledhill, The penal codes, S. 472.

Nach ganz herrschender Meinung in der Literatur wird der 'reasonable man'-Begriff typisierend-objektiv aufgefaßt, d.h. zum Maßstab wird nicht die naturwissenschaftliche Auffassung von der Wahrscheinlichkeit herangezogen, sondern der Standard eines Nordnigerianers mit gleichem sozialen Hintergrund und Wissensstand wie der Täter¹⁴⁵. Wenn für einen solchen bei der zugrundeliegenden Sachlage der Nichteintritt des Erfolges eine Überraschung bedeuten würde, dann gilt die Handlungsfolge als wahrscheinlich¹⁴⁶.

In der Rechtsprechungspraxis geht die Ermittlung dieses 'reasonable man'-Standards nicht besonders sorgfältig vor sich, sofern dieser überhaupt ermittelt wird. Meist werden keine ausdrücklichen Feststellungen getroffen. Mittelbar läßt sich aber aus den Entscheidungen über die Wahrscheinlichkeit herauslesen, daß statt des individuellen Standards der allgemein vernünftig Denkende als Maßstab herangezogen wird. Trotz des ausdrücklichen Bekenntnisses auch der Rechtsprechung zur typisierend-objektiven Auslegung des 'reasonable man'-Begriffs legt sie hier einen streng objektiven Maßstab an¹⁴⁷.

Die Feststellung der Wahrscheinlichkeit ist ausschließlich anhand der zugrundeliegenden Tatsachen zu treffen¹⁴⁸. Als Anhaltspunkte dafür können unter anderem Größe, Gewicht und Gefährlichkeit der Tatwaffe, Anzahl und Art der Verletzungen, die Intensität des Angriffs sowie die Anzahl der Teilnehmer dienen¹⁴⁹. Aus diesem Grunde wenden die Gerichte in der Regel

145 Aguda, Principles, S. 48; Gledhill, The penal codes, S. 470; Richardson, Notes, Anm. 8 zu s. 221; The State v. A. Mamman (NWS/31 C/73) - unveröffentl.

146 Nordnigerianische Leitentscheidung: Kumbin v. Bauchi N.A. in (1963) 2 All N.L.R. 22 und (1963) N.N.L.R. 49, welche auf sudanesischer Leitentscheidung Sudan Gov. v. Jelo in (1960) S.L.J.R. 60 basiert; ebenso C.O.P. v. Gomma and ors. in (1965) N.M.L.R. 12; Maijamaa v. The State (S.C. 524/1963) in Begho, Nigerian Criminal Law, Case No. 16, S. 82.

147 The State v. Dabai (Z/18 C/64 - unveröffentl.).

148 s. expl. zu s. 221 NPC.

149 Gledhill, The penal codes, S. 470.

eine besondere Sorgfalt bei der Überprüfung dieser Umstände an. So wird bei der Benutzung einer Axt die Todesfolge für wahrscheinlich gehalten¹⁵⁰, auch bei Schlägen mit einem schweren Stock auf den Kopf oder Messerstichen in den Unterleib¹⁵¹; Stockschläge gegen den übrigen Körper sollen dagegen nicht für die Annahme der Wahrscheinlichkeit ausreichen, wenn nicht weitere Umstände dafür sprechen¹⁵². Die Verwendung einer zu hohen Stromspannung durch einen Fachmann bei der Betätigung einer elektrischen Schutzanlage gegen potentielle Einbrecher kann ebenso zu der Annahme der Wahrscheinlichkeit führen wie die eigentlich beabsichtigte Vertreibung eines vermeintlichen Zauberers aus seinem Dorf durch eine Menschenmenge, die mit dessen Tod endet¹⁵³.

Für die Feststellung der wahrscheinlichen Todesfolge ist es nicht allein von Bedeutung, daß dem Gericht die Tatwaffe als Beweisstück vorliegt, sondern auch, daß der Nachweis der Identität der tatsächlich benutzten und präsentierten Tatwaffe zweifelsfrei geführt wird; im Zweifelsfall wird lediglich von der bloßen Möglichkeit der Todesfolge ausgegangen¹⁵⁴.

Im bekannten englischen Fall D.P.P. v. Smith¹⁵⁵ wäre nach der Regelung des Penal Code ein Nachweis der Feststellung leichter zu führen, ob ein 'reasonable man' vorhergesehen hätte, daß der aufgesprungene Polizist wahrscheinlich vor einen entgegenkommenden PKW geschleudert und von jenem tödlich überfahren werden würde; nach der tatsächlichen Beweissituation dieses Falles aber war der Tod des Opfers nicht wahrscheinlich vorhersehbar gewesen, so daß nach dem

150 Galadima v. The State (S.C. 258/1975) - unveröffentl.

151 The State v. A. Dabai, a.a.O.; The State v. Jire in (1965) N.N.L.R. 52.

152 The State v. Buhari (NCH/2 c/72) - unveröffentl.

153 C.O.P. v. Utul and or. in New Nigerian (Kaduna) v. 20.12.75 bzw. The State v. Dauru and ors. in Daily Times (Lagos) v. 2.6.76 (die Entscheidungen zu beiden Mordanklagen waren zur Zeit der Materialzusammenstellung noch nicht ergangen).

154 Gwandu v. Gwandu N.A. in (1962) 1 All N.L.R. 545.

155 (1960) 2 All E.R. 450: S., in seinem PKW mit Diebesgut unterwegs, war...

Penal Code der objektive Tatbestand und somit eine Schuld im Sinne des Mordtatbestandes nicht vorliegen würde¹⁵⁶.

2. Die subjektive Tatseite

Für die Verwirklichung des subjektiven Tatbestandes bei Mord muß Tötungsabsicht gegeben sein. Eine solche Absicht kann entweder in unmittelbarer Form vorliegen oder mittelbar aufgrund einer Vermutung hergeleitet werden.

2.1 Die tatsächliche Tötungsabsicht

Unter Absicht (intention) wird der Willenszustand verstanden, in dem die möglichen Folgen einer Handlung vorhergesehen und deren Eintritt gewollt werden¹⁵⁷. Die Beweggründe werden zwar nicht von der Absicht erfaßt, können aber Anhaltspunkte für das Vorhandensein einer Absicht liefern¹⁵⁸.

Selten kann die tatsächliche Tötungsabsicht nachgewiesen oder unmittelbar aus den vorliegenden Umständen gefolgert werden. Ein direkter Nachweis ist meist erfolgreich, wenn ein Geständnis, Äußerungen oder Mitteilungen des Täters an Dritte vorhanden sind¹⁵⁹. In einem derartigen Fall sind Überlegungen über Tatmodalitäten wie über die Art der verwendeten Waffe der Gewaltanwendung etc. nicht mehr erforderlich; es reicht aus festzustellen, daß vom Täter gehandelt wurde, um seine Absicht

...von einem Polizisten zum Halten aufgefordert worden. Da S. beschleunigte, sprang P. auf den fahrenden PKW auf. Durch Zick-Zack-Fahrweise schüttelte S. den P. ab; P. wurde von einem entgegenkommenden PKW tödlich überfahren (auch die nigerian. Literatur befaßt sich mit der Problematik dieses engl. Falls - z.B. Aguda, Principles, S. 49 f.).

156 siehe dazu Aguda, Principles, S. 49; Gledhill, The penal codes, S. 473.

157 Aguda, Principles, S. 38; Gledhill, The penal codes, S. 5.

158 Aguda, Principles, S. 43; so auch Adamu v. The State (S.C.73/1973) - unveröffentl.

159 Richardson, Notes, Anm. 4 zu s. 220.

zu verwirklichen, und daß jene Handlung kausal für den Erfolg gewesen ist¹⁶⁰. Im übrigen sind die Umstände der Tat zur Ermittlung der Absicht heranzuziehen. Bestimmte Begehungsweisen, beispielsweise eine besonders brutale Tötung einer vermeintlichen Hexe oder das bewaffnete Auftreten und Handeln in grosser Anzahl, lassen den Schluß auf das tatsächliche Vorliegen einer Tötungsabsicht zu, da jene Modalitäten als deren Manifestationen angesehen werden¹⁶¹.

2.2 Die Absichtsvermutung

Nach dem Gesetz kann das Vorliegen einer Tötungsabsicht aufgrund einer Vermutungsregel auch ohne unmittelbaren Nachweis hergeleitet werden¹⁶². Diese Vermutung, ein bloßes Hilfsmittel zum Nachweis der Absicht, ist widerleglich, denn es handelt sich dabei um eine Vermutung von Tatsachen¹⁶³. Als Voraussetzung für die Anwendung dieser Regel muß eine beabsichtigte Handlung überhaupt vorgelegen haben. Jene kann nach dem Gesetz irgendeine Verletzungshandlung sein, unabhängig von der Schwere der Körperverletzung¹⁶⁴. Die Absicht zur Körperverletzung selber ist wiederum direkt zu beweisen oder aus den Umständen herzuleiten.

160 The State v. Audu (N.C.H./7 C/72) - unveröffentl.

161 Gachi and ors. v. The State (S.C. 80/1965) bzw. Tubale v. The State (S.C. 107/1972) - beide unveröffentl.

162 s. 221 (b) NPC.

163 Im Sinne von expl. zu s. 221 NPC; so auch Aguda, Principles, S. 49; Gledhill, The penal codes, S. 4.

164 a.A. Olaunju (Criminal Responsibility, S. 14), der eine objektiv schwere Körperverletzung für erforderlich hält; dem steht aber der klare Gesetzeswortlaut von s. 221 (b) NPC entgegen.

2.2.1 Verletzungsabsicht und Kenntnis der wahrscheinlichen Todesfolge

Diese Vermutungsregel ist anwendbar, wenn der Täter zusätzlich zu seiner Körperverletzungsabsicht die Kenntnis (knowledge) hatte, daß ein bestimmter Erfolg, nämlich der Eintritt des Todes beim Opfer, das wahrscheinliche Ergebnis seiner Handlung sein würde¹⁶⁵. Hinsichtlich der Schuld des Täters wird durch diese Vermutungsregelung das Handeln trotz Kenntnis des wahrscheinlichen Erfolges, also dessen billigende Inkaufnahme, dem Handeln in Tötungsabsicht gleichgestellt. Der Nachweis dieser Kenntnis ist allerdings praktisch ebenso schwer zu führen wie der direkte Nachweis der Tötungsabsicht. Deshalb findet diese Regelung auch äußerst selten Anwendung¹⁶⁶.

2.2.2 Verletzungsabsicht und Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge

Überwiegend wird statt dessen, auch wenn die Rechtsprechung terminologisch nicht immer genau differenziert¹⁶⁷, die andere Alternative der Vermutungsregelung angewandt, wonach bei vorliegender Körperverletzungsabsicht die Tötungsabsicht schon vermutet wird, wenn Grund zur Kenntnis (reason to know) bestand, daß der Eintritt des Todes wahrscheinlich sein würde. Der Grund zur Kenntnis, also die Vorhersehbarkeit der Folge, wird folglich der Kenntnis gleichgestellt.

165 Siehe Beispiel von ill. (b) 1. Alternative zu s. 221 NPC.

166 The State v. Ibrahim (NCH/9 C/72) . unveröffentl.: Ohne weitere Begründung folgert das Gericht aus den tödlichen Messerstichen ins Herz des Opfers die Kenntnis des Täters hinsichtlich des wahrscheinlichen Todes. The State v. S. Mamman (NCH/8 C/74) - unveröffentl.: Das Gericht hätte wohl bei besserer Beweissituation von der Kenntnis des angeklagten Schlangenbeschwörers, der einem kleinen Mädchen eine giftige Kobra in den Arm gelegt hatte, ausgehen müssen, daß diese Schlange wahrscheinlich beißen und ein solcher Biß wahrscheinlich tödlich sein würde.

167 So u.a. Dikko v. The State (S.C. 46/1975) - unveröffentl.

Der Nachweis der Tötungsabsicht ist nach dieser Vorschrift am leichtesten zu führen, denn es geht nicht darum, ob der Täter die Folge der beabsichtigten Tat vorhergesehen hat, sondern darum, daß er als vernünftig Denkender (reasonable man) sie als wahrscheinlich hätte vorhersehen müssen. Wenn diese Vorhersehbarkeit aus den Umständen hergeleitet und nach dem subjektivistisch zu führenden 'reasonable man' - Test bejaht wird, kann das Vorliegen der Tötungsabsicht vermutet werden, auch wenn der Täter beispielsweise die Folgen der beabsichtigten Handlung unterschätzte, letztlich nicht gewollt oder überhaupt nicht vorhergesehen hat. Durch die gesetzliche Vermutung, daß der Täter die natürlichen und vorhersehbaren Konsequenzen seiner Tat gewollt hat, wird damit bei vorliegender Körperverletzungsabsicht der Schuldvorwurf wegen Verwirklichung des Mordtatbestandes über das Inkahnehmen des wahrscheinlichen Handlungserfolges hinaus auch auf dessen fahrlässige Nichtkenntnis ausgedehnt¹⁶⁸.

Hinsichtlich des subjektiven Mordtatbestandes braucht deshalb lediglich bewiesen zu werden, daß der Täter eine bestimmte Körperverletzung beabsichtigt hatte, deren wahrscheinliche Todesfolge für ihn vorhersehbar war (reasonable man test). Eine solche Absicht darf selber aber nicht vermutet, sondern muß direkt bewiesen bzw. aus den Umständen hergeleitet werden, da sonst die gesamte subjektive Tatseite auf bloßen Vermutungen beruhen würde¹⁶⁹. Der Nachweis der beabsichtigten Körperverletzung fällt aber im allgemeinen wesentlich leichter als ein Nachweis der Mordabsicht.

Ein Täter, der sein Opfer, das für ihn nicht erkennbar an einer schweren Krankheit leidet, in Körperverletzungsabsicht leicht schlägt, verwirklicht nicht den Mordtatbestand, wenn er dadurch dessen Tod verursacht. So führt ein nicht heftig

168 Siehe dazu Aguda, Principles, S. 48; Gledhill, The penal codes, S. 470; Richardson, Notes, Anm. 3 zu s. 220 und Anm. 8 zu s. 221.

169 C.O.P. v. D. Dabai (NCH/25 C/70) - unveröffentl.

geführter Stockschlag in die Leistengegend des Opfers normalerweise nicht zu dessen Tod; die aufgrund eines nicht erkennbaren und nicht gekannten Leistenbruchs tatsächlich eingetretene Todesfolge ist für den Täter folglich auch nicht als wahrscheinlich vorhersehbar gewesen¹⁷⁰.

3. Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortlichkeit

Tötet der Täter einen Menschen in einer Menge, indem er einen ungezielten Schuß in diese abgibt, so trifft ihn auch dann der Schuldvorwurf wegen Mordes, wenn er sich keine Vorstellung darüber gemacht hat, irgendein konkretes Individuum zu töten¹⁷¹.

Es kommt hinsichtlich der Verantwortlichkeit insoweit nicht auf die Bestimmtheit des Vorsatzes an.

4. Dem Mord gleichgestellte Tötungshandlungen

4.1 Mord in mittelbarer Täterschaft

Eine Tötung in mittelbarer Täterschaft wird der vollständig vom Täter selber ausgeführten Tötungshandlung gleichgestellt. Das ist der Fall, in dem bei dem Vorliegen der subjektiven Voraussetzungen der Täter zur Erfüllung der objektiven Tatseite vollständig oder nur teilweise einen gutgläubigen Dritten als Werkzeug (innocent agent) benutzt hat. Dafür gibt es zwar keine ausdrückliche gesetzliche Regelung für den Allgemeinfeld, das geht aber hinsichtlich der schuldhaften Tötung aus den konkreten Beispielen (illustrations) hervor, die dem Gesetzestext amtlicherseits beigelegt sind. Demgemäß

170 Kumbin v. Bauchi N.A. in (1963) N.N.L.R. 49; ebenso ill. (b) 2. Alternative zu s. 221 NPC.

171 Siehe s. ill. (c) zu s. 221 NPC.

trifft jemanden auch dann der Schuldvorwurf, einen Mord begangen zu haben, wenn er beispielsweise weiß, daß sich ein Dritter hinter einem Busch befindet und seinen Jagdgefährten in Tötungsabsicht bzw. mit der Kenntnis oder bei Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge dazu veranlaßt, auf jenen Dritten zu schießen und diesen tödlich zu treffen; der Schütze kann dabei aufgrund seiner Unkenntnis über den Aufenthalt des späteren Opfers hinter dem Busch als unschuldiges Werkzeug straffrei bleiben, sofern er nicht fahrlässig gehandelt hat¹⁷². Als weiteres Beispiel dazu wird der Fall erwähnt, daß ein Dritter die provozierte Wut eines anderen benutzt seinen eigenen Interessen zunutze macht und jenem ein Messer in die Hand drückt, damit der den Provokateur tötet¹⁷³.

Die vorhandene Literatur befaßt sich mit der mittelbaren Täterschaft weder im allgemeinen noch im Zusammenhang mit der schuldhaften Tötung; auch in der Rechtsprechung über die Tötungsdelikte gibt es dafür kein Beispiel.

4.2 Teilnahme an der Selbsttötung eines Minderjährigen bzw. eines Unzurechnungsfähigen

227. If any person under eighteen years of age, any insane person, any delirious person, any idiot or any person in a state of intoxication commits suicide, whoever abets the commission of such suicide shall be punished with death.

Einige wenige konkrete Fälle der mit Todesstrafe bedrohten schuldhaften Tötung in mittelbarer Täterschaft erfahren eine gesetzliche Sonderregelung. Das betrifft den Fall der Teilnahme an einer Selbsttötung eines Kindes bzw. eines Unzurechnungsfähigen. Die gesetzliche Gleichstellung mit der Begehung eines Mordes geht klar aus der nicht widerlegbaren Vermutung

172 s. ill. (a) zu s. 221 NPC in Verbindung mit ill. (b) zu s. 220 NPC.

173 s. ill (c) zu s. 222 (1) NPC.

hervor, daß das Kind bzw. der Unzurechnungsfähige für nicht verantwortlich gehalten werden und demzufolge als Werkzeuge des Teilnehmers fungieren. Die Androhung der Todesstrafe für einen derartigen Fall dokumentiert, daß hier keine Verantwortlichkeit wegen Teilnahme, sondern aufgrund der Täterschaft des vermeintlichen Teilnehmers eine solche wegen Täterschaft begründet wird.

Voraussetzung für die Erfüllung des objektiven Tatbestandes ist zunächst die erfolgreiche Begehung der Selbsttötung durch das 'Opfer'¹⁷⁴; ein Selbsttötungsversuch würde diesen Tatbestand nicht verwirklichen, sondern wird nach den allgemeinen Regeln über den Versuch behandelt. Als Voraussetzung muß ebenfalls eine Teilnahmebedingung (abetment) des mittelbaren Täters im Zusammenhang mit der erfolgten Selbsttötung vorliegen, was auf dem Weg einer Anstiftung (instigation), einer Beihilfe (aid or facilitation) oder einer Verabredung (conspiracy) geschehen kann¹⁷⁵.

Bei dem Werkzeug und Opfer muß es sich schließlich um eine Person handeln, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder die unzurechnungsfähig ist. Nach dem Gesetzeswortlaut schließt Unzurechnungsfähigkeit für diesen Tatbestand nicht nur Geisteskrankheit ein, sondern ausdrücklich auch Wahnzustände (delirium) wie z.B. aufgrund von Fieber oder Verzückung, Schwachsinn (idiocy) und Rauschzuständen (intoxication). Für die Verwirklichung des objektiven Tatbestandes durch aktives Tun kommt es nicht darauf an, daß der Teilnehmer für die Sicherheit des Opfers verantwortlich ist, also eine Garantenstellung innehat. Für eine Teilnahmehandlung sollen Worte ausreichen können¹⁷⁶.

174 Richardson, Notes, Anm. 1 zu s. 227.

175 s. 83 NPC.

176 Gledhill, The penal codes, S. 469, 501.

Bei einer Teilnahme in Form einer Unterlassung gelten die allgemeinen Grundsätze, d.h. hier muß aufgrund eines besonderen Verhältnisses zum Opfer eine Pflichtverletzung begangen werden.

Auf der subjektiven Seite der Tat sind der Teilnahmevorsatz und die Kenntnis hinsichtlich der wesentlichen Umstände der Tat erforderlich. Ob die Eigenschaft bzw. der Zustand des Opfers objektive Bedingungen für die Strafbarkeit des Teilnehmers sein sollen, ist nicht klar ersichtlich. Aus der Androhung der Todesstrafe bei Vorliegen der Schuld kann aber gefolgert werden, daß die mordähnliche Gesinnung des Täters bestraft werden soll; die Kenntnis der Werkzeugeigenschaft des Opfers muß folglich vom Vorsatz eingeschlossen werden.

4.3 Hinrichtung eines Unschuldigen aufgrund falscher Beweise

159. (1) Whoever gives or fabricates false evidence intending thereby to cause or knowing it to be likely that he will thereby cause any person to be convicted of an offence which is punishable with death shall be punished with imprisonment for a term which may extend to imprisonment for life and shall also be liable to fine.
- (2) If an innocent person is convicted and executed in consequence of such false evidence, the person who gave or fabricated such false evidence shall be punished with death.

Bei der Strafbarkeit im Fall der gerichtlichen Verurteilung und Hinrichtung eines Unschuldigen aufgrund falscher Beweise handelt es sich um einen weiteren Fall der Sonderregelung eines Mordes in mittelbarer Täterschaft, denn Gericht und Vollstreckungsorgane fungieren als Werkzeug des Täters.

Dazu muß der Täter unrichtige Beweise geliefert haben, was durch eine Falschaussage (giving false evidence) wie durch Herstellung unrichtigen Beweismaterials (fabricating false evidence) geschehen kann. Bei der unrichtigen Aussage kommt

es weder auf die Form der Abfassung (schriftlich oder mündlich) noch auf die Art der Bekräftigung (Eid oder Versicherung) an. Wesentlich ist allein, daß eine Pflicht zur wahrheitsgemäßen Aussage besteht und daß die Aussage in ihrem Kern (material particular) nicht der Wahrheit entspricht¹⁷⁷. Eine solche Aussage schließt Glaubensbekenntnisse und Meinungsäußerungen ebenso ein wie Tatsachenerklärungen¹⁷⁸.

Die Herstellung von unrichtigem Beweismaterial erstreckt sich nach der Legaldefinition des Penal Code auf die Schaffung jeglicher Art von Tatsachen, auf die unrichtige Eintragung in irgendein Buch oder Protokoll und auf die Anfertigung unrichtige Feststellungen enthaltender Dokumente¹⁷⁹. Als Schaffung einer Tatsache wäre beispielsweise die Veränderung des Tatortes anzusehen. Es ist allerdings erforderlich, daß das Beweismaterial in einem solchen Stadium des Strafverfahrens geliefert wird, in dem ein Todesurteil zulässigerweise ergehen kann, d.h. nur im Prozeß vor einem High Court, dem Supreme Court oder einem besonderen Tribunal, nicht aber im Vorverfahren (preliminary inquiry) oder im Ermittlungsverfahren (investigation)¹⁸⁰.

Wird eine solche Handlung neben anderen Beweisen nur mitursächlich für eine dem Todesurteil folgende Hinrichtung, so kommt es auf den Grad von deren Auswirkung auf die Verurteilung an. Sofern der Zeugenaussage bzw. dem vorgelegten Beweismaterial dafür lediglich untergeordnete Bedeutung zukommt, wird diese Vorschrift keine Anwendung finden können. Anderes muß gelten, wenn jener Beweis wesentlich zur Überzeugungsbildung des Gerichts beigetragen hat, wenn also ohne gerade jenen Beitrag das Gericht ein Todesurteil nicht

¹⁷⁷ s. 156 NPC.

¹⁷⁸ expl. 1 zu s. 156 NPC.

¹⁷⁹ s. 157 NPC.

¹⁸⁰ Richardson, Notes, Anm. 2 zu s. 159 und Browne, An Operational Study, S. 501, FN 173, die das aus der entsprechenden indischen Regelung herleiten.

ausgesprochen hätte. Ein zusätzliches Erfordernis ist aber die Verurteilung und Hinrichtung des unschuldigen Angeklagten. Das kann auch noch beim Vorliegen begründeter Zweifel hinsichtlich seiner Schuld der Fall sein, d.h. seine Unschuld braucht nicht in objektiv moralischer, sondern allein in strafrechtlicher Hinsicht festzustehen.

Bei dem Delikt, über das Beweis erhoben wird, muß es sich außerdem um eine mit der Todesstrafe bedrohte Tat handeln, gleichgültig, ob dieses Delikt im Penal Code oder außerhalb davon geregelt wird¹⁸¹.

Bei einer Hinrichtung aufgrund einer falschen Aussage braucht sich der Vorsatz nicht auch auf die Kenntnis deren Unrichtigkeit zu erstrecken, sondern es reicht, daß der Täter glaubt, seine Aussage sei falsch bzw. nicht glaubt, sie sei wahr¹⁸². Dagegen wird bei einer Hinrichtung aufgrund der Herstellung von Beweismaterial verlangt, daß der Täter in der Absicht handelt, jenes auch zum Zwecke der Beweisbeeinflussung zu gebrauchen¹⁸³.

Die Verwirklichung dieses Tatbestandes durch ein Unterlassen ist nicht denkbar, da ausdrücklich von der Abgabe einer falschen Zeugenaussage bzw. Vorlage unrichtiger Beweismittel ausgegangen wird. Schweigen bzw. Unterdrücken von Beweismaterial sind somit von dieser Regelung nicht erfaßt.

181 z.B. s. 159 (2), im übrigen ss. 214 (b), 221, 227, 229 (2), 302, 411 NPC; außerhalb des P.C. u.a. s. 1 Robbery and Firearms (Special Provisions) Dec. 1970, ss. 1, 2 Offences against the Person (Special Provisions) Dec. 1974.

182 s. 156 NPC.

183 s. 157 NPC.

III. Der Totschlag

In der Vorschrift über die Strafbarkeit des Mordes wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine mit dem Tode bedrohte Tötung nur vorliegt, wenn nicht besondere Umstände die Tat nur als Totschlag qualifizieren. Ist solches der Fall, wird die Strafbarkeit der Tötungshandlung im Unrechtsgehalt als geringer angesehen und die Strafandrohung verringert¹⁸⁴.

Die Milderungsgründe für eine strafbare Tötungshandlung (special defences) sind vom Gesetz ausdrücklich einzeln aufgeführt. Der Grundsatz, wonach das Gericht im Verfahren bei Tötungsdelikten von sich aus verpflichtet ist, die Anwendbarkeit aller in Betracht kommender Verteidigungsmittel zu prüfen, sofern Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, hat auch hinsichtlich der Überprüfung von möglichen Milderungsgründen Geltung¹⁸⁵.

1. Die Provokation

Ein derartiger Milderungsgrund liegt beim Handeln aufgrund einer vorangegangenen Provokation vor. Er findet in der Rechtspraxis häufig dann Anwendung, wenn die Voraussetzungen für ein die Verantwortung absolut ausschließendes Selbsthilferecht nicht ausreichen.

222. (1) Culpable homicide is not punishable with death if the offender whilst deprived of the power of self control by grave and sudden provocation causes the death of the person who gave the provocation or causes the death of any other person by mistake or accident.

Explanation. Whether the provocation was grave and sudden enough to prevent the offence from amounting to culpable homicide punishable with death is a question of fact.

184 s. 224 NPC.

185 Takida v. The State in (1969) 1 All N.L.R. 270 und In the F.S.C. of Nigeria 1963 - 71, Case 30; so auch Sudan Criminal Court Circular No. 3, das für Nordnigeria ebenfalls Anwendung finden soll (Richardson, Notes, Anm. 4 vor s. 220).

1.1 Die objektiven Voraussetzungen

1.1.1 Begründung der Provokationslage

Als objektive Voraussetzung muß zunächst eine Provokation des Täters vorliegen. Eine solche Provokationslage besteht, wenn eine Situation gegeben ist, die zeitlich vor dem Handeln des Täters entsteht und folglich dessen Verhalten als Reaktion herausfordert.

Nach der eindeutigen Regelung des Gesetzes muß grundsätzlich diese Reaktion des Täters durch ein Verhalten des Opfers herausgefordert sein (causes the death of the person who gave the provocation). Das kann durch Worte, Gesten oder Handlungen geschehen, nicht aber durch passives Verhalten wie etwa Schweigen¹⁸⁶; dabei kommt es aber nicht darauf an, daß das Verhalten des Opfers objektiv oder subjektiv unmittelbar nur gegen den Täter gerichtet war. Es reicht vielmehr aus, daß ein direkter Angriff gegen einen Dritten gleichzeitig geeignet ist, den Täter herauszufordern. So kann ein Angriff, der vom Provozierenden ausschließlich gegen einen Elternteil gerichtet ist, nicht nur für dessen Sohn eine Provokationslage schaffen¹⁸⁷, sondern schlechthin auch für jeden Dritten, der als möglicher Nothelfer anwesend ist oder gerade hinzukommt¹⁸⁸.

Die Provokationslage kann auch durch passives Verhalten des Opfers herbeigeführt werden. Jemand, der seine Ehefrau kurz nach vollzogener Scheidung trifft und anspricht, von ihr aber ignoriert wird und sich, dadurch beleidigt, zu einer Tötungshandlung hinreißen läßt, kann sich in einer Provokationslage befinden. Ob diese allerdings schuld mindernd Berücksichtigung

186 The State v. Adamu (JD/36 C/72) - unveröffentl.

187 Bello v. The State in (1968) 1 All N.L.R. 361; The State v. Audu (NCH/7 C/72) - unveröffentl.; The State v. Ya'U (NCH/19 C/75) - unveröffentl.

188 Yalwa and ors. v. The State in (1970) 1 All N.L.R. 288; (1972) 2 L.N.R. 12.

finden muß, hängt dann letztlich von der Einhaltung einer angemessenen Grund-Folge-Relation ab, also von der Beurteilung der Schwere der Provokation¹⁸⁹.

Die für die Anerkennung der Provokation erforderliche Identität von Provokateur und Opfer ist eindeutig nicht gegeben, wenn der Täter von einem Elternteil provoziert worden ist, aber daraufhin nicht diesen, sondern dessen Kind tötet¹⁹⁰. Für ausreichend wird allerdings gehalten, daß das Opfer, ohne selber provoziert zu haben, als Mitglied einer gemeinsam handelnden und sich provozierend verhaltenden Gruppe aufgetreten ist¹⁹¹.

Eine gesetzmäßige Handlung kann keine Provokationslage begründen, das gilt namentlich für die rechtmäßige Ausübung einer Amtspflicht¹⁹² - wie beispielsweise für die rechtmäßige Festnahme eines Mitglieds einer verbotenen Versammlung¹⁹³ - und für die rechtmäßige Ausübung eines Selbsthilferechts¹⁹⁴.

1.1.2 Verlust der Selbstbeherrschung

Provokation findet als defence nur Anwendung, wenn zur Zeit der Tötungshandlung der Täter aufgrund von Leidenschaft, Erregung oder ähnlichen seelischen Zuständen in erkennbarer Weise nicht mehr Herr seiner Sinne ist, sich folglich nicht mehr zu kontrollieren vermag (deprivation of the power of self control). Der Nachweis dieses Zustands bereitet außerordentliche Schwierigkeiten, denn er ist allein über die Herlei-

189 Für diesen Fall nach dem 'reasonable man'-Test bejaht (The State v. Kaltumi (NEM/34 C/71) - unveröffentl.).

190 s. ill. (a) zu s. 222 (1) NPC; ebenso im Ergebnis The State v. Dass (JD/1 C/70) - unveröffentl., wo allerdings nicht auf diese Identität, sondern letztlich auf Verletzung des Verhältnismäßigkeitsprinzips abgestellt wird.

191 Aguda, Principles, S. 307 i.S. von Dummemi v. The Queen in (1955) 15 W.A.C.A. 75.

192 s. 38 (ii) NPC; s.a. ill (a) dazu.

193 Maiyaki and ors. v. The State in (May-Sept. 1966) F.S.C. 20 B.

194 s. 38 (iii) NPC; s.a. ill. (c) dazu.

tung aus den Tatumständen, insbesondere aus der Begehungsweise möglich¹⁹⁵. Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes muß die vorangegangene Provokation für den Verlust der Selbstbeherrschung kausal geworden sein.

1.1.3 Spontaneität der Reaktion

Die Tötung des Provokateurs muß sich außerdem als spontane Reaktion auf dessen Verhalten darstellen. Das geht nach herrschender Meinung aus dem Begriff 'sudden provocation' hervor. Hat der Täter Zeit und Gelegenheit, sich zu beruhigen bzw. abzureagieren, so kann eine immer noch mangelnde Selbstkontrolle im Sinne einer Milderung vor dem Gesetz keine Berücksichtigung mehr finden; dabei bleibt unberücksichtigt, ob er tatsächlich seine Selbstbeherrschung wiedergefunden hat. Bei dieser Feststellung der Spontaneität bzw. der Möglichkeit zur Beruhigung handelt es sich um eine Tatsachenfrage¹⁹⁶; diese Feststellung wird mit Hilfe des 'reasonable man'-Tests getroffen, d.h. eine außergewöhnliche Schreckhaftigkeit, Aggressivität oder Sensibilität bleibt unberücksichtigt¹⁹⁷.

Der Täter muß folglich sofort auf die Herausforderung reagiert haben. Wer etwa bei der Beleidigung seines Vaters nicht zugegen ist, sondern erst später davon erfährt, kann nicht unmittelbar auf die Provokation reagieren, auch wenn er sofort nach der Kenntniserlangung handelt¹⁹⁸. Eine Spontaneität der Reaktion wird aber schon dann verneint, wenn der Täter sich sofort nach der Provokation entfernt und kurz darauf mit einer Waffe zurückkehrt, um damit einen Kampf auf-

195 Dazu Aguda, Principles, S. 298.

196 expl. zu s. 222 (1) NPC.

197 Richardson, Notes, Anm. 2 (b) zu s. 222; Aguda, Principles, S. 301.

198 Bello v. The State in (1968) 1 All N.L.R. 361.

zunehmen bzw. fortzusetzen¹⁹⁹. Das gilt erst recht dann, wenn zwischen Provokation und Reaktion ein Zeitraum von Tagen, Wochen oder gar Monaten verstrichen ist²⁰⁰.

Davon zu unterscheiden ist aber eine Provokation, welche länger andauert, bzw. sich permanent wiederholt und erst im Zusammenhang mit früheren Teilakten zum Verlust der Selbstkontrolle führt. Von entscheidender Bedeutung ist dabei allein, ob der Täter mit der Tötungshandlung unbeherrscht und unmittelbar auf diesen letzten Teilakt reagiert hat²⁰¹. Ein derartiger Fall liegt nicht vor, wenn ein Ehemann seit längerem vom regelmäßig sich wiederholenden Ehebruch seiner Ehefrau Kenntnis hat und erst jetzt durch deren Tötung dem Treiben ein Ende setzen will; als spontan würde diese Reaktion nur angesehen werden, wenn sie aufgrund neuer Tatsachen erfolgt wäre wie z.B. beim Antreffen der Ehebrecher beim Vollzug des ehebrecherischen Verhältnisses²⁰².

Unterbricht der Täter sein auf eine Provokation reagierendes Verhalten für eine kurze Zeit und setzt dann sein Handeln bis zur Tötung des Provokateurs fort, ohne sich entfernt zu haben, kann die Reaktion als fortgesetzter Akt und somit in seiner Gesamtheit als spontan angesehen werden, wenn zwischenzeitlich keine Gelegenheit zum Beruhigen (time to cool) gegeben war. Dieser höchststrichterlichen Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Das spätere Opfer hatte bei einem Diebstahlsversuch den Eigentümer der Beute, der ihn an der Flucht hindern wollte, tödlich verletzt. Nun wurden die drei Angeklagten von jenem angegriffen, als sie hinzukamen und ihn stellen wollten. Nachdem sie ihn zu dritt wehrlos

199 Gledhill, The penal codes, S. 478; The State v. Lankin (JD/12 C/70) - unveröffentl.

200 Surega v. The State in In the F.S.C. of Nigeria, 1963-71, Case 26; Shivero v. The State (S.C. 404/1975) - unveröffentl.; Dikko v. The State (S.C. 46/1975) - unveröffentl.; The State v. Audu (NCH/7 C/72) - unveröffentl.

201 Aguda, Principles, S. 305; Gledhill, The penal codes, S. 478; Richardson, Notes, Ann. 2 d zu s. 222.

202 Jatau v. The State (S.C. 496/1966) - unveröffentl.

geschlagen hatten, gesellte sich ein Vierter hinzu und forderte sie auf, den Dieb totzuschlagen, was die Angeklagten auch taten. Nach der Begründung des Gerichts bestand zwar eine Provokationslage für sie nur bis zum Zeitpunkt der Wehrlosigkeit des Opfers, da aber weder Zeit noch Gelegenheit zum Abklingen ihrer Emotionen vorhanden gewesen sei, müsse das Weiterschlagen als fortgesetzter Akt (continuous act) angesehen werden²⁰³. In keinem Fall kann Spontaneität der Reaktion vorliegen, wenn der Täter die Provokation selber bewußt hervorgerufen hat und auf diese Weise einen Grund für die vorsätzliche Tötung schaffen will. In diesem Fall ist das Verhalten des Opfers gewollt und nicht mehr überraschend. Das geht schon aus dem Wortlaut der Provokationsregelung bei Tötungsdelikten hervor (sudden provocation), wird aber noch einmal ausdrücklich von der allgemeinen Regelung ausgenommen²⁰⁴. Geht jemand hingegen einem Verdacht nach, findet diesen bestätigt und reagiert daraufhin unherrscht mit einer Tötungshandlung, so hat er die Provokationslage nicht selber heraufbeschworen²⁰⁵. Weiß z.B. der Täter, daß seine Ehefrau sich bei einem Dritten in ehebrecherischer Absicht aufhält, geht er, mit einer Axt bewaffnet, dorthin und tötet einen der Ehebrecher, dann hat er die Provokation weder gewollt noch herbeigeführt, es mangelt aber, wie an der Vorbereitung ersichtlich ist, an der Spontaneität.²⁰⁶

1.1.4 Verhältnismäßigkeit zwischen Provokation und Reaktion

Als objektive Voraussetzung darf schließlich der Grad der Provokation nicht außer Verhältnis zu der Handlungsweise des Provozierten stehen. Der Tötung muß die Schwere und Ernsthaftigkeit der Provokation (grave provocation) angemessen sein.

203 Yalwa and ors. v. The State in (1970) 1 All N.L.R. 288; (1972) 2 L.N.R. 12.

204 s. 38 (i) NPC; dazu The State v. Dogo (NWS/2 C/70) - unveröffentl.

205 Gledhill, The penal codes, S. 150.

206 Aguda, Principles, S. 313.

Ebenso wie bei der Spontaneität handelt es sich hierbei um eine Tatsachenfrage²⁰⁷; die Überprüfung nach dem Maßstab des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes nimmt bei der Entscheidungsfindung deshalb auch einen gleichmaßen breiten Raum ein.

Die Schwere einer Provokation wird ebenfalls am 'reasonable man'-Test gemessen²⁰⁸. Es handelt sich dabei also nicht um einen absoluten, sondern um einen relativen Begriff, denn Schichtenzugehörigkeit, Ausbildungsstand etc. des Täters werden als Maßstab herangezogen. Liegt eine Provokation in der Form eines tätlichen Angriffs auf den Täter vor, dann kommt es darauf an, ob der Angriff mit einer Waffe bzw. mit welcher Art von Waffe ein solcher geführt worden ist. Grundsätzlich wird eine Tötung mit einer Waffe als Reaktion auf eine tätliche Provokation ohne Waffe für unverhältnismäßig gehalten²⁰⁹. Ausnahmsweise wird von diesem Grundsatz abgewichen, wenn der Provokation nach vergeblichen Versuchen nicht ohne tödlichen Einsatz einer Waffe begegnet werden kann. So war beispielsweise während eines Streites der Täter von seinem Opfer derart fest und schmerzhaft am Haar gepackt worden, daß der nach vergeblichen Versuchen, sich durch Messerstiche in die Hand des Opfers von jenem zu befreien, sich vor Schmerz gezwungen sah, einen tödlichen Stich in das Herz zu führen. Daß auch nach dem Tode des Opfers dessen Hand in das Haar des Täters verkrampft war und er durch Dritte befreit werden mußte, sah das Gericht als Anzeichen für den Verlust der Selbstkontrolle aufgrund der Schmerzen und hielt den Gebrauch des Messers für eine angemessene Reaktion²¹⁰.

207 s. expl. zu s. 222 (1) NPC.

208 Richardson, Notes, Ann. 2 b zu s. 222 (c); Gledhill, The penal codes, S. 476; Begho, Nigerian criminal law, S. 58.

209 Gledhill, The penal codes, S. 478; Sangari v. The State (S.C. 149/68); The State v. Gyang (JD/10 C/75); The State v. Lankin (JD/12 C/70) - alle unveröffentl.

210 Shanawa v. Sokoto N.A. in (1962) 1 All N.L.R. 500 (Eine die Tötung rechtfertigende Notwehr i.S. von s. 65 (a) NPC hatte das Gericht überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Wenn man davon ausgeht, daß es sich bei dem Ziehen an den Haaren trotz der erheblichen Schmerzzufügung nicht um einen Angriff handelt, der in dem Täter die begründete Furcht vor einer schweren Körperverletzung bzw. vor dem Tode hervorruft, dann hat er sich wegen Überschreitung der Notwehr nach s. 222 (2) NPC strafbar gemacht.).

Es soll ferner außerhalb eines vernünftigen Verhältnisses liegen, wenn das Opfer den Täter, den es für einen vermeintlichen Dieb hält, mit einem Messer an der Flucht hindern will und deshalb von ihm ebenfalls mit einem Messer getötet wird²¹¹. Diese Entscheidung, die von der Möglichkeit der Feststellung des Diebstahlvorwurfs ausgehen mag und dem Täter ein passives Verhalten zumutet, läßt die nigerianischen Verhältnisse unberücksichtigt und ignoriert die konkrete Angst jedes vernünftigen Einheimischen, aufgrund eines unbewiesenen Diebstahlvorwurfes gelyncht oder auf andere Weise getötet zu werden. Der angewandte 'reasonable man'-Test hat sich hier offenbar an europäischen Verhältnissen orientiert und bestätigt die objektivierende Tendenz in seiner Anwendung²¹².

Beleidigende Worte können nicht nur eine Provokationslage herbeiführen, sie vermögen auch einen derartigen Grad der Ehrverletzung zu erzeugen, daß eine Tötung als Reaktion des Beleidigten für angemessen erachtet werden kann, sofern nach dem 'reasonable man'-Test eine solche Schwere vorliegt²¹³. In diesem Zusammenhang wird dieser Test objektiv-konkret angewendet, was z.B. bei der gerichtlichen Ermittlung der Schwere einer Beleidigung dazu führt, daß unbeteiligte Moslems auf ihre wahrscheinliche Reaktion in gleicher Situation befragt werden, also insofern quasi gutachterlich tätig werden²¹⁴. Im einzelnen wird der Beschimpfung eines Moslem als 'Hund' oder 'Ungläubiger' ein Grad der Ehrverletzung zuerkannt, welcher eine Tötungshandlung mildern kann²¹⁵.

211 The Queen v. Oji (1961) 1 All N.L.R. 262.

212 Zu dieser allgemeinen Tendenz kritisch Allott, Judicial Precedent (1968) 12 J.A.L. 3.

213 Leitentscheidung des F.S.C. dazu: Edache v. The Queen (1962) 1 All N.L.R. 22; (1962) N.N.L.R. 56; in Begho, Nigerian criminal law, S. 74.

214 Buxton, Criminal Law, S. 139; Edache v. The Queen a.a.O.; Kumo v. The State in (1968) N.M.L.R. 227; in (June-Dec. 1967) F.S.C. 38; in (1967) F.N.L.R. 55.

215 Ruma v. Daura N.A. in (1960) 5 F.S.C. 93; Kumo v. The State a.a.O.

Die Tötung eines Familienmitgliedes aufgrund einer von jenem ausgehenden Provokation ist eine besonders auffällige Erscheinung in der Rechtsprechungspraxis. Verläßt eine erwachsene Tochter das Elternhaus gegen den väterlichen Willen, so ist deren Tötung aus Verzweiflung ebenso unangemessen wie die Tötung der Ehefrau, die den Gehorsam verweigert²¹⁶. Hingegen wird der angemessene Schweregrad allgemein für gegeben erachtet, sofern der Ehemann seine Ehefrau oder deren Partner tötet, nachdem er beide beim Ehebruch überrascht hat; dabei bleibt ohne besondere Bedeutung, ob jener von dem Ehebrecher angegriffen wird, denn der Ehebruch selber gilt im islamischen Nordnigeria als schwere Provokation²¹⁷. Es soll aber auch nicht auf die formelle Legitimation der Ehe ankommen, wenn eine eheähnliche Lebensgemeinschaft bestanden hat²¹⁸. Es kann sogar eine Provokation durch 'Ehebruch' einer geschiedenen Frau vorliegen, wenn eine solche innerhalb von vier Monaten und 10 Tagen nach der Scheidung (idda period) geschlechtliche Beziehungen zu einem anderen Mann aufnimmt²¹⁹.

1.2 Die subjektiven Voraussetzungen

Obwohl der Täter die Tötungshandlung mit der für eine mit der Todesstrafe bedrohten schuldhaften Tötung erforderlichen 'mens rea' begangen haben kann, wird ihm beim Vorliegen aller objektiven Voraussetzungen die Milderungsmöglichkeit der Provokationsregelung zuteil. Wesentlich ist allein, daß der Täter sich nur aufgrund des Verlustes seiner Selbstbeherrschung nicht mehr normgemäß verhalten hat. Erst wenn sich der Täter,

216 *Nimyel v. The State* (S.C. 298/70); *The State v. Aduwin* (J.D./9 C/73) - beide unveröffentl.

217 *Gledhill*, *The penal codes*, S. 477; *Richardson*, a.a.O., Anm. 2 d zu s. 222 (c); *Jatau v. The State* (S.C. 496/66) - unveröffentl.

218 *Aguda*, *Principles*, S. 312.

219 *S.A. v. Abdalla* (1961) S.L.J.R. 116 in *Kusamotu*, *Historical and Comparative Analysis*, S. 318 (diese Frist steht im Zusammenhang mit der Bestimmung einer potentiellen Vaterschaft).

bedingt durch Zeitablauf, wieder in der Gewalt hat, wird ihm durch Gesetz die volle Verantwortung für sein Verhalten auferlegt, wenn er z.B. statt spontan oder instinktiv zu reagieren, Gelegenheit hat, Rachegefühle zu entwickeln und danach zu handeln²²⁰.

1.3 Irrtumsfälle

1.3.1 Irrtum über die Provokationslage

Irrt sich der Täter über das Vorliegen einer tatsächlich nicht vorhandenen Provokationslage, dann wird er so behandelt, als entsprächen seine unrichtigen Vorstellungen der Wirklichkeit, wenn aufgrund äußerer Umstände der Irrtum hervorgerufen werden konnte. Es handelt sich hierbei um einen Fall des Tatsachenirrtums, auf den die dafür geltenden Regeln angewendet werden.

Alle Voraussetzungen einer Provokation liegen z.B. zugunsten eines Täters vor, der gewaltsam in den Schlafraum seiner Ehefrau eindringt, diese in der Dunkelheit mit einem vermeintlichen Ehebrecher verwechselt und sie irrtümlich erschlägt. Nach Auffassung des Gerichts kann der Täter einen Ehebrecher bei seiner Frau vermuten, wenn sie sich vorher grundlos geweigert hat, die Tür zu ihrem Raum zu öffnen und ihm Eintritt zu gewähren. Die Verweigerung des Eintritts wird als Provokation angesehen und die Tötungshandlung für eine angemessene Reaktion gehalten. In diesem Zusammenhang weist das Gericht ausdrücklich darauf hin, daß ein Ehebruch als schwere Provokation angesehen und auch anerkannt wird, eine Provokationslage also vorhanden gewesen wäre, wenn ein solcher Ehebruch tatsächlich vorgelegen hätte²²¹.

220 Dazu Aguda, Principles, S. 298; Gledhill, The penal codes, S. 150; a.A. Richardson, Notes, Arm. 2 b zu s. 222, wonach Tötung in der Regel nicht gemildert werden kann, wo Provokation Tötungs- bzw. Körperverletzungsabsicht hervorruft.

221 The State v. Wayum (N.E.B./52 C/71) - unveröffentl.

Diese Regelung wird ebenfalls auf einen Täter angewendet, der von einem anderen unabsichtlich mit dem Speer verletzt wird, aufgrund der Situation diese Verletzung für absichtlich hält und den vermeintlichen Provokateur in seiner Erregung durch Stockschläge tötet²²².

1.3.2 Irrtum über den Provokateur

Liegt ein Irrtum über denjenigen vor, von dem die Provokation ausgegangen ist, so wird nach der ausdrücklichen Regelung des Gesetzes die schuldhafte Tötung gemildert, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind²²³. Dem Verlust der Selbstkontrolle wird auch auf diese Weise Rechnung getragen, denn bei einer spontanen Handlung kann die Fähigkeit zu einer überlegten Abwägung verdrängt werden bzw. abhanden kommen. Z.B. kann der Anblick der getöteten Tochter zum Verlust der Selbstkontrolle führen. Wenn der Vater des Opfers den gerade neben der Leiche angetroffenen vermeintlichen Täter sofort tötet, dann hat er sich aufgrund dessen Anwesenheit in einer Provokationslage gewöhnt und vernünftigerweise wähnen können, sofern aufgrund der Situation eine Schlußfolgerung auf die Täterschaft des Anwesenden nahegelegt hat²²⁴.

1.3.3 Zufällige Tötung eines Nichtprovokateurs

Die zufällige Tötung eines Nichtprovokateurs bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen für eine Anwendung der Provokationsregelung soll nach dem Gesetz nicht anders behandelt werden als ein Irrtum über die Person des Provokateurs. Das kann z.B. gelten, wenn der von einem anderen schwer Provozierte aufgrund des Verlustes seiner Selbstkontrolle einen unbe-

222 The State v. Wagga in (1964) N.R.H.C.J. 48.

223 s. 222 (1) NPC.

224 The State v. Mairami (NEM/51 C/72) - unveröffentl.

teiligten Dritten erschießt, den er nicht treffen wollte und dessen Tod er nicht einmal als möglich in Betracht ziehen konnte²²⁵. Die Einbeziehung dieser zufälligen Tötung eines Nichtprovokateurs ist, wie auch die allgemeine Regelung des Zufalls²²⁶, überflüssig und folglich rein deklaratorisch. Der in dem amtlichen Beispiel behandelte Fall einer Tatabirrung mit der vorhersehbaren Folge wäre ohnehin als fahrlässige Tötung zu behandeln²²⁷.

2. Die Überschreitung des Selbsthilferechtes

Sind die Voraussetzungen für die Tötung eines anderen in Ausübung des Selbsthilferechtes erfüllt, so wird die Verantwortlichkeit des Täters ausgeschlossen²²⁸. Wird ein tatsächlich bestehendes, allgemeines Selbsthilferecht, das aber das Tötungsrecht nicht einschließen würde, durch eine solche Tötung überschritten, so hat das zwar den Verlust der absoluten Straffreiheit zur Folge, begründet andererseits aber einen Milderungsgrund.

- 222 (2) Culpable homicide is not punishable with death if the offender, in the exercise in good faith of the right of private defence of person or property, exceeds the power given to him by law and causes the death of the person against whom he is exercising such right of defence without premeditation and without any intention of doing more harm than is necessary for the purpose of such defence.

2.1 Die objektiven Voraussetzungen

2.1.1 Tatsächliches Vorliegen einer Selbsthilfesituation

Der Handlungsweise des Täters muß eine Situation zugrunde liegen haben, welche ihn zur allgemeinen Selbsthilfe berechtigt.

225 ill. (b) zu s. 222 (1) NPC.

226 s. 48 NPC.

227 s. 222 (7) NPC.

228 ss 59 ff. NPC.

Die dafür erforderlichen Voraussetzungen müssen ausnahmslos erfüllt sein. Das gilt insbesondere für die Notwendigkeit und die Verhältnismäßigkeit der Selbsthilfe wie auch für die Unmöglichkeit, rechtzeitig staatliche Hilfe zu erlangen²²⁹.

Es dürfen lediglich die über das allgemeine Selbsthilferecht hinausgehenden Voraussetzungen nicht vorgelegen haben, die eine Tötung rechtfertigen würden. Konkret kommen im wesentlichen die Fälle in Betracht, in denen der Angreifer getötet wird, obwohl ein lebensbedrohender Angriff nicht vorgelegen hat²³⁰.

2.1.2 Die Überschreitung des Selbsthilferechts

Die Tötung eines Angreifers bedeutet in der erwähnten Situation eine Überschreitung des Selbsthilferechts. Eine Überschreitung liegt aber auch dann vor, wenn dem Täter zwar ein Recht zum Töten zusteht, er aber aufgrund der konkreten Umstände den Grundsatz der Notwendigkeit der Selbsthilfehandlung bzw. den der Verhältnismäßigkeit der Mittel verletzt hat²³¹; das ist z.B. der Fall, wenn der schon wehrlose Angreifer noch getötet oder etwa eine Waffe gegen einen unbewaffneten Angreifer eingesetzt wird²³².

Eine gleiche Beurteilung muß auch der Fall erfahren, in dem sich jemand von seinem Nachbarn eine vermeintlich gestohlene Ziege zurückholen will und mit tödlichen Stockschlägen daran gehindert wird, nachdem er trotz der Beteuerung des Nachbarn, er habe die Ziege käuflich erworben, von seinem Vorhaben nicht ablassen wollte. Hier steht dem Opfer kein Recht zu, sich durch Selbsthilfe die Ziege zu verschaffen, da er sich von der Richtigkeit der Angaben hätte überzeugen bzw. auf dem Rechtswege die Verhältnisse hätte klären können. Ein

229 ss. 62 f. NPC.

230 ss 65 f. NPC.

231 Gledhill, The penal codes, S. 480; s.a. Begho, Nigerian Criminal Law, S. 65.

232 The State v. Jire in (1965) N.N.L.R. 52.

Selbsthilferecht steht vielmehr dem betroffenen Nachbarn zu. Die Tötung des Angreifers ist aber wegen der Verletzung des Verhältnismäßigkeitsprinzips nicht gerechtfertigt. Bei dieser Tötung wird folglich das tatsächlich bestehende Recht zur Selbsthilfe überschritten²³³.

Geringe Überschreitungen bleiben allerdings meist unberücksichtigt, weil die Grenze zwischen erlaubter und nicht erlaubter Tötung schwer festzulegen ist und eine solche Grenzziehung dem Täter in seiner Situation nicht abverlangt werden kann.

2.1.3 Anhaltspunkte für die Gutgläubigkeit des Täters

Nach dem Gesetz müssen vernünftige Gründe dafür vorgelegen haben, daß der Täter von der rechtmäßigen Ausübung eines Selbsthilferechts überzeugt war. Diese Prüfung erfolgt wiederum am Maßstab des 'reasonable man'-Tests²³⁴, dem die konkrete Gefahrensituation, in der der Täter sich zur Tatzeit befunden hatte, zugrundegelegt wird und der die Besonderheiten des Falles berücksichtigen soll.

Es kommt nicht darauf an, daß objektiv eine Lebensgefahr bestanden hat, sondern relevant ist allein, daß der Täter aufgrund von tatsächlichen Anhaltspunkten Anlaß zu der Sorge haben konnte, sich in einer lebensbedrohenden Lage zu befinden²³⁵.

233 Nach C.O.R. v. Makau and ors. (Case Diary No. N C X 1/76 in MOJ/1/vol. V/778 und 785).

234 Gledhill, The penal codes, S. 135; Richardson, Notes, Anm. 3 (b) zu s. 222; Aguda (Principles, S. 240) will hier den 'reasonable man'-Test ausnahmsweise streng objektiv angewendet wissen und begründet das, allerdings wenig überzeugend, mit der Analogie zu aberglaubensbedingter Tötung.

235 Dazu Abadallabe v. Bornu N.A. in (1963) 1 All N.L.R. 154.

2.2 Die subjektiven Voraussetzungen

Die Milderungsmöglichkeit aufgrund einer Überschreitung des Selbsthilferechts kann nur Anwendung finden, wenn der Täter im Glauben an sein Recht gehandelt hat. Dazu bedarf es der Erfüllung einer der Situation angemessenen Sorgfaltspflicht²³⁶.

Außerdem muß der Täter ohne Vorplanung der Situation und ohne Absicht, mehr als notwendig zu tun, vorgegangen sein.

Mit den subjektiven Elementen bei der Überschreitung des Selbsthilferechts befaßt sich die Rechtsprechung überhaupt nicht. Der Grund dafür kann in den häufig auftretenden Beweisschwierigkeiten vermutet werden.

3. Der Kampf

Als weiteren Milderungsgrund nennt der NPC eine Tötungshandlung, die während oder aufgrund eines Kampfes vorgenommen wird.

222 (4) Culpable homicide is not punishable with death if it is committed without premeditation in a sudden fight in the heat of passion upon a sudden quarrel and without the offender's having taken undue advantage or acted in a cruel or unusual manner.

Explanation. It is immaterial in such cases which party first provokes the other or commits the first assault.

²³⁶ s. 37 NPC; s.a. Gledhill, The penal codes, S. 134; Richardson, Notes, Anm. 3 b zu s. 222.

3.1 Die objektiven Voraussetzungen

3.1.1 Tätliche Auseinandersetzung

Als Kampf wird in diesem Zusammenhang eine tätliche Auseinandersetzung von mindestens zwei Personen verstanden.

Eine rein verbal ausgetragene Differenz erfüllt dieses Kriterium ebenso wenig wie ein einseitiger tödlicher Angriff z.B. im Anschluß an ein Wortgefecht. Der Angegriffene muß sich zumindest gewehrt bzw. selber einen Angriff auf den Täter unmittelbar zuvor und in erkennbarer Weise vorbereitet haben²³⁷.

Zu einem Kampf in diesem Sinne kann es nicht gekommen sein, wenn das Opfer nach einem Überfall von mehreren Angreifern festgehalten und dann von einem der Angreifer mit einer Axt erschlagen wird²³⁸.

Wer sich gegen eine rechtmäßige Handlung einer Amtsperson wehrt (wie z.B. gegen eine rechtmäßige Festnahme) und dabei eine Person tötet, soll sich ebenfalls nicht auf die Austragung eines Kampfes berufen können²³⁹.

3.1.2 Spontaneität des Kampfes

Ein solcher Kampf muß zudem spontan zustandegekommen sein (sudden fight). Ein verabredeter Zweikampf erfüllt diese Bedingung nicht. Das ist z.B. dann der Fall, wenn der Täter vom Ehemann seiner Geliebten zu einem Kampf aufgefordert wird, den beide erst Stunden später austragen und der den Tod des Ehemanns zur Folge hat.²⁴⁰

237 In diesem Sinne Gledhill, The penal codes, S. 483; Richardson Notes, Anm. 5 zu S. 222.

238 Mamman and ors. v. The State (S.C. 383/75) - zur Zeit noch unveröffentlicht, wo das Gericht auf die Unverletztheit der Angreifer als wesentliches Beweiskriterium hinweist.

239 The State v. Bagudu in Daily Times (Lagos) vom 1.2.1975.

240 Gledhill, The penal codes, S. 483; Begho, Nigerian Criminal Law, S. 64; Supari v. Bornu N.A. (S.C. 637/64) in Begho, Nigerian Criminal Law, S. 80, Case 13.

3.1.3 Spontaner Streit als Ursache

Ursächlich für einen derartigen spontanen Kampf muß ein ebenso unmittelbar vorher entstandener Streit sein (upon a sudden quarrel). Streit ist im Sinne von gegenseitigen Provokationen zu verstehen, die letztlich zu einer tätlichen Auseinandersetzung führen²⁴¹.

3.1.4 Unkontrollierbarkeit der Gefühle

Die Milderungsmöglichkeit hat den Zweck, die unkontrollierbare Gefühlssituation bei der Tötungshandlung zu berücksichtigen (heat of passion). Es ist allerdings nicht erforderlich, daß der Täter die Selbstkontrolle völlig verloren hat, sondern es reicht vielmehr aus, daß die Kontrollierbarkeit seiner Gefühle erheblich eingeschränkt war. Dabei kommt der verstrichenen Zeit zwischen dem Streit und dem Kampf eine wesentliche Bedeutung zu. Wer sich kurzfristig vom Ort des Kampfgeschehens entfernt und nach seiner Rückkehr mit dem mitgebrachten Messer tödlich zusticht, hat Zeit gehabt, seine Selbstbeherrschung wiederzufinden (time to cool down) und handelt folglich nicht mehr in einem als mildernd anerkannten Erregungszustand²⁴².

3.1.5 Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Der Täter darf ferner nicht unter Ausnutzung eines unangemessenen Vorteils gehandelt haben (without undue advantage). Ein Vorteil gilt bei Ungleichheit der Waffen grundsätzlich schon als unangemessen; dabei kommt es nicht darauf an, wer mit dem Streit bzw. dem Kampf begonnen hat. Jemand, der von

241 Gledhill, a.a.O.; Richardson, Notes, Anm. 5 zu s. 222.

242 Gledhill, a.a.O.; Richardson, a.a.O., Maisanda v. The State (S.C. 451/74) - unveröffentl.

einem anderen nach einem Streit mit bloßen Händen angegriffen wird, reagiert unverhältnismäßig, wenn er sich mit einem Speer bzw. mit einem Messer dagegen wehrt²⁴³. Ein unangemessener Vorteil kann aber allein schon aufgrund einer klaren zahlenmäßigen Überlegenheit auf seiten der Täter vorliegen, auch wenn überhaupt keine Waffe zur Tötung eingesetzt wird²⁴⁴.

Entwindet der zunächst unbewaffnete Täter dem Opfer das von diesem eingesetzte Messer und wandelt damit den anfänglichen Vorteil des Opfers während des Kampfes durch den Einsatz der Waffe in einen eigenen um, so bleibt dennoch auf der Seite des Täters der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt; wichtig für diese Beurteilung ist allein die Ausgangslage der Kontrahenten zu Kampfesbeginn²⁴⁵.

Anderes soll ausnahmsweise gelten, wenn der Täter beim Kampf eine Waffe einsetzt, die er schon zu Beginn, aber zu einem anderen Zweck in der Hand gehalten hat. Das trifft dann zu, wenn der Täter gerade einen Hasen mit einem Messer zerlegt und währenddessen in einen Streit verwickelt wird, der später zu einer tätlichen Auseinandersetzung führt. Hat der Täter das Messer nicht aus der Hand gelogt und dann im Kampf eingesetzt, wird sein Vorteil als verhältnismäßig angesehen. Ein unverhältnismäßiger Vorteil soll aber wiederum dann vorliegen, wenn der Täter das zu anderen Zwecken bereitliegende Messer erst nach Kampfesbeginn ergreift und einsetzt²⁴⁶.

3.1.6 Besonderheiten in der Handlungsweise

Es kommt schließlich darauf an, daß die Tötungshandlung, sei sie auch ohne Ausnutzung eines unangemessenen Vorteils vorgenommen worden, nicht in einer grausamen oder ungewöhnlichen

243 Gledhill, a.a.O.; Richardson, a.a.O.; Bengari v. The State (S.C. 149/68); Maisanda v. The State (S.C. 451/74); The State v. Lankin (JD/12 C/70) - alle unveröffentl.

244 The State v. Kirbiti and ors. in (1965) N.M.L.R. 146.

245 Oji v. The Queen, in (1961) 1 All N.L.R. 262; in (1961) N.N. R. 93; s.a. Aguda, Priniples, S. 315; Gledhill, The penal codes, S. 484.

246 Arandum v. Bauchi N.A. in (1961) 1 All N.L.R. 127; in (1961) N.N.C.N. 6; in (1961) N.N.L.R. 50; in Bayho, Nigerian Criminal Law, Case 19, S. 86.

Weise durchgeführt wurde (cruel or unusual manner). Grausamkeit wird insbesondere in der Freude an der Zufügung von Schmerzen gesehen. Anhaltspunkte dafür sollen Häufigkeit, Dauer und ähnliche Modalitäten bei der Schmerzzufügung sein²⁴⁷.

Unter einer ungewöhnlichen Begehungsweise wird eine Tötung unter sonstigen niedrigen Beweggründen verstanden; eine Rechtsprechung gibt es dazu noch nicht²⁴⁸.

3.2 Die subjektiven Voraussetzungen

Hinsichtlich der Tötungshandlung darf der Täter nicht unter Vorbedacht (premeditation) gehandelt haben. Ein derartiger Vorbedacht wird aus erkennbaren Motiven (z.B. Neid, Rache), aus vorherigen Drohungen oder aus bestimmten Vorbereitungen sowie aus den Modalitäten der Tat hergeleitet²⁴⁹. Überwiegend nimmt die Rechtsprechung Vorbedacht an, wenn ein Täter nach einem Streit nach Hause geht, eine Waffe holt und sie dann mit tödlichem Erfolg im Kampf einsetzt²⁵⁰. Dagegen braucht eine während eines Kampfes abgegebene und später wahrgemachte Ankündigung, man werde den Gegner töten, nicht notwendigerweise als Anzeichen für einen Vorbedacht gewertet zu werden. Eine derartige Drohung muß folglich den tatsächlichen Verlust der Selbstkontrolle nicht zwangsläufig in Frage stellen²⁵¹.

Der Täter darf sich ferner in dem besonderen Fall, in dem er zu anderen Zwecken bereits eine Waffe in der Hand hat, seines Vorteils nicht bewußt zu sein bzw. braucht keine Absicht zu haben, diese Waffe einzusetzen²⁵².

247 Aguda, Principles, S. 315; Gledhill, The penal codes, S. 483; Richardson, Notes, Anm. 5 zu s. 222; Oji v. The Queen in (1961) 1 All N.L.R. 262 und in (1961) N.N.L.R. 93.

248 Siehe Anm. 1; vgl. ferner Kusamotu, The historical analysis, S. 345; a.A. Justice Uwais (Kaduna, den 23.6.1976), der 'unusual manner' als Steigerung von 'cruel' versteht und der gesetzlichen Erwähnung rein tautologische Bedeutung beimißt.

249 Gledhill, The penal codes, S. 483.

250 Maisanda v. The State (S.C. 451/74); The State v. Lankin (JD/12 C/70) - beide unveröffentl.

251 Ato v. The State in (Jan.-April 1968) F.S.C. 46 C.

252 Gledhill, The penal codes, S. 483.

Die Feststellung dieser subjektiven Elemente bereitet praktische Schwierigkeiten und wird wohl deshalb von der Rechtsprechung nicht ausdrücklich getroffen²⁵³. Dagegen ist hinsichtlich grausamer oder ungewöhnlicher Begehungsweise Absicht erforderlich; deren Vorhandensein muß dann positiv festgestellt werden²⁵⁴. Die Strafbarkeit danach soll aber nicht erst durch die Ausführung in grausamer bzw. ungewöhnlicher Weise begründet werden, sondern als ausreichend dafür wird schon die Absicht zu einer solchen Begehungsweise angesehen²⁵⁵.

3.3 Abgrenzung zur Provokation

Nicht selten werden die Milderungsgründe 'Kampf' und 'Provokation' von der Rechtsprechung unklar voneinander abgegrenzt oder gar Elemente beider 'defences' miteinander verbunden²⁵⁶. Das erscheint nicht unverständlich, denn teilweise haben beide 'defences' gleiche Voraussetzungen (z.B. Tötung aufgrund des Verlustes der Selbstkontrolle, Spontaneität von Situation und Reaktion, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit). Der wesentliche Unterschied liegt aber darin, daß eine Provokationshandlung nicht nur ein Teilelement eines Kampfes ist bzw. sich nicht nur durch eine Reihe gegenseitiger Provokationen zu einem Kampf verdichtet, sondern daß eine derartige Provokation für einen Kampf schon als ursächlich anerkannt werden kann, ohne daß jene Provokation dem 'reasonable man'-Test standhalten oder überhaupt an diesem gemessen werden müßte. Erfüllt aber die

253 s. Arandum v. Bauchi N.A. a.a.O.

254 Arandum v. Bauchi N.A. a.a.O.; a.A. Kusamotu, The historical analysis, S. 345, der schon aus der grausamen Begehungsweise die Absicht herleitet.

255 Richardson, Notes, Anm. 5 zu s. 222, allerdings ohne weitere Begründung.

256 Shanawa v. Sokoto N.A. in (1962) 1 All N.L.R. 500.

Provokation die Anforderung einer solchen Prüfung und liegen die übrigen Voraussetzungen vor, so sind Provokation und Kampf als Verteidigungsvorbringen nebeneinander möglich und zulässig²⁵⁷.

4. Die Einwilligung

Eine Einwilligung in die eigene Tötung schließt die strafrechtliche Verantwortung des Täters nicht aus, sondern wird vom NPC - basierend auf dem islamischen und christlichen Gebot, das Leben als etwas Einmaliges zu bewahren - grundsätzlich mißbilligt und von den allgemeinen strafausschließenden Bestimmungen über die Einwilligung ausdrücklich ausgenommen²⁵⁸.

Die Tötung aufgrund einer Einwilligung kann allerdings ein Milderungsgrund sein.

222. (5) Culpable homicide ist not punishable with death when the person whose death is caused, being above the age of eighteen years, suffers death or takes the risk of death with his own consent.

4.1 Die objektiven Voraussetzungen

Das einsichtsfähige Opfer muß freiwillig eingewilligt haben, den Tod zu erleiden bzw. einer Todesgefahr ausgesetzt zu werden.

4.1.1 Freiwilligkeit der Einwilligung

Unter Einwilligung (consent) wird der aktive Wille einer Person verstanden, eine bestimmte Handlung eines anderen zu erlauben. Voraussetzung ist die Kenntnis über das Wesen dieser Handlung²⁵⁹.

257 The State v. A. Mamman (NWS/31 C/73) - unveröffentl.

258 ss. 49 (2), (3), 53 (2), 54 NPC.

259 Aguda, Principles, S. 198.

Nach der allgemeinen gesetzlichen Regelung kann eine Einwilligung ausdrücklich (express) oder konkludent (implied) erteilt werden²⁶⁰. Das wird auch hinsichtlich einer Einwilligung in eine Tötungshandlung gelten können, allerdings unter Zugrundelegung strenger Maßstäbe bezüglich einer schlüssigen Erteilung.

Die Erteilung der Einwilligung muß außerdem freiwillig erfolgen. Unfreiwilligkeit liegt vor, wenn die Einwilligung aufgrund von Furcht (fear) oder falschen Vorstellungen (misconception) auf seiten des Opfers zustandegekommen ist²⁶¹, aber auch bei dessen bloßer Nachgiebigkeit oder Unterwerfung unter den Willen des Täters bzw. eines anderen²⁶².

Das Opfer muß daneben volle Kenntnis über die wesentlichen Umstände seiner Tötung bzw. des Todesrisikos haben. Der Entschluß zum Sterben bzw. zur Inkaufnahme einer Lebensgefahr muß zudem bis zum Eintritt des Erfolges gedauert haben, was von dem Täter zu beweisen ist²⁶³.

4.1.2 Einwilligungsfähigkeit des Opfers

Der Einwilligende muß in der Lage sein, Einsicht in das Wesen und in die Tragweite seiner Entscheidung entwickeln zu können. Eine solche Einsichtsfähigkeit wird kraft gesetzlicher, nicht widerlegbarer Vermutung bei Unzurechnungsfähigen und bei Kindern bzw. Jugendlichen unter 18 Jahren ausgeschlossen²⁶⁴. Sie ist ferner ausgeschlossen, wenn der Einwilligende nicht bei vollem Bewußtsein ist; an diesem Bewußtsein mangelt es z.B. im Schlaf²⁶⁵.

260 s. 54 NPC.

261 s. 39 (a) NPC.

262 Aguda, Principles, S. 199.

263 Richardson, Notes, Anm. 6 zu s. 222.

264 ss. 39 (b), 222 (5) NPC; s.a. Gledhill, The penal codes, S. 485.

265 Aguda, Principles, S. 199.

4.2 Die subjektiven Voraussetzungen

Eine vorliegende Einwilligung mildert die Strafbarkeit einer Tötungshandlung, bei der alle Merkmale des subjektiven Tatbestandes für einen Mord gegeben sind. Das gilt aber nicht mehr, wenn der Täter neben dem Willen, im Sinne der Einwilligung des Opfers zu handeln, andere eigene Ziele mit der Tötungshandlung verfolgt²⁶⁶.

Der Täter muß ferner davon ausgegangen sein, daß die Einwilligung freiwillig abgegeben wurde. Hat er gewußt oder Grund zu der Annahme gehabt, daß die Einwilligung aufgrund von Zwang oder Täuschung erteilt worden ist, so kann er sich nicht auf die Einwilligung berufen²⁶⁷.

Obwohl sich diese Bedingung nach dem Gesetz nur auf den Fall der Unfreiwilligkeit der Einwilligung bezieht, muß sie analog auf die Einsichtsfähigkeit des Einwilligenden ausgedehnt werden; denn anderenfalls würde diese Eigenschaft des Opfers zu einer objektiven Bedingung der Strafbarkeit werden und sich unverständlicherweise zu Lasten des Täters auswirken, wenn beispielsweise die Geisteskrankheit des Einwilligenden für den Täter absolut nicht erkennbar gewesen ist.

4.3 Typische Anwendungsfälle

Zu diesem Bereich haben sich typische Anwendungsfälle herausgebildet:

Während die unfreiwillige Euthanasie keine mildernde Beurteilung erfahren soll²⁶⁸, kann der Gnadentod auf Verlangen des Opfers

266 Aguda, Consent and Homicide, S. 51.

267 s. 39 (a) NPC; Aguda, Consent and Homicide, S. 49.

268 s. 49 (3) NPC; dazu Aguda, Principles, S. 217; Sangara v. The State (S.C. 614/64) in Begho, Nigerian Criminal Law, S. 81, Case 14.

(mercy killing) zu einer Milderungsmöglichkeit wegen Vorliegens einer Einwilligung führen. Das gilt beispielsweise, wenn ein Arzt auf Verlangen eines unheilbar erkrankten Patienten dessen Tod durch Verabreichung von Medikamenten beschleunigt (acceleration of death)²⁶⁹.

Der Fall einer die Strafbarkeit mildernden Einwilligung liegt ebenfalls vor, wenn ein Ehepaar beschließt, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden (suicide pact), und der Ehemann seine Frau auf deren Bitten zuerst tötet, dann aber den Mut zur Selbsttötung nicht mehr aufbringt oder daran gehindert wird. Eine Einwilligung wird auch bei einem einseitig fehlgeschlagenen Doppelselbstmord angenommen, wobei offenbar, allerdings nicht ausdrücklich, von einer Selbstmordverhinderungspflicht und somit von einer Tötung durch Unterlassen ausgegangen wird²⁷⁰.

Eine Einwilligung in das Risiko, das Leben zu verlieren, wird auch bei der Einwilligung einer Schwangeren in eine Abtreibung angenommen²⁷¹. Gleiches gilt für die Einwilligung in ein Duell, denn das Ziel beider Kontrahenten ist die Tötung des Gegners, und der Tod zumindest von einem der beiden Duellanten soll auch der wahrscheinliche Ausgang sein. Dagegen beinhaltet die Einwilligung in einen allgemeinen Kampf nicht gleichzeitig die Einwilligung in das Risiko, getötet zu werden²⁷².

Ebensowenig schließt die Teilnahme an einem rituellen Tanz, bei dem sich die Beteiligten gegenseitig mit Stöcken schlagen und der aufgrund der schweren Schläge für einen der Beteiligten tödlich endet, die Einwilligung in das Risiko, den Tod zu erleiden, ein²⁷³.

269 s. expl. 1 zu s. 220 NPC; Aguda, Principles, S. 216 und in Consent and Homicide, S. 54; Richardson, Notes, Anm. 6 zu s. 222; a.A. Begho, Nigerian Criminal Law, S. 55.

270 Aguda, Principles, S. 217 und in Consent and Homicide, S. 54; Begho, Nigerian Criminal Law, S. 55; Gledhill, The penal codes, S. 485.

271 Aguda, Principles, S. 216 und in Consent and Homicide, a.a.O.

272 Gledhill, The penal codes, S. 485; Aguda, Principles, S. 217 und in Consent and Homicide, S. 54, der unter Berufung auf eine teleologische Auslegung die Anwendbarkeit von s. 222 (5) NPC ablehnt.

273 C.O.P. v. Dandamisa (KMD/849 X/74) - unveröffentl.

5. Die Kindestötung

In Abweichung von den Bestimmungen der indischen bzw. sudanesischen Vorlagen berücksichtigt der NPC die Tötung eines Kindes durch seine Mutter als ungewöhnliche Handlung und sieht für ein derartiges Verhalten eine gemilderte Verantwortlichkeit vor²⁷⁴. Allerdings beschränkt sich der NPC auch auf diese eine besondere Regelung der Kindestötung (infanticide).

222. (6) Culpable homicide is not punishable with death where a woman intentionally causes the death of her child being a child under the age of twelve months, but at the time of the act or omission the balance of her mind was disturbed by reason of her not having fully recovered from the effect of giving birth to the child or by reason of the effect of lactation consequent upon the birth of the child.

5.1 Die objektiven Voraussetzungen

Diese Bestimmung findet nur Anwendung, wenn Täterin und Mutter sowie Kind und Opfer identisch sind. Das Kind darf nicht über 12 Monate sein, es muß aber insoweit lebend geboren sein, als zumindest ein Körperteil aus dem Mutterleib herausgetreten ist²⁷⁵. Die Tötungshandlung muß am lebend geborenen Kind durchgeführt werden; wird diese schon vor dem Austreten des Neugeborenen vollzogen, so liegt keine schuldhaftige Tötung vor, auch wenn das Kind aufgrund dieser Handlung erst nach der vollständigen Geburt stirbt²⁷⁶. Der Nachweis insbesondere der Lebendgeburt bereitet in der Rechtsprechungspraxis besondere Schwierigkeiten, wenn die Mutter bei der Geburt allein war, wie es in Nordnigeria nicht selten vorkommt²⁷⁷.

274 Angelehnt an (englisches) Infanticide Act of 1938.

275 s. expl. 3 zu s. 22o NPC.

276 s. 235 NPC; dazu Gledhill, The penal codes, S. 5o6.

277 COP v. I. Adamu (Case Diary NCX 65/75 in MOJ/1/vol. V/6o3).

Eine weitere Voraussetzung ist, daß das seelische Gleichgewicht der Mutter aufgrund der Nachwirkungen der Geburt oder aufgrund der Auswirkungen des Stillens eine Störung erfahren hat. Die genannten Ursachen dürfen nicht vermutet werden, sondern sind ausnahmslos nachzuweisen²⁷⁸.

5.2 Die subjektiven Voraussetzungen

Die gesetzliche Bestimmung erwähnt ausschließlich die absichtliche Kindestötung. Vom Verständnis dieser Vorschrift her ist aber davon auszugehen, daß die Formen vermuteter Absicht, also Kenntnis bzw. Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge bei Vorliegen der Verletzungsabsicht²⁷⁹ mit einbezogen werden sollen.

5.3 Der praktische Anwendungsbereich

Bemerkenswert ist, daß die Rechtsprechungsorgane diese Vorschrift weder anwenden noch überhaupt erwähnen, auch wenn der Sachverhalt eindeutig die Anwendung nahelegen würde. Als beispielhaft kann ein Fall angesehen werden, in dem sich das Gericht mit der Tötung eines Neugeborenen durch seine Mutter zu befassen hat und selber ausdrücklich auf den Verlust der Selbstkontrolle hinweist; diesen Verlust führt das Gericht auf die Nachwirkungen der Wehen und auf das Alleinsein bei der Geburt des Kindes zurück. Obwohl das Gericht in seinem freisprechenden Urteil nicht eindeutig Stellung nimmt, wird ganz deutlich, daß es nicht einmal eine gemilderte Strafe in diesem Fall für angemessen erachtet; bei seinem Freispruch geht das Gericht zwar nicht ausdrücklich, aber klar erkennbar von der Unzurechnungsfähigkeit der Angeklagten zur Tatzeit aus²⁸⁰.

278 Gledhill, The penal codes, S. 486.

279 s. 221 (b) NPC.

280 Ode v. The State in (1974) 12 S.C. 11; s.a. C.O.P. v. Danyaro (ZA/172 C/75).

6. Die Überschreitung von Amtsbefugnissen

Das Gesetz sieht bei einer Tötung aufgrund der Überschreitung von Amtsbefugnissen die Milderungsmöglichkeit vor; allerdings findet diese Regelung in der Rechtsprechungspraxis höchst selten Anwendung.

222. (3) Culpable homicide is not punishable with death if the offender, being a public servant acting for the advancement of public justice or being a person aiding a public servant so acting exceeds the powers given to him by law and causes death by doing an act which he in good faith believes to be lawful and necessary for the due discharge of his duty as such public servant or for assisting such public servant in the due discharge of such duty and without ill will towards the person whose death is caused.

6.1 Die objektiven Voraussetzungen

Diese Bestimmung wird nur auf einen Täter angewendet, der selber im öffentlichen Dienst steht oder einen anderen bei der Ausübung seines öffentlichen Amtes unterstützt. Dabei sind nicht nur Amtsbefugnisse gemeint, welche einen Zusammenhang zu der Tätigkeit von Rechtsverfolgungsorganen haben. Das geht aus dieser Regelung in Verbindung mit der Legaldefinition des 'public servant' hervor²⁸¹.

Der Täter muß seine gesetzlichen Amtspflichten überschritten und dadurch den Tod des Opfers verursacht haben. Diese Voraussetzungen sind erfüllt, wenn jemand von dem zuständigen Ortsvorstand (village head) den Auftrag erhält, von einem Dorfbewohner fällige Steuern einzutreiben bzw. diesen bei Zahlungsverweigerung zu verhaften, und bei dem Versuch, den Widerstand des Steuerpflichtigen mit Gewalt zu brechen, diesen tödlich

281 s. 10 NPC; s.a. Gledhill, The penal codes, S. 481.

verletzt²⁸². Diese Voraussetzungen liegen ebenfalls vor, wenn Gefängniswärter einen fliehenden Strafgefangenen vor dem Verlassen der Anstalt stellen und zu Tode prügeln²⁸³.

6.2 Die subjektiven Voraussetzungen

Hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit seiner amtlichen Handlung muß der Täter gutgläubig gewesen sein, d.h. er muß mit einer angemessenen Sorgfalt vorgegangen sein²⁸⁴. Er darf ferner keine böswilligen Absichten (ill will) gegenüber dem Opfer verfolgt haben.

7. Kenntnis der möglichen Todesfolge bei Verletzungsabsicht

Findet keine der gesetzlich besonders vorgesehenen Regelungen Anwendung, die eine nicht mit der Todesstrafe bedrohte schuldhaftige Tötung betreffen, so kann sich dennoch eine Milderungsmöglichkeit aus der allgemeinen Bestimmung über die schuldhaftige Tötung ergeben; denn die Regelung, daß eine schuldhaftige Tötung auch vorliegt, wenn eine beabsichtigte Handlung in der Kenntnis der möglichen Todesfolge vorgenommen wird, ist weder von der Absichtsvermutung des Mordtatbestandes noch von den Voraussetzungen des Fahrlässigkeitstatbestandes erfaßt²⁸⁵.

220. (b) Whoever causes death -

.....

(b) by doing an act with the knowledge that he is likely by such act to cause death; or

.....

commits the offence of culpable homicide.

282 The State v. Kaura (NCH/21 C/69) - unveröffentl.: Freispruch wegen Beweisnot.

283 The State v. Aboki and ors. (NCH/13 C/71) - unveröffentl., wo nur wegen s. 225 NPC (Körperverletzung mit Todesfolge) angeklagt und ebenfalls auf Freispruch wegen Beweisnot erkannt wird.

284 s. 37 NPC.

285 ss. 221, 222 (7) NPC.

7.1 Die objektive Tatseite

Wesentliches Merkmal im Vergleich zu den objektiven Voraussetzungen des Mordtatbestandes ist, daß statt der Wahrscheinlichkeit die bloße Möglichkeit des Erfolgseintrittes ausreicht. Als Maßstab für die Feststellung der Möglichkeit dient wiederum der 'reasonable man'. Die Folge einer Handlung gilt als möglich (likely), wenn deren Verwirklichung einen 'reasonable man' nicht überraschen würde²⁸⁶. So wird demgemäß der Tod als Folge für möglich gehalten, wenn Messerstiche gegen den Körper des Opfers geführt werden²⁸⁷, wenn jemand sich in einen Kampf einläßt und seinen Kontrahenten dabei niederschlägt²⁸⁸ oder wenn etwa jemand einer erkennbar Schwangeren im Streit schwere Schläge auf deren Bauch verabreicht²⁸⁹; auch wer einen anderen nur bewußtlos schlagen will, muß mit einem tödlichen Ausgang rechnen²⁹⁰.

Dagegen wird der Tod für einen 'reasonable man' weder für eine wahrscheinliche noch für eine mögliche Tatfolge gehalten, wenn das Opfer aufgrund eines sehr leichten Schlages wegen eines nicht erkennbaren Leidens stirbt, weil ein solcher Schlag bei Gesunden diese Wirkung nicht gehabt hätte²⁹¹.

Stirbt jemand eine Woche nach seiner Entlassung aus dem Hospital, nachdem er dort wegen der Folgen eines Schlages mit einem

286 s. 19 (1) NPC; dazu Sudan Government v. Jelo in (1960) S.L. J.R. 60 (sudanesische Leitentscheidung); Kumbin v. Bauchi N.A. in (1963) 2 All N.L.R. 22; in (1963) N.N.L.R. 49 (nord-nigerianische Leitentscheidung); Maijamaa v. The State (S.C. 524/63) in Begho, Nigerian Criminal Law, S. 82, Case 16.

287 The State v. Jire in (1965) N.N.L.R. 52 (Wahrscheinlichkeit des Todes aber bei Stichen gegen Kopf bzw. Unterleib).

288 ^x Iyatawa v. Katsina N. A. in (1961) N.N.C.N. 23.

289 The State v. Pandari (NCH/10 C/75) - unveröffentl.

290 O. Gaji v. The State in (1975) 5 S.C. 61.

291 Kumbin v. Bauchi N.A., a.a.O.

Knüppel stationär behandelt worden ist, dann soll der Tod nicht als mögliche Auswirkung des Schlages angesehen werden können, wenn nicht einmal die bei der Tathandlung Anwesenden mit dem Tod gerechnet haben. Als zusätzlicher Anhaltspunkt kann auch herangezogen werden, daß der Täter von der Polizei nicht festgenommen wurde²⁹². Dabei wird unterstellt, Anwesende wie auch Polizei haben als 'reasonable men' den gleichen Hintergrund wie der Täter.

In jedem Falle handelt es sich aber bei der Feststellung der Möglichkeit des Erfolgseintrittes um eine Tatsachenfrage²⁹³.

7.2 Die subjektive Tatseite

Im subjektiven Bereich muß zunächst eine Absicht hinsichtlich der Tathandlung vorliegen, die zu der Todesfolge geführt hat; dabei wird es sich in der Regel um die Absicht handeln, eine Körperverletzung zu begehen.

Es bedarf aber außerdem für die Strafbarkeit nach dieser Vorschrift der Kenntnis, daß der Tod die mögliche Folge ist. Die Kenntnis wird meist aus den Umständen der Tat hergeleitet. Sie muß nicht - wie immer beim 'reasonable man'-Test - positiv festgestellt werden; die beabsichtigte Körperverletzung braucht nur tatsächlich geeignet gewesen zu sein, den Tod des Opfers möglicherweise herbeizuführen²⁹⁴. Diese Kenntnis ist aber von der bloßen Vorhersehbarkeit der Todesfolge zu unterscheiden, welche nur den Tatbestand der fahrlässigen Tötung (negligent act) begründen würde²⁹⁵.

292 Naji v. Kano N.A. in (1966) N.N.L.R. 29.

293 Expl. zu s. 221 NPC.

294 Gledhill, The penal codes, S. 491.

295 ss. 220 (c), 222 (7) NPC.

Schwieriger ist aber, die Abgrenzung zur bewußten Fahrlässigkeit (rash act) zu vollziehen, bei deren Vorliegen der Täter das Risiko der Tötung, dessen Verwirklichung ein 'reasonable man' unter diesen Umständen als möglich vorhergesehen hätte, zwar einkalkuliert, aber auf den Nichteintritt des Todes vertraut. Dagegen wird im Fall von s. 220 (b) das Risiko gesehen, der Täter nimmt aber dessen Verwirklichung unter allen Umständen in Kauf²⁹⁶. Dieses Problem wird von der Rechtsprechung nicht gesehen. Kann aufgrund des 'reasonable man'-Tests von einer Kenntnis der möglichen Todesfolge ausgegangen werden, findet diese Vorschrift Anwendung. Auch wenn eine bewußte Fahrlässigkeit in Betracht kommt²⁹⁷, wirkt sich die Anwendung von s. 220 (b) nicht nachteilig für den Betroffenen aus, da der gesetzliche Straffrahmen der gleiche ist²⁹⁸.

Wird allerdings eine Kenntnis der möglichen Straffolge nach dem 'reasonable man'-Test verneint, so muß für eine Strafbarkeit nach dieser Vorschrift die Kenntnis des Täters positiv nachgewiesen werden. Dies gilt beispielsweise dann, wenn das Opfer an einer Verletzung bzw. Krankheit litt und es auf die Kenntnis des Täters davon ankommt²⁹⁹.

7.3. Der Anwendungsbereich

Diese Vorschrift hat die Funktion eines sogenannten Auffangtatbestandes, d.h. sie soll subsidiär Sachverhalte der schuldhaften Tötung erfassen, auf die die besonderen Bestimmungen keine Anwendung finden können.

Die Rechtsprechung wendet diese Regelung insbesondere auf Fälle an, bei denen zwar eine Verletzungsabsicht festgestellt ist, aber Einzelheiten der Tötungshandlung nicht nachgewiesen werden können, die einen der besonderen Tatbestände erfüllen würden. Voraussetzung ist, daß der Tod aufgrund der sonst festgestellten Umstände nach dem 'reasonable man'-Test auf

296 Aguda, Principles, S. 70; Gledhill, The penal codes, S. 11.

297 C.O.P. v. Gomma in (1965) N.M.L.R. 12; in Chukura, A Digest, Case No. 445; The State v. Galačina and ors. (K/2 C/70); The State v. Buhari (NCH/2 C/72)- beide unveröffentl.

298 s. 224.NPC; s.a. Aguda, Principles, S. 71.

299 Kurbin v. Bauchi N.A., a.a.O.

jeden Fall als möglich erscheint. Aus den Umständen der Tat muß sich allerdings ein höherer Unrechtsgehalt ergeben als bei einer Körperverletzung mit Todesfolge³⁰⁰.

Eine weitere, sehr häufige Anwendung erfährt diese Vorschrift zudem, wenn begründete Zweifel hinsichtlich einer Wahrscheinlichkeit der Todesfolge (z.B. aufgrund von Beweisschwierigkeiten) nicht vollständig ausgeräumt werden können, die Folge aber dennoch zumindest unzweifelhaft als möglich angenommen werden kann. Das ist z.B. dann der Fall, wenn die Identität von der dem Gericht vorliegenden und der tatsächlich verwendeten Waffe nicht eindeutig zu klären, ein Nachweis über die Wahrscheinlichkeit des Todes also nicht mehr zweifelsfrei zu führen ist³⁰¹.

300 s. 225 NPC; Gaji v. The State in (1975) 5 S.C. 61; C.O.P. v. Gomma and ors. in (1965) N.M.L.R. 12; in Chukura, A Digest, Case No. 445.

301 Gwandu v. Gwandu N.A. in (1962) 1 All N.L.R. 545; s.a. C.O.P. v. Gomma, a.a.O.; The State v. Galadima and ors. (K/2 C/70); The State v. Buhari (NCH/2 C/72) - beide unveröffentl.

IV. Die versuchte Tötung

Im nordnigerianischen Strafgesetzbuch wird für den Versuch einer schuldhaften Tötung eine selbständige Strafbarkeit begründet, und zwar jeweils für den Mord- und Totschlagsversuch³⁰².

229. (1) Whoever does any act not resulting in death with such intention or knowledge and in such circumstances that if he by that act caused death, he would be guilty of culpable homicide punishable with death shall be punished with imprisonment for life or for any less term or with fine or with both.
- (2) When any person being under sentence of imprisonment for life commits an offence under this section, he shall, if hurt is caused, be punished with death.
230. Whoever does any act with such intention or knowledge and in such circumstances that, if he by that act caused death, he would be guilty of culpable homicide not punishable with death, shall be punished -
- (a) with imprisonment for a term which may extend to three years or with fine or with both; or
- (b) if hurt is caused to any person by such act with imprisonment which may extend to seven years or with fine or with both.

Ergänzend dazu finden die allgemeinen Regeln des Versuchs Anwendung³⁰³. Da sich die nordnigerianische Rechtsprechung bislang nicht mit der versuchten Tötung dogmatisch befaßt hat und die sudanesischen wie die indische Rechtsprechung auf dem englischen 'criminal common law' basieren, sind die dort festgelegten Grundsätze im wesentlichen zu übernehmen³⁰⁴.

302 Daneben gibt es noch eine selbständige Strafbarkeit der versuchten Tötung im Zusammenhang mit Raub (s. 296 (2) NPC, Bandenraub (s. 303 NPC) und bewaffnetem Raub (s. 2 Robbery and Firearms (Special Provisions) Decree, 1970)

303 s. 95 NPC; Richardson, Notes, Anm. 2 zu s. 229.

304 Khalil, Criminal law reforms, S. 69.

Da der Penal Code grundsätzlich das aktive Tun einem Unterlassen gleichstellt³⁰⁵, wird der Versuch einer schuldhaften Tötung durch Unterlassen die gleiche rechtliche Beurteilung erfahren müssen.

Die versuchte Begehung einer schuldhaften Tötung kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn der angestrebte Erfolg (Tod des Opfers) nicht eingetreten ist. Ausnahmsweise soll aber trotz des Erfolges der Versuch vorliegen, wenn der Täter nach seiner Meinung noch nicht alles zur Verwirklichung seines Plans getan hat, aber objektiv das Getane schon für den Erfolg ausreicht. Der Täter hält z.B. eine Reihe von Messerstichen für nötig, das Opfer stirbt aber schon nach dem ersten Stich³⁰⁶. Zu diesem Problem hat die Rechtsprechung bislang noch nicht Stellung genommen.

Mit der Frage, ob die versuchte Begehung eines durch den Erfolg qualifizierten Delikts möglich und somit strafbar sein soll, befassen sich weder Literatur noch Rechtsprechung. Dieses Problem stellt sich auch im Zusammenhang mit der vorsätzlichen Tötung praktisch nicht, da sich dafür mit Hilfe der Regelung über die schuldhafte Tötung Lösungen finden lassen.

Führt beispielsweise die Schockwirkung bei der Begehung einer Notzucht zum Tode des Opfers, ohne daß die Notzucht vollendet ist, dann würde die Folge nach der Tendenz der Rechtsprechung zumindest für möglich angesehen werden können, und der Täter wegen vollendeten Totschlags strafbar sein. Dogmatisch wäre nicht der beabsichtigte Tod als Folge einer vollendeten Notzucht aber als Erfolgsdelikt zu behandeln³⁰⁷.

305 s. 24 NPC.

306 Khalil, Conference Paper, S. 115; a. A. Aguda, Principles, S. 163 mit Nachweisen der Rechtsprechung zum indischen P.C., wo von der Einheitlichkeit des Geschehensablaufs ausgegangen wird.

307 s. 226 NPC.

Hinsichtlich des möglichen Strafmaßes bieten beide Alternativen aufgrund des jeweils weiten Strafrahmens ohnehin einen großen Ermessensspielraum und rechtfertigen den wiederholten Hinweis auf eine pragmatische Lösung.

1. Die objektive Tatseite

1.1. Anfang der Ausführung

Der Täter muß eine Handlung begangen haben, die zu einer schuldhaften Tötung geführt hätte. Er darf allerdings noch nicht alles getan haben, was er zur Durchführung seines Planes für erforderlich gehalten hat, muß aber andererseits das Stadium der bloßen Vorbereitung hinter sich gelassen haben. Für die schwierige Abgrenzung zwischen strafloser Vorbereitungshandlung (act towards a commission)³⁰⁸ und strafbarem Anfang der Ausführung gibt es keine festgelegte Grenze. Sie soll allerdings mit Hilfe der den gesetzlichen Vorschriften beigegebenen Illustrationen sowie durch die Feststellung einer konkreten Gefährdung des geschützten Rechtsgutes 'Leben' (proximity rule) ermittelt werden³⁰⁹.

Jemand, der in der Absicht ein Gewehr kauft und lädt, um einen anderen zu töten, soll noch nicht den Versuchstatbestand verwirklicht haben, d.h. sich noch in der Vorbereitungsphase befinden³¹⁰. Gleiches soll gelten, wenn sich jemand mit Tötungsabsicht Gift besorgt und es Lebensmitteln beigibt, die in seiner Obhut verbleiben. In diesem Falle wird der Anfang der Ausführung dann angenommen, wenn er jene Lebensmittel aus seiner Sphäre in den Verfügungsbereich seines Opfers bzw. seiner eigenen Angestellten überführt³¹¹.

308 s. 95 NPC.

309 Aguda, Principles, S. 28; Khalil, Criminal law reforms, S. 70; S. Mohammed v. C.O.P. in (1974) N.N.L.R. 43.

310 ill. (c) (Satz 1) zu s. 229 NPC.

311 ill. (d) zu s. 229 NPC.

1.2 Unmöglichkeit des Erfolgseintritts

Ist der gewollte Erfolgseintritt unmöglich, so soll der Täter dennoch wegen der Betätigung der kriminellen Absicht grundsätzlich strafbar sein. Allerdings wird danach unterschieden, ob der Täter objektiv zur Tötung in der Lage war oder nicht. Hat er beispielsweise den Lebensmitteln seines Opfers eine nicht tödliche Giftdosis beigegeben, so ist trotz der Untauglichkeit der Tatbestand des versuchten Mordes verwirklicht. Anderes soll gelten, wenn die Unmöglichkeit der Handlung offensichtlich ist, beispielsweise wenn eine alte, gebrechliche Frau mit bloßen Händen einen kräftigen jungen Mann erwürgen will. Wenn der Täter absolut nicht befähigt ist, die gewollte Folge herbeizuführen, besteht auch kein Strafbedürfnis³¹².

Diese Auffassung läßt den Schluß zu, daß eine Strafbarkeit des Tötungsversuchs nicht schon bei Betätigung des kriminellen Willens, sondern erst bei einer gleichzeitigen Gefährdung des geschützten Rechtsgutes angenommen werden kann³¹³.

1.3 Unterscheidungsmerkmale des Mord- und Totschlagsversuchs

Hinsichtlich des strafbaren Mordversuchs bedarf es der gleichen objektiven Elemente wie beim vollendeten Mord. Sofern keine Tötungsabsicht direkt nachweisbar ist, muß zumindest die Wahrscheinlichkeit der Todesfolge nach dem 'reasonable man'-Test vorhersehbar gewesen sein³¹⁴. So hat jemand, der nach einem Streit in sein Haus eilt, eine Machete holt und damit seinem Widersacher Stiche in das Gesicht versetzen will, dabei aber von diesem mit den Händen abgewehrt wird, einen versuchten Mord begangen, denn die Stichverletzungen mit einer derartigen

312 Aguda, Principles, S. 33; Gledhill, The penal codes, S. 496; Khalil, Criminal law reforms (1974) 5 J.I.C.L. 70 und in Conference Paper, S. 113.

313 Mohammed v. C.O.P. in (1974) N.N.L.R. 43 (Freispruch von der Anklage wegen fehlgeschlagenen Selbsttötungsversuchs).

314 s. 229 i.V. s. 221 NPC; dazu Richardson, Notes, Anm. 2 zu s. 229.

Waffe hätten für einen 'reasonable man' die tödliche Folge als wahrscheinlich erscheinen lassen³¹⁵.

Sind aber bei einem Tötungsversuch Voraussetzungen (such circumstances) gegeben, aufgrund derer sich der Täter wirksam auf ein Verteidigungsmittel berufen könnte, das beim tatsächlichen Eintritt des Todes die Tat als eine nicht mit der Todesstrafe bedrohte schuldhaft Tötung qualifizieren würde, dann findet auch nur die Bestimmung über den Totschlagsversuch Anwendung³¹⁶. Gleiches gilt für die Fälle, in denen die Todesfolge für einen 'reasonable man' als möglich vorhersehbar gewesen wäre und der Täter eine versuchte Tötungshandlung begangen hat.

Ist eine etwaige Todesfolge nach diesen Maßstäben weder als wahrscheinlich noch als möglich zu erwarten gewesen, dann kann auch kein Versuch der schuldhaften Tötung in Betracht kommen³¹⁷.

2. Die subjektive Tatseite

Auf der subjektiven Tatseite der versuchten schuldhaften Tötung müssen die gleichen Voraussetzungen vorliegen wie bei der Vollendung der Tat. Beim Vorhandensein dieser Voraussetzungen liegt eine Strafbarkeit nur vor, wenn die Tat zumindest ins Anfangsstadium der Ausführung gelangt ist, d.h. wenn sie sich in einer das Rechtsgut 'Leben' gefährdenden Weise äußerlich erkennbar manifestiert hat. Das gilt gleichermaßen für die innere Tatseite beim versuchten Mord wie für die beim versuchten Totschlag³¹⁸.

315 Nach Ofor and or. v. The Queen in (1955) 15 WACA 4.

316 s. 230 i.V. s. 222 NPC; ill. (a) zu s. 229 NPC; dazu Aguda, Principles, S. 33

317 Naji v. Kano N.A. in (1966) N.N.L.R. 29.

318 Aguda, Principles, S. 41; Gledhill, The penal codes, S. 70; Richardson, Notes, Anm. 2 zu s. 229; a.A. Begho, Nigerian Criminal Law, S. 66, der für den Mordversuch den konkreten Nachweis der tatsächlichen Tötungsabsicht für erforderlich hält und den Nachweis der Körperverletzungsabsicht nicht ausreichen lassen will, d.h. auf die Wahrscheinlichkeit der Todesfolge soll es überhaupt nicht ankommen; keine Stellungnahme, was bei Totschlagsversuch gelten soll.

3. Der Rücktritt

Die Möglichkeit eines strafbefreienden Rücktritts vom Versuch wird von der Rechtsprechung überhaupt nicht und von der Literatur nur in einem Einzelfall behandelt. Es werden in diesem Zusammenhang zwei Formen erwähnt, nämlich der freiwillige Rücktritt vor Vollendung der Tat und die Störung bei der weiteren Ausführung durch äußere Umstände. Ohne Einschränkung wird eine Handlung nicht für strafbar gehalten, solange der Täter den Rücktritt, in welcher Form auch immer, noch im Vorbereitungsstadium vollzogen hat. In einem solchen Fall liegt ein strafbarer Versuch aber ohnehin noch nicht vor. Erfolgt ein Rücktritt im Ausführungsstadium, dann soll ein solcher immer vor der Vollendung strafbefreiend möglich sein, wenn der Täter freiwillig von seinem Vorhaben abgesehen hat. Da diese Regelung als Postulat formuliert wird, kann daraus geschlossen werden, daß diese Auffassung in Nordnigeria noch nicht der herrschenden Meinung entspricht³¹⁹.

4. Der fehlgeschlagene Versuch

Allgemeine Anerkennung findet aber die Strafbarkeit des fehlgeschlagenen Versuchs, da die Erfolglosigkeit, die nicht auf den Willen des Täters zurückzuführen ist, nicht als 'defence' dienen soll. Besonders wenn subjektiv alles zur Verwirklichung der Tötungshandlung getan wurde, der Erfolg aber nicht eingetreten ist, werden krimineller Wille sowie Rechtsgutgefährdung offenkundig³²⁰. So macht sich beispielsweise wegen Mordversuchs strafbar, wer mit Tötungsabsicht ein Kleinkind an einer einsamen Stelle aussetzt, das Kind aber zufällig entdeckt und gerettet wird³²¹, wer einem andern mit Tötungsabsicht vergiftete

319 Khalil, Criminal law reforms, (1974) 5 J.I.C.L. 70 und Conference Paper, S. 117.

320 Aguda, Principles, S. 33; Gledhill, The penal codes, S. 73; Khalil, Conference Paper, S. 115; Richardson, Notes, Anm. 2 c zu s. 95.

321 ill. (b) zu s. 229 NPC.

Früchte schickt, die aber von dessen Hausangestellten irrtümlicherweise vor dem Genuß vernichtet werden³²², oder wer, ebenfalls mit Tötungsabsicht, auf einen anderen schießt, ihn aber verfehlt³²³.

5. Der praktische Anwendungsbereich

In der Rechtsprechungspraxis zu den vorsätzlichen Tötungsdelikten nach dem Penal Code gibt es fast keine Anwendungsfälle für die versuchte schuldhaft Tötung³²⁴.

Das läßt sich mit der pragmatischen Einstellung der Strafverfolgungsorgane erklären, nach deren Ansicht der Versuch ein rein theoretisches Gebilde ist, das zudem noch regelmäßig Beweisschwierigkeiten verursacht. In Fällen, in denen zumindest eine Körperverletzung die erkennbare Folge ist, sei diese in der Regel auch problemlos zu beweisen und reiche der dafür vorgesehene Strafraum aus. Zudem sei eine Bestrafung trotz des ausgebliebenen Erfolges für den Täter unbegreiflich. In Fällen, in denen nicht einmal eine Körper- oder eine andere Rechtsgutverletzung die Folge des vermeintlichen Tötungsversuchs ist, sei die Beweislage aussichtslos und eine Anklage folglich ohne Sinn³²⁵.

Beweisschwierigkeiten ergeben sich insbesondere aus der für Nordnigeria typischen Begehungsweise; Tötungshandlungen sowie Tötungsversuche sind nicht Ausführungen längerer Planungen, sondern werden in der Regel spontan ausgeführt (s. u. S.186ff).

322 ill. (d) zu s. 229 NPC.

323 ill. (c) zu s. 229 NPC.

324 im Gegensatz zur sudanesischen Rechtsprechung.

325 So Abdullahi, Kaduna, den 19.3.1976; Justice Uwais, Kaduna, den 6.4.1976.

Ist der Täter wegen einer vollendeten schuldhaften Tötung nach s. 220 (b) NPC angeklagt und überführt, so erübrigt sich nach der pragmatischen Auffassung die Verfolgung eines daneben begangenen Tötungsversuchs³²⁶. Diese herrschende Einstellung mag Hauptursache dafür sein, daß in Nordnigeria eine dogmatische Fortentwicklung der übernommenen Versuchslehre nicht stattgefunden hat.

Die beiden einzigen Entscheidungen (desselben Gerichts) dazu widersprechen dem nicht, sondern weisen eher auf eine auch bei der Anwendung der Tötungsversuchsregeln an pragmatischen Grundsätzen orientierte Auslegung hin. In beiden Fällen wird dem jeweiligen Täter aufgrund des offenliegenden Sachverhalts die Tötungsabsicht nachgewiesen; es ist auch jeweils alles zur Verwirklichung dieser Absicht getan worden. Das Gericht verurteilt die Täter wegen Mordversuchs, obwohl die Opfer in beiden Fällen den Tod erlitten haben, weil einmal die Identität der Leiche, das andere Mal die Todesursache nicht ausreichend geklärt sind³²⁷. Während andere Gerichte auf vollendeten Mord erkannt hätten, bedient sich hier das Gericht jeweils konstruierter Zweifel, um Mordversuch annehmen zu können, und weist dieser Regelung somit die Funktion eines Auffangtatbestandes zu. Das Gericht hat sich davon leiten lassen, daß die obligatorische Rechtsfolge des Mordtatbestandes, nämlich die Todesstrafe, nicht allen Tatmodalitäten gerecht werde³²⁸.

326 I. Mohammed v. The State in (1972) 4 S.C. 168; M. Adamu v. The State (S.C. 73/73) - unveröffentl.; Abdallabe v. Bornu N.A. (1961-62) N.R.H.C.J. 22.

327 The State v. A. Ibrahim (NCH/9 C/74) in C.R.B., vol. 21, HC Kaduna - Zaria, S. 130 bzw. The State v. J. Gaji (NHC/3 C/76) - unveröffentl.

328 So in einer inoffiziellen Stellungnahme des jeweils zuständigen Richters (Justice Uwais, Kaduna, den 6.4.1976), eines Gegners der Todesstrafe, der die Entscheidungen über die Vollstreckung eines etwaigen Todesurteils erst gar nicht mit Hilfe einer sonst üblichen Gnadenempfehlung den zuständigen Exekutivorganen überlassen will.

V. Täterschaft und Teilnahme

Im folgenden Abschnitt soll das Recht der vorsätzlichen Tötungsdelikte unter dem Gesichtspunkt von Täterschaft und Teilnahme dargestellt werden.

1. Die Mittäterschaft

79. When a criminal act is done by several persons in furtherance of the common intention of all, each of such persons is liable for the act in the same manner as if it were done by him alone.
80. Whenever an act, which is criminal only by reason of its being done with a criminal knowledge or intention, is done by several persons, each of such persons who joins in the act with such knowledge or intention is liable for the act in the same manner as if the act were done by him alone with that knowledge or intention.
81. When an offence is committed by means of several acts whoever intentionally co-operates in the commission of that offence by doing any one of those acts, either singly or jointly with any other person, commits that offence.
82. Where several persons are engaged or concerned in the commission of a criminal act each person may be guilty of a different offence or offences by means of that act.

Eine Mittäterschaft liegt vor, wenn ein Delikt von mehreren zur Verwirklichung ihres gemeinsamen Tatentschlusses (common intention) begangen wird; jeder Mittäter ist dann in gleicher Weise verantwortlich, als hätte er die Tat allein begangen³²⁹.

Der Mittäter kann unter Umständen die ganze Tat allein wie auch nur Teile davon durch aktives Tun realisieren; er braucht auch nur einen psychischen Beitrag zu leisten, muß dann aber zumindest bei der Begehung am Tatort anwesend sein. Es kommt

329 s. 79 NPC.

folglich bei einer Mittäterchaft nicht darauf an, wer den Tod des Opfers verursacht hat³³⁰. Vielmehr reicht es für die Mittäterchaft aus, daß jemand lediglich passiv dabei steht, während seine Komplizen einen Dritten zu Tode prüfen³³¹.

Voraussetzung muß allerdings in jedem Fall sein, daß ein gemeinsamer Tatentschluß vorher bestanden hat. Dieser muß positiv nachgewiesen werden. In der Regel wird ein solcher aus den Umständen der Tat gefolgert. Als Anhaltspunkt für eine gemeinsame Tötungsabsicht kann gelten, daß die Täter, die einen gestellten Dieb bereits bewußtlos geschlagen haben, ihn erst nach der Aufforderung eines hinzukommenden Dritten gemeinsam töten³³². Auch wenn eine große Anzahl bewaffneter Dorfbewohner zu einem Nachbarn geht und ihn tötet, kann das Vorliegen eines gemeinsamen Tatentschlusses gefolgert werden; hier bedarf es hinsichtlich der Mittäterchaft lediglich des Nachweises, daß der jeweilige Angeklagte ein Mitglied der Menschenmenge gewesen ist³³³.

Demgegenüber wird bei einem unerwarteten Kampf, in den mehrere verwickelt werden, grundsätzlich kein gemeinsamer Tatentschluß angenommen, wenn dabei ein Beteiligter getötet wird, sondern jeder wird nach seinem Tatbeitrag beurteilt³³⁴.

Einiges gilt, wenn sich ein Dritter später an der Auseinandersetzung beteiligt³³⁵. Da es sich bei der schuldhaften

330 s. S. W.C. data ill. in (6) und (c); Giedhill, The penal codes, S. 35; Mathew v. The State in (1964) 1 All N.L.R. 111; I. Mamman v. The State (S.C. 383/75) - unveröffentl.

331 Lockman and ors. v. The State in (1972) 5 S.C. 22 und in (1972) 1 All N.L.R. 62 unter Berufung auf die Leitentscheidung Ofor and ors. v. The Queen in (1955) 15 WACA 4.

332 C.O.P. v. Yelwa and ors. (K/3 C/70) - unveröffentl.

333 Jaram and ors. v. The State (S.C. 80/65) in Begho, Nigerian Criminal Law, S. 81, Case 15.

334 The State v. Okafor and ors. (Z/10 C/64) - unveröffentl.; The State v. Kirbiti and ors. in (1965) N.M.L.R. 146.

335 Jureichy and ors. v. The State in (1975) 3 S.C. 135; The State v. Fulani (Z/14 C/64) - unveröffentl.

Tötung der Tötungsabsicht bzw. zumindest der Kenntnis der möglichen Todesfolge bedarf, müssen diese Elemente vom gemeinsamen Entschluß jedes einzelnen Mittäters erfaßt werden³³⁶. Täter kann also nur sein, wer diese subjektiven Tatbestandsmerkmale selber erfüllt. So kann eine Mittäterschaft eines Beteiligten hinsichtlich der Tötung nicht vorliegen, wenn er nicht weiß, daß sein Komplize bei der gemeinsam geplanten Schlägerei ein Messer bei sich hat und dieses auch einsetzen will³³⁷. Der Mittäter ist folglich für alles mitverantwortlich, was sein Komplize zur Realisierung des gemeinsamen Tatentschlusses ausführt, nicht aber für einen Exzeß des Mittäters.

Liegen bei einem der Mittäter besondere mildernde Umstände vor (wie z.B. die Voraussetzungen einer Provokation, eines plötzlichen Kampfes etc.), so kann sich auch nur der erfolgreich darauf berufen, bei dem diese Umstände gegeben sind³³⁸.

Handeln zwei Täter gleichzeitig ohne Absprache, aber mit gleichem Vorsatz, so ist ebenfalls jeder Tatbeitrag unabhängig von dem des anderen zu würdigen³³⁹.

-
- 336 s. 80 NPC; Gledhill, The penal codes, S. 36; The State v. Faltabe (NEM/22 C/71); The State v. Danbiya (NWS/7 C/73) - beide unveröffentl.
- 337 Gledhill, The penal codes, S. 42; Surega v. The State In the F.S.C. of Nigerian, 1963-71, Case 26; The State v. Miri and ors. in (Jan.-April 1968) F.S.C. 6 B.
- 338 s. 82 NPC und ill. dazu.
- 339 Auta v. The State (S.C. 408/74) - unveröffentl.

2. Besondere Formen der Mittäterschaft

2.1 Verabredung und Vorbereitung von Delikten

96. (1) When two or more persons agree to do or cause to be done -

(a) an illegal act; or

(b) an act which is not illegal by illegal means, such an agreement is called a criminal conspiracy.

(2) Notwithstanding the provisions of subsection (1), no agreement except an agreement to commit an offence shall amount to a criminal conspiracy unless some act besides the agreement is done by one or more parties to such agreement in pursuance thereof.

Explanation 1. It is immaterial whether the illegal act is the ultimate object of such agreement, or is merely incident to that object.

Explanation 2. This section shall not apply to an agreement of two or more persons to do or cause to be done any act in contemplation of furtherance of a trade dispute if such act committed by one person would not be punishable as an offence.

Explanation 3. Nothing in this section shall exempt from punishment any person guilty of a conspiracy for which a punishment is provided by any Act or other Law.

Verabreden mindestens zwei Personen, eine strafbare Handlung zu begehen (criminal conspiracy), so ist jeder einzelne wie ein Teilnehmer verantwortlich.

Auf der subjektiven Tatseite bedarf es hier, da es sich um eine Form der Mittäterschaft handelt, ebenfalls eines gemeinsamen Tatentschlusses; es ist allerdings nicht erforderlich, daß die Mitglieder alle Einzelheiten der Verabredung kennen.

Objektiv reicht für die strafrechtliche Verantwortlichkeit allein schon die Tatsache der Übereinstimmung aus, eine Tötung begehen zu wollen. Vorbereitungen zur Ausführung des

gemeinsamen Planes werden, davon erst recht erfaßt³⁴⁰. Dadurch soll der Bereich strafrechtlich erfaßt werden, der vom strafbaren Versuch nicht mehr eingeschlossen wird.

2.2 Unerlaubte Versammlungen

100. An assembly of five or more persons is designated an unlawful assembly if the common object of the persons composing that assembly is

...

(c) to commit any mischief or criminal trespass or other offence; or ...

Explanation. An assembly which was not unlawful when it assembled, may subsequently become an unlawful assembly.

101. Whoever being aware of facts which render any assembly an unlawful assembly intentionally joins that assembly or continues in it said to be a member of an unlawful assembly.
108. If an offence is committed by any member of an unlawful assembly in prosecution of the common object of that assembly, every person, who at the time of the committing of that offence is a member of the assembly, is guilty of that offence.
109. Whoever promotes or does any act with intent to assist the promotion of an unlawful assembly, shall be punishable as a member of such unlawful assembly and for any offence which may be committed by any member thereof in the same manner as if he had himself been a member of such unlawful assembly.

Tötungsdelikte werden in Nordnigeria nicht selten von unerlaubten Menschenversammlungen (unlawful assembly) begangen. Eine Versammlung gilt zum Beispiel als verboten, wenn sich mindestens fünf Menschen zu einem gemeinsamen Zweck (common object) zusammenschließen, der auf die Begehung einer Straftat ausgerichtet ist. Eine solche Versammlung muß nicht schon zum Zeitpunkt ihres Entstehens derartige Ziele verfolgt haben; es reicht vielmehr aus, daß eine zunächst nach dem Ge-

340 Gledhill, The penal codes, S. 47; Richardson, Notes, Anm. 7 zu s. 96, Anm. 6 zu s. 83 und Anm. 4 zu s. 84.

setz zulässige Versammlung ihren rechtmäßigen Charakter durch Änderung ihrer ursprünglichen Ziele verliert³⁴¹.

Eine Versammlung, welche den Tod eines Menschen zum gemeinsamen Ziel erklärt hat, ist rechtswidrig und verstößt gegen die öffentliche Ordnung als geschütztes Rechtsgut³⁴².

Allerdings wird von der ständigen Rechtsprechung meist der Erfolg einer gemeinsamen Aktion als Nachweis für die Rechtswidrigkeit des Zieles und damit auch für die Versammlung herangezogen, insbesondere aber dann, wenn die Mehrzahl der Teilnehmer einer solchen Versammlung bewaffnet ist. Der rechtswidrige Zweck einer Versammlung wird zum Beispiel angenommen, wenn sich elf Leute zusammenschließen, bewaffnet zu dem Gefängniswärter des Ortes ziehen und dort nach erfolgloser Suche nach diesem dessen Sohn töten³⁴³. Dagegen wird eine Rechtswidrigkeit verneint, wenn ein Steuereintreiber von einer überwiegend unbewaffneten Menschenmenge aus dem Ort getrieben und später außerhalb des Dorfes tot aufgefunden wird³⁴⁴.

Ist eine Handlung einer solchen Versammlung für den Tod des Opfers ursächlich gewesen, so kommt es hinsichtlich der Strafbarkeit des einzelnen nicht darauf an, ob seine Handlung unmittelbar kausal bzw. mitkausal gewesen ist; wichtig ist allein seine Teilnahme an der Versammlung, sofern die Handlung bei der Verfolgung des gemeinsamen Zweckes vorgenommen worden ist³⁴⁵.

Es braucht dann lediglich die Teilnahme, nicht aber der einzelne Beitrag des Beschuldigten festgestellt zu werden³⁴⁶.

341 expl. zu s. 100 NPC.

342 Chap. IX - Offences against the Public Peace.

343 Mailayi and ors. v. The State in (Jan.-April 1968) F.S.C. 12 A.

344 Uwua v. The State in (Jan.-May 1967) F.S.C. 1A.

345 s. 108 NPC.

346 Nyam and ors. v. The State in (July-December 1964) F.S.C. 40 G und in (1964) All N.L.R. 361; Maiyaki and ors. v. The State in (May-Sept. 1966) F.S.C 20 B.

Ohne Einfluß auf die Strafbarkeit des einzelnen muß dabei bleiben, daß er unter Umständen als einziges Mitglied identifiziert und angeklagt wird^{346a}.

Der Teilnahme wird vom Gesetz die Unterstützung (promotion) derartiger rechtswidriger Ziele gleichgesetzt. Zwar ist dazu eine Anwesenheit bei der Versammlung nicht erforderlich, aber es muß zumindest ein aktiver Beitrag in Form einer Planungs-, Anstiftungs- oder Organisationshandlung vorliegen³⁴⁷.

Auf der subjektiven Tatseite des Mitglieds bzw. eines Unterstützenden ist es notwendig, daß dem Täter das gemeinsame Ziel bewußt gewesen ist und er absichtlich an jener Versammlung teilgenommen hat. Es bedarf folglich keines gemeinsamen Tatentschlusses (common intention)³⁴⁸.

Auffallend ist, daß die überwiegende Zahl aller Entscheidungen zu diesem Problem vor 1970 erging. Das ist nicht zuletzt auf die Auswirkungen des Biafra-Krieges zurückzuführen, in dem die aus Biafra stammende und in Nord-Nigeria als Minderheit lebende Ibo-Bevölkerung teilweise verfolgt, bedroht und auch getötet worden war³⁴⁹. Die traditionelle Neigung zur Selbstjustiz konnte sich besonders frei entfalten, da das Militär als ordnendes und so auch präventiv wirkendes Element weitgehend im Südosten des Landes zur Beendigung des Bürgerkrieges eingesetzt wurde.

346a Angwa v. The State in (July-Dec. 1965) F.S.C. 37 E.

347 s. 109 NPC.

348 a.A. Browne, An Operational Study, S. 499; zur Abgrenzung von 'common intention' i.S. s. 79 NPC und 'common object' i.S. s. 100 NPC: Ofor v. The Queen in (1955) 15 W.A. C.A. 4; Nyam and ors. v. The State in (July-Dec. 1964) F. S.C. 40 G. und in (1964) 1 All N.L.R. 361; Locknan and or. v. The State in (1972) 5 S. C. 22.

349 15.1.1970 Kapitulation Biafras.

2.3 Der Bandenraub

Eine Sonderregelung hat der Fall erfahren, daß von einer Bande ein Raubmord verübt wird (brigandage).

302. If any one of five or more persons, who are conjointly committing brigandage, commits culpable homicide punishable with death in so committing brigandage, every one of these persons shall be punished with death.

297. When five or more persons conjointly commit or attempt to commit a robbery or where the whole number of persons conjointly committing or attempting to commit a robbery and person present and aiding such commission or attempt amount to five or more, every person so committing, attempting or aiding is said to commit brigandage.

Hat einer von fünf oder mehr Personen bei der Begehung eines Bandenraubes einen Dritten absichtlich getötet, dann werden alle an diesem Raub beteiligten Mitglieder wie Mittäter am Mord behandelt. Die Anwesenheit eines Bandenmitgliedes bei der Begehung der Tat spricht für seine Beteiligung³⁵⁰.

Da es auf den Zeitfaktor nicht ankommt, kann es sich bei der Bande auch bloß um eine Gelegenheitsgemeinschaft handeln³⁵¹. Die Verantwortlichkeit der Beteiligten wird vom Gesetz unwiderleglich vermutet. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Tathandlung vom gemeinsamen Tatentschluß umfaßt wurde oder ob es sich um einen Exzeß eines der Bandenmitglieder gehandelt hat.

Sind weniger als fünf Täter an der Begehung des Raubes beteiligt, so muß hinsichtlich der Verantwortlichkeit für die Tötung entweder ein gemeinsamer Tatentschluß dazu oder aber der Entschluß des jeweiligen Beteiligten im einzelnen festgestellt werden.

Unabhängig von der Anzahl der Beteiligten sind die allgemeinen subjektiven Voraussetzungen zu prüfen, wenn es sich um

350 Olagunju, Criminal responsibility, S. 27.

351 Man folgert das aus s. 306 NPC (Browne, An Operational Study, S. 507).

eine nicht mit der Todesstrafe bedrohte Tötung handelt.

3. Die Teilnahme

Nach dem Penal Code kann es eine Teilnahme in Form von Anstiftung (instigation), Beihilfe (aid or facilitation) und Verabredung (engagement in a conspiracy) geben.

83. A person abets the doing of a thing, who -

- (a) instigates any person to do that thing; or
- (c) intentionally aids or facilitates by any act or illegal omission the doing of that thing; or
- (b) engages with one or more other person or persons in any conspiracy for the doing of that thing.

Explanation. A person who by wilful misrepresentation or by wilful concealment of a material fact which he is bound to disclose voluntarily causes or procures or attempts to cause or procure a thing to be done instigates the doing of that thing within the meaning of this chapter.

84. A person abets an offence who abets either the commission of an offence or the commission of an act which would be an offence, if committed with the same intention or knowledge as that of the abettor by a person capable by law of committing an offence.

Explanation 1. The abetment of the illegal omission of an act may amount to an offence although the abettor may not himself be bound to do that act.

Explanation 2. To constitute the offence of abetment, it is not necessary that the act abetted should be committed or that the effect requisite to constitute the offence should be caused.

Explanation 3. It is not necessary that the person abetted should be capable by law of committing an offence or that he should have the same guilty intention or knowledge as that of the abettor or any guilty intention or knowledge.

Explanation 4. The abatement of an offence by the offender, the abatement of such an abatement is also an offence.

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence."

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence." This section is a general provision that applies to all offences under the Criminal Code. It is not a specific provision that applies to a particular offence. Therefore, it is not an offence to commit an offence under the Criminal Code. This is a general principle of law that applies to all offences under the Criminal Code.

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence." This section is a general provision that applies to all offences under the Criminal Code. It is not a specific provision that applies to a particular offence. Therefore, it is not an offence to commit an offence under the Criminal Code. This is a general principle of law that applies to all offences under the Criminal Code.

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence." This section is a general provision that applies to all offences under the Criminal Code. It is not a specific provision that applies to a particular offence. Therefore, it is not an offence to commit an offence under the Criminal Code. This is a general principle of law that applies to all offences under the Criminal Code.

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence."

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence."

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence." This section is a general provision that applies to all offences under the Criminal Code. It is not a specific provision that applies to a particular offence. Therefore, it is not an offence to commit an offence under the Criminal Code. This is a general principle of law that applies to all offences under the Criminal Code.

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence."

Section 4 of the Criminal Code of the Commonwealth of Massachusetts, Chapter 278, Section 1, provides that "Whoever commits an offence shall be liable to imprisonment not exceeding the term prescribed by law for such offence."

lich ebenso strafbar wie die erfolgreiche, d.h. es besteht keine Akzessorietät zwischen Teilnahme und Haupttat. Eine Teilnahmehandlung kann auch zu einem Unterlassungsdelikt vorgenommen werden. Dabei bedarf es auf seiten des Teilnehmers keiner eigenen Garantenstellung und somit keiner Verletzung eigener Pflichten³⁵⁷. Eine Teilnahme an einer Teilnahmehandlung ist ebenfalls als Teilnahme strafbar.

Wird eine Haupttat begangen, die von den Vorstellungen des Teilnehmers abweicht, dann gilt eine derartige Abweichung als unerheblich, wenn die tatsächliche Handlung, an der teilgenommen wurde, eine wahrscheinliche Folge dieser Teilnahmehandlung war; dabei soll es nicht darauf ankommen, ob die abweichende Handlung zusätzlich zu dem gewollten einen anderen Tatbestand verwirklicht hat³⁵⁸. Eine unerhebliche Abweichung liegt ferner vor, wenn statt des gewollten Erfolges der Haupttat eine andere Folge eingetreten ist, sofern dem Teilnehmer eine solche Folge als möglich bekannt war³⁶⁰. Beim Mord kann diese Bestimmung allerdings keine Anwendung finden. Hier müßte auch für den Teilnehmer zumindest die Todesfolge als wahrscheinlich vorhersehbar gewesen sein³⁶¹. Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit der Todesfolge wären wiederum am 'reasonable man'-Test zu messen und festzustellen.

Obwohl die Mehrzahl der amtlichen Illustrationen dem Bereich der Tötungsdelikte entnommen ist, kommt bislang der Teilnahmelehre in der Rechtsprechungspraxis eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Die Ursache dafür wird in der meist spontanen, ungeplanten Begehungsweise von Tötungshandlungen zu finden sein, bei denen Teilnahmeformen selber nur spontan entstehen können. Außerdem besteht in der Rechtsprechungspraxis aufgrund der besonderen gesetzlichen Regelung,

357 expl. 1 zu s. 84 NPC.

358 expl. 4 zu s. 84 NPC.

359 ss. 87, 88 NPC.

360 s. 89 NPC.

361 expl. zu s. 89 NPC.

nach der ein bei der Tat anwesender Teilnehmer wie ein Täter zu behandeln ist, nicht die Notwendigkeit, zwischen der Verantwortlichkeit wegen seiner Täterschaft und wegen einer Teilnahme zu unterscheiden³⁶².

3.1 Die Anstiftung

Wesentliches Element der Anstiftung ist die gewollte Anregung des Tatentschlusses beim Haupttäter. Dazu muß der Entschluß zur Tat nicht unbedingt hervorgerufen werden, sondern es kann ausreichen, daß der Anstifter den Täter drängt, einen bereits gefaßten Entschluß zur Ausführung zu bringen. Selbst ein bloßer Rat oder eine Zustimmung können als Anstiftung qualifiziert werden, sofern sie als Stimulanz wirken³⁶³.

Setzen mehrere Täter, nachdem sie ihr Opfer schon zusammengeschlagen haben, die Gewaltanwendung erst nach einer entsprechenden Aufforderung durch einen Dritten bis zum Tode des Opfers fort, so liegt eine Anstiftung zum Mord durch den Dritten vor³⁶⁴.

Eine erfolglos versuchte Anstiftung³⁶⁵ ist als Anstiftung ebenso strafbar wie eine Anstiftung zu einem fehlgeschlagenen Versuch³⁶⁶ oder eine Anstiftung zu einer Anstiftung (Kettenanstiftung)³⁶⁷.

Der Standpunkt des Gesetzes zur Abgrenzung von Anstiftung und mittelbarer Täterschaft ist widersprüchlich. Einmal, wenn jemand einen anderen dazu verleitet, auf ein Wild hin-

362 s. 90 NPC.

363 Gledhill, The penal codes. S. 45.

364 C.O.P. v. Yelwa and ors. (K/3 c/70) - unveröffentl.

365 ill. (a) zu expl. 2 zu s. 84 NPC.

366 ill. (b) zu expl. 2 zu s. 84 NPC.

367 ill. zu expl. 4 zu s. 84 NPC.

ter einem Busch zu schießen, und der Schuß einen nur dem Schützen nicht sichtbaren Dritten tödlich trifft, soll der Verleitende als (mittelbarer) Täter behandelt werden³⁶⁸. Ein anderes Mal soll jemand, der einen Delikts- bzw. Unzurechnungsfähigen oder einen arglistig Getäuschten in gleicher Weise als Werkzeug benutzt und z.B. das Opfer zur Selbsttötung verleitet, lediglich eine Teilnahmehandlung in Form einer Anstiftung begangen haben³⁶⁹.

3.2 Beihilfe

Eine Beihilfe wird bei jeder Form der gewollten Unterstützung einer Haupttat angenommen; die Beihilfe kann als direkte Förderung einer Tat, die nicht als eigene angesehen wird, oder zur bloßen Erleichterung dieser Tat geleistet werden³⁷⁰.

Ein Polizeibeamter, der von einem bevorstehenden Delikt Kenntnis erlangt und nichts zur Verhinderung unternimmt, obwohl er weiß, daß durch sein Eingreifen die Begehung verhindert werden könnte, ist wegen Beihilfe strafbar. Das unterlassene Einschreiten ist eine Pflichtverletzung und wird als Unterstützung der Haupttat gewertet.³⁷¹

Gehilfenvorsatz und gemeinsamer Tatentschluß (von Mittätern) sind häufig gegeneinander abzugrenzen. Als Anzeichen für einen Gehilfenvorsatz soll dabei auch der Zeitpunkt des Eingreifens von Bedeutung sein. Wer später hinzukommt und in eine Körperverletzungshandlung eines Dritten eingreift, handelt meist mit Gehilfenvorsatz. Beschränkt sich dieser Vorsatz auf einen reinen Beistand, dann ist die unerwartete Tötung des Opfers durch den anderen dem Gehilfen allerdings nicht zuzurechnen, weil ein Exzeß des Täters vorliegt³⁷².

368 ill. (b) zu 22o NPC; auch i.S. von 9o NPC.

369 ill. (a) und (b) zu expl. 3 zu s. 84 NPC; expl. zu s. 83 und ill. (a) dazu; s. 227 NPC.

370 Gledhill, The penal codes, S. 47; Richardson, Notes, Anm. 7 zu s. 83.

371 ill. (b) zu s. 83 NPC.

372 The State v. Fulani (Z/14 C/64) - unveröffentl.

Bestehen Zweifel hinsichtlich eines gemeinsamen Tatentschlusses, wird nicht Mittäterschaft, sondern Beihilfe angenommen. Wenn aber der Beschuldigte erst nach Beendigung der Haupttat hinzugekommen ist und dem Täter dabei hilft, Tatspuren zu beseitigen, dann liegt eine Strafbarkeit wegen Strafvereitelung vor³⁷³.

3.3. Die Verabredung als Teilnahmeform

Die Verabredung und Vorbereitung eines Delikts ist auch als Teilnahmehandlung strafbar. Da es sich dabei um eine Sonderregelung zu den allgemeinen Vorschriften über die Konspiration handelt, müssen die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sein³⁷⁴. Der wesentliche Unterschied zu dieser Regelung besteht darin, daß hier statt des gemeinsamen Tatentschlusses ein Teilnahmevorsatz auf seiten des Täters vorliegen muß.

Der Teilnehmer braucht nicht unbedingt eng mit den Haupttätern zusammenzuarbeiten oder jene überhaupt zu kennen; es reicht vielmehr aus, daß er sich in irgendeiner Form bewußt an der Planung bzw. Vorbereitung des geplanten Delikts beteiligt³⁷⁵. So ist jemand als Teilnehmer aufgrund einer Konspiration verantwortlich, der mit einem anderen die Vergiftung eines Dritten verabredet und dem anderen das zubereitete Gift überläßt, worauf dieser in der vorhergesehenen Weise dem Opfer die tödliche Dosis mit Erfolg verabreicht³⁷⁶. Wäre der Teilnehmer bei der Tatausführung anwesend gewesen, hätte eine Beihilfe vorgelegen.

373 s. 167 NPC; Okabichi and ors. v. The State in (1975) 3S.C.135.

374 Richardson, Notes, Anm. 6 zu s. 83 i.V. m. Anm. 2 zu s. 96.

375 expl. 5 zu s. 84 NPC und ill. dazu.

376 ill. (b) zu s. 85 NPC.

VI. Die Sondertatbestände

1. Strafbare Handlungen mit tödlichem Ausgang

Im Penal Code findet sich eine Reihe von Tatbeständen, die dann erfüllt sind, wenn eine beabsichtigte strafbare Handlung, die nicht auf die Tötung eines anderen gerichtet war, einen tödlichen Ausgang genommen hat. Zur Verwirklichung des Tatbestandes eines solchen durch eine tödliche Folge qualifizierten Delikts muß die beabsichtigte strafbare Handlung jeweils kausal für den Tod des Opfers geworden sein.

1.1 Die vorsätzliche Körperverletzung mit tödlichem Ausgang

Der praktisch bedeutsamste Tatbestand regelt den Fall, daß eine beabsichtigte Körperverletzung einen tödlichen Ausgang nimmt.

- 225 Whoever causes the death of any person by doing any act not amounting to culpable homicide but done with the intention of causing hurt or grievous hurt, shall be punished with imprisonment for a term which may extend to fourteen years or with fine or with both.

Die erforderliche objektive Tatseite ist dann vorhanden, wenn für den tödlichen Ausgang die gewollte Handlung zwar kausal geworden, diese Folge aber nach dem 'reasonable man'-Test weder als wahrscheinlich noch als möglich bekannt gewesen ist, denn diese Fälle sind bereits von dem Mord- bzw. Totschlagstatbestand erfaßt.

Es muß folglich eine Situation vorliegen, in der der tödliche Ausgang bei einem normalen Handlungsablauf nicht zu erwarten gewesen wäre. Das ist z.B. der Fall bei Nichterkennbarkeit eines Leidens, das erst in Verbindung mit der strafbaren Handlung des Täters für die Todesfolge kausal wird³⁷⁷.

377 Gledhill, The penal codes, S. 494; Kumbin v. Bauchi N.A. in (1963), N.N.L.R. 49.

Auf der subjektiven Seite muß ein Vorsatz vorhanden sein, der nicht unbedingt auf eine qualifizierte Körperverletzung ausgerichtet zu sein braucht, sondern ausdrücklich auf jede einfache Körperverletzung zielen kann³⁷⁸. Es bedarf nicht einmal einer fahrlässigen Herbeiführung der Todesfolge, denn bei der tödlichen Folge handelt es sich um eine objektive Bedingung der Strafbarkeit. Das Vorhandensein des Vorsatzes hinsichtlich der Gewaltanwendung unterscheidet diesen Tatbestand von einer fahrlässigen Tötung und schließt damit die tatbestandsmäßige Lücke zwischen dem Auffangtatbestand des Totschlages und der fahrlässigen Tötung³⁷⁹.

Die Gerichte wenden diese Vorschrift sehr häufig an, und zwar insbesondere auf Fallkonstellationen, bei denen die Möglichkeit der Todesfolge bzw. ein entsprechender Nachweis der Kenntnis der möglichen Folgen nicht zweifelsfrei geführt werden kann, aber das Vorliegen einer Körperverletzung festgestellt ist³⁸⁰. Der Art der Tatwaffe kommt dabei eine erhebliche Bedeutung zu. Schläge mit einem leichten, dünnen Stock z.B. sollen einen tödlichen Ausgang in der Regel nicht für möglich erscheinen lassen³⁸¹. Diese Vorschrift wird ferner dann für anwendbar gehalten, wenn der Täter aufgrund der konkreten Situation zwar einen Körperverletzungsvorsatz fassen konnte, aber keine Zeit und Gelegenheit gehabt hat, Überlegungen über die Wahrscheinlichkeit bzw. Möglichkeit des tödlichen Ausgangs seiner Handlung anzustellen³⁸². Eine solche Auslegung steht im Einklang mit der objektiv-konkreten Anwendung des 'reasonable man'-Tests, der gerade die besondere Situation berücksichtigen soll.

378 ss. 240, 241 NPC; Richardson, Notes, Anm. zu ss. 225, 226.

379 Gledhill, The penal codes. S. 495.

380 The State v. A. Mamman (NWS/31 C/73) - unveröffentl.

381 The State v. Agadas (K/21 C/69); The State v. Maikarfi (NCH/33 C/69); ähnlich The State v. Nayaro (NCH/9 C/70); C.O.P. v. Dandamisa (KMD/849 X/74) p.i. - alle unveröffentl.

382 The State v. Ya'u (NCH/19 C/75) - unveröffentl.

1.2 Die Schwangerschaftsunterbrechung mit tödlichem Ausgang

Wer eine Schwangerschaft unterbrechen will und dabei den Tod der Schwangeren herbeiführt, kann sich ebenfalls nach einer besonderen Vorschrift strafbar gemacht haben.

233. Whoever with intent to cause the miscarriage of a woman whether with child or not does any act which causes the death of such woman, shall be punished

(a) with imprisonment for a term which may extend to fourteen years and shall also be liable to fine; and

Explanation. It is not essential for an offence under this section that the offender should know that the act is likely to cause death.

Voraussetzung dafür ist nicht, daß das Opfer tatsächlich schwanger war, sondern daß der Täter sein Opfer für schwanger gehalten hat³⁸³. Täter kann auch die Schwangere selber sein³⁸⁴. Subjektiv braucht beim Täter folglich nur die Absicht vorzuliegen, eine Fehlgeburt zu verursachen. Es kommt nicht auf die Kenntnis des Täters an, daß die Schwangere aufgrund der beabsichtigten Handlung den Tod erleiden könnte³⁸⁵. Hat der Täter aber in Kenntnis des möglichen tödlichen Ausgangs gehandelt, dann ist eine Strafbarkeit wegen Totschlags gegeben³⁸⁶.

Kausal kann jede Wirkung sein, die zur Verwirklichung dieser Absicht vorgenommen wird, auch wenn die Handlung nicht geeignet ist, eine tatsächlich vorhandene Schwangerschaft zu unterbrechen. Da der Penal Code lediglich von der Herbeiführung ei-

383 Richardson, Notes, Anm. 1 zu s. 233.

384 expl. zu s. 232 NPC.

385 expl. zu s. 233 NPC; Richardson, Notes, Anm. 1 zu s. 233.

386 s. 220 (b) NPC; Gledhill, The penal codes, S. 504.

Fehlgeburt spricht (causing miscarriage) und keine besondere Strafbarkeit für eine Abtreibung (abortion) festgelegt hat, kann davon ausgegangen werden, daß von dieser Regelung jede Art der Schwangerschaftsunterbrechung erfaßt wird³⁸⁷.

Wer mit angemessener Sorgfalt eine Schwangerschaft unterbricht, um das Leben der Schwangeren zu retten, dadurch aber deren Tod verursacht, ist nicht nach dieser Vorschrift strafbar³⁸⁸.

1.3 Das Gottesurteilsverfahren mit tödlichem Ausgang

214. Whoever presides or is present at any unlawful trial by ordeal shall be punished -

(a)....

(b) if such trial results in the death of any party to the proceeding shall be punished with death.

Explanation. The trial by any ordeal which is likely to result in the death of or bodily injury to any party to the proceeding is unlawful.

Die Anwesenheit bei einem gesetzwidrigen Gottesurteilsverfahren, das einen tödlichen Ausgang für eine am Verfahren beteiligte Partei nimmt, ist strafbar.

Rechtswidrig ist ein solches Gottesurteilsverfahren dann, wenn es zu einer Körperverletzung oder zum Tode einer daran beteiligten Partei führen kann³⁸⁹. Diese Möglichkeit wird wiederum anhand des 'reasonable man'-Tests festgestellt³⁹⁰.

Ein Gottesurteilsverfahren hat das Ziel, Streitigkeiten beizulegen oder die Hexen- bzw. Zaubereigenschaften eines 'Angeklagten' festzustellen; das Überleben wird als Beweis dafür gewertet, daß der Überlebende unschuldig ist. Derartige Ver-

387 Richardson, Notes, Anm. 3 zu s. 232.

388 s. 232 NPC.

389 expl. zu 214 NPC.

390 s. 19 (1) NPC.

fahren werden traditionsgemäß unter Einbeziehung von Naturgiften, siedendem Öl, Feuer, Wasser bzw. wilden Tieren abgewikkelt und 'entschieden'³⁹¹.

Täter im Sinne der Vorschrift kann nicht nur sein, wer den Vorsitz bei einem solchen Gottesurteilsverfahren führt, sondern auch jeder, der ohne unmittelbar daran beteiligt zu sein, ihm lediglich als Zuschauer beiwohnt.

Die Kenntnis, daß es sich bei dem beobachteten Vorgang um ein Gottesurteilsverfahren handelt, muß allerdings beim Täter vorhanden sein. Daß sich die Kenntnis auch auf die Gesetzwidrigkeit nicht aber auf die Möglichkeit einer Todesfolge erstrecken muß, geht aus dem Zusammenhang dieser Regelung hervor. Die Rechtswidrigkeit eines solchen Verfahrens kann nämlich schon bewußt sein, wenn nur eine Körperverletzung für möglich gehalten wird³⁹². Die höhere Strafandrohung bezieht sich deshalb ausschließlich auf den tödlichen Ausgang des betreffenden Verfahrens.

Hat der Täter aber Kenntnis von der Rechtswidrigkeit, weil er einen tödlichen Ausgang für möglich hält, und nimmt dennoch an dem Verfahren teil, dann besteht Gesetzeskonkurrenz zum allgemeinen Tatbestand der vorsätzlichen Tötung, die nicht mit dem Tode bedroht ist (220 (b) NPC). Dem geht aufgrund der Subsidiarität jener Vorschrift diese besondere Regelung vor. Obwohl gegenwärtig derartige Gottesurteile noch praktiziert werden sollen, findet sich keine Entscheidung der Rechtsprechung dazu.³⁹³

391 Richardson, Notes, Anm. zu s. 214.

392 s. expl. zu s. 214 NPC.

393 Justice Uwais, Editor of the N.N.L.R., Kaduna, den 23.6.1976.

1.4 Der Tod als Folge eines anderen Delikts

Ist der Tod die Folge einer strafbaren Handlung, für die mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe angedroht wird, so kann ebenfalls ein besonderer Tatbestand begründet sein.

226. Whoever causes the death of any person by doing any act not amounting to culpable homicide which constitutes an offence punishable with imprisonment for one year or with any greater punishment or by any act done in committing such an offence, shall be punished with imprisonment for a term which may extend to ten years or with fine or with both.

Anwendung findet diese Vorschrift insbesondere bei Sachverhalten, die keinen zweifelsfreien Schluß auf eine Handlung mit Körperverletzungsvorsatz zulassen, die aber den Tatbestand eines anderen Delikts verwirklicht haben. Wird eine Handlung bei der Begehung eines solchen Delikts für den Tod des Opfers ursächlich, ohne daß es vollendet wird, so kann dieser besondere Tatbestand schon erfüllt sein. Neben der Vollendung des Grunddelikts reicht folglich schon dessen versuchte Begehung aus. Auch hier handelt es sich bei dem tödlichen Ausgang der strafbaren Handlung um eine objektive Bedingung der Strafbarkeit.

Derartige Delikte treten häufig in der Erscheinungsform einer Nötigungshandlung (using criminal force - s. 265 NPC) auf³⁹⁴; es kann beispielsweise aber auch dieser Tatbestand durch den unerlaubten Besitz giftiger Arzneimittel verwirklicht werden, wenn der Täter damit einem anderen eine tödliche Injektion verabreicht.³⁹⁵

394 Gledhill, The penal codes, S. 495; The State v. Mumuni (NWS/ (20 C/73) - unveröffentl.; The State v. Jaba (NCH/14 C/75) in C.R.B. vol. 21, HC Kaduna - Zaria, S. 145.

395 C.O.P. v. Ibrahim (Case Diary NCX 426/76 in MOJ/1/vol. V/794); Aussetzung (abandonment) ist nach expl. zu s. 237 NPC als schuldhaftes Tötung zu behandeln (anders C.O.P. v. Danyaro (ZA/172 C/75) - unveröffentl.; der Fall D.P.P. v. Smith (1960) 2 All. E.R. 450 wäre nach dieser Vorschrift zu lösen, wenn dem Täter nicht einmal Körperverletzungsabsicht nachgewiesen wird.

2. Die Selbsttötung

Das nordnigerianische Strafrecht sieht Sanktionen für die Teilnahme an der Selbsttötung eines anderen sowie für den Versuch einer eigenen Selbsttötung vor.

2.1 Teilnahme an der Selbsttötung eines anderen

228. If any person commits suicide, whoever abets the commission of such suicide shall be punished with imprisonment for a term which may extend to ten years and shall also be liable to fine.

Diese Vorschrift begründet die selbständige Strafbarkeit einer Teilnahmeform³⁹⁶. Zur Sanktionierung der Teilnahme an einer Selbsttötung ist eine derartige besondere Regelung erforderlich gewesen, da eine erfolgreiche Selbsttötung selbstverständlich nicht unter Strafe gestellt werden kann.

Voraussetzung für eine strafbare Teilnahme ist die Vollendung der Selbsttötung. Handelt es sich aber lediglich um eine Teilnahme an einem ebenfalls strafbaren Selbsttötungsversuch, finden die allgemeinen Vorschriften über die Teilnahme Anwendung; eine erfolglos versuchte Anstiftung zur Selbsttötung wäre folglich ebenfalls strafbar³⁹⁷.

Auf der subjektiven Tatseite ist die Absicht erforderlich, an der Selbsttötung eines anderen teilzunehmen.

Von der Tötung auf Verlangen³⁹⁸ unterscheidet sich diese Regelung dadurch, daß der Teilnehmer eine weniger aktive Rolle bei der Selbsttötung übernimmt. Dieser Unterschied kann sich in der Weise äußerlich erkennbar darstellen, daß der Täter

396 Wie auch die Teilnahme an der Selbsttötung eines Jugendlichen oder Unzurechnungsfähigen nach s. 227 NPC.

397 ss. 83 (a), 84 i.V. r. s. 95 NPC; Gledhill, The penal codes, S. 500.

398 s. 222 (5) NPC.

selber seinem Opfer eine tödliche Giftdosis verabreicht oder dem Lebensmüden das Gift verschafft und zur Einnahme überläßt³⁹⁹. Im übrigen sind Täter- bzw. Teilnahmevorsatz weitere Differenzierungskriterien dafür. Der Fall, in dem zwei Partner gemeinsam aus dem Leben scheiden wollen (suicide pact), wird nicht als Teilnahme an der Selbsttötung des Partners, sondern als Totschlag in Form der Tötung auf Verlangen angesehen, wenn der Überlebende den Partner mit dessen Einwilligung getötet hat, aber zur eigenen Tötung nicht mehr in der Lage ist bzw. daran gehindert wird⁴⁰⁰.

Beim einseitig fehlgeschlagenen Doppelselbstmord handelt es sich dagegen um eine versuchte Selbsttötung, die in Nordnigeria strafbar ist⁴⁰¹. Die Frage einer dabei in Betracht kommenden Selbsttötungsverhinderungspflicht gegenüber dem Partner wird nirgends erörtert, folglich auch nicht die Strafbarkeit wegen einer Tötung durch Unterlassen.

2.2 Die versuchte Selbsttötung

231. Whoever attempts to commit suicide and does any act towards the commission of such offence, shall be punished with imprisonment for a term which may extend to one year or with fine or with both.

Für die Strafbarkeit eines Selbsttötungsversuchs bedarf es ebenfalls aus den bereits genannten Gründen einer besonderen gesetzlichen Regelung.

Die allgemeinen für den Versuch geltenden Grundsätze finden auch auf diesen Versuchstatbestand Anwendung, insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung von strafloser Vorbereitung und dem Anfang der Ausführung⁴⁰².

Strafbar soll allerdings nur der taugliche Versuch sein wie z.B.

399 Richardson, Notes, Anm. zu s. 228.

400 Aguda, Principles, S. 217.

401 Olagunju, Criminal Responsibility, S. 131.

402 S.o. IV.1, 1.1.

die Verweigerung von Nahrungsaufnahme in Selbsttötungsabsicht; die Einnahme eines ungefährlichen Mittels oder eine nicht lebensgefährliche Begehungsweise soll dagegen als untauglicher Versuch straflos bleiben⁴⁰³.

Ein Täter kann sich ferner auch hierbei auf alle allgemeinen 'defences' berufen⁴⁰⁴.

Auf der subjektiven Tatseite wird als Voraussetzung verlangt, daß der Lebensmüde bewußt sein eigenes Leben zerstören will. Wer sich einen Felsen hinunterstürzt, um seinen Verfolgern zu entgehen, handelt aus Panik- bzw. Angstgefühlen, nicht aber in Selbsttötungsabsicht⁴⁰⁵.

In Nordnigeria ist keine Entscheidung bekannt, in der wegen Selbsttötungsversuchs eine gerichtliche Verurteilung ausgesprochen wird, sofern überhaupt eine Anklage deswegen erfolgt⁴⁰⁶.

Diese Vorschrift, die sich auf gemeinsame islamische und christliche Moralvorstellungen über das Verfügungsverbot auch hinsichtlich des eigenen Lebens gründet, gilt als heftig umstritten. Sie wird überwiegend als nicht praktikabel und somit als rein deklaratorisch aufgefaßt, da sie der psychischen Zwangslage des Täters nicht gerecht werden könne. Ein Gericht sei ferner für eine derartige Beurteilung nicht kompetent genug. Außerdem handele es sich um eine nicht zu vertretende Ausnahme, denn hier sei unüblicherweise der Mißerfolg einer beabsichtigten Handlung strafbar⁴⁰⁷.

403 Gledhill, The penal codes, S. 501; Mahanumed v. C.O.P. in (1974), N.N.L.R. 43.

404 The State v. Alhassan (NCH/10 c/74) in C.R.B., vol. 21, HC Kaduna - Zaria, wo dem Täter, der sein Opfer grundlos niedergestochen hatte und anschließend Selbstmord begehen wollte, Unzurechnungsfähigkeit zuerkannt wird.

405 Gledhill, The penal codes, a.a.O.

406 Oloyede, The present scope, S. 191; anderes geht aus der Justiz-Statistik hervor (u.a. Table 157 in BPS Statistical Year Book 1971).

407 Aguda, Principles, S. 215 f.; Elias, Law and Social Change, S. 195; Justice Belgore, Jos, den 23.4.1976; Justice Uwais (Editor of N.N.L.R.), Kaduna, den 6.4.1976; Magistrate II Maigida, Zaria, den 1.7.1976, der nur bei einem Schuldbekenntnis auf eine Verurteilung erkennen würde.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

is armed with any firearms or any offensive weapon
or is in company with any person so armed,
or

(b) at or immediately before or immediately after
the time of the robbery the said offender wounds
or uses any personal violence to any person,

the offender shall be liable upon conviction under
this Decree to sentence of death.

Diese gesetzliche Vorschrift ist als Reaktion des Gesetzgebers
auf die Auswirkungen des Bürgerkrieges zu verstehen, nach des-
sen Beendigung eine erhebliche Anzahl von bewaffneten Banden
insbesondere im Südosten Nigerias planmäßigen Straßenraub be-
gangen hatte⁴⁰⁹.

Voraussetzung für die Anwendung dieses Gesetzes ist die Ein-
richtung eines Sondergerichtes (tribunal); diese Voraussetzung
ist mittlerweile in den meisten Bundesländern Nordnigerias
geschaffen worden.⁴¹⁰

Bei den Tatbeständen wird eine Strafbarkeit nicht aufgrund
eines qualifizierten Erfolgs, sondern allein aufgrund einer
bestimmten Begehungsweise begründet. Begeht ein Täter einen
Raub und ist er dabei bewaffnet, so finden diese Bestimmun-
gen Anwendung. Für die Strafbarkeit kommt es nicht darauf an,
daß der Täter eine mitgeführte Waffe (firearms or offensive
weapon)⁴¹¹ auch benutzt hat. Einem anwesenden Mittäter bzw.
Teilnehmer wird diese Begehungsweise auch zugerechnet, wenn er
selber keine Waffe bei sich trägt, aber weiß, daß das bei den
Beteiligten der Fall ist. Wird bei der Begehung eines bewaff-
neten Raubes oder kurz vorher bzw. unmittelbar danach jemand

409 Oloyede, The present scope, S. 190.

410 s. 5 Robbery and Firearms Decree, 1970.

411 Legaldefinition in s. 9 a.a.O.

verwundet oder Gewalt gegen eine Person angewendet, so finden diese Vorschriften ebenfalls Anwendung. Allerdings wird die Gewaltanwendung einem Teilnehmer bzw. Mittäter nicht zugerechnet, wenn diese Tatmodalität vom Vorsatz des jeweiligen Beschuldigten nicht erfaßt war.

Diese gesetzliche Regelung geht kraft Spezialität der Regelung des Raubmordes nach dem Penal Code vor⁴¹². Ist aber bei der Begehung in der qualifizierten Weise der Tod eines Opfers beabsichtigt oder auch unbeabsichtigt eingetreten, dann kann wegen der unterschiedlichen Rechtsschutzobjekte Idealkonkurrenz zwischen den Vorschriften dieses Gesetzes und den auf den Schutz des menschlichen Lebens primär ausgerichteten Vorschriften des Penal Code vorliegen. Aufgrund der gesetzlichen Zuständigkeitsregelung, wonach das Sondergericht keine Vorschriften des Penal Code bzw. ein High Court im Falle dessen subsidiärer Kompetenz keine solchen des Sondergesetzes anwenden darf, hat die Sonderregelung praktisch aber spezialgesetzlichen Charakter. Die Anwendung dieser Vorschrift erleichtert allerdings die Beweisführung, denn hinsichtlich der subjektiven Tatseite für die Tötung bedarf es weder eines Nachweises noch einer differenzierten Abgrenzung; es kommt allein auf die Tatmodalität an. Der tödliche Ausgang hat dann allein als Anhaltspunkt für eine Gewaltanwendung bzw. Verletzung Bedeutung. Faktisch bekommt diese Regelung deshalb bei einem tödlichen Ausgang einen erfolgsqualifizierten Charakter; objektive Bedingung der Strafbarkeit ist die Folge aber nicht, denn die Strafbarkeit wird unabhängig davon begründet.

In Nordnigeria war und ist diese besondere Begehungweise des Raubes nicht weit verbreitet. So ließ sich im ehemaligen North-Central State⁴¹³ sowie im Benue-Plateau-State⁴¹⁴ seit Inkrafttreten dieses Gesetzes lediglich je ein derartiges Strafverfahren nachweisen.

412 ss. 296 ff. NPC.

413 The State v. Karimu and or. (NCH/14 C/74) - unveröffentl. (Raub mit Taxifahrermord).

414 The State v. Akinni and ors. in New Nigerian (Kaduna) vom 31.3. und 6.4.1976 (Bandenraubmord).

3.2 Freiheitsberaubung und Kindesentführung mit tödlichem Ausgang

Offences against the Person (Special Provisions) Decree, 1974

1. - (1) Any person who by force, fraud or any deceitful means -

(a) confines or detains any person (whether or not after having unlawfully seized or abducted that person) in any place against his will or otherwise deprives him of his personal liberty; or

(b) leads or takes away or decoys or entices away or detains any child thereby depriving the parent, guardian or other person having the lawful care or charge of such child of the possession of such child,

with the intent of obtaining from any person, either for himself or for any other person, a ransom or reward for the release of the person or child so detained, or with intent to extort or gain thereby, either for himself or for any other person, any money or any property or valuable thing from any person, or with the intent that the person or child so detained may be used for any ritual or any other unlawful purpose whatsoever, shall be guilty of an offence under this section and shall on conviction thereof be sentenced to imprisonment for life.

(2) If the child or person in respect of whom an offence is committed under subsection (1) above is maimed in the course of the commission of the offence or if the offence results in the death of such child or person, the offender shall be sentenced to death.

(3) In this section "child" means a person under the age of seventeen years.

Nimmt eine Freiheitsberaubung (deprivation of personal liberty) oder die Entführung eines Kindes einen tödlichen Verlauf auf seiten des Opfers bzw. des Kindes und ist eine solche Tat in Bereicherungsabsicht oder zu rituellen bzw. zu anderen gesetzwidrigen Zwecken durchgeführt worden, so findet diese Bestimmung Anwendung.

Der tödliche Ausgang braucht vom Vorsatz nicht erfaßt zu sein. Der Tod des Opfers kann auch bei Begehung der Tat, also schon vor deren Vollendung eingetreten sein. Der Teilnehmer wird

einem Täter kraft Gesetzes gleichgestellt⁴¹⁵.

Die Regelung dieses Gesetzes geht den allgemeinen Bestimmungen des Penal Code vor⁴¹⁶. Zu dieser gesetzlichen Vorschrift gibt es weder eine gerichtliche Entscheidung, noch sind entsprechende Sondergerichte in irgendeinem Bundesstaat Nordnigerias eingerichtet worden⁴¹⁷. Geschaffen wurde dieses Gesetz, weil 1972/73 gerade in den Nordstaaten die Entführung von Kindern zu rituellen Zwecken ein ungewöhnlich hohes Ausmaß angenommen hatte.

3.3 Lynchjustiz mit tödlichem Ausgang

Offences against the Person (Special Provisions) Decree, 1974

2. - (1) Any person who in company with one or more other persons -

(a) in the belief that any person has used or exercised or is capable of using or exercising any kind of witchcraft, juju, sorcery, enchantment or conjuration; and

(b) with intent to kill, maim, disfigure or disable that person or to do some grievous bodily harm to him,

unlawfully wounds or does grievous bodily harm to him by any means whatsoever shall be guilty of an offence under this section and shall on conviction thereof be sentenced to imprisonment for life.

(2) If an offence under subsection (1) above results in the death of the person in respect of whom the offence is committed the offender shall be sentenced to death.

Wer zusammen mit mindestens einem anderen aus abergläubischen Beweggründen mit Tötungs-, Verletzungs- oder Verstümmelungsabsicht einen Dritten verletzt, verwirklicht diesen besonderen

415 s. 4 Offences against the Person (Special Provisions) Decree, 1974.

416 ss. 271 ff. NPC.

417 Jusice Belgore, Jos, den 23.4.1976; Justice Uwais, Kaduna, den 6.4.1976.

Tatbestand, wenn eine derartige Handlung zum Tode des Opfers führt. Die Teilnahme daran ist ebenfalls der Täterschaft gleichgestellt⁴¹⁸. Die Lynchhandlung muß aber von mindestens zwei Tätern durchgeführt werden; ein Täter und ein Teilnehmer erfüllen deshalb diese Voraussetzung nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht.

Bei dieser Vorschrift handelt es sich um eine spezialgesetzliche Regelung von Fällen schuldhafter Tötung, welche den allgemeinen Bestimmungen des Penal Code vorgehen⁴¹⁹.

Auch diese Regelung ist als Reaktion des Gesetzgebers auf eine traditionell weit verbreitete, auch nicht nach Einführung des Penal Code unterbundene Erscheinung zu verstehen, Personen, die aufgrund aberglaubensbedingter Vorstellungen mit übernatürlichen Kräften in Verbindung gebracht werden, durch Ausübung der Selbstjustiz zu töten oder zu verstümmeln⁴²⁰. Obwohl diese gesetzliche Regelung die Ausübung der Lynchjustiz nicht merklich eingedämmt hat, findet sich dazu überhaupt keine Entscheidung eines zuständigen Gerichts; das wird mit Beweisschwierigkeiten begründet, denn ein untätiger Zuschauer gilt nicht als Teilnehmer⁴²¹.

418 s. 4 Offence against the Person Decree.

419 ss. 100 ff. NPC (unlawful assembly).

420 Die ebenso weit verbreitete Lynchjustiz gegenüber vermeintlichen Dieben und Kidnappern hat bemerkenswerterweise keine Spezialregelung erfahren!

421 Justice Belgore, Jos, den 23.4.1976; Justice Uwais, Kaduna, den 6.4.1976.

C. Die Rechtsfolgen der Tat

I. Der Strafzweck

Das nordnigerianische Strafrecht ist überwiegend darauf ausgerichtet, durch generelle Strafandrohung die Kriminalität auf ein Minimum zu reduzieren sowie die Gemeinschaft und auch den Täter selber durch Strafverhängung vor weiterer Delinquenz zu bewahren¹.

Während in der traditionellen Gesellschaft bei Verstößen gegen Recht und Brauchtum die Furcht vor Bestrafung durch übernatürliche Kräfte eine gleichermaßen general- wie spezialpräventive Wirkung hatte², wird diese Funktion in der modernen Gesellschaft Nordnigerias insbesondere vom Strafgesetzbuch und der Rechtsprechung übernommen³.

Zur Erreichung des Strafzweckes bei vorsätzlicher Tötung sieht das nordnigerianische Strafrecht als schwerste Sanktion die Todesstrafe, aber auch Freiheits-, Geld- und sogar Prügelstrafe vor⁴.

Der Präventivzweck darf allerdings nicht als isolierte Funktion angesehen werden. Der Strafzweck ist vielmehr nach historischer wie auch zeitgenössischer Auffassung weder vom Vergeltungs- noch vom Sühnegedanken zu trennen. Gesetz und Rechtsprechung bekennen sich dazu, indem sie härtere Strafen androhen bzw. aussprechen, je verwerflicher ein Verhalten erscheint. Deutlich wird diese Auffassung unter anderem im Zusammenhang mit der allgemeinen Regelung über die Bestrafung des

1 H.M.: Adeyemi, Sentences, S. 245; Gledhill, The penal codes, S. 751; Milner, Nigerian Penal System, S. 67; Nwabueze, The Machinery of Justice, S. 235; Seidman, Witchmurder, S. 57.

2 Tamuno, Before British Police in Nigeria, S. 103.

3 The State v. Kaltumi (NEM/34 C/71) und The State v. Kela (NEB/45 C/71), wo der weitverbreitete rechtswidrige Einsatz von Messern ausdrücklich unterbunden werden soll; The State v. Kola and ors. (NEY/100 C/71) - gegen abergläubensbedingte Delikte; The State v. Aboki and ors. (NCH/13 C/71) - gegen Unterlassung medizinischer Betreuung von Strafgefangenen.

4 Strafarten in s. 68 NPC; dazu Adeyemi, Milner, Nwabueze, a.a.O.

Versuchs. Das versuchte Delikt soll mit einer geringeren Strafe belegt werden, denn grundsätzlich wird die Hälfte des für die Vollendung vorgesehenen Strafmaßes angedroht⁵. Das Vergeltungsprinzip kommt ebenfalls in der Strafandrohung wegen Falschaussage mit tödlicher Auswirkung zum Ausdruck, wonach für den Täter das gleiche Schicksal vorgesehen ist, wie es sein Opfer erlitten hat⁶. Dagegen hat eine Resozialisierung des Straffälligen durch Erziehung oder Behandlung als Strafzweck noch keine offizielle Anerkennung gefunden. Obwohl man gerade hinsichtlich der jugendlichen Straftäter ein erhöhtes Rehabilitationserfordernis erkannt hat, wird gegenwärtig in der Praxis noch überwiegend der Züchtigung der Vorzug gegeben. Ursächlich dafür ist nicht zuletzt der Mangel an entsprechenden Einrichtungen, der trotz gesetzlicher Voraussetzungen in den meisten Bundesstaaten auch gegenwärtig noch vorherrscht⁷.

II. Der Mord

1. Die Todesstrafe

Für die Begehung eines Mordes wird als Sanktion ausschließlich die Todesstrafe vorgesehen. Das Gericht hat keinen Ermessensspielraum, wenn es die Voraussetzungen des Mordtatbestandes für erfüllt hält, sondern es muß auf diese Strafe erkennen. Die Vollstreckung der Todesstrafe darf nicht ohne Bestätigung durch den zuständigen Innenminister durchgeführt werden, dem unverzüglich nach Urteilsverkündung ein detaillierter

5 s. 95 NPC; dazu Gledhill, The penal codes, S. 752; Milner, Nigerian Penal System, S. 58.

6 Browne, An Operational Study, S. 501.

7 Z.B. Children and Young Persons (Amendment) Act 1965; Borstal Training Edict, 1968; kritisch dazu Adeyemi, Sentences, S. 258; Gledhill, The penal codes, S. 753; Grange, The Prison Administration, S. 295; insbesondere aber Seidman, Witch-murder, S. 57.

ter Bericht einschließlich der Urteilsgründe und der Protokolle zu übersenden ist⁸.

2. Umwandlung der Todesstrafe auf dem Gnadenwege

Für die Ausübung des Gnadenrechts ist seit 1965 grundsätzlich der Supreme Military Council zuständig; eine Delegation dieser Kompetenz an regionale Autoritäten ist allerdings möglich und auch üblich⁹.

Die Todesstrafe kann durch ein ständiges Komitee, welches dem zuständigen Innenministerium organisatorisch zugeordnet und vom Militärgouverneur eingesetzt ist, im Wege einer Gnadenentscheidung umgewandelt werden. Ein Freistellen von Strafe ist nicht möglich; die Begnadigung hat die Umwandlung in eine Freiheitsstrafe zur Folge. Die Festsetzung von deren Höhe steht aber im Ermessen des Komitees¹⁰.

Der Innenminister kann dem Komitee eine Gnadenentscheidung empfehlen. Die Vorlage an das Komitee hat automatisch zu erfolgen, ohne daß ein Antrag seitens des Verurteilten vorliegen muß¹¹.

Eine Gnadenempfehlung (recommendation to mercy) kann aber auch schon mit der Zusendung der Akten an den Minister durch das verurteilende Gericht ausgesprochen werden, soll dann allerdings mit einer Begründung versehen sein¹².

Eine Ausübung des Gnadenrechtes raten die Gerichte regelmäßig an, wenn der Täter bei durch Aberglauben bedingter Tötung ohne Unrechtsbewußtsein gehandelt hat, aber dennoch verurteilt worden ist, weil Aberglaube als 'defence' keine rechtliche Aner-

8 Dazu Gledhill, The penal codes, S. 757; Milner, Nigerian Penal System, S. 332; Richardson, Notes, Anm. 3 zu s. 221; Richardson and Williams, The Criminal Procedure Code, S. 234.

9 Keay, Legal and Constitutional Changes, S. 96.

10 Milner, Nigerian Penal System, S. 333.

11 s. 295 CPC; dazu Gledhill, The penal codes, S. 757; Milner, Nigerian Penal System, S. 331.

12 s. 199 CPC.

kennung findet¹³. Die automatische Verbindung des Todesurteils mit einer Gnadenempfehlung ist für derartige Sachverhalte in Nordnigeria mittlerweile institutionalisiert und zeigt, daß sich die Gerichte in derartigen Fällen zwar streng an das Strafgesetz halten, daß sie sich aber andererseits des Widerspruchs zwischen dem strafrechtlichen Schuldbegriff und den einheimischen Vorstellungen über Unrecht bzw. Schuld durchaus bewußt sind¹⁴.

Empfehlungen in diesen Fällen werden in der Regel befolgt; eine Finsicht der Öffentlichkeit in die Entscheidungen bzw. der Zugang zu Statistiken wird aus politischen Gründen unterbunden¹⁵.

Eine Einflußnahme der Blutsverwandten des Opfers auf die Gnadenentscheidung war nur in einem Verfahren vor einem Native Court Grade A möglich; seit der ausschließlichen erstinstanzlichen Zuständigkeit der High Courts bzw. von Sondergerichten für Tötungsdelikte ist diese Möglichkeit völlig entfallen¹⁶.

3. Rechtsfolgen beim Vorliegen begründeter Zweifel

Im nordnigerianischen Strafprozeß gilt der Grundsatz der Unschuldsvermutung für den Angeklagten¹⁷. Dieser Grundsatz wird insbesondere im Zusammenhang mit Tötungsdelikten, die mit der Todesstrafe bedroht sind, konsequent beachtet. Nicht einmal die gleichgewichtige Wahrscheinlichkeit von Schuld und Unschuld reicht zu einer Verurteilung aus. Begründete Zweifel (reasonable doubts) sind bei einer Mordanklage dann schon angebracht, wenn mangels präsenter unmittelbarer Beweise allein aufgrund bloßer Schlußfolgerungen die Schuld des Täters herge-

13 ^{an} Kawo v. The State in (1972) 4 S.C. 171.

14 Kritisch zur 'utilitaristischen' Auslegung des 'mens rea'-Begriffs bzw. zu den Strafzwecken Seidman, Witch-murder, S. 58.

15 Justice Uwais, Kaduna, den 6.4.1976; hierzu auch der Commissioner of Internal Affairs des Kaduna State, Kaduna, den 27.5.1976.

16 s. 393 CPC a.F.; dazu Milner, Nigerian Penal System, S. 333; Nwabueze, The Machinery, S. 244; Richardson and Williams, The CPC, S. 227; Tulu v. Bauchi N.A. (S.C. 183/1965) - unveröffentl.; Romo v. Gwandu N.A. in (May-Sept. 1966) F.S.C. 30 C und in (1966) 1 All N.L.R. 202.

17 The Queen v. Potiskum in (1964) N.R.N.C.G. 9; Ali v. The State in ...

leitet werden kann und aufgrund dessen auf Todesstrafe erkannt werden müßte (dangerous to base conviction on mere inference in a murder charge)¹⁸.

In der Regel führen begründete Zweifel zu einem freisprechenden Urteil¹⁹. Werden die Voraussetzungen einer Körperverletzung zweifelsfrei erfüllt, auch wenn hinsichtlich einer Tötung begründete Zweifel bestehen bleiben, so kann der Täter wegen des weniger schweren Delikts verurteilt werden, ohne daß eine besondere Anklage erhoben werden müßte²⁰. Begründete Zweifel rechtfertigen allerdings keine Zurückweisung durch das Rechtsmittelgericht zur erneuten Beweisaufnahme²¹.

4. Entscheidung bei Unzurechnungsfähigkeit des Täters

Hält das Gericht einen Angeklagten für zur Tatzeit unzurechnungsfähig, so erkennt es auf Freispruch. Dennoch muß ausdrücklich festgestellt werden, ob der Täter die ihm vorgeworfene Tat begangen hat. Mit dem Freispruch wird allerdings gleichzeitig eine Überstellung des Unzurechnungsfähigen in eine Sicherungshaft (safe custody) angeordnet, über deren Modalitäten, Fortdauer bzw. Beendigung der zuständige Gouverneur zu entscheiden hat²².

... (1972) 10 S.C. 87.

- 18 The State v. Dauru and ors. in Daily Times (Lagos), vom 2.6.1976.
- 19 The State v. Aboki (NCH/13 C/71); The State v. Mohamadu (NEM/24 C/72) - beide unveröffentl.
- 20 s. 218 CPC i.V.m. ss. 240 ff. NPC; so The State v. Gadi (NEM/3 C/72); The State v. Magaji (NWS/5 C/73) - beide unveröffentl.
- 21 Dandare and or. v. Kano N. A. in (1966) N.N.L.R. 22; Naji v. Kano N.A. in (1966) N.N.L.R. 29.
- 22 ss. 326 ff. CPC i.V.m. s. 51 NPC; dazu Gledhill, The penal codes, S. 97; Milner, Nigerian Penal System, S. 324; Richardson and Williams, The CPC, S. 202; The Queen v. Biu in (1961-62) N.R.H.C.J. 31; The State v. Ibrahim (K/7 C/69) - unveröffentl.; The State v. Muhammadu (NEB/55 C/71) - unveröffentl.

5. Entscheidung bei Jugendlichkeit oder Schwangerschaft des Täters

Gegenüber einem Jugendlichen unter 17 Jahren sowie gegenüber einer Schwangeren darf kein Todesurteil verhängt werden²³.

Relevanter Zeitpunkt für die Begrenzung der Todesstrafe auf das bestimmte Alter ist die Tatbegehung, nicht deren Entdeckung oder etwa die gerichtliche Entscheidung²⁴. Das Alter des Angeklagten muß häufig erst vom Gericht geschätzt und festgestellt werden. Ein jugendlicher Täter wird der Aufsicht des Gouverneurs auf unbestimmte Zeit unterstellt und bis zu dessen Entscheidung untergebracht. Eine Aufhebung der Unterbringung durch den Gouverneur ist jederzeit möglich²⁵. Statt der Überstellung in die Entscheidungsgewalt der Exekutive soll das Gericht bei einem Jugendlichen unter 17 Jahren aber auch auf einen bedingten Freispruch bzw. auf eine Verurteilung mit Bewährungsfrist erkennen können²⁶.

Der relevante Zeitpunkt für eine Schwangerschaft der Täterin ist der Augenblick der gerichtlichen Entscheidung. Eine Schwangerschaft, die erst während des Strafverfahrens beginnt, kann nicht anders behandelt werden. Kommt es während des Strafverfahrens oder vor der Urteilsverkündung zur Geburt, so könnte das Gericht eine Todesstrafe aussprechen. Die Tatsache der Schwangerschaft muß vom Gericht nach Beweiserhebung festgestellt werden. Beim Vorliegen der Schuld wird statt einer Todesstrafe eine lebenslängliche Freiheitsstrafe ausgesprochen, da die Vollstreckung der Todesstrafe ungeborenes Leben vernichten würde²⁷.

23 s. 270 CPC.

24 s. 272 (1) CPC; Bairamian, Criminal Procedure, Anm. 18 (a) zu s. 272 CPC.

25 Gledhill, The penal codes, S. 757; Milner, Nigerian Penal System, S. 322; Richardson, Notes, Anm. 3 zu s. 221; Jibril v. The State in (Jan.-April 1968) F.S.C. 10 A; siehe auch Oluwole (The Young Prisoner, S. 228) über den offenen Vollzug als Experiment zur Resozialisierung von Jugendlichen.

26 Ode v. The State in (1974) 12 S.C. 11.

27 s. 271 CPC; Gledhill, The penal codes, S. 757; Milner, Nigerian Penal System, S. 322; Richardson, Notes, Anm. 3 zu s. 221

Die fehlerhafte gerichtliche Feststellung des Alters wie auch der Schwangerschaft kann selbständig als Appellationsgrund geltend gemacht werden²⁸. Zweifel im Zusammenhang mit einer solchen Feststellung müssen sich gemäß der allgemeinen Grundsätze zugunsten des Angeklagten auswirken²⁹.

III. Der Totschlag

Für die Strafbarkeit wegen einer schuldhaften Tötung, die nicht mit der Todesstrafe bedroht ist, sind als Strafen lebenslängliche bzw. zeitige Freiheitsstrafe, Geldstrafe oder eine Kombination von Freiheits- und Geldstrafe vorgesehen.

224. Whoever commits culpable homicide not punishable with death, shall be punished with imprisonment for life or for any less term or with fine or with both.

1. Art der Strafen

Das zuständige Gericht hat bei der Auswahl der Strafart nach pflichtgemäßem Ermessen zu verfahren, wenn das Gesetz eine Wahlmöglichkeit einräumt.

1.1 Die Freiheitsstrafe

1.1.1 Die lebenslängliche Freiheitsstrafe

Kraft Gesetzes wird eine lebenslange Freiheitsstrafe durch maximal 20 Jahre Freiheitsentzug begrenzt³⁰. Danach ist der

28 Gledhill, The penal codes, a.a.O.

29 Bairamian, Criminal Procedure, Anm. 18 (a) zu s. 272 CPC.

30 s. 70 NPC.

Straftäter zu entlassen. Eine unbegrenzte Freiheitsstrafe gibt es infolgedessen praktisch nicht. Dieser Straftat kommt faktisch auch keine Bedeutung zu, denn die ständige Rechtsprechung zieht es ausnahmslos vor, eine zeitige Freiheitsstrafe auszusprechen. Eine lebenslängliche Freiheitsstrafe ist nur gegen eine zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung schwangere Frau obligatorisch, die der Begehung eines Mordes für schuldig befunden wurde; mit der milderer Straftat soll verhindert werden, daß auch das werdende Leben vernichtet wird³¹.

1.1.2 Die zeitige Freiheitsstrafe

Von den Gerichten wird üblicherweise eine zeitige Freiheitsstrafe als angemessene Straftat für Totschlagsdelikte gewählt. Nicht selten folgt dem Urteil die Anordnung, die Freiheitsstrafe unter Auferlegung schwerer körperlicher Arbeit vollziehen zu lassen. Eine solche Arbeitsauflage ignoriert allerdings, daß jeder Vollzug einer Freiheitsstrafe ohne Unterschiede regelmäßig mit schwerer Arbeit für den Strafgefangenen verbunden ist³². Die Spezifizierung im Urteil kann allerdings als Kriterium dafür dienen, daß dem Täter nach einer gewissen Zeit der sonst gebräuchliche Straferlaß nicht zugutekommen soll und er die gesamte Zeit absitzen muß³³.

Die zeitige Freiheitsstrafe kann auch zur Bewährung ausgesetzt werden, wovon die Rechtsprechung allerdings bei vorsätzlichen Tötungsdelikten keinen Gebrauch macht.³⁴

31 s. 271 (3) NPC.

32 Jones, Criminal Procedure, Anm. zu ss. 12 ff.; Milner, The Maintenance, S. 202

33 Abdullahi, Commissioner of Justice and Attorney General, Kaduna, den 19.3.1976.

34 Probation of Offenders Act, 1957.

1.2 Die Geldstrafe

Während die Gerichte bei vorsätzlicher schuldhafter Tötung praktisch überhaupt nicht auf eine Geldstrafe allein erkennen, soll jene in außergewöhnlichen Fällen zusätzlich zu einer Freiheitsstrafe treten, nämlich wenn der Täter z.B. finanzielle Vorteile durch eine Tötung erlangt hat³⁵.

Aufgrund der in Nordnigeria regelmäßig anders gelagerten Motive und Sachverhalte kommt aber auch der Kombination dieser Straftat mit einer anderen Straftat keine wesentliche Bedeutung zu. Voraussetzung für die Verurteilung zu einer solchen Straftat wäre selbstverständlich die Zahlungsfähigkeit des Täters.

1.3 Die Prügelstrafe

Auch wenn in den Vorschriften über die Tötungsdelikte die Prügelstrafe als Strafandrohung nicht besonders vorgesehen ist, findet gemäß der allgemeinen Strafregelung diese Straftat ebenfalls Anwendung, da sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird.

77. A sentence of caning not exceeding twelve strokes may be passed by any court whether trying a case summarily or otherwise on any male offender in lieu of or in addition to any other punishment to which he might be sentenced for any offence not punishable with death.

Die Prügelstrafe (caning)³⁶ darf aus maximal 12 Schlägen bestehen, deren ratenweise Vollstreckung unzulässig ist. Sie kann anstelle oder zusätzlich zu einer anderen Straftat treten. Frauen, zum Tode Verurteilte und Männer über 45 Jahre sind von dieser Straftat ausgenommen³⁷. Die Vollstreckung der Prügelstrafe, die mit einem besonderen Stock (rattan cane)

35 Gledhill, The penal codes, S. 760.

36 Zu unterscheiden von der symbolischen, öffentlich zu vollstreckenden Prügelstrafe (haddi lashing) gegenüber Moslems (s. 68 (2) NPC i.V.m 307 CPC).

37 s. 308 CPC.

durchgeführt wird, soll bei sich übermäßig verschlechternder physischer Konstitution des Verurteilten abgebrochen werden³⁸.

In der Rechtsprechung zu den vorsätzlichen Tötungsdelikten gibt es allerdings nur einen Anwendungsfall, bei dem die Verurteilung zu einer Prügelstrafe ausgesprochen wurde³⁹.

1.4 Die Möglichkeit der Kompensation

Anstelle oder zusätzlich zu einer Strafe kann auch auf Kompensation erkannt werden.

78. Any person who is convicted of an offence under this Penal Code may be adjudged to make compensation to any person injured by his offence and such compensation may be either in addition to or in substitution for any other punishment.

Die Kompensationsverpflichtung hat keinen Straf-, sondern zivilrechtlichen Charakter; sie unterscheidet sich von der Geldstrafe dadurch, daß ein zivilrechtlicher Anspruch auf einen materiellen Ausgleich für erlittene materielle wie immaterielle Schäden bestehen muß⁴⁰. Voraussetzung ist allerdings die Verursachung einer Körperverletzung beim Opfer. Diese Voraussetzung kann nicht bei einer vollendeten, sondern nur bei einer versuchten Tötung gegeben sein. Da es kaum Anklagen und gerichtliche Entscheidungen über versuchte Tötungsdelikte gibt, kommt der Kompensationsmöglichkeit im Zusammenhang mit vorsätzlicher Tötung keine praktische Bedeutung zu, wie überhaupt die Freiheitsstrafe nach dem Penal Code in ihrer Bedeutung an die Stelle der Kompensation nach dem Maliki-Recht getreten ist⁴¹.

38 s. 309 CPC; dazu Gledhill, The penal codes, S. 767.

39 The State v. Ndawoyo (NEMU/32 c/72) - unveröffentl., wo eine schuldhafte Tötung aufgrund einer Provokation vorlag.

40 ss. 365 (1) (b) (d), 366 CPC; dazu Milner, Nigerian Penal System, S. 376; Richardson and Williams, The CPC, S. 119. (Die Kompensation hat ihren Ursprung im Maliki-Recht . vgl. S. 18).

41 Lewin, Studies in African Law, S. 91.

2. Strafzumessungskriterien und Höhe der Strafen

Der Rechtsprechung ist im Rahmen der von den Gesetzen festgelegten Grenzen auch hinsichtlich der Höhe der Strafen ein Ermessensspielraum eingeräumt. Bei den Tötungsdelikten wirkt sich das praktisch allein auf die Bestimmung der Freiheitsstrafe wegen deren überragender Bedeutung aus. Für die Strafzumessung gibt es keine gesetzlich festgelegten Kriterien. Anhand der ständigen Rechtsprechung läßt sich allerdings eine Standardisierungstendenz bezüglich Strafhöhe und Zumessungsgründen feststellen. Als Kriterien für die Zumessung werden im allgemeinen das Maß der Verantwortlichkeit des Täters, die Tatmodalitäten sowie die Schwere der Rechtsgutverletzung herangezogen⁴². Dabei werden im einzelnen unter anderem Alter, Leumund, Reue, selbsterlittene schwere Tatfolgen, Dauer der Untersuchungshaft sowie die materielle und versorgungsmäßige Abhängigkeit der Familienangehörigen als mildernd berücksichtigt⁴³. Angesichts der Geschichte wie auch der politischen Gegenwart Nigerias kann unter Umständen auch die Vergangenheit des Angeklagten als Bürgerkriegsveteran zu seinen Gunsten herangezogen werden.⁴⁴

Als erschwerend finden beispielsweise wiederholte Täterschaft, besonders verwerfliche Begehungsweisen und große zahlenmäßige Überlegenheit auf der Täterseite, aber auch die weite Verbreitung bestimmter Tatmodalitäten (z.B. der weitverbreitete rechtswidrige Gebrauch von Messern bzw. die durch Aberglauben bedingte Praktizierung bestimmter Zeremonien oder Rituale) bei der Zumessung Berücksichtigung⁴⁵.

42 Gledhill, The penal codes. S. 751.

43 Ode v. The State in (1974) 12 S.C. 11; The State v. Aisame (NEM/15 C/71) - unveröffentl.; The State v. Sharubutu (NCH/7 C/74) in C.R.B., S. 134; The State v. Ndawoyo (NEMU/32 C/72) - unveröffentl.; The State v. Damladi (NCH/11 C/75) in C.R.B., S. 136; The State v. Jaba (NCH/14 C/75) in C.R.B., S. 145.

44 The State v. Panshin (NCH/10 C/71) - unveröffentl.

45 Gledhill, The penal codes, S. 756; zum Gebrauch von Messern: The State v. Wammi and ors. (K/9 C/69) - unveröffentl.; The State v. Kaltumi (NEM/34 C/71) - unveröffentl.; The State v. Maiyaki and ors. (NCH/17 C/76) in C.R.B., S. 142; zu den Ritualen: The State v. Kola and ors. (NEY/100 C/71) - unveröffentl.

In der ständigen Rechtsprechung hat sich ein Höchstmaß von zehn Jahren Freiheitsstrafe herausgebildet. Zu diesem Strafmaß wird selten und nur beim Vorliegen besonders schwerer Umstände verurteilt wie z.B. bei der vorsätzlichen Tötung eines Polizisten⁴⁶. Dieses Höchstmaß wird in Nigeria z.T. als noch zu niedrig kritisiert⁴⁸. Bei der überwiegenden Zahl der Entscheidungen wird auf ein Strafmaß zwischen vier und sieben Jahren erkannt.

3. Besonderheiten bei der Verurteilung von Kindern und Jugendlichen

Kinder unter 14 Jahren dürfen ohne Ausnahme nicht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden⁴⁹, obwohl sie während der Ermittlungen in Untersuchungshaft genommen werden können und in der Regel auch genommen werden. Aber auch Kinder zwischen 14 und 16 Jahren sollen nur Freiheitsstrafen erhalten, wenn eine andere entsprechende Erziehungsmaßregel nicht effektiv erscheint oder aus organisatorischen Gründen nicht vollstreckbar ist. Bei Sieben- bis Sechzehnjährigen ist demnach grundsätzlich auf eine Erziehungsmaßregel wie beispielsweise in Form von Gewahrsam (maximal sechs Monate), körperlicher Züchtigung (Auspeitschen) oder Bewährung bzw. Auflagen auszusprechen⁵¹. Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren soll ebenfalls möglichst keine Freiheitsstrafe, sondern an deren Stelle eine besondere Jugendstrafe (borstal training) auferlegt werden (maximal 3 Jahre)⁵². Die Durchführung von Erziehungsmaßregeln bzw. eines gesonderten Vollzugs der Freiheitsstrafe

-
- 46 The State v. Gaji (NCH/3 C/76) in C.R.B., S. 146; The State v. Maiyaki and ors. (NCH/17 C/76) in C.R.B., S. 142.
- 48 s. Adeyemi, Sentences, S. 251, Fußnote 2.
- 49 s. 69 NPC.
- 50 The State v. Ya'u (NCH/19 C/75) in C.R.B., S. 150 (der neunjährige Angeklagte war 16 Monate in Untersuchungshaft); (1975) NPC CPC 103.
- 51 Gledhill, The penal codes, S. 761 und 766.
- 52 s. 71 NPC i.V.m. Children and Young Persons Act, 1958; dazu Akerele, An Assessment, S. 69; Ogbolunani, Institutional Treatment, S. 122.

gegenüber Kindern und Jugendlichen scheitert in der Regel an dem Mangel entsprechender Institutionen. Bislang hat in Nordnigeria allein der Kaduna-State (früher North-Central-State) in Kaduna (Kakuri) eine Jugendstrafanstalt (Borstal Training Center) eingerichtet. Er hat ferner den Vollzug offen gestaltet sowie den Gerichten die Kompetenz übertragen, ein entsprechendes Urteil zu verhängen⁵³.

IV. Sondertatbestände

1. Die Todesstrafe als Rechtsfolge

Ausschließlich mit der Todesstrafe bedroht sind die vom Gesetz dem Mord im Unwertgehalt gleichgestellten Tötungshandlungen, d.h. die vorsätzliche Tötung in mittelbarer Täterschaft in der besonders geregelten Form der Teilnahme an der Selbsttötung eines Kindes bzw. Unzurechnungsfähigen⁵⁴ und die Verursachung der Hinrichtung eines Unschuldigen aufgrund falscher Beweise⁵⁵.

Die gleiche Strafe ist ferner für besondere Teilnahmeformen wie bei tödlichem Ausgang eines Gottesurteilsverfahrens⁵⁶ bzw. eines Bandenraubes⁵⁷ vorgesehen.

Außerdem sind in hohem Maße verwerfliche und die öffentliche Sicherheit und Ordnung schwer gefährdende Delikte wie bewaffneter Raub (nicht notwendigerweise mit tödlichem Ausgang)⁵⁸, Freiheitsberaubung, Kindesentführung⁵⁹ bzw. Sonderfälle der

53 North- Central State Borstal Training Edict, 1968; dazu Idada, Prison Officers, S. 115, Anm. 6 und 7; Milner, Nigerian Penal System, S. 365; Oluwole, The young prisoner, S. 228.

54 s. 227 NPC.

55 s. 159 (2) NPC.

56 s. 214 (b) NPC.

57 s. 302 NPC.

58 s. 1 (1) Robbery and Firearms (Special Provisions) Decree, 1970.

59 s. 1 Offences against the Person (Special Provisions) Decree, 1974.

Lynchjustiz⁶⁰ mit dem Tode zu bestrafen, wenn diese Handlungen einen tödlichen Verlauf genommen haben.

Schließlich muß diese Sanktion verhängt werden, wenn ein bereits zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilter während des Strafvollzuges einen Mordversuch mit Körperverletzungsfolgen begeht (being under sentence)⁶¹; denn nach s. 229 (1) ist bereits für den Grundtatbestand des versuchten Mordes eine lebenslange Freiheitsstrafe vorgesehen. Der Gesetzgeber hat in einem solchen Fall eine verschärfte Sanktion vorgesehen, weil er offenbar davon ausgeht, daß der Strafvollzug auch eine Bewährungspflicht beinhaltet. Wer die Bewährungsmöglichkeit nach einem mit lebenslanger Freiheitsstrafe geahndeten Delikt durch einen Mordversuch mißbraucht, handelt in besonders hohem Maße verwerflich. Wird der Strafgefangene nach 20 Jahren entlassen⁶², erfüllt er bei einem dann unternommenen Mordversuch jene Täterqualifikation nicht mehr.

2. Freiheitsstrafe als Rechtsfolge

Die lebenslange Freiheitsstrafe wird als Höchststrafe außer für Totschlag auch für einen Mordversuch⁶³ sowie für Abtreibung angedroht, sofern jene ohne Einwilligung der Schwangeren vorgenommen wird und zu deren Tod führt⁶⁴.

Für die übrigen vorsätzlichen Handlungen mit tödlichem Ausgang bzw. für versuchte Tötungen sind Sanktionen vorgesehen, deren Strafraumen bei einer Obergrenze von 3 (Totschlagsversuch) bis zu maximal 14 Jahren Freiheitsstrafe (Körperverletzung mit Todesfolge) je nach der Schwere des Delikts bzw. der Bedeutung des geschützten Rechtsgutes variiert⁶⁵.

60 s. 2 Offences against the Person (Special Provisions) Decree, 1974.

61 s. 229 (2) NPC.

62 s. 70 NPC.

63 s. 229 (1) NPC.

64 s. 233 (2) NPC.

65 siehe ss. 230 (a) - 3 Jahre; 230 (b) - 7 Jahre; 226, 228, 298 (a) - 10 Jahre; 225, 233 (a), 298 (b) - 14 Jahre jeweils als Obergrenze; 303 - 1

Auffällig davon unterscheidet sich die Strafandrohung für eine versuchte Selbsttötung, deren relativ geringer Unwertgehalt gerade anhand des vorgesehenen Strafmaßes von höchstens einem Jahr Freiheitsstrafe dokumentiert wird.

3. Andere Möglichkeiten

Fast ausnahmslos kann zusätzlich zu den einzelnen Freiheitsstrafen bzw. an deren Stelle eine Geldstrafe treten⁶⁶. Bei Erfüllung der bereits erwähnten Voraussetzungen ist die Verurteilung anstelle von oder zusätzlich zu der sonst vorgesehenen Strafe zulässig.⁶⁷ Das gleiche gilt für die Kompensationsmöglichkeit, soweit eine Körperverletzung verursacht wird, was naturgemäß allerdings nur bei der versuchten Begehungsweise in Betracht kommt⁶⁸.

66 Ausnahme s. 303 NPC.

67 s. 77 NPC.

68 s. 78 NPC.

D. Besondere prozeßrechtliche Probleme

Im folgenden Abschnitt soll keineswegs die prozeßrechtliche Seite der vorsätzlichen Tötungsdelikte erschöpfend behandelt, sondern ein Überblick über einige wesentliche Aspekte des nordnigerianischen Strafprozesses vermittelt sowie auf Besonderheiten im Zusammenhang mit den Tötungsdelikten hingewiesen werden.

1. Die sachliche Zuständigkeit der Strafverfolgungsorgane

1. Die Ermittlungsbehörde

Die ersten Ermittlungen werden von den örtlichen Polizeidienststellen durchgeführt, welche eine entsprechende Anzeige entgegengenommen oder auf andere Weise von einem Tötungsdelikt Kenntnis erlangt haben. Die Ermittlungstätigkeit beschränkt sich meist auf die Festnahme des bzw. der Verdächtigen, auf Spurensicherung sowie auf erste Zeugenvernehmung.

Bei den vorsätzlichen Tötungsdelikten ist für die Festnahme in der Regel kein Haftbefehl erforderlich¹.

Jede einzelne Polizeidienststelle hat Tagebuch (Case Diary) über ihre Tätigkeit zu führen². Obwohl ein solches Tagebuch im Strafverfahren als Beweismittel grundsätzlich unzulässig ist, kann es vom Gericht, von der Anklagebehörde und auch vom Polizeibeamten in einer Verhandlung zu Hilfe genommen bzw. als Gedächtnisstütze zu Rate gezogen werden³; der Angeklagte sowie

1 . Ausnahmen: ss. 159 (2); 233 NPC gemäß 3rd column of appendix A zu s. 26 CPC; siehe auch Richardson, Notes, Anm. zu den entsprechenden Vorschriften.

2 s. 121 CPC.

3 s. 122 (1) i.V.m. s. 144 CPC; dazu 1975 NPC CPC 55; The State v. Kaura (NCH/21 C/69) - unveröffentl. (zum Verlust von Protokollen über Zeugenaussagen); Gaji v. The State in (1975) 5 S.C.61 (Anhaltspunkte für unzulässige Behandlung von Zeugen durch die Polizei).

sein Verteidiger haben allerdings kein Recht auf Einsicht⁴.

2. Der Magistrates' Court

Dem örtlich zuständigen Magistrates' Court (MC) wird noch vor Abschluß der Ermittlungen ein kurz gefaßter Bericht zuge stellt (first information report), um das Verfahren in möglichst frühem Stadium unter gerichtliche Kontrolle zu bringen. Das Gericht entscheidet, ob weitere Ermittlungen angestellt werden oder ob die gerichtliche Voruntersuchung einzuleiten ist⁵. Bei schweren Delikten wie bei vorsätzlicher Tötung ist eine gerichtliche Voruntersuchung (preliminary inquiry) der Regelfall⁶. Dazu führt das Gericht im Rahmen einer öffentlichen Verhandlung eine gekürzte Beweisaufnahme durch⁷. Diese Untersuchung hat den Zweck festzustellen, ob zumindest aufgrund des Beweises des ersten Anscheins (prima facie evidence) der Beschuldigte als Täter in Betracht kommt. Wird das bejaht, was schon geschehen kann, wenn der Beschuldigte mit dem Tod des Opfers in Verbindung gebracht wird⁸, entwirft der MC eine konkrete Anklage (framing of charge); anderenfalls ist das Verfahren gegen den Beschuldigten einzustellen⁹. Kommt bei einer Anklage wegen schuldhafter Tötung Unzurechnungsfähigkeit des Beschuldigten in Betracht, dann sollte bereits vom MC die Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens angeordnet werden.

Eine erstinstanzliche Zuständigkeit des Magistrates' Court (grade III) besteht im Zusammenhang mit dem vorsätzlichen Tötungsdelikt

4 s. 122 (2) CPC.

5 ss. 117-120 CPC; dazu auch Browne, An Operational Study, S. 512 f.

6 s. 167 (1) CPC; dazu Jones, Criminal Procedure, Anm. zu s. 167; 1975 NPC CPC 72.

7 ss. 168 f. CPC; vgl. B. Huber, Strafrechtsdualismus, S. 235.

8 COP v. Onoje (KMD/676 X/74) . unveröffentl.

9 ss. 169, 172 CPC.

10 Jones, Criminal Procedure, Anm. zu s. 167.

nur bei der versuchten Selbsttötung, da die Strafandrohung höchstens ein Jahr Freiheitsstrafe beträgt¹¹.

3. Die Anklagebehörde

Anklage- und Polizeibehörde bilden in Nigeria eine organisatorische Einheit. Hat der MC eine Anklage abgefaßt und das Verfahren zur Hauptverhandlung an den High Court übertragen, übernimmt die Anklagebehörde in der Regel diese Anklage. Sie kann aber auch ohne Zustimmung des MC eine Anklageänderung vornehmen¹².

Meist erfolgt bei vorsätzlichen Tötungsdelikten eine Anklage wegen Mordes, auch wenn der ermittelte Sachverhalt keine ausreichende Basis dazu hergibt. Die Ursache für dieses Vorgehen ist in dem gesetzlichen Anwaltszwang zu suchen, der nur bei Anklage wegen eines Delikts begründet wird, das mit der Todesstrafe bedroht ist¹³. Eine solche Anklage hat für den Angeklagten den Vorteil, daß ihm unter Umständen ein Pflichtverteidiger bestellt wird. Im übrigen bestünde bei einer möglichen Anklageänderung in eine Mordklage die Notwendigkeit und somit das Risiko, daß das bisher abgelaufene Verfahren, für das bislang kein Anwaltszwang bestand, wiederholt werden müßte.¹⁴

11 6th column of appendix A zu s. 231 NPC (daneben kann auch die Zuständigkeit eines Area Court Grade III begründet sein); Allott, Judicial and Legal Systems, S. 70.

12 So Humbe v. The State in (1974) 5 S.C. 27; diese Möglichkeit hat auch der H.C. (s. 208 CPC); s. auch Richardson, Notes, Vorb. 5 zu s. 220 zur Abfassung der Anklageschrift.

13 s. 186 CPC.

14 Justice Belgore, Jos, den 23.4.1976.

4. Der High Court

Erstinstanzlich zuständig für alle vorsätzlichen Tötungsdelikte ist ausnahmslos der High Court (HC)¹⁵. Jeder Bundesstaat hat ein derartiges Gericht eingerichtet, das meist einen Teil seiner Sitzungsperiode in der Provinz abhält. Es sind Bestrebungen im Gange, weitere High Courts innerhalb eines Bundesstaates einzurichten. In der Regel wird das Verfahren bei diesem Gericht anhängig, nachdem die Voruntersuchung beim Magistrates' Court abgeschlossen ist. Ausnahmsweise kann ohne eine solche Voruntersuchung direkt beim High Court angeklagt werden. Dafür bedarf es der Zulassung durch den HC¹⁶; Mitteilungen an den bzw. Zustimmung des Beschuldigten sind allerdings nicht erforderlich¹⁷.

Der High Court ist nur an Entscheidungen des Supreme Courts gebunden, nicht aber an solche anderer High Courts¹⁸.

5. Der Supreme Court

Der Supreme Court (SC) ist das Oberste Nigerianische Gericht für alle Rechtsgebiete. Es ist das einzige überregionale Gericht Nigerias und hat seinen Sitz in der Hauptstadt Lagos. Ein - bzw. zweimal jährlich wird eine längere Sitzungsperiode in Kaduna (Kaduna State, Nordnigeria) abgehalten, während der ausschließlich über Rechtsmittel aus dem Geltungsbereich des Penal Code verhandelt und entschieden wird.

Rechtsmittel, die gegen ein Todesurteil oder andere Entscheidungen eines High Courts eingelegt werden, welche entweder aus-

15 Bei versuchter Selbsttötung als Rechtsmittelinstanz; dazu Allott, *Judicial and Legal Systems*, S. 67.

16 s. 185 (b) CPC.

17 *Gaji v. The State* (1975) 5 S.C. 61.

18 Ijalaye, *Precedent*, S. 284.

schließlich Rechtsfragen betreffen, einen verfassungsrechtlichen Bezug haben oder grundlegende Menschenrechte berühren, bedürfen keiner besonderen Zulassung.

Auf dem Gebiet des Strafrechts betätigt sich der Supreme Court ausschließlich als Rechtsmittelinstanz. Mit Genehmigung des zuständigen High Courts bzw. des Supreme Courts selber entscheidet er über Rechtsmittel (appeals) gegen Entscheidungen eines High Court, sofern Tatsachenentscheidungen oder die Strafzumessung angegriffen werden¹⁹.

Der Supreme Court kann in eine weitere Beweisaufnahme eintreten und unter Aufhebung der Entscheidung des HC auf Freispruch erkennen, den Schuldspruch ersetzen und zu einem anderen Strafmaß verurteilen oder zur erneuten Verhandlung an den zuständigen HC zurückverweisen, sofern das angegriffene Urteil nicht bestätigt und das Rechtsmittelbegehren abgewiesen wird (dismissal)²⁰.

Der SC ist bei seiner Entscheidung an Urteile früherer Gerichte gleichen Ranges, nämlich des West African Court of Appeal (WACA) sowie des Federal Supreme Court (F.S.C.), nicht gebunden²¹.

6. Tribunale als Sondergerichte

Für die Verhandlung und Entscheidung über die außerhalb des Penal Code geregelten Tötungsdelikte sind in jedem Bundesland Tribunale als Sondergerichte vorgesehen, aber gegenwärtig

19 s. 117 Constitution of the Federation of Nigeria, 1963; s. 284 CPC i.V.m. Second schedule to the Nigeria (Constitution) Order in Council, 1960; dazu Allott, Judicial and Legal Systems, S. 43; Elias, Nigeria - The Development, S. 239; Nwabueze, The machinery, S. 85; Richardson, The Courts, S. 178; Richardson and Williams, CPC, S. 239; z.B. Miri and ors. v. The State in (Jan.-April 1968) F.S.C. 6 B; Garba v. The State in (1972) 4 S.C. 118.

20 Allott, Judicial and Legal Systems, S. 44; Elias, Nigeria - The Development, a.a.O.; Richardson and Williams, The CPC, S. 244.

21 WACA bis 1.10. 1960; F.S.C. bis 1.10.1968; dazu Ijalaye, Precedent, S. 285.

noch nicht überall konstituiert. Dem Tribunal gehören ein ordentlicher Richter als Vorsitzender sowie je ein Armee- und Polizeioffizier als Beisitzer an²². Trotz besonderer Regelungen, die das Verfahren beschleunigen sollen (z.B. erweiterte Zulässigkeit der eidesstattlichen Versicherung)²³ unterliegt der Strafprozeß auch dort den allgemeinen Regeln und Grundsätzen, die auch für einen High Court gelten; eine Voruntersuchung findet allerdings nicht statt²⁴. Dennoch werden diese Strafverfahren in der Praxis nicht schneller abgeschlossen als die der allgemeinen Strafgerichtsbarkeit²⁵.

Es besteht keine Wahlzuständigkeit von Tribunal und High Court, sofern nach dem Robbery und Firearms Decree angeklagt wird²⁶. Ist ein derartiges Sondergericht konstituiert, so hat es ausschließliche Kompetenz für das Strafverfahren. Solange in einem Bundesstaat diese Sondergerichte noch nicht vorhanden sind, bleibt es bei der Zuständigkeit des High Courts²⁷.

Seit dem 1.1.1976 besteht die Möglichkeit, ein Rechtsmittel gegen ein Urteil beim Supreme Court einzulegen; Entscheidungen nach dem Robbery and Firearms Decree, die vorher ergangen sind, konnten nicht angefochten werden²⁸.

-
- 22 s. 5 (2) Robbery and Firearms Decree, 1970; dazu Oloyede, The present scope, S. 190.
- 23 s. 6 (1) Robbery and Firearms Decree, 1970.
- 24 s. 6 (4) Robbery and Firearms Decree, 1970; s. 8 (2) Offences against the Persons Decree, 1974; The State v. Karimu and or. (NCH/14 C/74) - unveröffentl.; es besteht allerdings kein Anwaltszwang; s. 6 (5) Robbery and Firearms Decree; s. 8 (1) Offences against the Persons Decree.
- 25 The State v. Karimu and or. (NCH/14 C/74) - unveröffentl.; The State v. Akinni and ors. in New Nigerian (Kaduna), vom 31.3.1976.
- 26 Anderes gilt bei einer Anklage nach dem Offences against the Persons Decree (s. 6).
- 27 The State v. Yamusissika in (1974) 6 S.C. 53; The State v. Adeleke in Daily Times (Lagos) vom 17.2.1975; Commissioner of Justice and Attorney-General Abdullahi, Kaduna, den 19.3.1976; Deputy Solicitor General Salman, Kaduna, den 25.3.1976.
- 28 s. 1 (c) Robbery and Firearms (Amendment) (No. 2) Decree, 1974; s. 9 Offences against the Persons Decree, 1974; The State v. Karimu and or. (NCH/14 C/74) - unveröffentl.; The State v. Akinni and ors in New Nigerian (Kaduna), vom 6.4.1976.

In allen Fällen bedarf die Entscheidung des Tribunals einer Bestätigung durch den Militärgouverneur, also auch ein Freispruch, wenn kein Rechtsmittel eingelegt bzw. wenn es verworfen wird.

Dieser kann bei einer Verurteilung ein geringeres Strafmaß festsetzen; freisprechen darf er genauso wenig wie die Strafe verschärfen²⁹.

7. Die Jugendgerichte

Die besondere Behandlung Jugendlicher (welfare proceedings)³⁰ ist zwar im Begriff, in Ansätzen zumindest im Strafvollzug realisiert zu werden, im Strafprozeß aber sind diesbezüglich überwiegend keine entsprechenden Voraussetzungen geschaffen worden oder auch nur geplant. Lediglich am High Court Kano (Kano State) wurde ein Jugendgericht (Juvenile Court) konstituiert. Jugendliche, die einer vorsätzlichen Tötung beschuldigt werden, unterliegen in Nordnigeria folglich im Rahmen des Penal Codes und des Criminal Procedure Code grundsätzlich den gleichen strafprozessualen Regelungen wie Erwachsene³¹.

29 s. 7 Robbery and Firearms Decree, 1970; dazu Milner, Nigerian Penal System, S. 330; s. 10 Offences against the Persons Decree, 1974. Damit hat er praktisch die Funktion einer Gnadeninstanz.

30 Children and Young Persons (Amendment) Act, 1965.

31 Die Statistiken für die Föderation Nigeria über die Anzahl von Strafverfahren vor Juvenile Courts basieren im wesentlichen auf Verfahren innerhalb des Geltungsbereichs des Criminal Code (z.B. Oloyede, Juvenile Delinquency, S. 50).

II. Die Beweislastverteilung

1. Beweislast der Anklage

Auch im nordnigerianischen Strafverfahren hat die einem Rechtsstaat eigene Prozeßmaxime Gültigkeit, daß die Anklage dem Beschuldigten die vorgeworfene Tat grundsätzlich zweifelsfrei (beyond reasonable doubts) nachweisen muß³². Derartige Zweifel liegen schon dann vor, wenn der Angeklagte sich durch Erklärungen verteidigt, die mit einer Unschuld vereinbar wären und wahr sein könnten. Diese Zweifel wären von der Anklage durch den Nachweis der Unwahrheit der Erklärungen auszuräumen; auch die Wahrscheinlichkeit der Schuld reicht zu einer Verurteilung des Angeklagten nicht aus, insbesondere nicht bei Kapitalverbrechen³³.

2. Beweislast des Angeklagten

Der Angeklagte ist allerdings beweispflichtig für ihn privilegierende Tatumstände. Behauptet er das Vorliegen derartiger Umstände, dann muß ihm auch die Möglichkeit vom Gericht eingeräumt werden, den Beweis zu führen, beispielsweise durch Zeugenladung und -befragung³⁴. Ein solcher Beweis wäre nur als Gegenbeweis erforderlich, d.h. wenn die Anklage insoweit schon zweifelsfrei bewiesen ist³⁵. Aber auch dann geht die Beweislast des Angeklagten nicht so weit wie die der Anklage. Behauptete günstige Tatumstände müssen nicht zweifelsfrei bewiesen werden. Es reicht vielmehr der Grad der Möglichkeit aus, nach dem das Gericht die Existenz der privilegierenden Voraussetzungen nicht ausschließen und bei einer Entschei-

32 ss. 137, 140 Evidence Act, 1943; dazu Richardson, Notes, Vorbemerkung 4 zu s. 220; Bairamian, Criminal Procedure, Anm. 22 (a) zu s. 137 (1) Evidence Act.

33 The Queen v. Potiskum in (1964) N.R.H.C.J. 9.

34 Yola v. Kano N.A. in (1961) 1 All. N.L.R. 549.

35 Bairamian, Criminal Procedure, Anm. 22 (c); Yanor and or. v. The State (S.C. 165/1965) - unveröffentl.

derung folglich auch nicht außer acht lassen kann³⁶. Das Gleichgewicht der Möglichkeiten hinsichtlich der Täterschaft (balance of probabilities) muß zu einem Freispruch führen, wenn die Anklage, bei der jetzt wiederum die Beweislast liegt, einen zweifelsfreien Gegenbeweis nicht zu führen vermag³⁷.

Bei vorsätzlichen Tötungsdelikten wird die Frage der Beweislastverteilung besonders häufig im Zusammenhang mit den 'defences' der Unzurechnungsfähigkeit und der Rauschtat relevant. In beiden Fällen geht das Gesetz von der Vermutung der psychischen Gesundheit bzw. der Verstandesklarheit des Angeklagten aus³⁸. Dieser trägt die Beweislast insoweit, als er Anhaltspunkte aufzeigen muß, die es als wahrscheinlich erscheinen lassen, daß ihm bei der Begehung der Tat die Einsichtsfähigkeit gefehlt hat. Wird dem Angeklagten durch ein psychiatrisches Gutachten zwar grundsätzlich eine Unzurechnungsfähigkeit bescheinigt, werden aber wiederholt auftretende lichte Augenblicke (lucid intervals) festgestellt und für die Tatzeit nicht ausgeschlossen, so ist immer noch der Nachweis durch die Verteidigung erforderlich, daß der Angeklagte zur Tatzeit wahrscheinlich keine lichten Augenblicke hatte³⁹. Auch widerlegt der Nachweis der Trunkenheit allein die gesetzliche Vermutung der Verstandesklarheit nicht; es muß zusätzlich aufgezeigt werden, daß der Täter aufgrund der Trunkenheit zu der für die Erfüllung des subjektiven Tatbestandes erforderlichen Willensbildung unfähig gewesen ist⁴⁰.

36 Richardson, Notes, Vorbem. 4 (ii) zu s. 220.

37 The Queen v. Biu in (1961-62) N.R.H.C.J. 31, The State v. Kaita (NCH/28 C/69) und The State v. Na-Idi (NCH/10 C/72) zu 'defence of insanity'; Dangari v. The State (S.C. 150/1968) zu 'defence of accident'; The State v. Ibrahim (NCH/9 C/72) - unveröffentlicht zu 'private defence'; diese Entscheidungen basieren auf der Leitentscheidung des WACA: The Queen v. Ashigifuwo in (1948) 12 WACA 390 und The Queen v. Echem in (1952) 14 WACA 158.

38 ss. 51; 52, 44 NPC.

39 The State v. Idowu in (1971) N.N.L.R. 93 (daneben Definition von 'lucid interval').

40 Aguda, Criminal Responsibility, S. 264 und 295; Gledhill, The penal codes, S. 92, 97 und 127 f.; zur Unzurechnungsfähigkeit: The State v. Sule (JD/17 C/66), Wakka v. The State (S.C. 124/71) und Olatunji v. The State (S.C. 382/75) - alle unveröffentlicht.; zur Rauschtat: Lamu v. The State in (Jan.-May 1967) F.S.C. 12 C.

3. Beweislast des Gerichtes

Außerst selten liegt die Beweislast beim Gericht. Das Alter eines Angeklagten, sofern es zweifelhaft erscheint und von Bedeutung für die Entscheidung sein kann, ist weder von der Anklage noch vom Angeklagten selber nachzuweisen. Bestehende Zweifel über die Höhe des Alters wirken sich zugunsten des Angeklagten aus⁴¹.

Beruft er sich auf seine Unzurechnungsfähigkeit bei der Tatbegehung, so wird teilweise schon auf eine derartige Geltendmachung hin die Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens vom Gericht angeordnet. Insofern übernimmt es dadurch die Beweisführung für den Angeklagten, dem eigentlich die Beweislast in diesem Fall obliegt. Allerdings wirkt sich die Beweislastverteilung nach den allgemeinen Grundsätzen wieder zu Lasten des Angeklagten aus, wenn das Gutachten die Zurechnungsfähigkeit zur Tatzeit zweifelsfrei festgestellt hat bzw. trotz eines Gutachtens nicht zumindest schwerwiegende Zweifel hinsichtlich der Zurechnungsfähigkeit bestehen bleiben⁴².

41 Bairamian, Criminal Procedure, Anm. 18 (a) zu s. 272 CPC; Fulani and or. v. Bornu N.A. (S.C. 460/1966) - unveröffentlicht; Ode v. The State in (1974) 12 S.C. 11; The State v. Bamai (NCH/10 C/70) - unveröffentl.

42 Olatunji v. The State (S.C. 382/1975) - unveröffentl.

II. Die Beweismittel

1. Das Geständnis des Angeklagten

Im Zusammenhang mit den vorsätzlichen Tötungsdelikten kommt nicht selten dem Geständnis des Angeklagten vor Gericht eine besondere prozessuale Bedeutung zu. Aufgrund eines Geständnisses allein kann der Angeklagte zwar verurteilt werden, das Gericht hat aber ein solches Geständnis durch weitere Beweis-erhebung auf dessen Wahrheitsgehalt hin sorgfältig zu überprü- fen und zu bestätigen (corroboration of confession)⁴³. Dage- gen kann ein formales Schuldbekenntnis im Sinne der Anklage nach Verlesung der Anklageschrift (plea of guilty) aber für das Gericht als ausreichende Grundlage zur Verurteilung heran- gezogen werden, sofern es sich nicht um eine Mordanklage han- delt⁴⁴.

Finden sich keine ausreichenden Anhaltspunkte, welche die Rich- tigkeit eines Geständnisses belegen, so muß der Angeklagte trotz dieses Geständnisse freigesprochen werden⁴⁵.

Hält das Geständnis der Nachprüfung stand, so kann es nur verwertet werden, wenn es absolut freiwillig und nach vorheri- ger Belehrung abgegeben worden ist⁴⁶. Die Beweislast hinsicht- lich der Freiwilligkeit liegt bei der Anklage⁴⁷. Bei unterlas- sener Rechtsbelehrung besteht ein absolutes Verwertungsverbot; ein Militärpolizist unterliegt dabei ebenso der Belehrungspflicht

43 Galadima v. The State (S.C. 258/1975) - unveröffentl.; The Queen v. Obiasa in (1962) 1 All. N.L.R. 651; außerdem: Dogo v. The State (S.C. 175/1971) - unveröffentl.; Bwashi v. The State in (1972) 6 S.C. 93; Shivero v. The State (S.C.404/1975) - unveröffentl.; The State v. Gadi (NEM/3 C/72) - unveröffentl. s.a. Brett and McLean's, The Criminal Law, Anm. 847 f.

44 s. 187 (2) CPC; Richardson, Notes, Anm. 4 zu s. 221.

45 Kopa v. The State in (1971) 1 All N.L.R. 150; Mohammed v. C.O.F. in(1974) N.N.L.R. 43.

46 s. 236 CPC, s. 28 Evidence Law 1943; 1975 NPC CPC 34 a (1).

47 Auta v. The State in (1975) 4 S.C. 125.

wie ein Polizeibeamter im Zivildienst (civil police)⁴⁸. Ein bei der Polizei abgelegtes Geständnis soll allerdings nicht das Gewicht eines vor Gericht gegebenen Geständnisses haben⁴⁹.

Der Angeklagte hat im übrigen prozeßrechtlich auf seinen Antrag hin die Möglichkeit, als Zeuge unter Eid in eigener Sache auszusagen; davon wird jedoch im Verfahren wegen vorsätzlicher Tötung kaum Gebrauch gemacht⁵⁰.

2. Der Zeugen- und Augenscheinsbeweis

Selten wird im Zusammenhang mit vorsätzlicher Tötung die Zulässigkeit bzw. Verwertbarkeit von Zeugenaussagen oder von Augenscheinsobjekten problematisch. Während der sogenannte Zeuge vom Hörensagen unzulässig ist⁵¹, soll ein Verteidiger auch als Zeuge zugelassen werden können, obwohl das grundsätzlich unerwünscht ist⁵².

Gewohnheitsverbrecher sind als von vornherein unglaubwürdig anzusehen; die Tatsache, daß jemand Gewohnheitsverbrecher ist, muß aber bewiesen werden⁵³.

Blinde Zeugen unterliegen in der Verwertbarkeit ihrer Aussagen besonderen Kriterien; zur Identifikation des Angeklagten als Täter durch einen Blinden reicht das Erkennen an der Stimme nur aus, wenn dem Zeugen eine Auswahlmöglichkeit im Rahmen einer akustischen Identifikationsparade gegeben worden ist⁵⁴.

In der Regel liegt dem Gericht die Tatwaffe als Augenscheinsobjekt (exhibit) vor, sofern eine solche bei der Tötungshand-

48 s. 4 (a) Armed Forces and Police (Special Powers) Decree, 1967; dazu Ode v. The State in (1974) 12 S.C. 11.

49 So Browne, An Operational Study, S. 514.

50 s. 236 (1) CPC.

51 Shivero v. The State (S.C. 404/1975) - unveröffentl.

52 Gachi and ors. v. The State (S.C. 80/1965) - unveröffentl.; in Dogo v. The State (S.C. 175/1971) - unveröffentl. - wird der Gutachter als Zeuge nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

53 Tadabe v. Bornu N.A. in (1968) S.C.O.P.E. 80.

54 The State v. Awami (NEM/10 C/72) - unveröffentl.

lung verwendet worden ist. Gelingt es der Anklage nicht, die Tatwaffe dem Gericht als Beweisstück zu präsentieren bzw. die Identität von Tatwaffe und Beweisstück zweifelsfrei zu belegen, dann kann unter anderem dieser Mangel zu einem Freispruch führen⁵⁵. Diese Auffassung wird von der Rechtsprechung so konsequent vertreten, daß sogar Gegenstände vorgelegt werden müssen, die aufgrund ihrer Natur und Beschaffenheit nicht konservierbar sind. So wurde ein angeklagter Schlangenbeschwörer vom Vorwurf vorsätzlicher Tötung freigesprochen, weil der Kadaver der Schlange, die als Tötungswerkzeug gedient haben sollte, wegen seiner fortgeschrittenen Verwesung weggeworfen worden war und deshalb kein Beweis mehr über die Giftigkeit des Schlangensbisses geführt werden konnte⁵⁶.

Das Gesetz räumt dem Gericht auch die Möglichkeit ein, während der Hauptverhandlung eine Tatortbesichtigung durchzuführen; davon wird aber bei vorsätzlichen Tötungsdelikten kein Gebrauch gemacht, was auch an der schlechten Zugänglichkeit meist entlegener Orte liegen mag⁵⁷.

3. Der Sachverständigenbeweis

Dem medizinischen Sachverständigenbeweis kommt im nordnigerianischen Strafprozeß gerade bei Tötungsdelikten eine besondere Bedeutung zu⁵⁸. In der Regel wird dieses Beweismittel zur Er-

55 Auta v. The State in (1975) 4 S.C. 125.

56 The State v. S. Mamman (NCH/8 C/74) - unveröffentl.

57 s. 243 CPC.

58 Zum Sachverständigenbeweis: Aguda, Criminal responsibility, S. 265; Bairamian, Criminal Procedure, Anm. 28; Gledhill, The penal codes, S. 98 und 492; Jones, Criminal Procedure, Anm. zu s. 243 (A).

mittlung der Todesursache⁵⁹ herangezogen, häufig aber auch zur Feststellung der Zurechnungsfähigkeit⁶⁰ bzw. des Alters des Angeklagten⁶¹, selten zu anderen Zwecken wie beispielsweise zu vergleichenden Untersuchungen von Blutspuren an der Tatwaffe und an der Kleidung des Angeklagten⁶².

Die medizinische Untersuchung der Leiche (post-mortem-examination) kann nicht nur Auskunft über die Todesursache geben, sondern auch über den Möglichkeitsgrad der Todesfolge und über die Erkennbarkeit möglicher Leiden des Opfers. Eine solche gutachterliche Untersuchung hat die Anklagebehörde im Rahmen ihrer Beweispflichtigkeit erstellen zu lassen. Ist eine Untersuchung der Leiche nicht durchgeführt bzw. der Bericht über die durchgeführte Untersuchung nicht vorgelegt worden, dann wird der Angeklagte nach ständiger Rechtsprechung freigesprochen⁶³.

Die Bestellung eines medizinischen Gutachtens steht auch im Ermessen des Gerichts⁶⁴; sie kann noch nach der Schuldfeststellung erfolgen. Die Gerichte machen von diesem Ermessen zur Ermittlung der Todesursache allerdings keinen Gebrauch. Ein Gericht ist grundsätzlich nicht an die Erkenntnisse und Folgerungen eines Gutachtens gebunden.⁶⁵

-
- 59 The State v. Daniel (NCH/12 C/74); The State v. S. Adamu (NCH/8 C/75) - unveröffentl.; C.O.P. v. Owowo (Case Diary AB 3514/NCX/vol. VI/313 in MOJ/1/vol. V/776).
- 60 Olatunji v. The State (S.C. 382/1975); The State v. Ibrahim (K/7 C/69) - unveröffentl.
- 61 Fulani and or. v. Bornu N.A. in (Oct.-Dec. 1966) F.S.C. 47 B; Jibril v. The State in (Jan.-April 1968) F.S.C. 10 A.
- 62 Dikko v. The State (S.C. 46/1975) - unveröffentl.
- 63 Bande v. The State in (1972) 10 S.C. 79; Auta v. The State in (1975) 4 S.C. 125.
- 64 s. 249 (3) CPC.
- 65 The Queen v. Biu in (1961-62) N.R.H.C.J. 31.

4. Das Opfer als Beweismittel

Als eine Ausnahme von der sonst strengen Handhabung des Unmittelbarkeitsprinzips bei der Beweiserhebung wird vom Gesetz ausschließlich bei einer Anklage wegen Mordes bzw. Totschlages die Verwertung einer Erklärung des sterbenden Opfers (dying declaration) zugelassen⁶⁶. Obwohl der Inhalt der Erklärung von einem Dritten, der folglich Zeuge vom Hörensagen ist (knowledge by hearsay), dem Gericht vorgetragen wird, gilt die Erklärung des Opfers über bedeutsame Tatsachen selber als eine Tatsache. Eine derartige Erklärung kann auch schriftlich niedergelegt sein, was aber aufgrund der Eigenart der Sterbesituation wie der noch geringen Alphabetisierung in Nordnigeria in der Rechtspraxis nicht vorkommt.

Voraussetzung für die Zulassung eines solchen Beweises ist, daß der Sterbende bei Abgabe seiner Erklärung fest an den nahenden Tod geglaubt hat. Als Kriterium für diesen Glauben können dessen Agoniezustand oder auch die Schwere seiner Verletzungen dienen⁶⁷.

Die Heranziehung der Sterbeerklärung zum Beweis über das Motiv oder den Vorsatz des Täters ist unzulässig. Die Erklärung kann nur über Tatsachen Auskunft geben, meist also über die Person des Täters oder über die Begehungsweise; hinsichtlich der Tötungsabsicht des Täters sind weitere Beweise erforderlich⁶⁸.

Entgegen dem Wortlaut des Gesetzes, das zwar den ernsthaften Glauben an den nahen Tod verlangt, bei gleichzeitiger Hoffnung

66 s. 33 (a) Evidence Act, 1943 (... such statements are relevant only in trials for murder or manslaughter of the diseased person and only when such person at the time of making such declaration believed himself to be in danger of approaching death although he may have entertained at the time of making it hopes of recovery); dazu Begho, Nigerian Criminal Law, S. 65; Brett and McLean's, The Criminal Law, Anm. 852.

67 Dan-Almajiri v. The State (S.C. 337/1970); Gyang v. The State (S.C. 288/1975) - beide unveröffentl.; Iyatawa v. Katsina N.A. in (1961) N.N.C.N. 23.

68 Vorgho v. The State in (1972) 5 S.C.. 1 und in (1972) N.M.L.R. 17.

auf ein Überleben der Todesgefahr die Verwertbarkeit der Erklärung aber grundsätzlich nicht ausschließt, legt die Rechtsprechung einen sehr strengen Maßstab an. Eine Ausnahme von der Unmittelbarkeit des Beweises kann danach nur zugelassen werden, wenn aus der Erklärung des Sterbenden absolut keine Hoffnung auf ein Überleben herauszulesen ist. Der Wortlaut der wiedergegebenen Erklärung wird zu dieser Feststellung eingehend geprüft. Jede Einschränkung des Glaubens an den wahrscheinlichen Tod (z.B. ... if I dy ...) wird schon als Ausdruck der Hoffnung bewertet und läßt dieses Beweismittel unzulässig werden⁶⁹.

5. Der Indizienbeweis

Der Indizienbeweis (circumstantial evidence) bedarf auch bei einer Anklage wegen vorsätzlicher Tötung keiner strengeren Maßstäbe als bei anderen Anklagen; entscheidend ist, daß das Gericht aufgrund der vorhandenen Beweise auf die Täterschaft des Angeklagten frei von schwerwiegenden Zweifeln schließen kann⁷⁰. So kann es zu einer Verurteilung ausreichen, wenn das Gericht aufgrund des Indizienbeweises davon überzeugt ist, daß ein vermißtes Opfer den Tod erlitten hat und daß dessen Tod die Folge einer kriminellen Handlung ist, auch wenn die Leiche des Opfers bislang nicht aufzufinden war⁷¹.

Umstände allerdings, die nur den Verdacht gegen den Angeklagten bestärken, können nicht für eine Verurteilung ausreichen⁷².

69 Iyatawa v. Katsina N.A. in (1961) N.N.C.N. 23; The State v. Gabako (NEM/150 C/71) - unveröffentl.; a.A. Brett and McLean's, The Criminal Law, Anm. 852 (allerdings nur mit Bezug auf den Geltungsbereich des Criminal Code, obwohl der Evidence Act, 1943 für Gesamtnigeria Geltung hat).

70 Mohammed v. The State in (1972) 4 S.C. 168; I. Mamman and ors. v. The State (S.C. 383/1975) - unveröffentl.; The State v. Daniel (NCH/12 C/74) - unveröffentl.; C.O.P. v. Ngbo and ors. (Case Diary NCX 133/75 in MOJ/1/vol. V/638).

71 The State v. Kola and ors. (NEY/100 C/71) - unveröffentl.

72 C.O.P. v. Dabai (NCH/25 C/70) - unveröffentl.

6. Die Bedeutung des Übersetzers

In Nordnigeria ist ausschließlich Englisch Gerichtssprache an den Gerichten, die bei vorsätzlichen Tötungsdelikten zuständig sind. Da aber sehr häufig Angeklagte bzw. Zeugen diese Sprache nicht beherrschen oder überhaupt verstehen, muß kraft Gesetzes vom Gericht ein Dolmetscher (interpreter) zur Verfügung gestellt werden, der Fragen an den Angeklagten - in der Regel in die Verkehrssprache 'Hausa' - übersetzt bzw. dessen Antworten ins Englische überträgt⁷³. Dem Übersetzer kommt folglich eine sehr bedeutsame, zeitweise auch heftig umstrittene Rolle im Strafprozeß zu. Er muß alles übersetzen, was in der Hauptverhandlung gesagt wird. Da oft alle Prozeßbeteiligten auch Hausa verstehen und sprechen, kommt es nicht selten zwischen Anklage und Verteidigung zum Streit über die wortgetreue bzw. eine vermeintlich suggestive Übersetzung durch den Dolmetscher⁷⁴.

73 s. 22 (5) Constitution of the Federation of Nigeria, 1963; ss. 241 f. CPC; Jones, Criminal Procedure, Anm. zu s. 241; Locknan and or. v. The State in (1972) 5 S.C. 22 und in (1972) 1 All N.L.R. 62 zur Anwesenheit des Dolmetschers.

74 The State v. J. Gaji (NCH/3C/76) - Verhandlung in Zaria, den 21.6.1976.

E. Tötungskriminalität in Nordnigeria

I. Vorbemerkung zum Material und zur Methode

Für diese Untersuchung standen insgesamt 247 angeklagte und zum größten Teil (231) von Gerichten entschiedene Fälle vorsätzlicher Tötung zur Verfügung, die in dem Zeitraum von 1960 bis zur Gegenwart angefallen waren. Diese Fälle wurden im wesentlichen dem Aktenmaterial der Anklagebehörde (First Information Reports, Auszüge aus Case Diaries sowie Legal Advices der Polizei; Handakten und Anklageschriften) und dem der zuständigen Gerichte ('preliminary inquiry'-Protokolle der Magistrates' Courts, Sitzungsprotokolle, Urteile, Case Record Books der High Courts bzw. des Supreme Court) entnommen. Ergänzend wurden Veröffentlichungen von Gerichtsentscheidungen in den einschlägigen Fachzeitschriften herangezogen.

Da der Zugang zu dem unveröffentlichten Aktenmaterial der sechziger Jahre aus den verschiedensten Gründen erheblich erschwert war, mußte zwangsläufig eine Beschränkung in der statistischen Erhebung auf den Zeitraum von 1970 bis zur Gegenwart¹ erfolgen, um überhaupt noch einigermaßen vollständige und verlässliche Resultate zu erzielen und aussagekräftige Feststellungen treffen zu können. So blieben schließlich 121 beim High Court angeklagte Fälle vorsätzlicher Tötung für diese Erhebung verwertbar², da nur diese Anzahl relativ vollständige und somit überhaupt vergleichbare Datenangaben aufwies. 91 (75%) jener Anklagen führten, soweit feststellbar war, jeweils zu einer rechtskräftigen Verurteilung durch die erste (HC) bzw. durch die Rechtsmittelinstanz (SC), während bei 30 Anklagen auf einen Freispruch erkannt bzw. das Verfahren noch nicht abgeschlossen worden war.

1 Mitte Juni 1976.

2 BPS 14 Fälle, KS und KWS 15 Fälle, NCS 48 Fälle, NES 28 Fälle und NWS 16 Fälle.

Das Basismaterial zu dieser Erhebung konnte aufgrund der nicht mehr angreifbaren Feststellungen nur von den rechtskräftigen Verurteilungen geliefert werden, während die Daten der anderen aktenmäßig erfaßten Fälle nur dann herangezogen wurden, wenn die Ermittlungen der Anklagebehörde überhaupt nicht in Zweifel zu ziehen waren (z.B. bei Angabe des Tatortes, der Tatzeit usw.). Die Einzelheiten jeder dieser Fälle wurden anhand eines detaillierten Fragebogens datenmäßig erfaßt, und zwar nach Prozentuierungen, nicht aber nach Signifikanzen.

Einzig das Material aus den ehemaligen Bundesstaaten North-Central State sowie Benue-Plateau State kann dabei als im wesentlichen vollständig angesehen werden, da dort die Fallsammlung am intensivsten und umfassendsten betrieben werden konnte. Aufgrund der Zugänglichkeit von Material der Anklagebehörde³ sowie aller zuständigen Gerichte und Instanzen war insoweit auch eine, wenn auch immer noch eingeschränkte Verifizierungsmöglichkeit gegeben. Eine gewisse Kontrolle über Anzahl und Inhalt jener Fälle und auch der der anderen Bundesstaaten Nordnigerias konnte außerdem mit Hilfe der zur Verfügung stehenden 'circulated judgements' durchgeführt werden; diese waren dem Herausgeber der Northern Nigerian Law Reports von allen zuständigen High Courts seit 1970 zur Entscheidung über die Veröffentlichung meist regelmäßig zugegangen.

Die gewonnenen Ergebnisse konnten außerdem mit ähnlichen Erhebungen verglichen werden, welche über die Tiv⁴, eine größere ethnische, nicht islamische Minderheit in Nord-Nigeria, und über den Sudan⁵, eine ähnlich strukturierte Gesellschaft wie die nord-nigerianische, veröffentlicht worden sind.

Die Einsicht in die Ermittlungsakten bzw. in die Tagebücher der Polizeibehörden war aus grundsätzlichen Erwägungen verwehrt worden. Kriminalstatistiken, sofern solche überhaupt in Nord-

3 Nicht im Benue-Plateau State.

4 Bohannon, African Homicide and Suicide, 1960.

5 Fluehr-Lobban, An Analysis of Homicide in the Afro-Arab Sudan, 1976.

nigeria erstellt wurden, konnten ebenfalls nicht herangezogen werden. Immerhin standen zumindest veröffentlichte Statistiken über Organisation und Geschäftsanfall der Strafgerichte der jeweiligen Bundesstaaten gerade hinsichtlich der Tötungsdelinquenz zur Verfügung; diese wiesen allerdings nicht selten sich widersprechende bzw. fehlerhafte Datenangaben auf⁶ und haben dadurch deren Verwertbarkeit erheblich eingeschränkt, zumal derartige Statistiken unregelmäßig erschienen sind bzw. seit 1973 überhaupt nicht mehr veröffentlicht wurden.

Außerdem wies das verfügbare Material meist nur Vollständigkeit hinsichtlich der Merkmale auf, welche den Strafvollzugsorganen für den jeweiligen konkreten Fall relevant erschienen; zudem zeichneten sich die Datenangaben zum Teil auch noch durch eine unterschiedliche Unvollständigkeit aus. Ferner war meist aus den Akten die Neigung der Verfasser herauszulesen, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorsatzart, komplizierte Sachverhalte mit Blickrichtung auf die Subsumierbarkeit stark zu vereinfachen bzw. zu verkürzen.

Deshalb kann und soll an die Ergebnisse dieser Erhebung auch kein hoher sozialwissenschaftlicher Maßstab angelegt werden. Infolgedessen ist ein umfassender transkultureller Vergleich mit Erhebungen über andere Länder nicht möglich.

Die folgenden Daten sollen indessen zur empirischen Anreicherung eines noch weitgehend unerschlossenen Forschungsgebietes dienen, soweit einzelne Variablen als zuverlässig angesehen werden können (wie z.B. bei der Täter-Opfer-Beziehung). Die Daten werden in dem Bewußtsein dargeboten, daß aus Anschauungsgründen teilweise unter die vertretbare Zahlenbasis von N=10 gegangen wird⁷. Unter N=7 wird keine Prozentuierung mehr angegeben, allerdings gelegentlich zur Verdeutlichung die absolute Zahl in Klammern. Da die Ausfallquote bei den einzelnen Variablen

6 Z.B. Northern Nigeria Statistical Year Book 1965 (table 283 und 285) und 1966 (table 255, 256, 258); Annual Abstract of Statistics 1972 (table 16.1); Kano State Statistical Year Book 1970 (table 125); Benue-Plateau State Statistical Year Book 1972 (table 217).

7 Ebenso Stephan, Die Stuttgarter Opferbefragung, S. 196.

unterschiedlich hoch ist, wechseln die Bezugszahlen (Gesamtzahl der tabellarisch erfaßten und damit verwertbaren Fälle) sehr häufig; deshalb ist es erforderlich, die zugrundeliegende Bezugszahl (N) jeweils anzugeben.

Die Hinzuziehung erfaßter Daten wird meist jeweils durch die Anfügung einer Tabelle kenntlich gemacht. Die Zahlen darin sind in Prozenten ausgedrückt; lediglich die eingeklammerten Zahlen geben absolute Werte (N) wieder. Je nach Erkenntnisinteresse wechseln dabei in der Tabellierung abhängige und unabhängige Variablen; das drückt sich in der Weise aus, daß entweder nach unten oder nach rechts prozentuiert wird.

Das Dunkelfeld selber wird durch eine Reihe von Faktoren bestimmt. Das fehlende Unrechtsbewußtsein der Bevölkerung und teilweise auch der Polizei bei bestimmten Tötungsformen (z.B. Lynchen) wirkt sich nicht selten hinderlich auf polizeiliche Aktivitäten aus. Zwar hat jeder Magistrate als amtlicher Leichenbeschauer (district coroner) die Pflicht, eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten, wann immer in seinem Zuständigkeitsbereich jemand einen gewaltsamen, unnatürlichen bzw. völlig überraschenden Tod erlitten hat oder die Todesursache unbekannt ist⁸, die überwiegend gemäß der islamischen Tradition innerhalb von 24 Stunden durchgeführte Beerdigung macht aber die Ausübung dieser Pflicht oft unmöglich und trägt zur Größe des Dunkelfeldes bei.

Es ist aber zu vermuten, daß es neben dem großen Dunkelfeld auch eine registrierte, aber nicht verfolgte bzw. angeklagte Tötungskriminalität gibt. Für den Fallschwund zwischen der Registrierung und der Anklage ist ebenfalls eine Reihe von Grün-

8 Idada, Prison Officers, S. 115, Anm. 4.

den verantwortlich zu machen. Ein Dorf- bzw. Kleinstadtpolizist, der in der Wertstruktur der Umgebung aufgewachsen ist und auch ein enges Verhältnis zur Bevölkerung insgesamt und zu vielen Einzelpersonen seines Wirkungskreises im besonderen hat, sieht sich teilweise einem Loyalitätskonflikt ausgesetzt und verzichtet möglicherweise auf die Verfolgung verdächtiger Personen bei ihm bekannt gewordenen Tötungsdelikten. Ferner mangelt es allgemein an den technischen Voraussetzungen, die Unnatürlichkeit des Todes festzustellen oder zu beweisen (z.B. bei Gift). Schlechte Infrastruktur und eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten hindern häufig die Einschaltung der zuständigen Strafverfolgungsorgane und sind folglich ebenfalls nicht der Feststellung und Aufklärung von Tötungskriminalität förderlich⁹. Das Ausmaß der auch in diesem Lande praktizierten Korruption wird erfahrungsgemäß nicht zuletzt die Aufnahme bzw. Fortführung von Ermittlungstätigkeiten beeinflussen haben.

Aus den genannten Gründen kann nur allgemein festgestellt werden, daß das Dunkelfeld bei der vorsätzlichen Tötung als relativ groß veranschlagt werden muß¹⁰.

Dennoch erscheint eine Darstellung einzelner Ergebnisse der Erhebung und Aussagen über die vorsätzliche Tötung gerechtfertigt, denn trotz eingeschränkter Quantität und Qualität des Materials sowie des relativ langen ununterbrochenen Zeitraums, den die Erhebung erfaßt, werden zum Teil einheitliche Strukturen und Tendenzen in der Tötungskriminalität in Nordnigeria sichtbar.

Der Geschehensablauf, d.h. die Wirklichkeit der Straftat, und der Entscheidungsablauf, d.h. der Gang des Strafverfahrens,

9 S.a. Clifford, An Introduction, S. 122.

10 a.A. Clifford, An Introduction, a.a.O., hinsichtlich der ländlichen Gebiete, allerdings ohne Nachweise.

Insgesamt ergibt sich folgende Bestandsaufnahme der Aktenerhebung:

Verfügbare Anzahl registrierter Fälle vorsätzlicher Tötung seit 1960	247
davon in hohem Maße unvollständig bzw. vor 1970 abgeschlossen	126
In der Aktenerhebung berücksichtigte Verfahren	121
davon lediglich bei zweifelsfreien Tatsachen ergän- zend herangezogen, da es sich um Anklageakten, Ver- fahren mit Freispruch bzw. um noch nicht abgeschlos- sene Verfahren gehandelt hat	30
verwertbares Basismaterial, weil Anklage mit rechtskräftiger Verurteilung durch HC bzw. SC	91
In der Aktenerhebung berücksichtigte Verfahren, d.h. beim HC anhängige Fälle	121
davon durch Einlegung eines Rechtsmittels bis zum SC gelangt	50
Bundesstaatliche Herkunft der berücksichtigten Ver- fahrensakten	
Benue-Plateau State	14
Kano State und Kwara State	15
North-Central State	48
North-Eastern State	28
North-Western State	16
Summe	121

II. Ergebnisse der Erhebung

Das Ziel der Erhebung bestand darin, verschiedene Variablen der vorsätzlichen Tötung statistisch zu erfassen, die Statistiken auszuwerten und gegebenenfalls verlässliche Aussagen zu gewinnen. Die Variablen bezogen sich dabei auf den Täter (z.B. Herkunft, Alter, Geschlecht, Vorsatz, Motiv), auf das Opfer (z.B. Alter, Geschlecht), auf die Tat (z.B. Tatort, Tatzeit, Mehrtäterschaft), schließlich auf die Verfahrensstufen (Anklage, HC, SC) und auf Art und Höhe der Sanktionierung.

1. Merkmale der Täterpersönlichkeit

1.1 Stammes-, Religions- und Schichtzugehörigkeit

Im Rahmen der Förderung eines stammesüberwindenden Nationalbewußtseins wird die Stammeszugehörigkeit des Angeklagten nicht mehr amtlicherseits festgestellt bzw. erfragt. Auch über die Sprache läßt sich eine solche Zugehörigkeit nicht einwandfrei ermitteln, da kleinere Stämme in der Regel nur noch die Verkehrssprache 'Hausa' als eigene Sprache angeben.

In keinem Fall aber handelt es sich bei einem Täter um einen Ausländer.

Das Religionsbekenntnis war in fast 50% aller Fälle nicht in den Akten festgehalten; es lassen sich deshalb auch keine Aussagen darüber machen.

Ebenso konnte die Schichtzugehörigkeit festgestellt werden, da außer generalisierenden Berufsbezeichnungen keine weiteren Daten vorzufinden waren. Das Vorhandensein englischer Sprachkenntnisse, das wegen der Erforderlichkeit einer Übersetzung aus der und in die Amts- und Gerichtssprache 'Englisch' jeweils festgestellt werden muß, ließ nur auf den Besuch einer staatlichen Schule schließen¹⁶. Es ließ sich auch nicht ermitteln,

16 Die allgemeine Schulpflicht wird gerade eingeführt.

ob zumindest eine traditionelle Koranschule besucht worden war. Fast zwei Drittel der Angeklagten (64%) waren in der Hauptverhandlung auf die Dienste eines Dolmetschers angewiesen.

1.2 Alter und Geschlecht

Altersmäßig befanden sich die Täter überwiegend zwischen dem 20. und 60. Lebensjahr (über 60%). Jünger als 20 Jahre waren etwa 15% der Täter. Dagegen kann die Tötungsdelinquenz im Alter von weniger als 15 bzw. mehr als 60 Jahren als kaum nennenswert angesehen werden (um 1%)¹⁷.

Die Ursache für die hohe Ausfallquote wird auch darin zu finden sein, daß den Angeklagten das eigene Alter nicht bekannt war und die Gerichte eine derartige Feststellung straf- bzw. prozeßrechtlich nicht für relevant hielten. Die weit überwiegende Zahl dieser Angeklagten ohne Altersangabe dürfte aber auch zwischen 20 und 60 Jahre alt gewesen sein, denn auf das Merkmal der Jugendlichkeit des Täters wird in der Regel bei der Urteilsbegründung bzw. Strafzumessung eingegangen, was in keinem der Fälle geschehen war.

Über 60 Jahren liegt die Gebrechlichkeits- bzw. die Mortalitätsrate andererseits sehr hoch¹⁸.

Hinsichtlich des Geschlechts überwogen männliche Täter (etwa 90%).¹⁹ Als Erklärung für den überaus geringen Anteil weiblicher Täter bei Tötungsdelikten kann insbesondere auch die vom Islam bestimmte Stellung der Frau in Gesellschaft und Familie sowie die davon geprägte Lebensweise herangezogen werden. Die isolierte Lebensweise und die dadurch bedingte Kontaktarmut der Mehrheit der heiratsfähigen Mädchen bzw. der verheirateten Frauen in den islamischen Nordstaaten schränkt für sie die Wahrscheinlichkeit erheblich ein, zum Täter einer Tötungshandlung zu werden bzw. als Opfer einer derartigen Handlung in

17 Der Ausfall bei den Altersangaben betrug allerdings 25% (N=23); dennoch stimmen die gewonnenen Daten im wesentlichen mit denen im Sudan (nach Fluehr-Lobban, An Analysis, S. 23) überein.

18 Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt weniger als 40 Jahre (United Nations, Statistical Year Book 1975, S. 79).

19 So auch bei den Tiv (Bohannan, African Homicide and Suicide, S. 238) und im Sudan (Fluehr-Lobban, An Analysis, a.a.O.).

Betracht zu kommen.

1.3 Vorsatz, Motiv und pathologische Befunde

Das vom Willen des Täters bestimmte zielgerichtete Handeln, seine Beweggründe zu diesem Handeln und sein pathologischer Zustand zu der Zeit der Tatbegehung sind Variablen, von denen die subjektive Tatseite bestimmt wird. Sie sind Gegenstand der Untersuchung im folgenden Abschnitt. Diese Variablen werden vom kulturellen Hintergrund mitbeeinflusst. Es muß aber betont werden, daß es sich bei deren Festlegung um eine Zuschreibung durch die Kontrollinstanzen handelt.

Als häufigste Form des Vorsatzes war von den Gerichten das Vorliegen einer Tötungsabsicht festgestellt worden (ca. 64%), wobei der Schuldspruch überwiegend, bedingt durch die einfachere Beweislage, auf der gesetzlich geregelten Absichtsvermutung (Körperverletzungsabsicht und Kenntnis bzw. Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge) basierte (ca. 75% davon); darin eingeschlossen waren allerdings die Fälle, bei denen trotz festgestellter Tötungsabsicht eine Milderungsmöglichkeit aufgrund einer vorliegenden 'defence' zuerkannt, das Delikt also zu einem Totschlag reduziert worden war.

Relativ selten wurde die Vorsatzform festgestellt, die sich aus der Körperverletzungsabsicht und der Kenntnis der möglichen Todesfolge zusammensetzt (ca. 18%); noch seltener lag die Absicht vor, ein strafbares Delikt zu begehen, das dann schließlich einen tödlichen Ausgang genommen hatte (10%).

Die in Nordnigeria vorherrschenden Motive für eine Tötungshandlung lassen sich zunächst in zwei verschiedene Gruppen aufteilen, und zwar in die unmittelbar kulturbedingten bzw. traditionsbeeinflussten und in die nicht-kulturbedingten. Nach traditionellen Vorstellungen ist es völlig gerechtfertigt, einen auf frischer Tat gestellten Dieb, einen überrasch-

ten Ehebrecher oder einen der Hexerei Verdächtigen eigenhändig zu töten. Als grundsätzlich schon in vorkolonialen Zeiten nicht rechtens wurde zwar die gewaltsame Lösung von spontanen oder auch längerfristigen Differenzen angesehen, die Ausübung der Selbstjustiz durch einzelne bzw. Gruppen hielt und hält man aber Dieben gegenüber gegenwärtig auch noch nicht für verwerflich. Sich in gewaltsamen Handlungen entladende Temperamentsausbrüche oder die Wiederherstellung der verletzten Ehre durch eine Gewalthandlung entsprechen weitverbreiteten Verhaltensmustern und können durchaus als Anzeichen einer auch durch die moderne Gesellschaft insoweit unveränderten Mentalität angesehen werden, d.h. die vorhandene Neigung zur gewaltsamen Konfliktlösung ist in hohem Maße kulturbedingt.

Zu den nicht unmittelbar kulturbeeinflußten Motiven sind beispielsweise die Bereicherung, die Vermeidung einer Festnahme und die Erreichung des Geschlechtsverkehrs zu zählen, obwohl derartige Motive auch in der traditionellen Gesellschaft Nordnigerias zu Tötungshandlungen geführt haben.

Das am häufigsten zugrundeliegende Motiv für die vorsätzliche Tötung eines anderen war nach Feststellung der Gerichte in einem kurzfristigen spontanen Streit, in Wut oder Ärger zu finden (ca. 40%). Auffällig häufig wurden Aberglaube (ca. 16%) und die Festnahme eines auf frischer Tat ertappten Diebes (ca. 12%) zum Beweggrund einer Tötung. Schließt man die Tötung aus Eifersucht mit ein (ca. 8%) und geht man davon aus, daß die spontane wie auch die langfristige Regelung von Streitfragen mit Hilfe von Gewalt traditionellen Verhaltensmustern entspricht, dann betrug der Gesamtanteil der Tötungen, denen kulturbeeinflusste Motive zugrundelagen, ca. 85%.

Unter dem relativ geringen Anteil anderer Beweggründe fällt insbesondere auf, daß das Motiv der Bereicherung den Tötungsdelikten in einem kaum nennenswerten Maße zugrundelag (um 1 %).

Keine Motivgruppe wies eine Dominanz weiblicher Täter auf (Tab. 1). Aus Rache, aufgrund von abergläubischen Vorstellungen oder zur Sühne eines Diebstahls hatten Frauen nicht getötet; ihre Motive waren insbesondere Eifersucht und Streit. Allerdings nur bei Eifersucht überwog der Anteil der männlichen Täter weniger deutlich.

Tabelle 1: Motivation unterschieden nach Geschlechtern (Angaben in %; Anteil an der Bezugszahl N=91 der erfaßten Fälle in Klammern)

Geschlecht des Täters	M o t i v					
	Wut, Ärger (kurzfr.)	Haß, Rache (langfr.)	Aberglaube	Eifer- sucht	Stellung eines Diebes	Sonstiges (z.B. Bereiche- rung, Festnahme- entzug, keine Angabe)
männlich	92	100	100	57	100	79
weiblich	8	-	-	43	-	21
Summe % (N)	100 (36)	100 (8)	100 (15)	100 (7)	100 (11)	100 (14)

Von Interesse ist außerdem die Kreuzvalidierung von Motiv und Vorsatzart, denn dadurch sind Aufschlüsse über den Zuschreibungsprozeß zu erwarten; davon sind wiederum die strafrechtlichen Folgen abhängig (Tab. 2).

Tabelle 2: Vorsatzbestimmung durch das Gericht und das zugrundeliegende Handlungsmotiv (Bezugszahl N=91)

Vorsatzart	M o t i v					
	Wut, Ärger (kurzfr.)	Haß, Rache (langfr.)	Aberglaube	Eifersucht	Stellung eines Diebes	Sonstiges (z.B. Bereicherung, Festnahmeentzug, keine Angaben)
Absicht	6	25	27	43	18	7
Absichtsvermutung (Kenntnis bzw. Vorhersehbarkeit der wahrsch. Todesfolge)	53	50	40	29	46	57
Kenntnis d. Möglichkeit	17	12	26	28	27	-
Tödlicher Ausgang u.a.	24	12	7	-	9	36
Summe % (N)	100 (36)	100 (8)	100 (15)	100 (7)	100 (11)	100 (14)

Werden Motiv und Vorsatzart zueinander in Beziehung gesetzt, dann fällt zunächst auf, daß überwiegend mit Verletzungsabsicht bei Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge gehandelt wurde; lediglich Tötungen aus Eifersucht waren meist mit direkter Tötungsabsicht durchgeführt worden. Allerdings darf die festgestellte direkte Tötungsabsicht nicht isoliert von der hergeleiteten Absicht (Absichtsvermutung) gesehen werden. Die Feststellung der direkten bzw. vermuteten Absicht beschreibt weniger die innere Tatseite des Täters als die beweisrechtliche Situation, da die direkte Tötungsabsicht meist nur aufgrund eines Geständnisses angenommen wird. Das wird ganz deutlich bei

aberglaubensbedingten Motiven, teilweise aber auch bei der Tötung eines Diebes bzw. bei Tötung aus Eifersucht oder Rache. Da bei diesen Motiven häufig das Unrechtsbewußtsein gänzlich fehlt, ist die Geständnisbereitschaft auch relativ hoch. Abgesehen von der Eifersucht (43%) lagen den meisten mit direkter Tötungsabsicht begangenen Delikten aberglaubensbedingte Motive zugrunde (27%). Nimmt man direkte und vermutete Absicht zusammen, war bei allen Motiven die zugeschriebene Absicht, das Opfer zu töten, ausnahmslos vorherrschend. Dabei war der Anteil der Absichtstötungen bei langfristig angelegten Motiven wie Rache und Haß insgesamt am größten (75%), bei kurzfristig entstandenen Streit, Wut bzw. Ärger am geringsten (59%). Allerdings wurde die Absicht ganz überwiegend mit Hilfe der Vermutungsregel hergeleitet und muß folglich nicht unbedingt die bei der Tatbegehung tatsächlich vorhandene innere Tatseite widerspiegeln. Die Ursache für den unterschiedlichen Anteil an direkten Absichtstötungen wird in der dem Täter zur Verfügung stehenden Zeitspanne zwischen Tatentschluß und Ausführung zu finden sein, welche sich auf die Möglichkeit, zu einer differenzierten und gefestigten Willensbildung zu kommen, auswirkt. Diese mögliche Auswirkung des Zeitfaktors wird auch dadurch deutlich, daß ein erheblicher Teil der als Folge kurzfristiger Wut entstandenen Delikte gerade nicht mit Tötungsabsicht in Verbindung gebracht wurde (41%).

Deutlich wird das ferner an dem Anteil von Handlungen (immerhin 25%), als deren Folge der tödliche Ausgang nicht einmal für möglicherweise vorhersehbar gehalten worden war.

Zur pathologischen Seite der Täterpersönlichkeit war überhaupt kein Material vorhanden bzw. verfügbar. Auch in den wenigen Fällen, in denen ein Gutachter zur Feststellung des Geisteszustandes hinzugezogen worden war, hatten die Gerichte über die Zurechnungsfähigkeit des Täters zur Tatzeit ausschließlich nach eigenem Eindruck entschieden. Diesen Eindruck hatten sie durch Zeugenaussagen, aus den Tatumständen oder aus dem Verhalten des Angeklagten während der Hauptverhandlung gewonnen.

Auf den gutachterlichen pathologischen Befund, soweit ein

Gutachten vorgelegen hatte, war weder eingegangen worden, noch wurde ein solcher Befund im Urteil festgehalten.

Erwähnenswert bleibt dennoch, daß in fast 20% aller insgesamt angeklagten Fälle die Existenz von Unzurechnungsfähigkeit seitens der Verteidigung behauptet wurde, und zwar ausschließlich bei Mordanklagen, häufig allerdings neben anderen schuld-ausschließenden bzw. -mildernden 'defences'. Von diesen vorgebrachten Verteidigungsmitteln kamen lediglich etwa die Hälfte ernsthaft in Betracht, d.h. das zuständige Gericht sah sich genötigt, Erörterungen darüber anzustellen, da von der Verteidigung konkrete Anhaltspunkte dafür behauptet bzw. nachgewiesen worden waren. Allerdings hatte wiederum die Hälfte dieser Vorbringen Erfolg und führte zu einem Freispruch.

Daß Unzurechnungsfähigkeit bei anderen als Mordanklagen in keinem Fall geltend gemacht wurde, scheint von der drohenden Rechtsfolge bestimmt zu sein. Während dieser 'defence' in der Rechtspraxis somit im wesentlichen um die Funktion des letzten Mittels zukommt, d.h. vorgebracht wird, um alle strafrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und den Angeklagten vielleicht doch noch vor dem Todesurteil zu bewahren, wird deren Vorbringen bei nicht mit der Todesstrafe bedrohten und angeklagten Tötungsdelikten offenbar von den Erfolgsaussichten abhängig gemacht.

1.4 Begehungsweise und Tatwerkzeug

Da sich das verwendete Tatwerkzeug auf die Art der durchgeführten Tötungshandlung auswirken kann, wird im folgenden Abschnitt dieser Zusammenhang untersucht.

Tabelle 3: Zusammenhang von Motivation und Begehungsweise
(Bezugszahl N=91)

Begehungs- weise	M o t i v					
	Wut, Ärger (kurzfr.)	Haß, Rache (langfr.)	Aberglaube	Eifer- sucht	Stellung eines Diebes	Sonstiges (z.B. Bereicherung, Festnahmeentzug, Keine Angaben)
geplant	-	75	13	14	-	10
spontan	100	25	87	86	100	90
Summe % (N)	100 (36)	100 (8)	100 (15)	100 (7)	100 (11)	100 (14)

Einem äußerst geringen Anteil der Tötungshandlungen lag eine Tatplanung zugrunde (ca. 11%). Es war naheliegend, daß diese geplanten Tötungshandlungen im wesentlichen aufgrund längerfristiger Motive (Rache, Haß) durchgeführt worden waren (60% davon); bei den übrigen Tötungen handelte es sich um eifersuchts- bzw. aberglaubensbedingte Handlungen (und auch, allerdings äußerst selten, um in Bereicherungsabsicht durchgeführte Tötungen). Der bei weitem überwiegende Anteil aller Tötungshandlungen war spontan, d.h. ohne vorherige Planung, durchgeführt worden (ca. 86%)²⁰. Naturgemäß lag ausnahmslos Spontaneität bei den Tötungen vor, denen ein kurz zuvor entstandener Streit zugrundelag bzw. bei denen Selbstjustiz an einem (vermeintlichen) Dieb verübt worden war, denn diese Situation konnte von den Tätern nicht vorhergesehen werden.

Die Begehungsweise vorsätzlicher Tötungshandlungen wird in hohem Maße in Nordnigeria von dem Gebrauch der Tatwerkzeuge be-

²⁰ 70% im Sudan (vgl. Fluehr-Lobban, An Anylysis, S. 37, Variable 14).

stimmt²¹. Als Tatwaffen, sofern solche Verwendung fanden, dienten ganz überwiegend Gegenstände, die eigentlich als Werkzeuge zu alltäglichen Verrichtungen bestimmt sind²².

Das traf insbesondere auf das von Tätern beiderlei Geschlechts als Schlagwaffe am häufigsten benutzte Tatwerkzeug zu (ca. 35%). Die männlichen Täter verwendeten dabei als tödliche Schlagwaffe einen am Handgriff stark verdickten Hirtenstock, den die männliche Bevölkerung der Savannenzonen fast immer mit sich führt und der hauptsächlich als Hirtenstab, Gehhilfe oder zur Abwehr von Schlangen gebraucht wird; sein Einsatz gegen Menschen verursacht häufig tödliche Schädelbrüche. In wenigen Fällen (um 4%) wurden als Schlagwaffe allerdings auch Schwert, Axt bzw. Mörserkeule eingesetzt.

Weibliche Täter hatten ausschließlich als Schlagwerkzeug die Mörserkeule benutzt, also ebenfalls einen Gegenstand, der überall in Nigeria und alltäglich bei der Essenszubereitung Verwendung findet und dem spezifisch weiblichen Tätigkeitsbereich zuzuordnen ist.

Eine ebenfalls sehr weite Verbreitung bei Tötungshandlungen hat der Einsatz von Stichwaffen in Form von kleineren Gebrauchsmessern bis zu schweren Buschmessern gefunden (Macheten) (ca. 20%). Fast jeder Nigerianer führt eines dieser Messer mit sich. Das trifft sehr häufig auch auf Frauen zu, wenn sie irgendein derartiges Messer zu ihrer Arbeit benötigen.

Ebenso oft wie mit Hilfe einer Stichwaffe wurden Tötungsdelikte ohne Einsatz irgendeines Werkzeugs, d.h. mit bloßen Händen bzw. unter Zuhilfenahme der Füße begangen (19%).

21 Zur Erhöhung der Repräsentativität wurden als Grundlage für die Erhebung über die Begehungsweise auch Freisprüche bzw. noch nicht abgeschlossene Verfahren herangezogen, da die verwendeten Tatwerkzeuge nachweisbar festgestellt worden waren; das erscheint insbesondere gerechtfertigt, weil die Häufigkeitsverteilung bei der Begehungsweise je nachdem, ob es sich um Anklagen oder Verurteilungen handelt, nur unwesentlich voneinander abweicht (Bezugszahl N=121).

22 So auch bei den Tiv (Bohannon, African Homicide and Suicide, S. 247); in der Tendenz auch im Sudan gleich, aber eindeutige Dominanz beim Gebrauch von Messern (Fluehr-Lobban, An Analysis, S. 37, Variable 13).

Gelegentlich dienten ein Stein, ein Stück Holz oder ähnliche Gegenstände als tödliches Wurfinstrument. Noch seltener wurden Schußwaffen eingesetzt; es handelte sich dann aber in keinem Fall um moderne Feuerwaffen, sondern ausschließlich um alte, nur für die Jagd zugelassene Vorderlader²³ oder gar um Pfeil und Bogen. Schußwaffen waren allerdings nur von männlichen Tätern eingesetzt worden. Bestimmungsgemäß finden diese gegenwärtig nur bei der Jagd Verwendung. Die Jagd gehört von alters her allein zu dem Aufgabenbereich der Männer. Gift wurde im übrigen auch auffallend selten zu Tötungszwecken benutzt.

Bei fast 10% aller vorsätzlichen Tötungen wurden allerdings vom Täter zwei verschiedene Tatwerkzeuge eingesetzt, in keinem Falle aber mehr.

Mit der insbesondere seit den letzten zwei Jahren außerordentlich stark zunehmenden Motorisierung auf dem Privatsektor scheint auch das Auto als mögliches Tatwerkzeug zu einer vorsätzlichen Tötungshandlung strafrechtliche und kriminologische Bedeutung zu erlangen. Soweit ersichtlich war, hatte allerdings bis zum Abschluß dieser Erhebung in Nordnigeria noch keine gerichtliche Entscheidung über eine derartige Verwendung eines Kraftfahrzeuges ergehen können, da die Ermittlungsverfahren bzw. die Vorverhandlung entweder eingestellt oder noch nicht abgeschlossen waren²⁴.

23 In Nigeria besteht ein umfassendes und äußerst streng kontrolliertes Schußwaffenverbot; dane gun = Vorderlader (s. Beschreibung in The State v. Itopa (KWS/4 C/70) - unveröffentl.

24 U.a. C.O.P. v. Usman and or. (KMD/849 X/71) - Ermittlungen eingestellt; C.O.P. v. Ngbo and ors. (Case Diary NCX 133/75 in MOJ/1/vol. V/638) - noch im Ermittlungsstadium; New Nigerian (Kaduna) vom 27.1.1976 - Vorverhandlung.

Tabelle 4: Zusammenhang von Begehungsweise und Tatwerkzeug
(Bezugszahl N=87)

Begehungs- weise	T a t w e r k z e u g						Summe % (N)
	Schlagwaffe	Stich- waffe	Schuß- waffe	Wurfin- strumente	Gift, Feuer u.a.	kein Waffen- einsatz	
geplant	42	37	5	--	16	--	100 (13)
spontan	39	17	6	7	6	25	100 (74)

Setzt man das bei der jeweiligen Tötungshandlung verwendete Tatwerkzeug in Beziehung zu der Begehungsweise (Tab. 4), so ist zunächst festzustellen, daß keine geplante, aber jede fünfte spontane Handlung mit lediglich physischem Einsatz, d.h.- mit bloßen Händen durchgeführt wurde.

Die ergänzende bzw. kombinierte Verwendung von mehreren Tatwerkzeugen war im übrigen auch überwiegend bei spontanen Tötungshandlungen gewählt worden. Das scheint ebenfalls ein Charakteristikum für die Spontaneität zu sein, denn offenbar wurde bei der geplanten Tatausführung das gewählte Werkzeug schon allein für erfolgreich und deshalb völlig ausreichend gehalten.

Aufgrund der vorliegenden Reihe aller zu vorsätzlicher Tötung verwendeten Werkzeuge kann ganz allgemein die Feststellung getroffen werden, daß durch die jederzeitige Verfügbarkeit der überwiegenden Zahl der Waffen - bzw. anderer Hilfsmitteltypen - die Spontaneität nicht nur begünstigt, sondern zum großen Teil erst ermöglicht wurde. Gerade der Anteil der einzelnen Hilfsmittel bei der spontanen Begehung der Tat scheint dadurch bestimmt gewesen zu sein, welches Tatwerkzeug gerade greifbar war. Während die Benutzung einer Schlagwaffe (einschließlich Schwert, Axt und Mörserkeule) mit fast 40% eindeutig

vorherrschte und den Anteil an Stichwaffen um mehr als das Doppelte übertraf, war immerhin schon jede fünfte spontane Tötungshandlung mit bloßen Händen durchgeführt worden. Dieses Ergebnis verdeutlicht eindrucksvoll die Heftigkeit der durch emotionale Entladung hervorgerufenen, häufig mit aller Intensität geführten physischen Angriffe auf das Leben des Opfers.

Dagegen unterscheidet sich bei geplanter Begehungsweise die Verwendung von Schlag- und Stichwaffen in wesentlich geringerem Maße (5%). Der äußerst erschwerte Zugang zu Schusswaffen schlägt sich auch in der Statistik nieder. Daneben kommt die gleichermaßen leichte Verfügbarkeit, aber unterschiedlich hohe Gefährlichkeit von Schlag- und Stichwaffen in der Erhebung in der Weise zum Ausdruck, als jede vierte Stich-, aber nur etwa jede sechste Schlagwaffe geplant eingesetzt worden war.

Der vermutlich höher einzuschätzende Anteil an dem Einsatz von Gift wird dagegen nicht deutlich.

Wurfinstrumente hatten bei einem zugrundeliegenden Tatplan keine Verwendung gefunden; ganz allgemein ist die Erfolgsaussicht auch hier als sehr unsicher einzustufen.

Tabelle 5 macht deutlich, daß das jeweilige Motiv die Wahl des Tatwerkzeuges auf sehr unterschiedliche Weise beeinflusst hat. Auffallend sind die Anteile an Schlag- und Stichwaffeneinsätzen sowie an rein physischen Einsätzen bei kurzfristig angelegten, etwa aus einem Streit entstandenen Motiven. Im übrigen liegt eine gleiche Verteilung ohne Besonderheiten vor. Bei der kurzfristig angelegten Motivation wird die Wahl der Tatwaffe weniger bestimmend gewesen sein als die zufällige Verfügbarkeit. Das trifft auch auf die in ihrem Charakter ähnlich angelegten Motive wie Eifersucht bzw. die Sühnung eines Diebstahls zu. Etwas anderes gilt für die Beweggründe, die sich langfristig entwickelt haben, denn hier war offensichtlich für den Täter auch die Gefährlichkeit der einzelnen Waffe für deren Auswahl von Bedeutung; aller-

dings fällt auf, daß keine Giftbeibringung festgestellt worden war.

Feuer hat zu Tötungszwecken ausschließlich bei abergläubischen Motiven Verwendung gefunden, und zwar bei fast jeder dritten von dieser Motivation bestimmten Tat; die mystische Bedeutung des Feuers als Mittel zur Vernichtung von Hexen bzw. Zauberern läßt diese Besonderheit erklärlich erscheinen.

Tabelle 5: Der Einfluß des Motivs auf die Wahl der Tatwaffe (Die Gesamtzahl der zugrundeliegenden Daten erhöht sich auf N=101, da bei 10 Verurteilungen (= 10%) von einem kombinierten Einsatz von Tatwerkzeugen ausgegangen wurde).

Tatwerkzeug	M o t i v					
	Ärger, Wut (kruzfr.)	Haß, Rache (langfr.)	Aberglaube	Eifersucht	Stellung eines Diebes	Sonstiges (z.B. Bereicherung, Festnahmeentzug, keine Angaben)
Schlagwaffe	30	74	37 37	29	55	38
Stichwaffe	26	13	13	29	27	13
Schußwaffe	2	13	6	14	-	6
Wurfinstrument	9	-	-	-	9	6
Gift, Feuer u.a.	4	-	31	14	-	6
Physischer Einsatz	29	-	13	14	9	31
Summe (N)	100 (43)	100 (8)	100 (16)	100 (7)	100 (11)	100 (16)

Außer bei der durch die verschiedenen Tätigkeitsbereiche bedingten Verwendung der jeweiligen Schlagwerkzeuge bzw. bei dem Einsatz von Schußwaffen gab es noch weitere Hinweise, die auf eine zum Teil unterschiedliche Bevorzugung von Tatwerkzeugtypen durch männliche und weibliche Täter schließen ließ; das gilt allerdings nicht für die Verwendung von Messern bzw. von Gift. Auffällig ist auch der relativ hohe Anteil des kombinierten bzw. sukzessiven Einsatzes von zwei Tatwerkzeugen bei weiblichen Tätern (über 30%; unter 10% bei männlichen Tätern). Hier wird die kritische Selbsteinschätzung der eigenen physischen Kraft von Einfluß gewesen sein, den gewünschten Erfolg nicht auf einfacherem Wege erzielen zu können; das findet eine gewisse Bestätigung auch darin, daß von weiblichen Tätern nur gegenüber Säuglingen auf Tatwerkzeuge verzichtet worden war.

Ist schon der Anteil der Verwendung von Wurfgeschossen (meist handelte es sich um die schwere Mörserkeule) bei weiblichen Tätern trotz des erforderlichen Kraftaufwandes viermal so groß wie bei den männlichen, so ist festzustellen, daß bei jeder dritten Tötungshandlung, die von einer Frau begangene wurde, kein Waffeneinsatz vorlag. Die Opfer waren in solchen Fällen ohne Ausnahme Kleinstkinder.

Tabelle 6: Verwendung von Tatwerkzeugen durch männliche bzw. weibliche Täter (Bezugszahl N=101)

Geschlecht des Täters	Tatwerkzeug						Summe % (N)
	Schlag- waffe	Stich- waffe	Schuß- waffe	Wurfin- strument	Gift, Feuer u.a.	kein Waf- fenein- satz	
männlich	40	21	6	4	9	20	100 (89)
weiblich	25	17	-	17	8	33	100 (12)

2. Sozialmerkmale des Opfers

Die einzelnen Daten über das Opfer einer Tötungshandlung konnten im Rahmen des Aktenstudiums nur dem formularmäßig abgefaßten 'medical report' entnommen werden. Neben dem Ergebnis der medizinischen Untersuchung der Leiche sowie der Feststellung der Todesursache wurden darin meist nur Name, Geschlecht und das geschätzte Alter aufgeführt, teilweise aber nicht einmal diese Daten. Weitere Angaben z.B. über Herkunft, Beruf oder Religion fanden sich nur in den übrigen Aktenstücken und häufig nur soweit vollständig, als es für die Beurteilung des Sachverhaltes für bedeutsam erachtet wurde.

Vergleicht man das Alter des Täters mit dem seines Opfers (Tab. 7), dann fällt zunächst auf, daß kaum ein Opfer eines unter 20 Jahre alten Täters über 30 Jahre alt war (überhaupt keines war über 60 Jahre). Dagegen hatten die Täter zwischen 20 und 30 Jahren über die Hälfte ihrer Opfer aus der älteren Tätergruppe (über 30 Jahre) gewählt, während nur etwa jedes 6. Opfer jünger als der Täter war. Täter über 30 Jahre wählten etwa jedes zweite ihrer Opfer aus der gleichen Altersgruppe; zu insgesamt 80% waren deren Opfer zwischen 20 und 60 Jahre alt. Dieser Altersgruppe gehörten mit etwa 50% weitaus die meisten Täter an. Der Anteil der Opfer dieser Altersgruppe war zwar ebenfalls am größten, machte aber insgesamt nur 44% aus.

Teilt man die Altersgruppen ganz allgemein in Kinder/Jugendliche (bis 20 Jahre), in Erwachsene (20 bis 60 Jahre) und in Greise (über 60 Jahre) ein, so ist einmal festzustellen, daß die erwachsenen Opfer ganz überwiegend von erwachsenen Tätern getötet worden waren. Es fällt außerdem auf, daß die bis zu 20 Jahre alten Opfer, von denen der Anteil an Kindern mit weniger als einem Jahr etwa ein Drittel ausmachte, zu zwei Dritteln von Jugendlichen bzw. jüngeren Erwachsenen (bis zu 30 Jahren) umgebracht wurden. Besonders bedeutsam

ist ferner nicht nur die äußerst geringe Anzahl von Opfern über 60 Jahren, sondern auch, daß diese keinem Täter zum Opfer fielen, welcher jünger als 50 Jahre war. Die ohnehin geringe Wahrscheinlichkeit, als Opfer einer Tötungshandlung in Betracht zu kommen, beschränkt sich im Greisenalter auf einen etwa gleichaltrigen Täterkreis. Der Respekt vor dem Alter scheint eine sehr hohe Barriere für die anderen Altersgruppen zu sein.

Tabelle 7: Alter des Täters und seines Opfers (Bezugszahl N=52)

Täter	O p f e r		
	bis 20 J.	bis 30 Jahre	über 30 Jahre
bis 20 J.	42	13	4
bis 30 J.	25	33	40
über 30 J.	33	54	56
Summe % (N)	100 (12)	100 (15)	100 (25)

3. Tatsituative Merkmale

Im folgenden Kapitel werden die Merkmale erfaßt, die die Tat selber unmittelbar charakterisieren. Das geschieht insbesondere durch den Tatort, die Tatzeit, den Wahrscheinlichkeitsgrad der Todesfolge wie auch durch die Beteiligung mehrerer an der Tatausführung, ferner durch die Täter-Opfer-Beziehung und schließlich durch den möglichen Einfluß von Rauschmitteln; die bezeichneten Variablen werden in der aufgeführten Reihenfolge behandelt.

3.1 Der Tatort

Als Orte der Tatbegehung kommen in Nordnigeria Stadt, Dorf oder Buschzone in Betracht. Abgesehen von den Großstädten weisen die meisten mittleren und kleineren Städte einen ländlichen Charakter auf; häufig haben sie allein die Funktion eines Marktfleckens oder eines Umschlagplatzes für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Umlandes beibehalten.

Dörfer sind Ansiedlungen mit meist weniger als 1000 Einwohnern. Die bei weitem dominierende Buschzone wird zwar überwiegend nicht bewohnt, ist aber nicht selten und meist zwischen zwei nahen Dörfern bzw. im Randbereich der Städte mit einzelnen, weitverstreuten Hütteneinheiten einzelner Sippen durchsetzt.

Etwa die Hälfte aller Tötungsdelikte wurde im Bereich eines Dorfes durchgeführt (ca. 46%); zählt man den Anteil der Delikte in der Buschzone hinzu, so wurden ca. 80% aller vorsätzlichen Tötungshandlungen im ländlichen Bereich ausgeführt. Lediglich etwa jede fünfte Tat war in einer Stadt begangen worden. Der überwiegende Anteil der städtischen Tatorte lag im übrigen in kleineren Städten (ca. 70% davon). Das entspricht etwa dem Anteil der Bevölkerung, die insgesamt in Städten mit weniger als 20.000 Einwohnern lebt²⁵.

Weniger als ein Viertel aller Tötungshandlungen wurde in einem Gebäude ausgeführt (ca. 22%). Im städtischen Bereich war der Anteil der Tötungen in einem Gebäude etwa gleich groß wie der auf öffentlichen Straßen und Plätzen (fast 50%). Beim dörflichen Tatort wurde weniger als ein Drittel der Tötungshandlungen in Gebäuden ausgeführt (ca. 30%).

Das Leben der meisten Nordnigerianer spielt sich überwiegend unter freiem Himmel ab. Darin unterscheidet sich das Leben der Städter kaum von dem der Landbewohner. Der Gebäudekomplex (compound) einer Sippe in einem Dorf und in den alten Stadtteilen wird meist von einer hohen, den Einblick verweh-

²⁵ Whitaker, The Politics of Tradition, S. 18.

renden Lehmmauer umgeben und gewährt auch den Nachbarn nur in Ausnahmefällen Zutritt. So ist es plausibel, daß Tötungshandlungen, die im nichtstädtischen Bereich innerhalb eines Gebäudes begangen worden waren, ganz überwiegend Ehegatten bzw. Verwandte zum Opfer hatten. In den neueren Bereichen der Städte sind weitgehend veränderte Wohnstrukturen vorzufinden; die im traditionellen Stil errichteten 'compounds' und die neu erbauten, meist zweistöckigen Mietshäuser bieten mehreren Familien Unterkunft und erleichtern soziale Kontakte schon innerhalb der Wohnstätten. Diese Situation findet darin ihren Ausdruck, daß ein relativ hoher Anteil an Tötungshandlungen in Gebäuden durchgeführt wurde.

Setzt man den Tatort mit dem ständigen Aufenthaltsort des Täters in Beziehung (Tab. 8), dann ist festzustellen, daß beide fast identisch waren, d.h. der jeweilige Täter die Tötungshandlung an dem Ort bzw. in dem Bereich durchgeführt hatte, in der er sich auch ständig bzw. überwiegend aufzuhalten pflegte²⁶. Trotz der insgesamt sehr großen und überall feststellbaren Mobilität von Stadt- und Landbevölkerung (mit Buschtaxi, Mama-Lorry, Bus, Reittier, Fahrrad, Moped und in zunehmendem Maße auch mit dem PKW) scheint die Abwesenheit vom Wohnort von relativ kurzer Dauer zu sein und konfliktträchtige, zu Tötungshandlungen führende soziale Kontakte erheblich einzuschränken.

26 70% der Tatorte im Sudan lagen in Wohnungsnähe (vgl. Fluehr-Lobban, An Analysis, S. 24).

27 Erkenntnisse über den Geburtsort des Täters konnten mangels Daten leider nicht gewonnen werden.

Tabelle 8: Zusammenhang von Aufenthalts- und Tatort
(Bezugszahl N=91)

Ständiger Aufenthalt des Täters	T a t o r t		
	Stadt	Dorf	Busch
Stadt	88	5	-
Land	12	95	100
Summe % (N)	100 (17)	100 (42)	100 (32)

3.2 Die Tatzeit

Die Erhebung nach Jahreszeiten bzw. Monaten ergab eine etwa gleichmäßige Verteilung und weist infolgedessen keine Besonderheiten auf.

Die genaue Tatzeit war überhaupt nicht anhand der Akten zu ermitteln. Es konnte lediglich einheitlich festgestellt werden, ob die Tat bei Tageslicht oder bei Dunkelheit ausgeführt worden war. Das Tageslicht währte, auf das ganze Jahr verteilt, mit relativ geringen Abweichungen (maximal ca. 40 Minuten) von morgens 7 Uhr bis abends 19 Uhr Ortszeit. Nur etwa ein Fünftel aller Tötungshandlungen wurden bei Dunkelheit vorgenommen; die überwiegende Zahl der Täter führte die Tötung jeweils bei Tageslicht durch. Bei Dunkelheit überwog allerdings der Anteil der in Gebäuden begangenen Delikte im Stadt- wie im Dorfbereich, im Verhältnis zur Ausführung bei Tageslicht war aber der Anteil der auch dort ausgeführten Tötungshandlungen geringer.

Der Tagesrhythmus der Land-, aber zum großen Teil auch der Stadtbevölkerung ist weitgehend auf die Dauer des Tageslichtes ausgerichtet. Das wird auch daran deutlich, daß im städtischen und etwas geringer im dörflichen Bereich auch die in Gebäuden verübten Tötungen zur Tageszeit durchgeführt worden waren (Tab. 9). Selten ist elektrisches Licht vorhanden, und Feuerstellen wie auch tragbare Lichtquellen schränken das Aktionsfeld erheblich ein; eine allgemeine Straßenbeleuchtung gibt es selbst in Großstädten nur vereinzelt. Daß bei Dunkelheit Gebäude häufiger zum Tatort wurden als Orte unter freiem Himmel, wird sich damit erklären lassen, daß die Häuser und Wohnungen zu dieser Zeit in erhöhtem Maße wegen des dort vorhandenen Lichtes bzw. zum Schlafen aufgesucht werden. Der überwiegende Anteil der Aktivitäten vollzieht sich aber dennoch weiterhin unter freiem Himmel. Das wird auch durch den immer noch überwiegenden Gesamtanteil (insgesamt fast zwei Drittel) der trotz Dunkelheit im Freien ausgeführten Tötungen deutlich. Ganz wesentlich tragen die in der freien Buschzone verübten Delikte zu diesem Gesamtanteil bei. Allgemein kann festgestellt werden, daß sich mit der zunehmenden Ansammlung von Gebäuden die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß als Ort einer Tötungshandlung bei Dunkelheit ein Gebäude gewählt wird.

Tabelle 9: Ort-Zeit-Relation bei der Tatbegehung (Bezugszahl N=121)

Tatzeit	T a t o r t				
	S t a d t		D o r f		B u s c h e n
	im Freien	im Gebäude	im Freien	im Gebäude	im Freien
Tageslicht	92	73	85	56	79
Dunkelheit	8	27	15	44	21
Summe % (N)	100 (12)	100 (11)	100 (39)	100 (16)	100 (43)

Hinsichtlich des verwendeten Tatwerkzeuges fällt auf, daß im ländlichen Tatort der Hirtenstock als Schlagwaffe relativ, der Einsatz einer Schußwaffe aber ohne Ausnahme bevorzugt wurde (Tab. 10); das hängt eindeutig mit der Funktion eines solchen Stockes bzw. eines Vorderladers zusammen. Dennoch herrschten die drei am häufigsten gewählten Hilfsmittel (Stock, Messer und bloße Fäuste) im städtischen wie im ländlichen Bereich gleichermaßen vor, wobei bis auf den Einsatz von Messern bei allen verwendeten Tatwerkzeugen der ländliche Anteil ganz eindeutig überwog.

Tabelle 10: Zusammenhang von Tatwerkzeug und Tatort (Bezugszahl N=101, da bei 10 Fällen ein kombinierter Waffeneinsatz vorlag)

Tatort	Tatwerkzeug						Summe § 21 N
	Schlag- waffe	Schne- waffe	Schuß- waffe	Wurfwaffen	Gift, Feuer u.ä.	son- stige Waffen- ein- satz	
Stadt	37	20	-	7	10	16	100 (50)
Land	24	17	7	2	8	22	100 (71)

Somit: es das Geschlecht des Täters betraf, war zwar im städtischen und ländlichen Bereich wie auch in der Buschzone die ganz überwiegende Anzahl der Tötungen von männlichen Tätern durchgeführt worden (Tab. 11). Dennoch wird deutlich, daß über die Hälfte aller weiblichen Täter ihre Tat in einem Stadtbereich ausgeführt und wohl auch dort ihren Wohnort hatte. War im ländlichen Bereich weniger als jede zehnte Tötung von einem weiblichen Täter begangen worden, gilt das in der Stadt immerhin für mindestens jede vierte Tat. Offenbar setzt die städtische Umwelt den Frauen derartige Handlungsenergien eher frei als die traditionell konservativer orientierte ländliche Lebensweise. Das bedeutet speziell folglich der Grad der weiblichen Teilnahme an solchen Taten.

Tabelle 11: Tatort und Geschlecht des Täters (Bezugszahl N=91)

Geschlecht des Täters	T a t o r t		
	Stadt	Dorf	Busch
männlich	71	93	97
weiblich	29	7	3
Summe % (N)	100 (17)	100 (42)	100 (32)

3.3 Die Todesfolge

Der Grad der Wahrscheinlichkeit der Todesfolge ist von wesentlicher Bedeutung für die Herleitung der Absichtsvermutung durch das Gericht und somit für die Strafbarkeit der vorsätzlichen Tötung²⁸.

Ob die mit der gewollten Handlung bewirkte Todesfolge als wahrscheinlich oder nur als möglich qualifiziert wird, hängt von der Bewertung des eingesetzten Tatwerkzeuges ab. Es überrascht deshalb nicht, daß fast ohne Ausnahme den schon abstrakt gefährlichsten Tatwerkzeugen, nämlich den Stich- und Schußwaffen, bei ihrem Einsatz ein hoher Grad der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich der Todesfolge zugeschrieben wurde (Tab. 12); das galt auch bei Verwendung eines Speeres als Wurfinstrument sowie von Gift und Feuer. Der kombinierte Einsatz verschiedener Tatwerkzeuge löste diese Folge ebenfalls aus.

28 ss. 221 (b), 220 (b) NPC.

Als häufig weniger gefährlich und somit lediglich die Möglichkeit einer Todesfolge auslösend war der Einsatz einer Schlagwaffe eingestuft worden, soweit es sich allerdings nur um einen Stock, nicht aber um ein Schwert oder eine Axt handelte. Wenn die Todesfolge wahrscheinlich erschien, dann mußten bei dem Stock weitere Modalitäten von Gewicht hinzugekommen sein wie z.B. der ergänzende Einsatz verschiedener Tatwerkzeuge, die Tatbegehung in Mittäterschaft oder besondere Intensität beim Einsatz der Waffe. Wer überhaupt kein Werkzeug bei der Tötungshandlung eingesetzt hatte, mußte bei seiner Begehungsweise weitere, die Gefährlichkeit erhöhende Bedingungen geschaffen haben, um für das Gericht überhaupt die Möglichkeit des Todeseintritts auszulösen.

Tabelle 12: Einfluß des Tatwerkzeugs auf die Todesfolge (Bezugszahl N=101, da 10 Fälle mit kombiniertem Werkzeugeinsatz)

Grad der Wahrscheinlichkeit	Tatwerkzeug				
	Schlagwaffe	Stichwaffe	Schusswaffe + Wurfinstrument	Gift, Feuer u.a.	kein Waffeneinsatz
Wahrscheinlichkeit	37	86	64	44	21
Möglichkeit	25	7	9	-	14
Sonstiges (Unmöglichkeit, Zweifel an der Möglichkeit)	38	7	27	56	65
Summe % (N)	100 (39)	100 (21)	100 (11)	100 (9)	100 (21)

3.4 Tatgenossenschaft

Bei der weit überwiegenden Anzahl aller Fälle war die Tötungshandlung jeweils von einem Einzeltäter ausgeführt worden (80%). In den übrigen Fällen handelte es sich ausschließlich um Mittäterschaft; eine Teilnahmehandlung hatte in keiner Form vorgelegen:

In dieser Erhebung ist kein einziger Fall enthalten, in dem eine weibliche Person als Mittäterin verurteilt bzw. überhaupt angeklagt worden war. Bei etwa zwei Dritteln aller Fälle von Mittäterschaft war die Tötungshandlung von zwei bzw. drei Tatgenossen ausgeführt worden; in nur 10% dieser Fälle hatten sich mehr als fünf Täter an der Tatausführung beteiligt. Beim Vorliegen von Mehrtäterschaft handelte es sich meist um Gemeinschaften, die sich erst unmittelbar vor der Tatausführung zusammengefunden hatten; lediglich in 15% der Fälle waren die Gemeinschaften längere Zeit zuvor gegründet worden und hatten die Tat planmäßig ausgeführt. Zwar erhöht sich bei Mehrtäterschaft die Wahrscheinlichkeit, daß eine Tathandlung geplant durchgeführt wird, immerhin fast auf das Doppelte, aber dennoch dominierte weiterhin die spontane Handlungsweise. Das deutlich überwiegende Auftreten von zufälligen Tätergemeinschaften kann darauf zurückgeführt werden, daß die meist zugrundeliegende gemeinsame spontane Bildung des Tatentschlusses ein langfristig abgestimmtes und planmäßiges Vorgehen gar nicht zuließ. Dieses spontane Engagement mehrerer wird auch dazu geführt haben, daß die Beteiligten nicht irgendeinen, die Distanz zur Tat dokumentierenden Teilnahmevorsatz fassen konnten und auch gefaßt haben, sondern ausnahmslos einen selbständigen, auf die Ausführung der Haupttat gerichteten Willen bildeten bzw. sich den Tatentschluß des Mittäters zu eigen machten.

3.5 Täter-Opfer-Beziehung

Aufgrund reiner Aktenbearbeitung ist naturgemäß kaum eine differenzierte Feststellung zwischenmenschlicher Beziehungen möglich; deshalb beschränkt sich diese Erhebung auch auf die formalen Sozialkontakte.

In hohem Maße auffällig ist zunächst, daß Täter und Opfer bei nur etwa jeder sechsten Tötungshandlung vorher einander völlig unbekannt gewesen waren; in den weitaus meisten Fällen standen Täter und Opfer in einem mehr oder weniger engen Verhältnis zueinander (über 80%)²⁹. Zu den dem Täter bekannten Opfern zählen anteilmäßig relativ viele Ehegatten/Verwandte (ca. 30%), Nachbarn (30%) und sonstige Bekannte (ca. 40%).

Das nicht nur formal engste Verhältnis in den afrikanischen Gesellschaften besteht auch heute noch zu der Sippe bzw. zu der Familie. Insgesamt fast ein Viertel aller Opfer bestand aus Mitgliedern dieses Kontaktkreises, wobei der Anteil der Blutsverwandten etwa doppelt so hoch war wie jeweils der der Ehegatten bzw. der der angeheirateten Verwandten; bei Blutsverwandten waren die Opfer überwiegend Kinder bzw. Geschwister des Täters, in keinem Fall aber befand sich irgendein Elternteil darunter. Da den Eltern (neben den Alten) die höchsten Achtungsgefühle entgegengebracht werden, sind offenbar die sich daraus ergebenden Hemmungen, eine Tötungshandlung an ihnen zu begehen, am stärksten.

Im Rahmen der traditionellen Dorfstruktur besteht auch ein sehr enges Verhältnis zu den Nachbarn, welches sich nicht nur auf die an den eigenen Wohnkomplex angrenzenden Mitbewohner eines Dorfes beschränkt. Sonstige Bekanntschaftsver-

29 So grundsätzlich auch bei den Tiv (vgl. Bohannan, African Homicide and Suicide, S. 37) bzw. im Sudan (vgl. Fluehr-Lobban, An Analysis, S. 24).

hältnisse waren häufig durch dörfliche Nachbarschaft begründet, aber auch durch dauerhafte Handels- und Berufskontakte; ferner gehörten zu dieser Gruppe die wenigen sozialen Kontakte, die erst kurz vor der Ausführung der Tötungshandlung hergestellt worden waren.

Es kann folglich festgehalten werden, daß es sich bei etwa einem Drittel aller Opfer um einen weitläufigen Bekannten des Täters handelte und daß der Anteil der Opfer, die zu seinem engsten sozialen Kontaktbereich gehörten, sogar mit ungefähr der Hälfte aller Fälle noch größer war.

Betrachtet man die Fälle, bei denen die Opfer dem weiblichen Geschlecht zugehörig waren (insgesamt ca. 24%), isoliert, so ergibt sich ein anderes Bild, denn keines der Opfer hatte den männlichen bzw. weiblichen Täter nicht gekannt³⁰.

Bei über der Hälfte der Fälle bestanden engste Bindungen, nämlich entweder ein Ehe- bzw. Mitfrau- oder Verwandtschaftsverhältnis, was wiederum als eine Auswirkung der erheblich eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten angesehen werden kann. Der Anteil der weiblichen Täter an allen vorsätzlichen Tötungen weist keinen wesentlichen Unterschied zu dem Anteil ausschließlich weiblicher Opfer auf. Es muß aber festgehalten werden, daß Frauen äußerst selten Frauen töten³¹.

Das jeweilige Opfer war in den meisten Fällen an den der Tötung vorausgehenden Handlungen beteiligt gewesen (Tab. 13). Bei über der Hälfte aller untersuchten vorsätzlichen Tötungsdelikte war der Tötung ein allgemeiner Streit, eine Beleidigung, ein tätlicher Angriff oder die Verweigerung einer Lei-

30 Hexen als Opfer wurden dem weiteren Bekanntenkreis des Täters zugeschrieben, da sie ausnahmslos aus dem Nachbarschaftsbereich des Täters kamen.

31 So auch im Sudan (vgl. Fluehr-Lobban, An Analysis, S. 24.)

stung vorausgegangen, was sich unmittelbar gegen den Täter richtete (60%). Ehebruch mit dem Ehegatten des Täters und Diebstahl fremder Sachen richteten sich zwar nur mittelbar gegen ihn, stellten aber dennoch eine Beteiligung in Form einer Verletzung der Ehe bzw. des Eigentums dar (ca. 20%). Bei den Tötungshandlungen, bei denen ein Zusammenhang zu einer Bereicherung bzw. zum Aberglauben bestand, hatte das Opfer meist überhaupt keinen aktiven Tatbeitrag geleistet (um 20%).

Bemerkenswerterweise wurde im Falle eines Ehebruchs nie der ehebrecherische Ehegatte, sondern ausnahmslos dessen Geliebter das Opfer der Tat. Das läßt sich damit erklären, daß der Geliebte in die Sphäre des Ehemannes eingedrungen war und ihm den rechtmäßigen Besitz der Ehefrau streitig gemacht hatte, den sich der Ehemann durch Zahlung eines Brautpreises erworben hatte. Der Täter war bei einer derartigen Sachlage übrigens immer männlichen Geschlechts, also der Ehemann. Eine Frau muß traditionsgemäß außereheliche Beziehungen ihres Ehegatten zu anderen Frauen dulden; sie ist ohnehin meist die Gegenwart einer oder mehrerer (maximal dreier) Mitfrauen gewohnt. In keinem Fall war der Ehebrecher dem Ehemann vor der Tat gänzlich unbekannt gewesen.

Dies trifft hinsichtlich des Bekanntheitsgrades auch auf einen Beitrag in Form eines tätlichen Angriffs zu, der gegen den Täter unternommen wurde; allerdings handelte es sich ausnahmslos um entferntere Kontaktpersonen.

Bedeutsam ist ferner, daß Ehefrauen am häufigsten infolge eines Streites getötet wurden. Dagegen hatte jeder zweite Nachbar keinen feststellbaren Tatbeitrag zu seiner Tötung geleistet. Demgegenüber war ein Unbekannter niemals zum Opfer einer Tötungshandlung geworden, ohne in irgendeiner Weise selber dazu beigetragen zu haben, meist durch einen Diebstahl bzw. durch die Hervorrufung eines begründeten Diebstahlverdachts. Im übrigen war von den verdächtigen Opfern etwa jedes zweite dem Täter bekannt.

Tabelle 13: Tatbeitrag des Opfers und seine Sozialbeziehungen zum Täter (Rangszahl N=90)

Täter-Opfer- Beziehung	Tatbeitrag des Opfers						Summe % (N)
	Allg. Streit	Tätlich. Angriff d. Opfers	Beleidigung	Ehe- bruch	Diebstahl	Sonstig. Beitrag	Kein Bei- trag (un- begründeter Diebstahl- verdacht, Hexereiver- dacht)
Ehegatten	(5)	-	-	-	-	-	(1)
Verwandte	38	-	38	6	6	12	-
Nachbarn	17	4	13	8	4	4	50
Sonstige Bekannte	27	3	17	13	13	17	10
Unbekannte	29	-	21	-	36	14	-
							(6)
							100 (16)
							100 (24)
							100 (30)
							100 (14)

Bei der Gegenüberstellung von Täter-Opfer-Beziehung und Tatmotiv wird aus naheliegenden Gründen deutlich, daß bei langfristig motivierter Tötung nur bekannte Opfer ausgewählt worden waren (Tab. 14).

Die durch Aberglauben motivierten Tötungen waren ausschließlich gegen weibliche, nicht immer ältere Opfer (Hexen) gerichtet, welche zudem der tätergleichen dörflichen Gemeinschaft angehörten; bemerkenswert erscheint, daß in einem Fall sogar die Ehefrau einer durch Aberglauben motivierten Tötung zum Opfer fiel. Männliche Zauberer (witch-doctors) waren in Nordnigeria nicht unter den Opfern zu finden. Sie kommen auch nicht in dem Maße als Aggressionsobjekt in Betracht, da sie im Gegensatz zu weiblichen Hexen für den einzelnen aufgrund ihrer Verbindung zu den überirdischen Mächten auch etwas Positives zu leisten vermögen und sich in den Dienst der zahlungswilligen Hilfesuchenden stellen. Bei aberglaubensbedingten Motiven waren weibliche Nachbarn am häufigsten Opfer der vorsätzlichen Tötung geworden.

Dem Täter vorher völlig Unbekannte hatten überwiegend entweder wegen eines unmittelbar vor der Tötungshandlung entstandenen Streites oder aufgrund eines Diebstahlverdachts durch Ausübung der Selbstjustiz ihnen gegenüber den Tod gefunden.

Tabelle 14: Motivation des Täters und seine Sozialbeziehung zum Opfer
(Bezugszahl N=90)

Täter-Opfer- Beziehung	M o t i v						Summe % (N)
	Wut, Ärger Haß, (kurzfr.)	Rache Aber- (langfr.)	glaube	Eifer- sucht	Stellung eines Diebes	Berei- cherung, Festnah- meentzug, K.A.	
Lehegatten	(5)	-	(1)	-	-	-	(6)
Verwandte	50	19	-	6	6	19	100 (16)
Nachbarn	25	21	38	8	4	4	100 (24)
Sonstige Bekannte	37	-	17	13	13	20	100 (30)
Unbekannte	43	-	-	-	36	21	100 (14)

3.6 Die Bedeutung von Rauschmitteln

Rauschmittel können das Bewußtsein in erheblichem Maße beeinflussen. Deshalb soll im folgenden Abschnitt auf die Bedeutung von Rauschmitteln bei vorsätzlicher Tötung eingegangen werden.

In einigen wenigen Fällen (ca. 13%) hatte der Täter vor Ausführung der Tötungshandlung zwar Rauschmittel zu sich genommen, deren Wirkung auf die Zurechnungsfähigkeit war aber ausnahmslos nicht untersucht worden. Diese Tatsache hatte folglich auch keinen Einfluß auf den Schuldspruch bzw. auf die Strafzumessung, denn der Rauschmittelgenuß war freiwillig gewesen³². Soweit nach den Feststellungen der Gerichte das

32 ss. 44, 52 NPC.

Opfer vor der Tat Rauschmittel genommen hatte, traf das ohne Ausnahme auch für den Täter zu, und zwar bei 75% aller Tötungsdelikte mit vorherigem Rauschmittelgenuß. Als Rauschmittel konnte vor Begehung vorsätzlicher Tötungshandlungen fast nur Alkohol festgestellt werden, lediglich in einem Fall zusätzlich die Einnahme von Rauschgift.

Tabelle 15: Rauschmittelgenuß von Täter und Opfer (Bezugszahl N=91)

Täter	O p f e r	
	Einnahme von Rauschmitteln	keine Einnahme von Rauschmitteln
Einnahme von Rauschmitteln	100	4
keine Einnahme von Rauschmitteln	-	96
Summe % (N)	100 (9)	100 (82)

Zwar besteht nach den strengen islamischen Glaubensregeln absolutes Alkoholverbot³³, aber jüngere Moslems schränken dieses Verbot ein und halten wenigstens ein Glas Bier für erlaubt. Waren noch Anfang der 60er Jahre in Hotels Razzien und Festnahmen zur Einhaltung des absoluten Verbots durchgeführt worden³⁴, so haben sich inzwischen weit verbreitet auch

33 Im Gegensatz zum übrigen nicht-islamischen Afrika, wo der Bierkonsum seit langem üblich ist (Clifford, An Introduction, S. 123).

34 Browne, An Operational Study, S. 509.

in Nordnigeria kleinere, nur für Männer zugängliche Bierbars etabliert. Der Alkoholgenuß wirkt sich auch bei relativ geringem Konsum schnell auf den allgemein trinkungeübten Kunden aus, zumal das warme Klima die Wirkung noch beschleunigt. Derartige Treffpunkte mit Alkoholausschank vermitteln auch Kontakte zu Fremden.

Es kann aber ganz allgemein festgestellt werden, daß der Wirkung von Alkohol keine wesentliche Bedeutung im Zusammenhang mit Tötungsdelikten zukommt. Das scheint auch auf den Genuß von Rauschgiften zuzutreffen, obwohl deren Konsum eine weitere Verbreitung in der Bevölkerung hat als Alkohol³⁵.

4. Merkmale im Sanktionsprozeß

4.1 Die Anklage

Es fällt auf, daß fast jede dritte Mordanklage im North-Central State (NCS) erhoben wurde. Die Ursachen für diese besonders hohe Anklagerate in diesem Staat, dem von seiner Bedeutung her wichtigsten Bundesstaat mit Kaduna als Verwaltungszentrum des Nordens, kann auf das Zusammenspiel vieler verschiedener Faktoren zurückgeführt werden, unter anderem auf die relativ gute Infrastruktur und auf die quantitativ wie qualitativ am besten personell bzw. technisch ausgestatteten Ermittlungsbehörden. Ausgehend davon, daß die Erhebung hinsichtlich des NCS sowie des Benue-Plateau State (BPS) seit 1970 vollständig ist sowie daß - wie bei den genannten Staaten - die Anzahl der Anklagen wegen vorsätzlicher Tötung seit 1970 ungefähr gleichbleibend war, könnte die Zahl der nicht erfaßten Fälle der übrigen Nordstaaten mangels weiterer fundierter Anhaltspunkte auf ca. 30 bis 40 geschätzt werden.

35 So allgemein Clifford, An Introduction, S. 69; das scheint auch für Nordnigeria zuzutreffen: bei der Durchsicht verfügbarer Tagebuchauszüge des CID Kaduna bei der Anklagebehörde des Kaduna-State wiesen die Ermittlungen wegen Rauschgiftdelikte mit ca. 50% eine erstaunlich hohe Rate auf.

Abgesehen von zwei Ausnahmen hatte immer eine Vorverhandlung am Magistrates' Court (preliminary inquiry) stattgefunden.

Unterteilt man die Anklageaktivitäten von 1970 bis Mitte 1976 in zwei zeitliche Abschnitte und wählt Ende 1973 als Zäsur, so sind weder im NCS noch im BPS grundlegende Unterschiede festzustellen. Anderes gilt für die übrigen Bundesstaaten, bei denen das zahlenmäßige Übergewicht eindeutig im ersten Zeitabschnitt liegt, was möglicherweise auf eine höhere Erfassungsrates in diesem Zeitraum zurückzuführen ist. Eine Zunahme der Anklagen wegen vorsätzlicher Tötung kann deshalb an dieser Stelle nicht festgestellt werden; die Entwicklung im NCS und im BPS deutet eher auf eine im wesentlichen gleichbleibende Rate hin, wenn man das fehlende Halbjahr von 1976 unberücksichtigt läßt.

Ganz überwiegend wurden Mordanklagen erhoben (über 70%). Dabei war zweifellos die Überlegung von Einfluß, eine im Falle einer Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes sonst mögliche bzw. erforderliche Wiederholung der Hauptverhandlung wegen des Fehlens eines Verteidigers von vornherein auszuschließen; denn nach dem Gesetz ist nur bei einer Mordanklage die Minzuziehung eines Verteidigers zwingend vorgeschrieben (diese Erwägungen sollen in besonderem Maße im BPS von allgemeiner Bedeutung sein)³⁶.

Von den Mordanklagen ging nur etwa ein Drittel vom Vorliegen einer tatsächlichen Tötungsabsicht aus, während im übrigen aus beweistechnischen Gründen die Absicht vermutet bzw. schuldhaftige Tötung in der allgemeinen Form des s. 220 NPC angeklagt wurde. Bemerkenswert ist dabei, daß bei der Absichtsvermutung in keiner Anklage die Vorhersehbarkeit des wahrscheinlichen Erfolges ausdrücklich erwähnt wurde, obwohl man inhaltlich eindeutig nur davon ausgegangen war.

Totschlag wurde in ca. 20% aller Fälle angeklagt, allerdings zu zwei Dritteln auf der Vorschrift des Auffangtatbestandes des s. 220 (b) NPC³⁷ basierend, während nur jede dritte Ankla-

36 s. 186 CPC; so Justice Belgore, Jos, den 23.4.1976.

37 Siehe dazu oben S. 97 ff.

ge wegen Totschlags vom Vorliegen einer 'defence' ausging³⁸.

Die übrigen Anklagen hatten fast ausnahmslos eine vorsätzliche strafbare Handlung mit tödlichem Ausgang zum Gegenstand³⁹; solche Anklagen waren ausschließlich auf den NCS beschränkt wie überhaupt in diesem Bundesstaat die stärkste Differenzierung bei der strafrechtlichen Beurteilung vorsätzlicher Tötungshandlungen festzustellen war.

4.2 Die erste Instanz

In insgesamt über 40% der Fälle war der zuständige High Court in seinem Schuldspruch nicht von der Anklage abgewichen, wobei fast die Hälfte der Fälle in subjektiver Hinsicht auf das Handeln mit Verletzungsabsicht bei Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge gestützt wurde⁴⁰. Dieser Anteil enthält nicht die Entscheidungen, die aufgrund einer ganz allgemein gefaßten Anklage wegen schuldhafter Tötung ergingen, da, abgesehen von einem Freispruch, ein Schuldspruch hinsichtlich jeder Form von schuldhafter Tötung als übereinstimmend mit der allgemeinen Anklage angesehen werden kann.

Am größten war der Anteil der HC-Entscheidungen, die in der Tatbestandsbeurteilung mit der Auffassung der Anklage übereinstimmten, bei Anklagen wegen vorsätzlicher Tötung mit Tötungsabsicht, mit Verletzungsabsicht bei Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge⁴¹ sowie mit Verletzungsabsicht bei Kenntnis der nur möglichen Todesfolge (jeweils zwischen 55 und 60%). Beruht die Übereinstimmung bei mit direkter Absicht begangenen Mord im wesentlichen auf einer meist

38 Im Sinne von s. 222 NPC.

39 im Sinne von ss. 225, 226 NPC.

40 s. 221 (b) NPC.

41 Auch die High Courts erkannten expressis verbis in keinem Fall auf das Vorliegen der Voraussetzungen einer Absichtsvermutung, der die Vorhersehbarkeit der Todesfolge zugrundelag, waren aber ausnahmslos und ebenfalls eindeutig nur davon ausgegangen.

durch ein Geständnis begünstigten, eindeutigen Beweislage, so handelt es sich bei den anderen beiden Fällen um die wohl subsumtionsmäßig und beweistechnisch am leichtesten zu handhabenden Mord- bzw. Totschlagstatbestände. Umgekehrt ist die jeweilige Abweichungsrate bei den relativ komplizierten und stärker differenzierenden Tatbeständen der schuldhaften Tötung, die aufgrund vorliegender Verteidigungsmittel eine Strafmilderung vorsehen bzw. die in nicht vorherschaubarer Weise einen tödlichen Ausgang gefunden haben, mit etwa 60 bis 80% entsprechend größer. Allerdings kann eine verstärkte Neigung der High Courts nicht übersehen werden, die von der Anklage häufig ganz allgemein und vereinfacht formulierte rechtliche Würdigung der einzelnen Sachverhalte schuldhafter Tötung einer differenzierteren Beurteilung zu unterwerfen. Während die Anklage immerhin zwei Dritteln ihrer strafrechtlichen Beurteilungen eine sachlich verallgemeinernde, vereinfachte Betrachtungsweise zugrundelegte, begründeten die High Courts ihre Entscheidungen nur etwa zur Hälfte in dieser vereinfachten Form. Die Erwägungen, auf denen die einzelnen Freisprüche basieren, sind dabei allerdings unberücksichtigt geblieben. In keinem Fall war eine derartige Subsumtion zugunsten des Angeklagten vorgenommen worden.

Der Anteil der Freisprüche betrug insgesamt etwa ein Viertel aller Anklagen; mehr als der Hälfte der Freisprüche lag eine Mordanklage zugrunde, sofern die völlig undifferenzierte Anklage, eine schuldhafte Tötung begangen zu haben, auch als eine allgemein formulierte Mordanklage gewertet wird. Der Anteil der freisprechenden Urteile war im übrigen bei solchen Mordanklagen am geringsten, die von einer tatsächlich vorhandenen Tötungsabsicht ausgingen. Zusammengenommen machen die Verurteilungen wegen Mordes und Freisprüche von diesem Vorwurf etwa zwei Drittel aller HC-Entscheidungen aus. Die Tendenz dieser Gerichte, sich auf diese beiden Alternativen zu konzentrieren, ist unverkennbar. Das wird nicht selten auch an der Kürze der Erwägungen deutlich, mit denen die Ablehnung in Betracht kommender bzw. von der Verteidigung vorgebrachter, die Schuld mildernder Verteidigungsmittel begründet wurde.

Bei den Anklagen wegen einer strafbaren Handlung mit tödlichem Ausgang überwog im übrigen der Anteil der Freisprüche bei weitem den der auch vom Antrag abweichenden Schuldsprüche; grundsätzlich gleiches, allerdings in verhältnismäßig geringerem Maße, traf auf die Anklagen zu, die von Voraussetzungen ausgegangen waren, die das Delikt des Totschlags qualifizieren würden. In weniger als 10% aller Gerichtsurteile wurde das Vorliegen privilegierender Voraussetzungen des besonderen Totschlagtatbestandes anerkannt, wobei als Privilegierung ausschließlich Provokation, unvorbereiteter Kampf sowie Überschreitung des Selbsthilferechts in Betracht gekommen waren. Diesem Anteil an Gerichtsurteilen standen insgesamt weniger als 10% entsprechender Anklagen gegenüber; allerdings war ein Gericht in nur einer Entscheidung dem darauf gerichteten Antrag der Anklage nachgekommen. Die relativ geringe Anzahl der Sachverhalte, bei denen die Anklage in der rechtlichen Würdigung eine differenzierte Subsumtion zugrundegelegt hatte, war von den Gerichten ganz überwiegend anders beurteilt worden.

Diese Abweichungsquote kann einen Rückkoppelungseffekt hinsichtlich der Abfassung der Anklage ausgelöst und verstärkt zur vereinfachten rechtlichen Beurteilung von Sachverhalten durch die Anklagebehörden geführt haben.

In allen Fällen, in denen eine Angeklagte von einem High Court wegen vorsätzlicher schuldhafter Tötung verurteilt worden war, hatte das Gericht einen Mordtatbestand für verwirklicht gehalten; dabei überwog hinsichtlich der subjektiven Seite der Täterin geringfügig die Feststellung einer tatsächlichen Tötungsabsicht. Dagegen hatte bei männlichen Angeklagten, sofern diese wegen Mordes verurteilt worden waren, die Tötungsabsicht ganz überwiegend über die gesetzliche Vermutungsregelung hergeleitet werden müssen.

Als die von den zuständigen Gerichten am häufigsten verhängte Rechtsfolge muß die Todesstrafe angesehen werden (40%); die Zahl der Verurteilungen zu dieser Rechtsfolge entspricht der Zahl der Schuldsprüche, die auf Begehung eines Mordes lauteten, denn nach dem Gesetz hatte das Gericht in diesen

Fällen keinen Ermessensspielraum (Tab. 16). Ein Freispruch trotz Verwirklichung des Mordtatbestandes wäre nur beim Vorliegen der Voraussetzungen für Unzurechnungsfähigkeit möglich und zulässig. Fast ebenso oft wie auf die Todesstrafe hatten die Gerichte auf Freiheitsstrafe als Sanktion erkannt⁴².

Die Freiheitsstrafe als Sanktion ist für alle anderen in Betracht kommenden Tatbestände gesetzlich vorgesehen. Dabei beschränkt sich die Ermessensausübung der Gerichte allein auf die Zumessung der zeitigen Freiheitsstrafe, während in keinem Fall die vom Gesetz alternativ vorgesehene lebenslange Freiheitsstrafe⁴³ oder alternativ bzw. kumulativ zur Freiheitsstrafe eine Geldstrafe bestimmt worden war. Nur einmal sah das Gericht von den gesetzlich primär vorgesehenen Strafarten ab und verhängte als Sanktion stattdessen die bei Totschlag sonst völlig unübliche Prügelstrafe⁴⁴.

Die Verurteilungsraten wegen der Strafbarkeit nach verschiedenen Tatbeständen der schuldhaften Tötung, die nicht mit der Todesstrafe bedroht wird, ist mit der Häufigkeitsverteilung der Verhängung einer Freiheitsstrafe fast identisch. Das liegt daran, daß die Gerichte ganz eindeutig selbst dann die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bevorzugten, wenn das Gesetz ein Auswahlermessen hinsichtlich der Art der Rechtsfolge einräumt.

42 Die Angaben über die jeweilige Strafhöhe waren selten in Erfahrung zu bringen und ließen folglich die Erstellung einer Statistik nicht zu; im Sudan überwog bei weitem die Freiheitsstrafe (vgl. Fluehr-Lobban, An Analysis, S. 36, Variable 7).

43 Anders im Sudan (vgl. Fluehr-Lobban, An Analysis, a.a.O.).

44 ss. 77 i.V. m. 224 NPC.

Tabelle 16: Subsumtion und Rechtsfolge im HC-Urteil
(Freisprüche trotz Realisierung von s. 221 NPC erfolgten wegen Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten; Bezugszahl N=121)

Tatbestands- beurteilung durch IC	R e c h t s f o l g e					Summe % (N)
	Todes- strafe	Freiheits- strafe	Geld- strafe oder Kompensation	Prügel- strafe	Freispruch	
ss. 221, 229 (Mord u. Mord- versuch)	90	2	-	-	8	100 (51)
s. 222 (Totschlag wegen Ein- rede)	-	90	-	10	-	100 (11)
s. 222 (b) (Totschlag allg.)	-	94	-	-	6	100 (16)
ss. 225, 226 (Straf- tat mit Todesfolge)	-	100	-	-	-	100 (9)
Sonstiges	-	24	-	-	76	100 (34)

Untersucht man die Verteilung der einzelnen Rechtsfolgen auf die Geschlechter, dann fällt zunächst auf, daß nicht eine einzige Verurteilung eines weiblichen Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe vorgelegen hatte (Tab. 17). Eine Angeklagte wurde entweder zum Tode verurteilt oder freigesprochen. Freispruch erging allerdings nur etwa bei jeder dritten Anklage gegen eine Frau wegen vorsätzlicher Tötung.

Von der Gesamtzahl der auf Todesstrafe lautenden bzw. freisprechenden Entscheidungen war in etwa jedem fünften bzw. sechsten Urteil eine weibliche Angeklagte betroffen. Männliche Angeklagte wurden dagegen zu 40% zu einer zeitigen Freiheitsstrafe, insgesamt aber zu 76% zu einer Strafe überhaupt verurteilt; hier überwog der Anteil der Todesstrafen der der Freisprüche nicht mit gleicher Deutlichkeit wie bei den weiblichen Angeklagten.

Tabelle 17: Sanktion und Geschlecht des Angeklagten
(Bezugszahl N=121)

Geschlecht des Ange- klagten	R e c h t s f o l g e				Summe % (N)
	Todesstrafe	Freiheits- strafe	Prügel- strafe	Freispruch	
männlich	35	40	1	24	100 (107)
weiblich	64	-	-	36	100 (14)

Eine Beziehung besteht auch zwischen dem Alter des Angeklagten und der ausgesprochenen Rechtsfolge (Tab. 18).

Die ganz überwiegende Zahl der verhängten Todesurteile erging gegen Erwachsene zwischen 20 und 60 Jahren; Jugendliche und Greise dagegen erlitten diese Strafe wesentlich seltener. Die Erwachsenen hatten einen genau gleich hohen Anteil an freisprechenden Urteilen wie die Jugendlichen. Prügelstrafe war nur in einem Fall gegen einen Jugendlichen festgesetzt worden. Bei zwei von drei Angklagen gegen Jugendliche wegen vorsätzlicher Tötung erfolgte ein Freispruch. Die Gruppe der Jugendlichen wies damit einen fast doppelt so hohen Anteil an dieser Rechtsfolge auf wie die der weiblichen Angeklagten. Im Falle der Verurteilung Jugendlicher überwog die Freiheitsstrafe als Rechtsfolge. In der Altersgruppe der Erwachsenen dagegen war lediglich zu 12% ein Freispruch ergangen. Jedes zweite Urteil lautete auf Freiheitsstrafe, und bei immerhin fast 40% der Urteile wurde die Todesstrafe verhängt.

Tabelle 18: Alter des Angeklagten und verhängte Rechtsfolge
(Bezugszahl N=96)

Alter des Angeklagten	R e c h t s f o l g e			
	Todes- strafe	Freiheits- strafe	Prügel- strafe	Freispruch
bis 20 J.	3	7	(1)	50
bis 60 J.	94	93	-	50
über 60 J.	3	-	-	-
Summe % (N)	100 (32)	100 (43)	(1)	100 (20)

4.3 Die Rechtsmittelinstanz

Der Supreme Court als Rechtsmittelinstanz hatte sich mit etwa zwei Fünfteln (ca. 40%) der insgesamt angeklagten und mit über der Hälfte (ca. 55%) der in der ersten Instanz ergangenen Verurteilungen wegen vorsätzlicher Tötung zu befassen⁴⁵. Der weit überwiegende Teil der angefochtenen Entscheidungen betraf Verurteilungen wegen Mordes (fast 90%). Diese hohe Appellationsrate hat ihren Grund ohne Zweifel in dem Willen des Angeklagten, alle Möglichkeiten zur Verlängerung des Lebens auszuschöpfen, denn die Einlegung des Rechtsmittels gegen ein Todesurteil hat zumindest aufschiebende Wirkung hinsichtlich der Exekution⁴⁶.

45 Soweit Entscheidungen des SC 1970 (Beginn des Erhebungszeitraumes) ergangen sind, handelt es sich um Anklagen von 1968 bis 1969.

46 s. 287 CPC.

Da der Verurteilte nichts zu verlieren hat, legt er in der Regel ein Rechtsmittel gegen die erstinstanzliche Entscheidung ein. Etwas anderes gilt bei Verurteilungen zu Freiheitsstrafen. Häufig war in diesen Fällen das Gericht schon von der zunächst wegen Mordes erhobenen Anklage abgewichen, so daß Angeklagter bzw. Verteidigung dieses Urteil als hinreichend günstig empfanden. Nur ungefähr die Hälfte aller angefochtenen High Court-Urteile wurden durch den Supreme Court bestätigt. Etwa 50% der aufhebenden Urteile des Supreme Court führten zum Freispruch. In über 90% dieser Entscheidungen war das erstinstanzliche Urteil hinsichtlich des Mordvorwurfs aufgehoben worden. Auch in der Rechtsmittelinstanz wird folglich die schon in der ersten Instanz festzustellende Tendenz deutlich, daß sich die Gerichte bei der Entscheidungsfindung im wesentlichen auf die Prüfung des Mord-Tatbestandes beschränken und dementsprechend verurteilen bzw. freisprechen. Die meist sehr differenzierten Regelungen der nicht mit der Todesstrafe bedrohten schuldhaften Tötungen werden dagegen nur selten geprüft. In wenigen Fällen war ein HC-Urteil aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das zuständige Gericht zurückverwiesen worden.

Der Anteil der bestätigenden Entscheidungen war dann besonders hoch, wenn es sich um eine Verurteilung wegen Mordes gehandelt hatte und die Tötungsabsicht von dem zuständigen High Court mit Hilfe der Vermutungsregelung gemäß s. 221 (b) NPC hergeleitet worden war. Der Anfechtung des Todesurteils lag dabei in der Regel jeweils die Rüge zugrunde, das erkennende Gericht hätte den Wahrscheinlichkeitsgrad der eingetretenen Todesfolge unrichtig beurteilt.

5. Versuch einer Deutung der Ergebnisse

5.1 Aussagen über die Tötungskriminalität in Nordnigeria

War den einzelnen Erhebungen eine zum Teil sehr beschränkte Aussagekraft zuzubilligen, so trifft das nicht mehr in gleicher Weise auf die Betrachtung der Ergebnisse in ihrer Gesamtheit zu. Zwar sind allein schon wegen der geringen Erhebungsrate weiterhin Zweifel an der Repräsentativität angebracht, es werden aber dennoch einige Strukturen in der vorsätzlichen Tötungskriminalität deutlich und sollen im folgenden auch aufgezeigt werden.

Die Tötungskriminalität in Nordnigeria wird in ihrer Erscheinungsform ganz überwiegend von traditionell-kulturellen Faktoren der dominierenden islamischen bzw. vom Islam beeinflussten Gesellschaft geprägt^{46a}. Auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit hat sich der kulturelle Hintergrund nicht wesentlich geändert. Die traditionelle Gesellschaftsstruktur hat kaum Wandlungen erfahren.

Auffällig ist insbesondere die relativ niedrige Tötungsrate; diesbezüglich unterscheidet sich Nordnigeria ganz erheblich von den meisten afrikanischen Staaten⁴⁷. Das Risiko, in Nordnigeria Opfer einer vorsätzlichen Gewalttat zu werden, ist als äußerst gering einzuschätzen.

Werden für die Tötungskriminalität in Afrika insbesondere die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung in die Städte, die Zunahme der Arbeitslosigkeit besonders bei Jugendlichen, die

46a In Nordnigeria soll es mindestens 250 verschiedene ethnische Gruppen geben (Whitaker, The politics of tradition, S. 17).

47 Nach der Internationalen Mordstatistik kamen 1964 in Gesamtnigeria 1,9 vorsätzliche Tötungen auf 100.000 Einwohner, in Äthiopien 24,2, in der Bundesrepublik 2,7 (Rasch, Tötungsdelikte, S. 356, Tabelle 1; s.a. Bohannan, African Homicide and Suicide, S. 235; Clifford, An Introduction, S. 65; Clinard and Abbot, Crime in Developing Countries, S. 57.

Schwächung der ersten Sozialkontrolle durch Auflösung des Familienverbandes und das extreme soziale Gefälle innerhalb der Gesellschaften als kriminogene Faktoren angesehen⁴⁸, so trifft das auf Nordnigeria nicht zu.

Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse stellen keine modernen Phänomene für die nordnigerianische Gesellschaft dar und unterliegen nicht den sonst bekannten Wachstumsraten. Auch heute noch bestimmt der Handel die Struktur der alten Hausa-Städte wie auch der neueren Verwaltungszentren. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung ist nicht-industriell beschäftigt⁴⁹. Genauso wenig unterliegt das Leben den Einflüssen des Tourismus, da die Fremdenverkehrspolitik äußerst restriktiv betrieben wird.

Zwar leben über 20% der Bevölkerung in Großstädten⁵⁰; dabei handelt es sich aber ganz überwiegend um alte afrikanische Städte, die als Hauptstädte der Emirate wie als Lokalmärkte traditionellen Funktionen unterworfen waren und auch gegenwärtig noch eine homogene Bevölkerungsstruktur aufweisen⁵¹. Die sozialen Kontrollen der traditionellen Gesellschaft funktionieren auch in dieser Umwelt noch weitgehend und finden ihren Ausdruck unter anderem in der relativ geringen Beteiligung Jugendlicher an der Tötungskriminalität⁵².

Auf dem Lande sind noch weniger sogenannte westlich-zivilisatorische Einflüsse bemerkbar, wenn man einmal von der auch dort augenfälligen Motorisierung absieht. Als Ausdruck der Verhaftung in der einheimischen Kultur kann die sehr ge-

48 Kusamotu, The historical analysis, S. 584; Oloyede, Juvenile Delinquency, in (1970) 4 N.L.J. 53.

49 Whitaker, The politics of tradition, S. 18.

50 African Encyclopedia, S. 368.

51 Zur Abgrenzung von der alten afrikanischen Stadt (z.B. Kano, Zaria) und der Kolonialstadt (z.B. Kaduna, Jos) Mansard, Afrika-südlich der Sahara, S. 253 und 256.

52 Anders scheint es sich mit dem Anteil an der Drogenkriminalität zu verhalten (Pategi, Mounting wave of crime in our society, New Nigerian (Kaduna), vom 12.6.1976).

ringe Kenntnis der Amts- und Gerichtssprache Englisch angesehen werden. Die Erscheinungsformen der Tötungshandlungen sind ein Spiegelbild dieser weitgehend stabil gebliebenen kulturellen Umwelt, wie die zugrundeliegende Erhebung vielschichtig bestätigt. Die von ihr geprägten Wertvorstellungen und die daraus entstandene Mentalität führen bei der vorsätzlichen Tötung zu Verhaltenstypizitäten, was sich u.a. in der Typik des Motivs äußert. Ganz deutlich wird das zunächst an der häufig vorliegenden Neigung, Streitfragen gewaltsam zu lösen; charakteristisch für eine solche Situation ist dann meist, daß die Beteiligten ihre Selbstbeherrschung verlieren. Der Versuch, den entstandenen Konflikt auf eine gewaltsame Weise zu lösen, wird dann im Affekt unternommen. Wer letztlich zum Täter und wer zum Opfer eines sich daraus entwickelnden Tötungsdelikts geworden ist, hängt nicht selten vom Zufall ab. Die Konfliktsituationen führen teilweise auch zur Bildung von Spontangemeinschaften durch die Anwesenden, weil dann häufig sofort eine Identifizierung mit dem Konflikt des späteren Tatgenossen stattfindet und dieser Konflikt schließlich durch die gemeinsame Tötungshandlung eine Lösung finden soll:

Genauso deutlich wird die Typik des Motivs bei der abwehrorientierten Tötung. Abgewehrt werden sollen z.B. bei der Tötung von Hexen die negativen Einwirkungen auf die eigene Persönlichkeitssphäre. Die Tötung eines Diebes dagegen soll zum Schutze des Eigentums dienen und die Tötung eines Ehebrechers zur Erhaltung von Ehe, Ehre und Besitz. Schon die Verletzung fremder Rechtsgüter beim Diebstahl bzw. die Ausübung übernatürlicher Einflüsse durch Hexen auf andere reicht aus, daß die konkrete Bedrohung gegen andere auch als unmittelbar gegen sich selber empfunden wird und eine derartige Abwehrreaktion auslöst. Ist bei der im Affekt durchgeführten Tötung grundsätzlich noch ein Unrechtsbewußtsein vorhanden, so fehlt ein solches bei den genannten Formen der Abwehrtötung völlig, weil nicht nur ein Recht auf Selbsthilfe, sondern sogar die Pflicht dazu meist als selbstverständlich angenommen wird.

Diese Situation bestätigt, daß zum Teil die Kluft zwischen der traditionellen Rechtsauffassung sowie den sich daraus ergebenden Verhaltensweisen und den Ansprüchen des modernen Rechts noch nicht überbrückt werden konnte. Der in diesem Zusammenhang festzustellende Konflikt zwischen Brauchtum und geltendem Recht ist ein Konflikt verschiedener Normen. Er verdeutlicht einen gegenwärtig noch wiederholt auftretenden Kulturkonflikt⁵³. Dieser Konflikt ist nicht nur auf die ethnischen Gruppen beschränkt, die sich zum Islam bekennen⁵⁴.

Auch die Begehungsweise wird von kulturspezifischen Eigenheiten bestimmt, insbesondere, wie durch diese Erhebung deutlich geworden ist, durch die Verwendung der traditionellen, meist allgemein verfügbaren Tatwerkzeuge⁵⁵. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang ganz besonders auf die sehr häufige Verwendung von Feuer bei aberglaubensmotivierter Tötung. Nicht hinreichend aussagekräftig scheint allerdings die ermittelte Verwendungsrate von Gift als Mittel zu Tötung geworden zu sein.

Die Dunkelziffer bei unter Verwendung von Gift durchgeführten Tötungshandlungen wird relativ hoch einzuschätzen sein. Mangels der Verfügbarkeit technischer bzw. chemischer Hilfsmittel können entsprechende Untersuchungen nur sehr selten durchgeführt werden. Die Ermittlungen in diesen Fällen werden zusätzlich noch dadurch erheblich erschwert bzw. völlig unmöglich gemacht, daß im islamischen Bereich eine Beerdigung meist unverzüglich (in der Regel innerhalb von 24 Stunden) stattfindet, wenn keine äußeren Anzeichen für eine unnatür-

53 Kulturkonfliktstheorien: siehe Taft (Kriminogenität der Kultur als Ganzes), Sellin (Konflikt auf Verhaltenserwartung bezogen) und Merton (Theorie von der Normlosigkeit - Anomietheorie) in Jung, Fälle, S. 39; kritisch zur Verwendung des Kulturkonflikts als Erklärungsversuch für kriminologische Phänomene siehe Kaiser, Kriminologie, S. 104.

54 Bohannon, African Homicide and Suicide, S. 37, 51, 233.

55 Allgemein zu den kulturellen Präferenzen bei der Wahl der Tatwerkzeuge Wolfgang, Patterns in Criminal Homicide, S. 83.

liche Todesursache vorliegen.

Die Dominanz kulturspezifischer Einflüsse bei der Tötungskriminalität wird ferner auch durch die tatsächlichen Merkmale erkennbar. Tatort (im weiteren Sinne) und dauernder Aufenthaltsort sind meist identisch⁵⁶. Ein Ausdruck dieser identischen Umwelt ist der überaus hohe Anteil an dem Täter bekannten Opfern; verhältnismäßig oft gehört das Opfer zusätzlich noch zu der in afrikanischen Gesellschaften bedeutsamen gleichen Altersgruppe. Die überwiegende Zahl aller Tötungshandlungen wurde im ländlichen Bereich begangen, d.h. in Regionen, in denen auch der größte Teil der Bevölkerung lebt. Da die Urbanisierung weder ein modernes Phänomen darstellt, noch eine Dynamisierung zwischenzeitlich eingetreten ist, kann es nicht als überraschend bezeichnet werden, daß die Städte keine erhöhte Kriminalitätsbelastung in bezug auf die Tötungsdelinquenz aufweisen. In Nordnigeria stellt sich die Tötung nicht als typisches Großstadtdelikt dar⁵⁷. Die überwiegende Begehung von Tötungshandlungen unter freiem Himmel, und zwar auch in den Städten, macht die klimabeinflußten bzw. -abhängigen Lebensverhältnisse deutlich. Die meist bei Tageslicht durchgeführten Tathandlungen drücken die weitgehende Abhängigkeit der menschlichen Aktivitäten vom natürlichen Tagesrhythmus aus⁵⁸.

Trotz dieser kulturbedingten, die Tötungshandlung weitgehend bestimmenden Grundzüge darf man nicht in eine oberflächliche Denkweise verfallen und einfach einen konstruierten Kulturkonflikt für die Tötungskriminalität verantwortlich machen⁵⁹.

56 Da kaum Daten über den Geburtsort des Täters vorlagen, läßt sich hinsichtlich der Beziehung von Tötungskriminalität und Fluktuation keine Feststellung treffen.

57 Siehe auch Oloyede, Juvenile Delinquency, S. 53.

58 In der Bundesrepublik werden die meisten vorsätzlichen Tötungen in den Abend- bzw. Nachtstunden durchgeführt (vgl. Rasch, Tötungsdelikte, S. 365).

59 Allgemein dazu Aremu, Cultural Conflicts, S. 327.

Ein solcher Erklärungsversuch ist abwegig. Das wird allein schon daran deutlich, daß, unabhängig von kulturbeeinflußten Eigenheiten, zum Beispiel die Tötungshandlungen in der Bundesrepublik sehr ähnliche Grundzüge aufweisen (wie etwa die Dominanz der sogenannten Beziehungstaten)⁶⁰.

Ein solcher Ansatz kann zu Recht Anwendung finden, wenn die Kriminalisierung einer Tötungshandlung durch das Gesetz mit den herrschenden Moralvorstellungen nicht in Einklang steht, was lediglich auf einzelne Fälle strafbarer, aber ohne Unrechtsbewußtsein durchgeführter Selbsthilfe zutrifft; konkret bezieht sich das auf das vermeintliche Recht, einen gestellten Dieb oder eine entdeckte Hexe durch Tötung aus der Gemeinschaft eliminieren zu dürfen.

In den meisten Fällen vorsätzlicher Tötung muß vielmehr eine Reihe von Faktoren bei der Ermittlung der Ursache herangezogen, d.h. ein Mehrfaktorenansatz zugrunde gelegt werden⁶¹.

In diesem Zusammenhang hat das soziale Gefüge (z.B. die Gesellschaftsstruktur, die Arten der sozialen Kontrollen und die Verhaltensmuster) selbstverständlich Berücksichtigung zu finden. Insbesondere dürfen aber auch mögliche psychologische Ursachen nicht außer Betracht bleiben.⁶² So werden z.B. bestimmte Formen von Schizophrenie, die durch aggressiv-bösartige Angstzustände (malignant anxiety)⁶³ und teilweise durch periodisches Auftreten (periodic psychosis)⁶⁴ charakterisiert sind, als ursächlich für die Begehung von Kapitalverbrechen angesehen; das soll insbesondere auf die ländlichen Regionen zutreffen, folglich auf den Bereich, in dem in Nordnigeria die Tötungskriminalität ganz überwiegend auftritt. Von dieser aggressiven Erscheinungsform der Schizophre-

60 Vgl. Rasch, Tötungsdelikte, a.a.O.

61 Dazu Kaiser, Kriminologie, S. 184; Abgrenzung der einzelnen Ansätze bei Jung, Fälle zum Wahlfach Kriminologie, S. 25 ff.

62 Allgemein dazu Clifford, An Introduction, S. 71; Milner-Asuni, Psychiatry and the Criminal Offender, S. 322.

63 Lambo, Malignant Anxiety: A Syndrome, in (1962) J.M.S. 256.

64 Lambo, Further Neuropsychiatric Observations, in (1960) 2 BMJ 1698.

nie sollen besonders häufig in einfacher ländlicher Umgebung lebende Afrikaner befallen werden (... more frequent in rural and primitive surroundings and confined to primitive African)⁶⁵.

In städtischen Regionen moderner Prägung sollen dagegen in zunehmendem Maße durch Aberglauben bedingte psychosomatische Probleme in verstärkter Form auftreten⁶⁶, was allerdings aufgrund der weitgehend noch traditionellen Stadtstruktur für die nordnigerianischen Verhältnisse nur sehr eingeschränkt gelten dürfte. Auch psychoneurotische Erscheinungsformen, für die akute Angstzustände verbunden mit Tötungsneigungen (acute fear with homicidal tendencies) symptomatisch sein sollen - z.B. bei der Furcht, behext zu sein -, können im wesentlichen auf in der kulturellen Umwelt liegende Ursachen zurückgeführt werden⁶⁷.

In der Tötungskriminalität spiegelt sich auch in vielerlei Hinsicht die untergeordnete Stellung der Frau in der nordnigerianischen Gesellschaft wider.

Die durch Isolation bedingte Kontaktarmut der Frau wird nicht nur durch ihren relativ geringen Anteil an Tätern, sondern auch durch deren Anteil an Opfern deutlich⁶⁸. Diese Erscheinung entspricht der äußerst niedrigen Rate aller vor-

65 Lambo, Further Observations, a.a.O.

66 Lambo, Further Observations, S. 1699.

67 Lambo, Further Observations, S. 1701.

68 23% weibliche Täter in der BRD nach der Verurteilungsstatistik 1962-66 (vgl. Göppinger, Kriminologie, S. 378, Tabelle 54 und für 1950-67 Rasch, Tötungsdelikte, S. 373); 32% weibliche Täter und 57% weibliche Opfer 1960 in England, 4% weibliche Täter bei den Tiv (Benue-Plateau State) (vgl. Bohannan, African Homicide and Suicide, S. 240); 10% weibliche Täter im Sudan (vgl. Lobban, Law and Anthropology in the Sudan, S. 7).

sätzlich durchgeführten Tötungshandlungen⁶⁹. Handelte es sich um Täter bzw. Opfer weiblichen Geschlechts, dann waren diese jeweils dem Opfer bzw. dem Täter bekannt gewesen.

Bei einem Ehebruch, an dem die Ehefrau des Täters beteiligt war, wurde ohne Ausnahme nur der Geliebte zum Opfer der Tat. Da die Ehefrau als durch ein Brautgeld erworbener, zu verteidigender Besitz angesehen wird, richteten sich die Aggressionen und Abwehrhaltung nur gegen den Eindringling. Dagegen war keine Frau zum Täter geworden, weil ihr Mann einen Ehebruch begangen hatte; denn die Ansprüche und Rechte in bezug auf den Ehegatten sind nicht von gleicher absoluter Natur, obwohl der Penal Code auch gegenwärtig den Ehebruch des Mannes zum Teil noch unter Strafe stellt⁷⁰.

Für die Täterschaft bei der Tötung von Kindern, die jünger als ein Jahr waren, kamen ohne Ausnahme nur deren Mütter in Betracht, und zwar ausnahmslos Frauen zwischen 17 und 30 Jahren. Das kann auf die engen Beziehungen zueinander zurückgeführt werden, von denen die Väter normalerweise die ersten zwei Jahre nach der Geburt beinahe völlig ausgeschlossen sind⁷¹.

Entsprechend dieser Exklusivität bei der Täterschaft gibt es eine Exklusivität für Frauen, als Opfer in Betracht zu kommen, und zwar ausschließlich bei abergläubensmotivierten Tötungshandlungen.

⁶⁹ Die Gesetzmäßigkeit, daß in Ländern mit geringer Tötungskriminalität der Anteil der weiblichen Opfer wie auch der der weiblichen Täter einen relativ hohen Prozentsatz erreicht, kann nach dieser Erhebung keine Bestätigung finden (vgl. V. Verkko, Homicides and Suicides in Finland and their Dependence on National Character; bestätigt für die BRD durch Rasch, Tötungsdelikte, S. 368 und 373.).

⁷⁰ Sie ss. 387 f. NPC.

⁷¹ In Westeuropa sind Kinder zum Teil bis zu einem Drittel als Opfer aller vorsätzlichen Tötungsdelikte betroffen (siehe Rasch, Tötungsdelikte, S. 382).

Es fanden bei der Tatbegehung durch weibliche Täter nur Tatwerkzeuge Verwendung, die ausschließlich für die von Frauen verrichtete Haus- bzw. Feldarbeit bestimmt waren. Nicht minder charakteristisch ist die Erscheinung, daß in keinem Fall ein weiblicher Täter bzw. ein weibliches Opfer selber vor der Tat Alkohol oder andere Rauschmittel zu sich genommen hatte. Nach islamischer Sitte ist den Frauen der Zugang zum Alkohol absolut versperrt.

Insgesamt kann deshalb festgestellt werden, daß die von weiblichen Tätern durchgeführten vorsätzlichen Tötungshandlungen eine erheblich kleinere Variationsbreite aufweisen als solche von männlichen Tätern⁷².

5.2 Die Tötungskriminalität im Sanktionsprozeß

Hinsichtlich der Behandlung der vorsätzlichen Tötungsdelikte durch die Justiz fällt zunächst ganz allgemein auf, daß die Subsumtion der Sachverhalte unter die Regelungen der schuldhaften Tötung einer Tendenz der Vereinfachung unterliegt. Generalisierende Tatbestände wurden von der Anklage wie auch von den Gerichten den speziellen vorgezogen, obwohl zumindest teilweise eine Prüfung der spezialgesetzlichen Regelung nahegelegt hatte.

Im einzelnen kann festgestellt werden, daß es nicht selten und mit aller Konsequenz vom Zufall abhängt, ob die Tat als Mord oder als Totschlag zu qualifizieren ist. Das betrifft insbesondere den Grad der Wahrscheinlichkeit des Todeseintritts und gilt meist für die Affekttötung. In Spontansituationen ist die Verfügbarkeit des Tatwerkzeuges häufig genauso zufallsbedingt wie die Verletzung eines bestimmten Körperteils; das

72 Gleiches gilt auch für die BRD (Rasch, Tötungsdelikte, S. 374).

gilt auch dafür, wer von den Beteiligten letztlich zum Täter und wer zum Opfer geworden ist. Wenn die Gerichte die Wahrscheinlichkeit der Todesfolge festgestellt hatten und weder eine tatsächliche Absicht nachweisbar war, noch ein privilegierender Tatumstand vorlag, dann wurden fast ausnahmslos diese verschiedenen Abhängigkeiten und Einflüsse unberücksichtigt gelassen. Eine solche Auffassung orientiert sich allerdings genau an der vom Gesetz vorgezeichneten Richtung.

Generalisierende Tendenzen in der Anwendung von Gesetzesvorschriften auf den jeweiligen Sachverhalt konnten dennoch am wenigsten bei den Gerichten festgestellt werden und meist auch nur, wenn es sich um die Voraussetzungen des Mordtatbestandes handelte. Angesichts der für Mord obligatorischen Sanktion scheinen sich die Gerichte veranlaßt zu sehen, in eine äußerst intensive und kritische Prüfung einzutreten. Das gilt insbesondere bei Mordanklagen gegen Jugendliche und Heranwachsende. Daß die drohende Todesstrafe als Ursache dafür ganz wesentlich verantwortlich zu machen ist, wird anhand der zahlreichen Entscheidungen deutlich, bei denen in sehr großzügiger Weise Zweifelsfälle angenommen und dadurch die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, die Angeklagten vor dem Todesurteil zu bewahren. In diesen Fällen zogen es die Gerichte bemerkenswert häufig vor, eher auf einen Freispruch als auf einen Schuldspruch wegen Mordes zu erkennen. Das war dann meist der Fall, wenn sich keine Anhaltspunkte für einen Totschlag aufgedrängt hatten.

Nicht selten hatten den einzelnen Mordanklagen allerdings völlig unzureichende Ermittlungen zugrundegelegen, so daß von der Begründetheit des Tatverdachts überhaupt keine Rede sein konnte; so z.B. wenn nicht einmal Ermittlungen hinsichtlich der Todesursache angestellt worden waren⁷³. Die Kritik des Justizministers und Generalstaatsanwalts der Föderation

73 Nach Agubuike, *Accused Persons Walk to Freedom*, in *Nigerian Standard* (Jos) vom 25.2.1976.

Nigeria gegen die negative Erscheinung, leichtfertig Anklage zu erheben, kann aber nicht nur an die Ermittlungsbehörden gerichtet gewesen sein. Diese Kritik müßte auch die zum Teil sehr großzügige Anerkennung eines Anscheinbeweises durch die Magistrates in der Vorverhandlung einschließen⁷⁴.

Eine genaue Subsumtion wurde oft nur dann vorgenommen, wenn die Verteidigung ihre vorgebrachten 'defences' auch mit einer in Einzelheiten gehenden Begründung versehen hatte. Nicht selten schienen der Anklage bzw. dem Gericht Sondertatbestände des Penal Code ganz unbekannt zu sein.

In den einzelnen Bundesstaaten war in dieser Hinsicht auch eine unterschiedliche Praxis festzustellen. Während der High Court des North-Central State (Kaduna) die differenziertesten Erwägungen anstellte und noch am meisten spezielle Tatbestände in Betracht zog, traf das genaue Gegenteil auf den High Court des North-Eastern State in Maiduguri zu. Da diese Gerichte jeweils mit einem bzw. mehreren Einzelrichtern besetzt sind, kommt der Qualifikation des Richters und seiner Persönlichkeit erhebliche Bedeutung zu. Kaduna gilt als verwaltungsmäßiges und justizielles Zentrum des Nordens, Maiduguri dagegen als abgelegene Provinz; das scheint auf die Stellenbesetzung nicht ohne Einfluß gewesen zu sein. Allerdings muß eingeräumt werden, daß der High Court Maiduguri bei der Schuld Ermittlung (z.B. im Rahmen der 'reasonable man'-Tests) den kulturellen Hintergrund der Angeklagten weitaus häufiger in seine Überlegungen eingeschlossen hatte, wie anhand der Urteilsbegründungen festzustellen war.

Es besteht ferner der Eindruck, daß alle Gerichte zumindest bei abergläubismotivierter Tötung vom mangelnden Unrechtsbewußtsein des jeweiligen Täters ausgehen. Der Verbotsirrtum,

74 Justice Ihekwe in New Nigerian (Kaduna) vom 28.4.1976.

in dem die Täter sich befunden haben, findet zwar meist keine juristische Berücksichtigung, aufgrund der folgenden Gnadenempfehlung aber eine moralische. Das deutet darauf hin, daß auch den Gerichten der Kulturkonflikt in dieser Situation bewußt ist.

Aufgrund der verhängten Sanktionen ist festzustellen, daß die Gerichte bis auf seltene Ausnahmen von ihrem Ermessen ganz wesentlich im Zusammenhang mit der Zumessung der Freiheitsstrafe Gebrauch machen, nicht aber hinsichtlich der Wahl der Strafart. Der Verzicht auf die Verhängung einer lebenslangen Freiheitsstrafe hat sich uneingeschränkt durchgesetzt. Ebensowenig werden Geld- oder Prügelstrafen (mit einer Ausnahme) in Erwägung gezogen. Wegen des geringen Durchschnittseinkommens der Angeklagten wird inzwischen längst selbstverständlich von einer alternativen bzw. kumulativen Verhängung von Geldstrafen abgesehen⁷⁵. Von der Prügelstrafe verspricht man sich keine mit den Strafzwecken bei Tötungsdelikten in Einklang stehende Wirkung.

Als richterliche Ausübung eines Ermessens stellt sich daneben aber auch der offensichtlich allgemein praktizierte Verzicht dar, Freiheitsstrafen gegen weibliche Angeklagte zu verhängen und diese stattdessen unter allen, nicht immer rechtlich vertretbaren Umständen, freizusprechen; die grundsätzlich gleiche Tendenz ist jugendlichen Angeklagten gegenüber feststellbar.

Wie auch anhand der Rechtsmittel erkennbar ist, scheint es den Angeklagten und der Verteidigung im wesentlichen darum zu gehen, auf jeden Fall den Schuldvorwurf wegen Mordes zu entkräften und die Verhängung der Todesstrafe zu vermeiden. Schon die Beurteilung der Tötungshandlung als Totschlag wird meist als Erfolg gewertet und führt zur Hinnahme fast jeder

75 Lewin, Studies in African Law, S. 91.

Sanktion. Der Verzicht auf das Rechtsmittel in solchen Fällen kann mit der unbegründeten Angst verbunden sein, die Strafe könnte härter ausfallen, oder ist auf die Zufriedenheit mit dem Urteil zurückzuführen.

F. Das Stadium der Eigenständigkeit und die gesellschaftliche Bedeutung des Rechts der vorsätzlichen Tötung in Nord-Nigeria

I. Stand der Rezeption

Die Kodifizierung eines eigenen Strafrechts durch Nordnigeria nach Erlangung der Unabhängigkeit der Föderation Nigeria stellt sich als Akt freiwilliger Rezeption sudanesischen, indischen und damit nicht zuletzt englischen Strafrechts dar¹.

Damit hatte zwar der Rezeptionsprozeß nur insoweit sein Ende gefunden, als er die Übernahme des ganzen Strafgesetzbuches (Gesamtrezektion) betraf². Mangels einer eigenen Rechtsprechungstradition zum Penal Code wurde in Einzelfällen zunächst auf die Entscheidungen indischer bzw. sudanesischer Gerichte sowie auf anerkannte Kommentierungen zur Interpretationshilfe für das neue Strafgesetzbuch zurückgegriffen. Diese Anerkennung und Übernahme nicht-nigerianischer Rechtsauslegung rechtfertigt es, diesen Vorgang als Einzelrezektion zu bezeichnen. In zunehmendem Maß hat sich das nordnigerianische Strafrecht aber verselbstständigt und sich zu einem unabhängigen Recht fortentwickelt. Dieser Prozeß läßt sich anhand der Rechtsprechung ganz eindeutig nachvollziehen.

1 Zu den unterschiedlichen Formen der Rezeption Schütze, Die Rezeption, in JZ 1969, 627.

2 Zum Begriff der Gesamtrezektion Rheinstein, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 124 ff. m.w.N.

Berief man sich anfangs noch ohne weitere Erläuterung auf die Autorität sudanesischer, indischer und englischer Entscheidungen bzw. Kommentierungen³, so wurde eine derartige Verfahrensweise später nur noch in eingeschränkter Form für zulässig erachtet⁴, bis schließlich Rückgriffe auf nicht-nigerianische Autoritäten überhaupt nicht mehr vorgenommen wurden⁵.

Inzwischen ist folglich ein Zustand erreicht, in dem der Rezeptionsprozeß, abgesehen von sehr wenigen Fällen einer Einzelrezeption, als abgeschlossen betrachtet werden kann. Aufgrund dieser Verselbständigung des nordnigerianischen Strafrechts ist die Möglichkeit zu einer Fortentwicklung nach eigenen Bedürfnissen und eine Anpassung an die spezifisch nordnigerianischen Bedingungen gegeben; mit zunehmender Tendenz wird das übernommene Recht einem Prozeß der (Nord-)Nigerianisierung unterzogen.

Zum Teil ist eine eigenständige Fortentwicklung vom englischen Strafrecht schon im Penal Code angelegt. Dem widerspricht nicht, daß die Kodifizierung sich weitgehend auf englische Strafrechtsprinzipien gegründet hat.

Diese Verselbständigung wird deutlich an der Struktur der Tötungsdelikte, deren Tatbestände im Gegensatz zum englischen 'criminal common law' eine größere Differenzierung aufweisen. Diese Feststellung bezieht sich in besonderem Maße auf die subjektive Tatseite, bei deren Regelung das Bekenntnis des Penal Code zu einem strengen Schuldstrafrecht erkennbar wird. Auf diese Weise wird beispielsweise die Anwendung eines gefolgerten Mordvorsatzes (constructive malice) über die Verant-

3 z.B. Abdallabe v. Bornu N.A. in (1961-62) N.R.H.C.J. 22.

4 Z.B. Fulani and or v. Bornu N.A. in (1966) 1 All N.L.R. 260.

5 ... soweit es Entscheidungen über vorsätzliche Tötungsdelikte betrifft. Dem ging eine scharfe Kritik des Supreme Court an der Tendenz der High Courts voraus, englischen Entscheidungen - hier im Fall von Provokation - zu folgen, statt selbständig den eigenen Code zu interpretieren (siehe Allott, Judicial Precedent, in (1968) 12 J.A.L. 3.).

lichkeit wegen einer schweren Körperverletzung verhindert⁶. Die Selbständigkeit des Strafrechts kommt ferner in der Entscheidung zum Ausdruck, z.B. bei der Provokationsregelung nicht einen streng objektiven, sondern einen eingeschränkten, systemierend-objektiven Test anzuwenden. Mit Hilfe des 'reasonable man'-Tests sind die Voraussetzungen geschaffen, die besonderen nord-nigerianischen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Das Schuldstrafrecht erfährt aber auch Abweichungen. Das geschieht einerseits durch das Gesetz selber, und zwar z.B. in der Einführung eines gefolgerten Totschlagvorsatzes (constructive manslaughter), wonach bei fast jeder unerlaubten Handlung mit tödlichem Ausgang eine schuldhaft Tötung vorliegt⁷. Andererseits weicht die Rechtsprechung von den Grundsätzen eines Schuldstrafrechtes ab, indem sie z.B. bei freiwillig herbeigeführten Rauschzuständen nicht auf die Fähigkeit zur Willensbildung abstellt und bei aber-
~~halb gesetzlicher Vorlage trotz mangelnden Unrechtsbewußtseins~~
 des Täters einen streng objektiven Test als Beurteilungsmaßstab zugrundelegt, obwohl dies der Grundtendenz des Gesetzes zuwiderläuft. Gerade in der Übernahme des 'reasonable man'-
~~Testes~~
 Testes bei übergläubensbedingten Tötungshandlungen wird ein zwar inzwischen sehr selten gewordener, aber tatsächlich immer noch praktizierter Vorgang einer Einzeldelegation von der Rechtsprechung anschaulich demonstriert.

Als den besonderen Verhältnissen Nordnigerias angepaßt muß die Regelung des Notwehrrechts angesehen werden. Diebstahls-
~~delikte~~
 delikte waren und sind überwiegend Früchte der Feldarbeit und die dafür benötigten Geräte. Da die meisten Einwohner Nord-
~~nigerias~~
 nigerias das Land noch heute noch Landwirtschaft betreiben oder erwerbs-
 mäßig von ihr abhängig sind, kommt ein Diebstahl häufig einem schweren Angriff auf die Existenz gleich. Nach der Rechtstra-
~~dition~~
 dition des Maliki-Rechts erschreckte sich das Selbsthilferecht

⁶ Vgl. bei D.P.F. v. Smith (a.a.O.); siehe auch Kusamotu, The Criminal and Comparative Analysis, S. 215.

⁷ S. 138 vgl.

über die Nothilfe hinaus auch auf den Schutz fremden Eigentums. Der Penal Code setzt diese Tradition grundsätzlich fort,⁹ allerdings in eingeschränkter Form, da sich die Lebensverhältnisse des Großteils der Bevölkerung kaum verändert haben und außerdem der Schutz durch staatliche Sicherheitskräfte noch nicht ausreichend gewährleistet ist. Während die Überschreitung des Selbsthilferechtes in Notwehrfällen vom Gesetz als Totschlag eingestuft wird, erfährt sie in Fällen zum Schutze des Eigentums diese gemilderte Beurteilung nicht, wenn nicht zusätzliche Voraussetzungen des Gesetzes erfüllt werden¹⁰.

Zu dem Nigerianisierungsprozeß muß auch die Entscheidung gezählt werden, ein rezipiertes Rechtsinstitut nicht weiter zu entwickeln. Das trifft beispielsweise auf die Kriterien der Unzurechnungsfähigkeit zu¹¹. Theoretisch eröffnet der vom Gesetz gewählte Begriff 'unsoundness of mind'¹² weite Interpretationsmöglichkeiten; die Rechtsprechung hat sich aber im wesentlichen auf die relativ enge Auslegung im Sinne der M'Naghten Rules festgelegt und ist davon bislang auch nicht abgewichen¹³, obwohl z.B. in England längst eine Fortentwicklung des Begriffs der Unzurechnungsfähigkeit stattgefunden und auch eine verminderte Zurechnungsfähigkeit (diminished responsibility) für Tötungsdelikte gesetzliche Anerkennung gefunden hat.

Auch hinsichtlich der Subsumtionsvorgänge kann zum Teil von einer eigenständigen Entwicklung in Nordnigeria gesprochen werden. Zwar haben im Rahmen der freiwilligen

9 Kosamotu, The historical analysis, S. 490.

10 Vgl. s. 222 (2) i.V. s. 66 (d) NPC; siehe auch oben S. 45.

11 Vgl. oben S. 36 ff.

12 s. 51 NPC.

13 Dazu Aguda, Principles, S. 271 und 276; Daniels, The Common Law, S. 255.

Gesamtrezeption durch die Kodifizierung des Strafrechts Prinzipien des englischen 'criminal common law' (z.B. die Gleichstellung von Tun und Unterlassen, die Strafbarkeit des Versuchs und die Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme) Eingang in den Penal Code gefunden, die Rechtsverfolgungsorgane ignorieren aber diese gesetzlich vorgesehenen Strafrechtsinstitute fast ausnahmslos. Das geschieht überwiegend aus beweistechnischen Gründen und wird meist mit dem Hinweis auf den ohnehin gleichen Strafraumen der jeweils in Betracht kommenden Vorschriften gerechtfertigt. In bezug auf die vorsätzlichen Tötungsdelikte hat in der Rechtswirklichkeit insoweit eine Rezeption überhaupt nicht stattgefunden.

Die weniger an dogmatisch-systematischen Gesichtspunkten als am Pragmatismus orientierte Rechtsanwendung der nordnigerianischen Rechtsverfolgungsorgane wird darüber hinaus auch an Grundsätzen deutlich, die aus dem indischen bzw. sudanesischen Strafrecht übernommen worden sind. Zwar weist der nord-nigerianische Penal Code z.B. beim Mordtatbestand die gleiche Abstufung bezüglich der subjektiven Tatseite auf, in der Rechtsprechung herrscht aber eindeutig die Tendenz vor, grundsätzlich und von vornherein die beweistechnisch günstige Vermutungsregel (Körperverletzungsabsicht und Vorhersehbarkeit der wahrscheinlichen Todesfolge) anzuwenden und somit die strafrechtliche Verantwortlichkeit im wesentlichen aus den objektiven Umständen der Tat herzuleiten. Dadurch wird in solchen Fällen die Schuld letztlich nach einem objektiven Maßstab beurteilt. Eine an anderen Maßstäben orientierte Einstellung der Rechtsprechung wird z.B. in Fällen der Kindestötung durch die Mutter deutlich. Hierbei wird eine Strafe trotz der immerhin schon gesetzlich vorgesehenen gemilderten Verantwortlichkeit im Sinne eines Totschlages offenbar überhaupt nicht für angemessen gehalten, sondern eher Straffreiheit für wünschenswert erachtet. Eine ähnliche Haltung wird auch im Zusammenhang mit dem strafbaren Selbsttötungsversuch erkennbar ¹⁴.

14 Siehe Mohammed v. C.O.P. in (1974) N.N.L.R. 43.

Eine derartige Verfahrensweise ist eindeutig 'contra legem', da eine richterliche Rechtsfortbildung nur im Rahmen des vom Gesetz eingeräumten Ermessens erfolgen, sich aber nicht über das Gesetz hinwegsetzen darf. Dennoch bleibt dieser Vorgang ohne Konsequenzen, da der Supreme Court sich selber dieses Vorgehen zu eigen gemacht hat¹⁵. Auch der Gesetzgeber hat in diesem Zusammenhang keine Anzeichen von Aktivitäten oder Reaktionen erkennen lassen.

Ganz genau hält man sich indessen ohne Ausnahme an die aus dem englischen Strafrecht übernommenen Grundsätze der Kausalität, jedenfalls soweit die Kausalitätsprüfung im Rahmen des Mordtatbestandes vorgenommen wird. Dabei werden äußerst strenge Maßstäbe angelegt, und es wird eine lückenlose Beweiskette verlangt. Hält die Kausalitätsprüfung diesen Kriterien nicht stand, so wird konsequenterweise nach dem Grundsatz 'in dubio pro reo' auf Freispruch erkannt. Im Rahmen der anderen Tatbestände, deren Verwirklichung nicht mit der Todesstrafe bedroht ist, erfolgt die Kausalitätsprüfung teilweise nach sehr uneinheitlichen Kriterien und nicht selten in äußerst großzügiger Weise. Diese Anwendung unterschiedlicher Beurteilungsmaßstäbe hängt offenbar mit den verschiedenen Arten der angedrohten Strafen zusammen.

Anhand der gerichtlich verhängten Rechtsfolgen ist eindeutig die überwiegende Anwendung der zeitigen Freiheitsstrafe festzustellen. Gab es nach traditionellem Recht im wesentlichen als Alternativen nur 'Todesstrafe' oder 'Kompensation', so ist an deren Stelle in rechtlich als Totschlag zu qualifizierenden Fällen die Freiheitsstrafe getreten. Diese Strafart muß jedenfalls hinsichtlich ihrer überragenden Bedeutung als Folge der Rezeption angesehen werden. Aufgrund der Abstufung der Tötungsdelikte ist kraft Gesetzes die Möglichkeit gegeben, die Strafen entsprechend der Schwere der Schuld

15 Siehe *Ode v. The State* in (1974) 12 S.C. 11.

zu bemessen. Der Versuch allerdings, eigene einheitliche Zumessungskriterien für die Höhe der Strafe zu entwickeln, kann zwar nicht übersehen werden, ist aber noch nicht weit fortgeschritten.

Die Möglichkeit einer Einflußnahme der Blutsverwandten des Opfers auf die Strafart und die Exekution der Strafe ist vom Gesetzgeber 1967 mit der Reform des Native Court-Systems völlig beseitigt worden¹⁶.

Am deutlichsten kommt die Rezeption englischen Rechts im Strafverfahren wegen vorsätzlicher Tötung zum Ausdruck. Das Prozeßrecht hat sich in Nordnigeria kaum verselbständigt, sondern weist auch gegenwärtig noch die Struktur auf, welche ganz umfassend dem englischen Strafprozeß entlehnt wurde. Das uneingeschränkte Bekenntnis zu den Strafverfahrensprinzipien des englischen Rechts wurde 1967 dokumentiert, als im Zuge der Reform des Native Court-Systems die erstinstanzliche Zuständigkeit bei vorsätzlicher Tötung ausschließlich auf die High Courts der Bundesländer übertragen wurde. Auch die Gerichtsorganisation unterscheidet sich kaum von dem englischen Vorbild. Die enge Verbindung von Gerichtsverfassung und Prozeßrecht ist dafür charakteristisch.

Als nordnigerianische Eigenheit muß allerdings die herausragende Bedeutung des Übersetzers einerseits und die auffällig geringe Bedeutung des Gutachters im Strafverfahren andererseits angesehen werden. Wenig Gewicht in der Rechtsprechungspraxis kommt der Behandlung der vorsätzlichen Tötung durch die Sondergerichtsbarkeit zu, da jedenfalls in Nord-Nigeria bisher nur sehr selten die gesetzlich vorgesehenen Tribunale von den einzelnen Bundesländern eingesetzt worden sind bzw. auch verhandelt haben.

16 Sieh s. 393 CPC; vgl. auch Ijaodola, A Care for Unification, S. 140; Ojo, Recent Reforms, S. 75 f.; zu s. 393 CPC z.B. Romo v. Gwandu N.A. in (1966) 1 All N.L.R. 202.

Die Übernahme des Strafverfahrens englischer Prägung wird immer wieder einhellig und vorbehaltlos als positiv bekräftigt. Die enge Verflechtung von Gerichtsverfassung und Verfahrensrecht schränkt die Änderung des Prozeßrechts erheblich ein und erschwert folglich auch eine selbständige Fortentwicklung¹⁷.

Unterzieht man die Rezeption des europäischen Strafrechts, des Strafprozeßrechts und der Gerichtsverfassung einer Beurteilung, dann kann lediglich die fast lückenlose Übernahme des Verfahrensrechts und die der Gerichtsverfassung mittlerweile als praktikabel, als effektiv und auch als opportun bewertet werden, wenn das allerdings nicht gering zu schätzende Problem der Gerichtssprache einmal außer acht gelassen wird^{17a}. Hinsichtlich der Rezeption europäischen Strafrechts sind insbesondere Einwände dann angebracht, wenn rechtliche Prinzipien ohne Berücksichtigung elementarer kultureller Eigenarten des Landes und seiner Rechtstradition Anwendung finden und auf diese Weise dem radikalen Wandel zu einer modernen Gesellschaft absoluter Vorrang vor einem allmählichen Entwicklungs- und Erziehungsprozeß eingeräumt wird.

17 Schütze, Die Rezeption, S. 629.

17a Das Tragen von weißen Zopf-Perücken nach englischem Vorbild durch den Richter, den Staatsanwalt, den Verteidiger bzw. den Gerichtsschreiber wirkt erst recht im Rahmen der afrikanischen Verhältnisse unangebracht; die Rechtsunterworfenen nehmen diese Kopfbedeckung überwiegend verständnislos hin, wie die persönliche Befragung immer wieder ergeben hat.

11. Die Funktion des Rechts der vorsätzlichen Tötungsdelikte in der nordnigerianischen Gesellschaft - Anspruch und Wirklichkeit

Das moderne Strafrecht in Nigeria soll zunächst einen Beitrag zu der Verhinderung von Kriminalität leisten. Daneben soll es aber vornehmlich auch dazu geeignet sein, zur Vereinigung aller ethnischen Gruppen zu einer Gesellschaft beizutragen, den Konflikt zwischen den verschiedenen vorhandenen Strafrechtssystemen der Kolonialzeit zu überwinden und erzieherisch auf die Bevölkerung zur Hebung der natürlichen Moral einzuwirken.¹⁸ Durch die Erfüllung dieser Aufgaben soll nicht zuletzt auch das Strafrecht die angestrebte Entwicklung zu einer modernen Gesellschaft fördern¹⁹. Wenn das nordnigerianische Strafrecht demnach auf Prävention (Schutz der Gesellschaft und ihrer Individuen), auf Integration (Aufhebung der Stammesunterschiede), auf Unifizierung (Vereinigung der verschiedenen Strafrechtssysteme) und auf die Identifizierung (Verinnerlichung der Wertvorstellungen) abzielt, dann müssen diese Ziele folglich genauso für das Recht der Tötungsdelikte als Teil des gesamten Strafrechts gelten²⁰. Abschließend soll deshalb der Versuch unternommen werden, unter diesen Gesichtspunkten die Funktionsfähigkeit des nordnigerianischen Strafrechts einzuschätzen.

18 Record Proceedings of the London Conference 28th Dec., 1959 - 8th Jan. 1960 in The Future of the Law in Africa (Hrsg. Allott), S. 36; Allott, The Future of African Law, S. 216; Anderson, The Future of Islamic Law, S. 93; Elias, Law in a Developing Society, S. 15.

19 Price, Criminal Law Reform in Northern Nigeria, S. 606 und Correspondence, S. 824; Seidman, Witch-murder and Mens Rea, S. 59.

20 Auf weitere Funktionen soll (z.B. Sühnefunktion) bzw. kann (z.B. Resozialisierungsfunktion) mangels Bedeutsamkeit für die Gesellschaft bzw. aussagekräftigen Forschungsmaterials nicht eingegangen werden.

1. Die Prävention

Das zunächst auf eine Vorbeugung gegenüber der Kriminalität im allgemeinen und gegenüber der vorsätzlichen Tötung im besonderen ausgerichtete Recht der vorsätzlichen Tötungsdelikte innerhalb und außerhalb des Penal Code hat, wie alle anderen Strafrecht auch, die Funktion, das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft zu gewährleisten und das Leben der Individuen zu schützen.

Ganz besonders erfolgreich scheint die Eindämmung der Tötungsdelikte zu sein, die im Zusammenhang mit einem bewaffneten Raub verübt werden. Die Voraussetzungen dafür waren durch eine gesetzliche Sonderregelung²¹ geschaffen worden, welcher eine außergewöhnlich große Effektivität zu bescheinigen ist²². Die (sonst nicht üblichen) öffentlichen Hinrichtungen von zum Tode verurteilten Raubmördern sowie die gerade in derartigen Fällen sehr ausführliche Prozeßberichterstattung durch die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen sollen zwar general-präventiv wirken, die tatsächlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen sind allerdings kaum abzuschätzen. Es kann aber nicht übersehen werden, daß bei derartigen Delikten die Ermittlungsaktivitäten der zuständigen Organe auch besonders intensiv sind. Die Ursache dafür wird darin zu finden sein, daß ein mit Schußwaffen durchgeführter Straßenraub von der Militärregierung als ein sehr schwerwiegender Angriff auf die öffentliche Sicherheit angesehen wird; der Einsatz von Feuerwaffen muß aber insbesondere ein von permanenter Umsturzgefahr bedrohtes Militärregime herausfordern und harte Reaktionen zur Folge haben.

Die nach der traditionellen Rechtsauffassung gerechtfertigten Lynchmorde bedrohen die öffentliche Sicherheit nach Auffassung der Militärregierung in weniger elementarer Weise.

21 Robbery and Firearms (Special Provisions) Decree 1970.

22 Onagorua, Why I am against Public Executions, Sunday Times (Lagos) vom 4.1.1976.

Anders läßt es sich kaum erklären, daß nicht ein einziges Bundesland eines der gesetzlich vorgesehenen Tribunale eingesetzt bzw. daß es bislang keinen Fall irgendeiner materiell-rechtlichen Anwendung des Sondergesetzes²³ durch einen High Court gegeben hat, obwohl die Ausübung der Selbstjustiz in Nord-Nigeria auch gegenwärtig noch als eine weitverbreitete Erscheinung angetroffen werden kann.

Es handelt sich hierbei um einen typischen Fall der sogenannten Phantomgesetzgebung (phantom legislation)²⁴. Für diese Erscheinung gibt es auch zahlreiche Beispiele im Penal Code: z.B. die Nichtahndung in Fällen des Selbsttötungsversuchs²⁵, der versuchten Tötung²⁶ oder der vorsätzlichen Tötung durch Unterlassen²⁷. Obwohl die Sachlage zum Teil ganz offensichtlich die Anwendung der entsprechenden Tatbestände nahelegt, wird nicht einmal ein Subsumtionsversuch unternommen.

Die Nichtanwendung vorhandener Gesetze birgt die Gefahr in sich, daß strafrechtliche Gebote bzw. Verbote ignoriert werden und somit überhaupt keine präventive Wirkung mehr erzielen können. Als Alternative zur tatsächlichen und strikten Verfolgung käme auch eine Entkriminalisierung durch Abschaffung einzelner Vorschriften - z.B. beim Selbsttötungsversuch - in Betracht²⁸. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß als Ergebnis des Kompromisses zwischen islamischem und englischem Strafrecht die Tötungstatbestände insgesamt recht kompliziert abgefaßt bzw. äußerst unklar formuliert sind und die Anwendung erschweren²⁹. Das gilt auch für andere

23 Offences against the Persons (Special Provisions) Decree 1974.

24 Begriff nach Allott, The Past and the Future Contribution, bisher unveröffentlichter Vortrag, gehalten in Freiburg, am 8.11.1976.

25 s. 231 NPC.

26 s. 229, 230 NPC.

27 s. 12 NPC.

28 Es bestehen auch in der Tat Bestrebungen, die Strafbarkeit des Selbsttötungsversuches aufzuheben (Elias, Law and Social Change, S. 195).

29 Dazu Browne, An Operational Study, S. 503.

Regelungen des Penal Code wie beispielsweise die Vorschriften über die Notwehr. Ein Rechtsunkundiger dürfte schwerlich in der Lage sein, die Voraussetzungen für eine gerechtfertigte Tötung in Notwehr zu kennen und von denen der nicht gerechtfertigten Tötung zu unterscheiden. Die vorhandenen Sprachprobleme erschweren der Bevölkerung zusätzlich die Möglichkeit, das Gesetz zu verstehen und das Strafverfahren zu durchschauen.

Besonderen Schwierigkeiten, eine präventive Wirkung zu erzielen, stehen Gesetz und Rechtsprechung dann gegenüber, wenn bestimmte mit dem Alltagsleben bzw. mit der Tradition verbundene Erscheinungen unterbunden werden sollen, weil sie häufig zu typischen kriminellen Tatmodalitäten führen. So ist man sich durchaus der Notwendigkeit bewußt, das Waffentragen einer allgemeinen Einschränkung zu unterwerfen, da die jederzeitige Verfügbarkeit z.B. eines Messers oder eines anderen gefährlichen Werkzeuges meist harmlose tätliche Auseinandersetzungen häufig folgenschwer werden läßt³⁰. Dennoch muß es als äußerst unrealistisch angesehen werden, durch Gesetz bzw. Rechtsprechung das Tragen von Messern zu verbieten, da diese im Arbeitsalltag vorwiegend als Werkzeuge Verwendung finden und auf dem Lande zusätzlich zur Abwehr von gefährlichen Tieren, insbesondere von Schlangen, ständig mitgeführt werden müssen.

Stattdessen besteht die einzige Möglichkeit, durch öffentliche Aufklärung mit Hilfe der Massenmedien das Verantwortungsgefühl und das Bewußtsein diesen Problemen gegenüber zu entwickeln und zu nutzen, wenn auch mit spektakulären Erfolgen zunächst nicht gerechnet werden kann.

Die Wirksamkeit derartiger Kampagnen darf aber auch nicht unterschätzt werden, wie anhand der Berichterstattung über Ermittlungen, Strafprozesse und Exekutionen bei bewaffneten

30 Siehe z.B. Tamuno, The Police in Modern Nigeria, 1861-1965, S. 248.

Raubmorden festgestellt werden kann. So wird ebenfalls die in Nordnigeria relativ geringe Rate vorsätzlicher Tötungsdelikte, die von der der meisten schwarz-afrikanischen Staaten abweicht, nicht zuletzt auf eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen sein, die sich in einer aussergewöhnlich objektiven und informativen Prozeßberichterstattung und in verständlich abgefaßten Aufklärungsserien über das Strafrecht, die Strafprozeßordnung sowie die Gerichtsverfassung z.B. in den Tageszeitungen äußert³¹; daneben zählt Nigeria seit 1971 zu den wenigen Staaten, die eine kostenlose Rechtsberatung in Strafsachen fest eingerichtet haben³².

Eine gute Öffentlichkeitsarbeit kann selbstverständlich nicht die Einrichtung eines angemessenen Justizsystems, das qualitativ und quantitativ entsprechend gut ausgestattet sein muß, ersetzen und allein die Verringerung der Kriminalität bewirken.

Trotz der insgesamt durchaus sehr wirksamen Prävention in bezug auf die vorsätzliche Tötungskriminalität sind insbesondere hinsichtlich der Ermittlungsaktivitäten, hinsichtlich der personellen und sachlichen Ausstattung der Strafverfolgungsorgane wie auch hinsichtlich der Beweiserhebungen und der Subsumtionsvorgänge im Strafprozeß entscheidende Verbesserungen notwendig und möglich.

31 Unter anderem in der einmal wöchentlich im Nigerian Herald (Ilorin) enthaltenen Serie: 'You and the Law'; einige Tageszeitungen erscheinen in Englisch und in Hausa (z.B. New Nigerian/Kaduna).

32 Z.B. Committee for Legal Aid and Advisory Services, Faculty of Law, A.B.U./Zaria - Beratung in Englisch und Hausa.

2. Die Vereinigung der Strafrechtssysteme

Bisher hat der nord-nigerianische Gesetzgeber formal allein bei den vorsätzlichen Tötungsdelikten alle zur Vereinheitlichung der verschiedenen Strafrechtssysteme erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Materiell-rechtlich geschah das durch die Einführung des Penal Code (1960). Das kodifizierte Strafrecht konnte seine vereinigende Wirkung aber erst voll erzielen, als es durch ein einheitliches Verfahrensrecht ergänzt wurde. 1967 wurde die bis dahin zum Teil ebenfalls erstinstanzliche Zuständigkeit der Native Courts aufgehoben und nunmehr allein den High Courts übertragen. Jetzt erst waren die vorsätzlichen Tötungsdelikte einem einheitlichen Strafverfahren unterworfen.

Zur Wirksamkeit dieser vom Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten bedarf es aber zusätzlich einer weitgehend einheitlichen Rechtsprechung. An der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung mangelt es in Nord-Nigeria allerdings noch häufig. Nicht gerade selten werden isolierte Entscheidungen ohne die Kenntnisnahme der Rechtsprechung höherer bzw. gleichrangiger Gerichte von den zuständigen High Courts gefällt oder auch längst überholte Entscheidungen noch als Autorität zitiert.

Das trifft im Zusammenhang mit der vorsätzlichen Tötung insbesondere auf Entscheidungen über die Möglichkeit bzw. die Wahrscheinlichkeit der eingetretenen Todesfolge, über die Anerkennung einer Provokationslage und über die Existenz der Unzurechnungsfähigkeit zu. In ganz besonderem Maße gilt das aber in bezug auf die Strafzumessung, für die es keine einheitlichen Kriterien gibt und die wohl deshalb so unterschiedlich gehandhabt wird.

Ursächlich für die gegenwärtige Situation können einmal die verwirrend zahlreichen juristischen Publikationsorgane in Nigeria sein, die teilweise auch noch sehr unsystematisch aufgebaut sind und zusätzlich äußerst selten

regelmäßig bzw. vollständig zur Verfügung stehen. Daneben wird ein wesentlicher Teil wichtiger, diskussionswürdiger Entscheidungen der Veröffentlichung überhaupt nicht zugeführt. An veröffentlichten Diskussionsbeiträgen zur ständigen Rechtsprechung mangelt es ohnehin weitgehend. Der Versuch, sich als Richter einen ständigen Überblick über wichtige Strafrechtsprobleme verschaffen zu wollen, stößt auf bislang nicht ausgeräumte Schwierigkeiten und erscheint praktisch kaum realisierbar.

Zusätzlich verantwortlich für die gegenwärtige Situation muß die Unsicherheit der Gerichte gemacht werden, den weiten Ermessensspielraum zwischen Gesetz und Präzedenzentcheidung gleich- und höherrangiger Gerichte einheitlich und im Sinne der Rechtssicherheit zu nutzen.

Diese Unsicherheit erklärt sich daraus, daß eine eigene Rechtsfindungstechnik als eine Kombination aus Gesetzesinterpretation, aus Heranziehung von Leitentscheidungen sowie aus pflichtgemäßem Wahrnehmen von Ermessensmöglichkeiten bisher offenbar noch nicht zufriedenstellend entwickelt werden konnte. Dem erklärten Ziel, in Nordnigeria ein eigenes 'common law' zu schaffen und dann weiterzuentwickeln, ist man infolgedessen nicht entscheidend näher gekommen³³.

Obwohl die formale Vereinheitlichung der verschiedenen Rechtssysteme zu einem einheitlichen Strafrechtssystem durch das Gesetz von Rechtsprechung, insbesondere aber durch den Supreme Court, weitgehend in die Praxis umgesetzt werden konnte, ist in Einzelfragen die Tendenz zu einem 'High Court-Regionalismus' nicht zu übersehen. Es wurde zwar zumindest die Gleichheit der Religionen wie auch die der Geschlechter vor dem Strafgesetz bei Anklagen wegen vorsätzlicher Tötungsdelikte fast ohne Einschränkung³⁴ allgemein verwirklicht,

33 Zur Entwicklung des 'common law': Elias, Law in a Developing Society, S. 133; Teaching Law in Nigeria - An Appraisal; Papier der jur. Fakultät der Universität Lagos zur 14th Conference of the Nigerian Association of Law Teachers, Zaria, den 18. bis 20.3.1976, S. 6. Im Gegensatz zu Ghana (Blanc-Jouvan, Der europäische Beitrag, S. 256).

34 Eine Ausnahme: Gegen Frauen darf keine Prügelstrafe (caning) verhängt werden (s. 308 (4) (a) CPC).

keineswegs dagegen in bezug auf die Freiheitsstrafe das ebenso wichtige und grundlegende Gerechtigkeitsgebot, daß prinzipiell die gleiche Strafe für die Begehung des gleichen Delikts ausgesprochen wird.

3. Die Integration der Ethnien

Nigeria hat, wie die meisten schwarzafrikanischen Staaten auch, auf dem Wege zur 'nation-building' zahlreiche Probleme zu bewältigen, die nicht zuletzt auf der kulturellen Vielfalt beruhen³⁵. Ein Mittel zur Überwindung der Gegensätze einzelner ethnischer Gruppen wie zur angestrebten Aufhebung von Stammesgegensätzen überhaupt kann die Schaffung eines gemeinsamen Strafrechts sein. Die Vereinheitlichung der verschiedenen Rechtssysteme kann folglich gleichzeitig integrierende Funktion hinsichtlich der verschiedenen Ethnien entfalten.

Durch die Kodifikation zweier verschiedener Strafgesetzbücher hat Nigeria hinsichtlich des Beitrags seines Strafrechts zur Nation-Bildung einen in Afrika unüblichen Weg gewählt. Mit der Hinnahme einer strafrechtlichen Regionalisierung hat man auf eine radikale Vereinheitlichung mit Hilfe der Strafgesetzgebung verzichtet und stattdessen dem gemeinsam zuständigen Supreme Court die Funktion übertragen, in seiner Rechtsprechung auf eine Annäherung der zwei Strafrechtssysteme des südlichen und nördlichen Nigerias hinzuwirken. Diese Aufgaben kann das Gericht zum Beispiel bei vorsätzlichen Tötungsdelikten in der Regel nur wahrnehmen, wenn es als Rechtsmittelinstanz angerufen worden ist.

Innerhalb des Geltungsbereichs des Penal Code hat die Vereinheitlichung des Strafrechts und seine Kodifizierung integrierende Wirkung erzielen und insoweit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Aufhebung des Tribalismus leisten können. Allerdings waren dafür schon von dem zuvor vorherr-

35 Dazu allgemein Post and Vickers, Structure and Conflict, S. 11

schen Maliki-Recht grundlegende Voraussetzungen geschaffen worden, denn das neue Strafrechtssystem brauchte nur die Stelle des alten einzunehmen. Einzelne, wenn auch begrenzte Zugeständnisse des Penal Code an Prinzipien des traditionellen islamischen Strafrechts haben diesen Übergang zweifellos vereinfacht und erleichtert. Neue Integrationswirkung konnte der Penal Code eigentlich nur noch in bezug auf die zuvor vom islamischen Recht unberührt gebliebene Benue-Plateau-Region der Tiv entfalten.

Wenn auch in Nordnigeria Stammesunterschiede weiterhin existieren und bewahrt werden, so kann man dort nirgendwo Gegensätze von Stämmen feststellen, die in dieser Region traditionsgemäß seßhaft sind und ihr das kulturelle Gepräge gegeben haben.

4. Die Identifizierung mit dem Wertgefüge

Ein gutes Strafrechtssystem sollte im wesentlichen die Züge der Wertvorstellungen einer Gesellschaft widerspiegeln. Erst wenn diese Bedingung weitgehend erfüllt wird, sind die Voraussetzungen für die Mitglieder dieser Gemeinschaft geschaffen, sich ohne weiteres mit dem Wertgefüge identifizieren zu können. Das heißt aber, daß sich Gesetzgeber wie Justiz zunächst selber einmal mit den in der betreffenden Gemeinschaft vorherrschenden Moralbegriffen identifizieren müssen. Moralische und legale Schuld sollen aufgrund der Übereinstimmung von subjektiven und objektiven Wertbegriffen im Idealfall nahezu identisch werden.³⁶

Das ist aber in Nordnigeria im Zusammenhang mit den vorsätzlichen Tötungsdelikten nur zum Teil der Fall. Während die jeweiligen Täter durch ihre Tötungshandlungen zwar meist die von ihnen selbst gebilligten und als gerecht akzeptierten Normen verletzen, mangelt es bei der Tötung von vermeint-

36 Dazu Khalil, Criminal Law Reform (Conference Paper), S. 89 ff.; Lautmann, Soziologie und Rechtswissenschaft, S. 39; Seidman, Witch-murder, S. 58.

lichen bzw. tatsächlichen Dieben, bei der Ausübung einer für gerechtfertigt gehaltenen Selbstjustiz, insbesondere aber bei aberglaubensbedingten Tötungshandlungen ausnahmslos am Unrechtsbewußtsein des jeweiligen Täters.

Die Rechtsprechung hat sich in solchen Fällen einhellig vor im übrigen in der Regel konsequent angewendeten Schuldstrafrecht abgekehrt.

Die Anwendung eines streng objektiven Maßstabs wurde stattdessen bevorzugt, da man dem Schutz der Allgemeinheit den absoluten Vorrang vor der Berücksichtigung der in der Gesellschaft herrschenden Moralvorstellungen einräumt. Die Gerichte haben sich trotz klarer und zahlreicher Hinweise auch in der Literatur auf den bestehenden Zusammenhang von Aberglaube und geistiger Abnormität³⁷ bislang nicht allgemein dazu durchbringen können, im Rahmen des richterlichen Ermessens aberglaubensmotivierte Täter als unzurechnungsfähig zu qualifizieren und so der obligatorischen Todesstrafe bei Mord auszuweichen³⁸. Stattdessen fügen sie dem Todesurteil lediglich eine Gnadenempfehlung bei. Da der Gnadenakt ausschließlich die Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe, nicht aber in eine Freistellung von Strafe überhaupt zur Folge haben kann, verändert sich für den Betroffenen die Situation moralisch nur unwesentlich, denn er muß jede Bestrafung als ungerecht empfinden. Auf eine Bestrafung könnte leicht verzichtet werden, da allein schon der Strafprozeß erzieherische Wirkung hat. Eine effektive Präventivwirkung kann letztlich nur im Wege einer gezielten Aufklärungs- und Erziehungsarbeit mit Hilfe der verfügbaren Medien erzielt werden. Die bisherige Verfahrensweise fördert bei den Betroffenen nicht die Identifikation mit den Wertvorstellungen des bestehenden Strafrechtssystems, sondern erzeugt zwangsläufig Unverständnis, Ablehnung und Widerstand, weil die Sanktionierung keineswegs als gerechtfertigt nachvollzogen und akzeptiert werden kann.

37 Insbesondere Lambo, Further Neuropsychiatric Observations in Nigeria, S. 1696 ff. und Malignant Anxiety, S. 256; aber auch Aremu, Cultural Conflicts, S. 301; Clifford, An Introduction, S. 71; Milner, M'Naghten and the Witch-Doctor, S. 1165; Olagunju, Criminal Responsibility, S. 156.

38 Wie es z.B. vormals Geschworene in England zu tun pflegten (siehe Rasch, Tötungsdelikte, S. 380).

Da der weitaus größte Teil der nord-nigerianischen Bevölkerung der traditionellen Kultur und dem überlieferten Wortgefüge noch eng verhaftet ist, erscheinen die völlige Ignorierung dieser Tatsache durch die Rechtsprechung als kritikwürdig und die Forderung nach einer Veränderung der Kriterien krimineller Verantwortlichkeit als durchaus gerechtfertigt³⁹. Man braucht nicht einmal eine Lösung etwa nach dem Muster Neuseelands zu suchen, wo man einen Kompromiß zwischen dem objektiven und dem subjektiven Maßstab herbeigeführt hat und praktiziert⁴⁰. Es bedarf lediglich neben dem Bekenntnis zu dem subjektiven 'mens rea'-Begriff einer konsequenten Anwendung des eingeschränkten 'reasonable man'-Tests, der die geltenden Wertmaßstäbe der konkreten Gemeinschaft zugrundelegt, in der der Täter lebt. Eine solche Auslegung wäre durch das Gesetz zweifellos gedeckt.

Die Schwierigkeit, gerade die stark von der traditionellen Kultur bestimmte Denk- und Handlungsweise hinzunehmen und in die Rechtsprechung einfließen zu lassen, wird zumindest verständlich, wenn man die weitgehend noch am englischen Vorbild orientierte Ausbildung der Juristen und den Anteil der Ausländer bei Gerichten und in der Lehre berücksichtigt⁴¹. Trotz der wiederholt vorgetragenen Forderung nach einer stärkeren Afrikanisierung des nordnigerianischen Strafrechts deutet auch gegenwärtig kaum etwas auf eine stärkere Entwicklung in diese Richtung hin. Andererseits ist festzustellen, daß die häufig bevorzugte pragmatische Rechtsauslegung und -anwendung das Strafrecht vereinfacht und auf diese Weise zum größeren Verständnis gerade auf seiten der Betroffenen beiträgt.

39 Z.B. Khalil, Criminal Law Reform, J.I.C.L., S. 45; Milner, M'Naghten and the Witch-Doctor, S. 1165; Seidman, Witch-murder S. 59.

40 S. Brown, The 'Ordinary Man' in Provocation, S. 220.

41 Z.B. Mitglieder der juristischen Fakultät der Ahmadu Bello Universität Zaria 1976: 21 Ausländer und 12 Nigerianer (nach Kumo, ABU-Faculty of Law Waxing Stronger, New Nigerian (Kaduna) vom 8.4.1976.

Bei aller berechtigten Kritik am nordnigerianischen Strafrecht muß allerdings auch dessen Zukunftsorientiertheit berücksichtigt werden. Ein Recht, das unter anderem als Wegbereiter der Zukunft wirken und übergangslos ein traditionelles, andersartiges Recht ersetzen soll, bedarf zunächst einer längeren Anpassungsphase zur Beseitigung der schwerwiegenden Widersprüche zwischen Recht und Rechtswirklichkeit. Diese Phase ist auch sechzehn Jahre nach Inkrafttreten des neuen Penal Code in Nordnigeria längst noch nicht als abgeschlossen zu betrachten.

Unter Berücksichtigung der kurzen Bewährungszeit hat das moderne Strafrecht in Nordnigeria, gemessen an dem Recht der vorsätzlichen Tötungsdelikte, inzwischen seine Funktionsfähigkeit und seine Wirksamkeit allerdings schon weitgehend unter Beweis stellen können.

G Anhang

I. Vorzeichnis der Abkürzungen

a.A.	=	anderer Ansicht
a.a.O.	=	an angegebenem Ort
a.F.	=	alte Fassung
ALL E.R.	=	All England Law Reports
ALI N.L.R.	=	All Nigerian Law Reports
Anm.	=	Anmerkung
B.M.J.	=	British Medical Journal
BPS	=	Benue-Plateau State
CC	=	Criminal Code
chap.	=	chapter
C.I.D.	=	Criminal Investigations Department
c.J.	=	circulated judgment
C.O.P.	=	Commissioner of Police
CPC	=	Criminal Procedure Code
C.R.B.	=	Criminal Record Book, vol. 21, HC Kaduna-Zaria
expl.	=	explanation
FN	=	Fußnote
F.N.L.R.	=	Federal Nigerian Law Reports
F.S.C.	=	Federal Supreme Court of Nigeria (im Zusammenhang mit Quellenangaben: Ausgewählte Entscheidungen des...)
Gov.	=	Government
HC	=	High Court
h.M.	=	herrschende Meinung
I.C.L.Q.	=	International and Comparative Law Quarterly
ill.	=	illustration
i.V.	=	in Verbindung mit
J.A.L.	=	Journal of African Law
J.I.C.L.	=	Journal of Islamic and Comparative Law
J.M.S.	=	Journal of Mental Science
JZ	=	Juristenzeitung

K.A.	=	keine Angaben
KS	=	Kano State
KWS	=	Kwara State
L.N.R.	=	Law Notes and Review of the Nigerian Institute for Continuing Legal Education
MC	=	Magistrates' Court
M.L.R.	=	Modern Law Review
M.V.N.	=	mit weiteren Nachweisen
N.A.	=	Native Authority
N.B.J.	=	Nigerian Bar Journal
NCS	=	North-Central State
NES	=	North-Eastern State
N.L.J.	=	Nigerian Law Journal
N.L.Q.	=	Nigerian Lawyers' Quarterly
N.M.L.R.	=	Nigeria Monthly Law Reports
N.N.C.N.	=	Northern Nigeria Case Notes
N.N.L.R.	=	Northern Nigeria Law Reports
NPC	=	Northern Nigeria Penal Code
NPC CPC	=	Nigeria Police Instruction Manual (Lesson: Criminal Procedure Code)
N.R.H.C.J.	=	Northern Region of Nigeria High Court Judgments
NWS	=	North-Western State
or.	=	other
ors.	=	others
p.i.	=	preliminary inquiry
s.	=	section
ss.	=	sections
SC.	=	Supreme Court of Nigeria (im Zusammenhang mit Quellen- angaben: Ausgewählte Entscheidungen des ...)
S.C.O.P.E.	=	Some Cases on Criminal Procedure and Evidence in the Northern States of Nigeria
S.L.J.R.	=	Sudan Law Journal and Reports
SPC	=	Sudan Penal Code
v.	=	versus
Vorb.	=	Vorbemerkung
W.A.C.A.	=	West African Court of Appeal

II. Literaturverzeichnis

- Adeyemi, A.A. Sentences of Imprisonment: Objectives, Trends and Efficacy, in: The Prison System of Nigeria (Hsg. Elias), Lagos 1966, S. 242 ff.
- Agbede, I. O. Application of Islamic Law in Nigeria: A Reflection, in: (1971) Nigerian Law Journal 119
- Aguda, A. Consent and Homicide, in: (1964) 5 Nigerian Bar Journal 48
- Principles of Criminal Liability in Nigerian Law, Ibadan 1965
- Akerele, M.E. An Assessment of the Judicial Process Concerning Juvenile Delinquency. In: The Nigerian Magistrate and the Offender. Ethiope Law Series (Hsg. Elias) No. 1, Benin City 1972, S. 69 ff.
- Allott, A. N. Essays in African Law, Butterworth's African Law Series No. 1, London 1960
- Judicial and Legal Systems in Africa, London 1970
- Judicial Precedent in Africa Revisited, in: (1968) 12 Journal of African Law 3
- New Essays in African Law, Butterworth's African Law Series No. 13, London 1970
- The Future of African Law, in: African Law: Adaption and Development (Hsg. H. u. L. Kuper) Los Angeles 1965, S. 216 ff.
- (Hsg.) The Future of Law in Africa (Record of Proceedings of the London Conference 28th Dec 1959 - 8th Jan. 1960), London 1960
- Anderson, J. N. D. Conflict of Laws in Northern Nigeria: A New Start, in: (1959) International and Comparative Law Quarterly 442
- Islamic Law in Africa, 2. Auflage, London 1970
- The Maliki Law of Homicide (Gaskiya Corp. Zaria)
- The Future of Islamic Law in British Commonwealth Territories in Africa, in: New Law for New Nations (Hsg. H.W. Baade u. R.O. Everett) New York, 1963, S. 83 ff.
- Ansprenger, F. Afrika, Berlin 1972

- Aremu, L.O. Cultural Conflicts in the Criminal Law of Southern Nigeria - with Special Relevance to Homicide (Ph.D. - Thesis), London School of Economics and Political Science 1971
- Azubuike, O. Accused Persons Walk to Freedom. In: Nigerian Standard (Jos) vom 25.2.1976
- Bairamian, V. Criminal Procedure and Evidence in Nigeria - Synopsis of Reported Judgments of the Supreme Court 1963 to 1966, London 1971
- Begho, M.A. Nigerian Criminal Law through Cases, Benin City, 1972
- Bertaux, P. Afrika - von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart, Fischer Weltgeschichte Band 22, Frankfurt 1972
- Blanc-Jouvan, X. Der europäische Beitrag zur Rechtsgestaltung in den Entwicklungsländern Afrikas, Juristenzeitung 1966, S. 256
- Bohannan, L. and P. The Tiv of Central Nigeria. In: Ethnographic Survey of Africa (Western Africa) (Part VIII) (Hsg. D. Forde), London 1969
- Bohannan, P. African Homicide and Suicide, Princeton/N.J. 1960
- Justice and Judgment Among the Tiv, London 1957
- Braune, A.W. Die Rechtspflege in den britischen Gebieten Afrikas in Schriften des Kolonial-Instituts der Hansischen Universität, Band II, Hamburg 1941
- Brett and McLean's The Criminal Law and Procedure of the Six Southern States of Nigeria, 2. Auflage, London 1974
- Brown, D. The 'ordinary man' in Provocation: Anglo-Saxon Attitudes and 'Unreasonable Non-Englishman'! In: (1964) 1 International and Comparative Law Quarterly 203
- Browne, J.P. An Operational Study of the New Penal Code of Northern Nigeria, In: (1962) University of Detroit Law Journal, S. 465 ff.

- Duxton, R. J. Criminal Law, Evidence and Procedure. In: Annual Survey of Commonwealth Law 1970 (Hsg. H.W.R. Wade u. H.L. Cryer) London 1971, S. 120 ff.
- Chukura, O. A Digest of Nigerian Case Law (vol. I) (1881-1968), Ibadan 1974
- Clifford, W. An Introduction to African Criminology, Dar Es Salaam 1974
- Clinard, M.B. and Abbott, D.J. Crime in Developing Countries - A Comparative Perspective, New York 1973
- Crowder, M. West Africa Under Colonial Rule, Evanston 1968
- Dahn, G. Das Indische (pakistanische) Strafgesetzbuch (Sammlung Außerdeutscher Strafgesetzbücher in deutscher Übersetzung - Hsg. A. Schönke) Berlin 1954
- Daniels, W.C.E. The Common Law in West Africa (Butterworth's African Law Series No. 9), London 1964
- Davidson, B. Afrika-Stämme, Staaten, Königreiche, New York 1972
- Elias, T. O. Law and Social Change in Nigeria, Lagos 1972
- Law in a Developing Society, Benin City 1973
- Nigeria - The Development of its Laws and Constitution, London 1967
- Some Considerations on the Administration of Criminal Justice in Nigeria. In: (1968) International Review of Criminal Policy 3
- The Mature of African Customary Law (Butterworth's African Law Series No.13), London 1970 u. in Reading in African Law (Hsg. Rubin and Cotran), Coss Library of African Law No. 6, vol. I, London 1970, S. 101 ff.
- Evans-Pritchard, E.E. Witchcraft, Oracles and Magic Among the Azande, Oxford 1937
- Fage, J. D. A History of West Africa, Cambridge 1969
- Fluehr-Lobban, C. An Analysis of Homicide in the Afro-Arab Sudan, In: (1976) Journal of African Law 23

- Georgi, U. E. Geteilte Stämme, Internationales Afrikaforum 1969, S. 670 ff.
- Gledhill, A. The Penal Codes of Northern Nigeria and the Sudan. Law in Africa No. 8, Lagos and London, 1963
- Güppinger, H. Kriminologie, 3. Auflage, München 1976
- Goody, J. Death, Property and the Ancestors. London 1962
- Grange, J. J. The Prison Administration, In: The Prison System of Nigeria (Hsg. Elias), Lagos 1968, S. 293 ff.
- Hart, H.L.A. Punishment and Responsibility-Essays in the Philosophy Law, Oxford 1968
- Hiskett, M. The Development of Islam in Hausaland in Northern Africa: Islam and Modernization (Hsg. Brett), London 1973, S. 57 ff.
- Hiskett, M. A Critical Introduction zu Temple(C.L.), Native Races and Their Rulers, 2.Auflage, London 1968
- Huber, B. Strafrechtsdualismus und Strafgerichtsbarkeit in Nigeria. In Verfassung und Recht in Übersee 1976, 223 ff.
- Idada, S. E. Prison Officers'Assessment of the Magisterial Use of and Attitude Towards the Prison, S. 106 ff.
- Ijalaye, D. A. Precedent in the Nigerian Court. In: (1965)1 Nigerian Law Journal 284
- Ijaodola, J. O. A Care for the Unification of Court Systems in Northern Nigeria. In: (1970) 4 Nigerian Law Journal 136
- Jacob, E. G. Grundzüge der Geschichte Afrikas, Darmstadt 1966
- Jones, J. R. Criminal Procedure in the Northern States of Nigeria, Zaria 1975
- Jones, J. R. (Hsg.) Some Cases on Criminal Procedure and Evidence in the Northern States of Nigeria, Zaria 1968
- Jung, H. Fälle zum Wahlfach Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug, München 1975

- Kaiser, G. Kriminologie, 3. Aufl., Karlsruhe 1976
- Keay, E. A. Legal and Constitutional Changes in Nigeria Under the Military Government. In: (1966) 10 Journal of African Law 98
- Keay, E. A. and Richardson, S.S. The Native and Customary Courts of Nigeria, London 1966
- Kerll, H.-W. Das englische Notwehrrecht (Dissertation), Freiburg 1977
- Khalil, M. I. Criminal Law Reforms in Nigeria, In: (1974) 5 Journal of Islamic and Comparative Law 51 und In: Proceedings of the 12th Annual Conference 4th - 7th April 1974 (Nig. Nigerian Association of Law Teachers), Ife 1974, S. 89 ff.
- Kohler, J. Neue Beiträge zum Islamrecht, Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, 12. Band, Stuttgart 1897
- KumO, S. A.B.U. - Faculty of Law Waxing Stronger In: New Nigerian (Kaduna) v. 8.4.1976
- Kusamotu, H. O. The Historical and Comparative Analysis of the Codified Nigerian Law of Homicide (Ph.D. Thesis), London School of Economics and Politics 1972
- Lambo, T. A. Further Neuropsychiatric Observations in Nigeria In: (1960) 2 British Medical Journal 1696;
- Malignant Anxiety: A Syndrome Associated with Criminal Conduct in Africans. In: (1962) Journal of Mental Science 256
- Land, H. Nigeria (Länderbericht) Africa Handbook (Hsg. Legum) Aylesbury 1969
- Lautmann, R. Soziologie und Rechtswissenschaft in Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften (Band 1) (Hsg. Grimm), 2. Auflage, München 1976, S. 35 ff.
- Levin, J. Studies in African Law, Philadelphia 1971
- Loxton, C. F. Law and Anthropology in the Sudan - In: Analysis of Homicide Cases in Sudan - African Studies Seminar Series No. 13, Sudan Research Unit, Khartoum (Faculty of Arts) Febr. 1972

- Macaulay (and other
Indian Law Commis-
sioners) A Penal Code Prepared by the Indian
Law Commissioners (1838) Note M,
103-106
- Mansard, W. Afrika - südlich der Sahara,
Frankfurt 1970
- Meyer, Handbuch über Afrika, Bibliographi-
sches Institut Mannheim 1972
- Milner, A. M'Naghten and the Witch-doctor:
Psychiatry and Crime in Africa. In:
University of Pennsylvania Law Review,
vol. 114: 1134 (1966)
- The Control of Crime in Nigeria. In:
excerpta criminologica 4:675, 1964
- The Maintenance of Public Order
in the Politics and Administration
of the Nigerian Government (Hsg.Blitz)
Lagos and London 1965, S. 192 ff.
- The Nigerian Penal System, London 1972
- The Sanctions of Customary Criminal
Law: A Study in Social Control In: (1969)
1 Nigerian Law Journal 173
- Milner, A. and
Asuni, T. Psychiatry and the Criminal Offender
in African Penal Systems (Hsg.Milner),
London 1969, S. 317 ff.
- Morgan, W.B. and
Pugh, J.C. West Africa, London 1969
- Nigeria Police Instructions Manual Part 6
(Criminal Procedure Code), 1975
- Nienhaus, M. Typische Konflikte zwischen den ver-
schiedenen Rechtssystemen im englisch-
sprachigen Sudangürtel am Beispiel
von Nord-Nigeria (Dissertation), Frei-
burg 1972
- Verwaltungsreformen in Nord-Nigeria,
Internationales Afrikaforum 1969, 439

- Nwabueze, B.O. The Machinery of Justice in Nigeria
 (Butterworths African Law Series No.8),
 London 1963
- Ogbolumani, B.O.I. Institutional Treatment of Juveniles,
 In:Ethiopia Law Series (Hsg.Elias) No.1,
 Benin City 1972, S. 117 ff.
- Ojo, A. O. Recent Reforms in the Native and Customary Courts Systems in the Northern, the Midwestern and the Eastern States, In: (1969) 4 Nigerian Lawyers' Quarterly 75
- Olagunju, S. A. Criminal Responsibility for Homicide in Nigeria - A Comparative Survey of the Current Laws of Homicide (LL.M. thesis), Queen's University Belfast 1969
- Oloyede, E. O. Juvenile Delinquency in Nigerian Law. In: (1970) 4 Nigerian Law Journal 50 und (1970) 5 Nigerian Lawyers' Quarterly 31
- The Present Scope of the Nigerian Criminal Law. In: Law and Social Change in Nigeria (University of Lagos Law Series vol. 3) (Hsg. Elias), Lagos 1972, S. 181 ff.
- Oluwola, O. The Young Prisoner. In: The Prison System in Nigeria (Hsg. Elias), Lagos 1968, S. 217 ff.
- Onagoruwa, O. Why I Am Against Public Executions. In: Sunday Times (Lagos) v. 4.1.1976
- Oxford University Press (Hsg.) African Encyclopedia, London 1974
- Park, A. E. W. The Sources of Nigerian Law, London 1963
- Patogi, S. I. Mounting Wave of Crime in Our Society. In: New Nigerian (Kaduna) v.12.6.1976
- Post, A. H. Afrikanische Jurisprudenz, Band I, Oldenburg u. Leipzig 1887
- Post, K. and Vickers, M. Structure and Conflict in Nigeria 1960-1966, London 1973

- Price, J. Criminal Law Reform in Northern Nigeria: Retrograde Legislation in Northern Nigeria? In: (1961) 24 Modern Law Review 60
Correspondence (reply to Prof. Anderson). In: (1961) 24 Modern Law Review 821
- Rasch, W. Tötungsdelikte - nicht-fahrlässige. In: Handwörterbuch der Kriminologie, 2. Auflage Band III (Hsg. Sieverts), Berlin 1975, S. 353 ff.
- Rheinstein, M. Einführung in die Rechtsvergleichung, München 1974
- Richardson, S. S. Notes on the Penal Code Law, 3. Auflage, Zaria 1967
- "Opting out": An Experiment with Jurisdiction in Northern Nigeria. In: (1964) 8 Journal of African Law, 20
- The Courts and the Legal System. In: The Politics and Administration of Nigerian Government (Hsg. L.P. Blitz), London and Lagos 1965, S. 169 ff.
- Richardson, S.S. and Williams, T.H. The Criminal Procedure Code of Northern Nigeria, London 1963
- Schütze, R. A. Die Rezeption ausländischen Rechts in Afrika, Juristenzeitung 1969, 627
- Seidman, R. B. Law and Economic Development in Independent, English-Speaking, Sub-Saharan Africa. In: Africa and Law (Hsg. Hutchinson), London 1968
- Witch-murder and Mens Rea: A Problem of Society Under Radical Social Change. In: (1965) 28 Modern Law Review 46
- Smith, J.C., and Hogan, B. Criminal Law. 3. Auflage, London 1973
- Stephan, E. Die Stuttgarter Opferbefragung. Eine kriminologisch-viktimologische Analyse zur Erforschung des Dunkelfeldes unter besonderer Berücksichtigung der Einstellung der Bevölkerung zur Kriminalität, Wiesbaden 1976
- Suret-Canale, J. Schwarzafrica, Band I, Ostberlin 1966

- Tamuno, T. N. Before British Police in Nigeria. In:
(1966) Nigeria Magazine 102 (No. 89)
- The Police in Modern Nigeria 1861-1965,
Ibadan 1970
- Temple, C. L. Native Races and Their Rulers, 2.Auf-
lage, London 1968
- Verkko, V. Homicides and Suicides in Finland
and Their Dependence on National
Character, Kopenhagen 1951
- Whitaker, C. S. The Politics of Tradition -
Continuing and Change in Northern
Nigeria 1946-1966, Princeton (N.J.)
1970
- Wolfgang, M.E. Patterns in Criminal Homicide,
Philadelphia 1956

III. Statistiken

Annual Abstract of Statistics 1972, Federal Office of
Statistics, Lagos 1973

Benue-Plateau State of Nigeria. Statistical Yearbooks 1971
and 1972, Statistics Section, Economic
Development and Rec. Division, Military
Gov.'s Office, Jos

Kano State of Nigeria Statistical Yearbook 1970, Military
Gov.'s Office, Kano

Kwara State of Nigeria Statistical Digest 1970-72, Military
of Economic Development Statistics Divi-
sion, Ilorin 1973

North-Central State of Nigeria Statistical Yearbook 1973,
Military Gov.'s Office, Kaduna

Northern Nigeria Statistical Yearbooks 1965 and 1966, N.N.
Ministry of Economic Planing, Kaduna 1966
and 1967

North-Western State Statistical Handbook 1973, Military
Governor's Office, Economic Planing
Division, Sokoto 1975

United Nations Statistical Yearbook 1975, Department of
Economic and Social Affairs, 25. Aus-
gabe, New York 1976

IV. Referate

Allott, A. N.

The Past and the Future Contribution
of Law to Development in Africa,
Freiburg, den 8.11.1976 und Heidelberg,
den 12.11.1976 (unveröffentlicht)

V. Arbeitsgespräche

M. U. Abdullahi (Commissioner of Justice and Attorney-General
of Kaduna State), Kaduna, den 19.3.1976

Mr. Justice Belgore (H.C. Jos), Jos, den 23.4.1976

J. Griffiths (New York University/School of Law - z.Zt., research
fellow in Ghana), Zaria, den 21.3.1976

Professor M.I. Khalil (Faculty of Law/ A.B.U./Zaria), Zaria,
den 22.6.1976

Magistrate Maigida (M.C./Zaria), Zaria, den 1.7.1976

A.A.O. Salman (Deputy Solicitor General, Sokoto State), Kaduna,
den 25.3.1976

Mr. Justice Uwais (Editor of N.N.L.R. and Acting Chief Justice
of H.C. Kaduna), Kaduna, den 6.4. und 23.6.1976

VI. Zitierte Entscheidungen und Fälle

Entscheidungen, die im Text trotz vorliegender Veröffentlichung z.T. nur unter Angabe des amtlichen Aktenzeichens zitiert werden, beziehen sich auf die ebenfalls verfügbaren nicht veröffentlichten, aber u.U. ausführlicher abgefaßten Entscheidungsgründe aus den Gerichtsakten.

	Seite
Abadallabe v. Dornu N.A. (1961-62) N.R.H.C.J. 22 u.(1963) 1 All N.L.R. 154	47,88,113,230
Abdallabe v. Dornu N.A. (1964) N.L.J. 120	49
Adamu (M.) v. The State (S.C.73/1973) - unveröffentl.	65,113
Aji v. Bauchi N.A. (1964) N.R.H.C.J. 11	42
Ali v. The State (1972) 10 S.C. 87	146
Angwa v. The State (July-Dec.1965) F.S.C. 37 E	119
Anjenu v. The State (S.C. 406/1975) - unveröffentl.	50
Arandum v. Bauchi N.A. (1961) 1 All N.L.R. 127, (1961) N.N.C.N.6, (1961) N.N.L.R. 50 und in Begho, S. 86 Case 19	47,92,93
Ato v. The State (1968) 1 All N.L.R. 156 und (Jan.-April 1968) F.S.C. 14 C	93
Auta v. The State (1975) 4 S.C.125	33,116,167,168,170
Bakuri v. The State (1965) N.M.L.R. 163 und in BEGHO, S. 92 Case 24	33,45
Bande v. The State (1972) 10 S.C. 79	170
Dollo v. The State (1968) 1 All N.L.R. 361	76,78
Buyu v. The State (1972) 6 S.C. 34	41,60
Bwashi v. The State (1972) 6 S.C. 93	60,166

	Seite
C.O.P. v. Abofe in New Nigerian (Kaduna) vom 22.10.1975	57
C.O.P. v. Adamu (Case Diary des CID Kaduna NCX 65/1975 in MOJ/1/vol.V/603) - unveröffentl.	30,99
C.O.P. v. Biko (KAF/45 C/1973) - p.i. (unveröffentl.)	55
C.O.P. v. Dabai (NCH/25 C/1970) - unveröffentl.	62,68,172
C.O.P. v. Dandamisa (KMD/849 X/1974) - p.i. (un- veröffentl.)	98,128
C.O.P. v. Danyaro (Charge ZA/172 C/1975) - unveröffentl.	100,133
C.O.P. v. Dauda (Case Diary des CID Kaduna NCX 38/1975 in MOJ/1/vol.V/646 u. 780) - unveröffentl.	33,39,40
C.O.P. v. Gamma (KAF/3 C/1971) - p.i. (unver- öffentl.)	61
C.O.P. v. Gomma and ors. (1965) N.M.L.R. 12 und in Chukura, S.97 Nr. 445	63,104,105
C.O.P. v. Ibrahim (Case Diary des CID Kaduna NCX 426/1976 in MOJ/1/vol.V/794) - unveröffentl.	133
C.O.P. v. Makau and ors. (Case Diary des CID Kaduna NCX 1/1976 in MOJ/1/vol.V/778 u. 785) - unveröffentl.	88
C.O.P. v. Ngbo and ors. (Case Diary des CID Kaduna NCX 133/1975, a.a.O., S.638) - unveröffentl.	172,191
C.O.P. v. Onoje (KMD/676X/1974) - p.i. (unveröffentl.)	158
C.O.P. v. Owowo (Case Diary des CID Kaduna AB 3514/ NCX/vol.V/313 in MOJ/1/vol. V/776) - unveröffentl.	169

	Seite
C.O.P. v. Usman and or (KMD/849 X/1971) - p.1. - unveröffentl.	191
C.O.P. v. Usman and ors (IB 247/1975) - Case Diary des CID Kaduna (unveröffentl.)	35
C.O.P. v. Utul and or in New Nigerian (Kaduna) vom 20.12.1975	64
C.O.P. v. Ya'u (KMD/627 C/1973) - p.1. (unveröffentl.)	40
C.O.P. v. Yelwa and ors (K/3 C/1970) - unveröffentl.	115,124
Dan-Almajiri v. The State (S.C. 337/1970) - unveröffentl.	171
Dandare and or. v. Kano N.A. (1966) N.N.L.R. 22	147
Dangari v. The State (S.C. 150/1968) - unveröffentl.	165
Dikko v. The State (S.C. 46/1975) - unveröffentl.	67,79,170
Dogo v. The State (S.C.175/1971) - unveröffentl.	166,168
D.P.P. v. Smith (1960) 2 All E.R. 450	64,133,236
Dunnemi v. The Queen (1955) 15 W.A.C.A. 75	77
Edache v. The Queen (1962) 1 All N.L.R. 22, (1962) N.N.L.R. 56 und in Begho, S. 74 Case 6	82
Fulani and or. v. Bornu N.A. (1966) 1 All N.L.R. 260 und (Oct.-Dec.1966) F.S.C.47 B	39,166,169,236
Gachi and ors. v. The State in Begho, S. 81 Case 15 (S.C. 80/1965)	66,115,168

	Seite
Gaji v. The State in New Nigerian (Kaduna) vom 9.12.1974 und (1975) 5 S.C. 61	31,103,105,157,
Galadima v. The State (S.C. 258/1975) -unveröffentl.	63,166
Garba v. The State (1972) 4 S.C. 118	161
Gubba v. Gwandu N.A. (1947) 12 W.A.C.A. 141	6
Gwandu v. Gwandu N.A. (1962) 1 All N.L.R. 545 und in Chukura, S. 97 Nr.451	64,105
Gwarzo and or. v. Kano N.A. (1963) N.N.C.N. 15	33
Gyang v. The State (S.C. 288/1975) - unveröffentl.	51,171
Homman v. The State (Jan.-May 1967) F.S.C. 2 B	33
Hu and or. v. The State (1972) 6 S.C. 99	32
Humba v. The State (S.C. 17/1970) - unveröffentl.	37
Humbo v. The State (1974) 5 S.C. 27	159
Ibrahim v. Gombe N.A. (1962) N.N.C.N. 15	35
Iyatawa v. Katsina N.A. (1961) N.N.C.N. 23	55,103,171,
Jatau v. The State (S.C. 496/1966) - unveröffentl.	79,
Jibril v. The State (Jan.-April 1968) F.S.C. 10 A	147,1
Kawo v. The State (1972) 4 S.C. 171	58,59,60,1
Kopa v. The State (1971) 1 All N.L.R. 150	167

		Seite
Kumbin	v. Bauchi N. A. (1963) 2 All N.L.R. 22 und (1963) N.N.L.R. 49	32,63,69,102, 102,103,105,128
Kumbul	v. The State (1972) 6 S.C. 44	32,33
Kumo	v. The State (1968) 2 All N.L.R. 227, (1967) F.N.L.R. 55, (1968) N.M.L.R. 227 und (June-Dec. 1967) F.S.C. 38	42,82
Kusu	v. Sokoto N.A.nach Richards on, Notes... Anm. 2 d zu s. 222	58,59,60
Lamu	v. The State (Jan.-May 1967) F.S.C. 12 C	45,165
Locknan and or.	v. The State (1972) 1 All N.L.R. 62 und (1972) 5 S.C. 22	115,120,173
Maijamaa	v. The State in Begho, S. 82 Case 16 und (1964) 1 All N.L.R. 212	63,102,115
Mailayi and ors.	v. The State (1968) 1 All N.L.R. 116 und (Jan.-April 1968) F.S.C. 12 A	34,119
Maisanda	v. The State (S.C. 451/1974) - unveröffentl.	41,45,91,93
Miyaki and ors.	v. The State (May-Sept. 1966) F.S.C. 20 B	77,119
Mamman and ors.	v. The State (S.C. 383/1975) - unveröffentl.	89,115,172
Miri and ors.	v. The State (1968) 1 All N.L.R. 55 und (Jan.-April 1968) F.S.C. 6 B	161
Mohammed, I.	v. The State (1972) 4 S.C. 168	113,172
Mohammed, S.	v. C.O.P. (1974) N.N.L.R. 43	108,109,135,136, 167, 240
Murne	v. The State (S.C. 207/1975) - unveröffentl.	49
Naji	v. Kano N.A. (1966) N.N.L.R. 29	103,110,147

	Seite
Nimyel v. The State (S.C. 298/1970) - unveröffentl.	83
Nmodu v. The State (1972) 4 S.C. 144	57
Nyam and ors. v. The State (1964) 1 All N.L.R. 361, (July-Dec. 1964) F.S.C. 40 G, (1965) N.M.L.R. 50 und in Chu- kura, S.97 Nr. 117	119,120
Odo v. The State (1974) 12 S.C. 11	100,148,152,165,167,240
Ofor and or. v. The Queen (1955) 15 W.A.C.A. 4	110,115,120
Oji v. The Queen (1961) 1 All N.L.R. 262 und (1961) N.N.L.R. 93	91,92
Okabichi and ors. v. The State (1975) 3 S.C. 135	116,126
Okeke v. The State (S.C. 33/1969) - unveröffentl.	41, 45
Olatunji v. The State (S.C.382/1975) - unveröffentl.	42,165,166,169
Rura v. Daura N.A. (1960) 5 F.S.C. 93	82
Remo v. Gwandu N.A. (1966) 1 All N.L.R. 202 und (May-Sept. 1966) F.S.C. 30 C	146,241
S. A. v. Abdalla (1961) S.L.J.R. 116 und nach Kusamotu, Historical and Com- parative Analysis ..., S.318	83
Sangara v. The State in Begho, S. 61 Case 14	97
Sangari v. The State (S.C. 149/1968) - unveröffentl.	81,91
Shanawa v. Sokoto N.A. (1962) 1 All N.L.R. 500	81,93
Shivero v. The State (S.C. 404/1975) - unveröffentl.	79,166,167

		Seite
Sudan Gov.	v. Jelo (1960) S.L.J.R. 60	63,102
Sudan Gov.	v. Nur (1959) S.L.J.R. 1	58
Supari	v. Bornu N.A. in Begho, S. 80 Case 13	90
Surega	v. The State (1963-71) F.S.C. 26	79,116
Tadaba	v. Bornu N.A. (1967) N.N.L.R. 15 und (1968) S.C.O.P.E. 80 (Case 16)	168
Takida	v. The State (1969) 1 All N.L.R. 270 und (1963-71) F.S.C. 30	38,75
The Queen	v. Ashigifuwo (1948) 12 W.A.C.A. 390	165
The Queen	v. Biu (1961-62) N.R.H.C.J. 31	41,42,147, 165,170
The Queen	v. Dambam and or. (1964) N.R.H.C.J. 10	33
The Queen	v. Echem (1952) 14 W.A.C.A. 158	165
The Queen	v. Obiasa (1962) 1 All N.L.R. 651	166
The Queen	v. Oji (1961) 1 All N.L.R. 262	51,82
The Queen	v. Potiskum (1964) N.R.H.C.J. 9	146,164
The State	v. Aboki and ors. (NCH/13 C/1971) - unveröffentl.	101,143,146
The State	v. Adamu (M.) (JD/36 C/72) - unveröffentl.	76
The State	v. Adamu (S.) (NCH/8 C/1975) - unveröffentl.	169
The State	v. Adeleke in Daily Times (Lagos) vom 17.2.1975	162

	Seite
The State v. Aduwin (JD/9 C/1973) - unveröffentl.	83
The State v. Agadas (K/21 C/1969) - unveröffentl.	128
The State v. Aisame (NEM/15 C/1971)-unveröffentl.	152
The State v. Akinni and ors. in New Nigerian (Kaduna) vom 31.3. und 6.4.1976	139,162
The State v. Alhassan (NCH/10 C/1974) in C.R.B.129	135
The State v. Audu (NCH/7 C/1972) - unveröffentl.	65,76,79
The State v. Awami (NEM/10C/1972) -unveröffentl.	168
The State v. Bagudu in Daily Times (Lagos) vom 1.2.1975	90
The State v. Bamai (NCH/10 C/1970)- unveröffentl.	39,166
The State v. Buhari (NCH/2 C/1972)- unveröffentl.	64,104,10
The State v. Dabai (1964) N.R.H.C.J. (Z/18 C/1964)	63,64
The State v. Damladi (NCH/11 C/1975) in C.R.B.136	152
The State v. Danbiya (NWS/7 C/1973) - unveröffentl.	57,11
The State v. Daniel (NCH/12 C/1974)- unveröffentl.	169,17
The State v. Darnawa (NWS/42 C/1972)- unveröffentl.	58,59
The State v. Dass (JD/1 C/1970) .- unveröffentl.	77
The State v. Dogo (NWS/2 C/1970)- unveröffentl.	80

The State v. Dauru and ors. in Daily Times (Lagos) vom 2.6.1976	64,146
The State v. Faltaba (NEM/22 C/1971)- unveröffentl.	116
The State v. Fulani (1964) N.R.H.C.J. (Z/14 C/1964)	116,126
The State v. Gabako (NEM/150 C/1971) - unveröffentl.	172
The State v. Gadi (NEM/3 C/1972) - unveröffentl.	33,146,166
The State v. Gaji (NCH/3 C/1976) in C.R.B.146	113,153,173
The State v. Galadima (K/2 C/1970) - unveröffentl. and ors.	104,105
The State v. Gyang (JD/10 C/1975) - unveröffentl.	81
The State v. Ibrahim (H.) (NCH/9 C/1972) - unveröffentl.	49,67,165
The State v. Ibrahim (A.) (NCH/9 C/1974) in C.R.B. 130	113
The State v. Ibrahim (K/7 C/1969) - unveröffentl.	147,169
The State v. Idowu (1971) N.N.L.R. 93	42,165
The State v. Itopa (KWS/4 C/1970)- unveröffentl.	55,191
The State v. Jaba (NCH/14 C/1975) in C.R.B.145	133,152
The State v. Jire (1965) N.N.L.R. 52	64,87,102
The State v. Kaita (NCH/28 C/1969) - unveröffentl.	42,165
The State v. Kaltumi (NEM/34 C/1971) - unveröffentl.	77,143,153

		Seite
The State	v. Kamba (NWS/1 C/1972) - unveröffentl.	59
The State	v. Karimu (NCH/ 14 C/1974) und New Nigerian (Kaduna) vom 10.12.1974 and ors.	139,162
The State	v. Kaura (NCH/21 C/1969) - unveröffentl.	101,157
The State	v. Kela (NEB/45 C/1971) - unveröffentl.	143
The State	v. Kirbiti (1965) N.M.L.R. 146 and ors.	91,115
The State	v. Kola (NEY/100 C/1971) - unveröffentl. and ors.	31,143,157
The State	v. Kundumi (K/37 C/1967) - unveröffentl.	50
The State	v. Lankin (JD/12 C/1970) - unveröffentl.	79,81,91,93
The State	v. Magaji (NWS/5 C/1973) - unveröffentl.	33,146
The State	v. Maikarfi (NCH/.33 C/1969) - unveröffentl.	128
The State	v. Mairami (NEM/51 C/1972) - unveröffentl.	85
The State	v. Maiyaki (NCH/17 C/1976) in C.R.B. 142 and ors.	153
The State	v. Mamman (A.) (NWS/31 C/1973) - unveröffentl.	63,94,12
The State	v. Mamman (S.) (NCH/8 C/1974) - unveröffentl.	67,16
The State	v. Miri and ors. (Jan.-April 1968) F.S.C. 6 B	116
The State	v. Mohammadu (NEM/24 C/1972) - unveröffentl.	146

			Seite
The State v. Muhammadu	(NEB/55 C/1971) - unveröffentl.		147
The State v. Mumuni	(NWS/20 C/1973) - un- veröffentl.		33,133
The State v. Musa	(MD/64 C/1975) - unver- öffentl. (C.J.1975)		55,61
The State v. Na-Idi	(NCH/10 C/1972) - unveröffentl.		42,59,165
The State v. Nayaro	(NCH/9 C/1970) - unveröffentl.		128
The State v. Ndawoyo	(NEMU/32 C/1972)-unveröffentl.		151,152
The State v. Okafor and or.	(1964) N.R.H.C.J. (Z/10 C/1964)		115
The State v. Pandari	(NCH/10 C/1975) - unveröffentl.		103
The State v. Panshin	(NCH/10 C/1971) - unveröffentl.		152
The State v. Sharubutu	(NCH/7 C/1974) in C.R.B., S. 134		152
The State v. Sule	(JD/17 C/1966) - unveröffentl.		47,60,165
The State v. Wagga	(1964) N.R.H.C.J. 48		50,85
The State v. Wammi and ors.	(K/9 C/1969) - unveröffentl.		153
The State v. Wayum	(NEB/52 C/1971)- unveröffentl.		47,84
The State v. Yamusissika	(1974) 6 S.C. 53		162
The State v. Ya'u	(NCH/19 C/1975) in C.R.B. 150		40,76,129 154

Tsamia	v. Bauchi N.A.	(F.S.C. Oct. 26th, 1956)	7
Tubalo	v. The State	(1972) 6 S.C. 107	57, 66
Tulu	v. Bauchi N.A.	(July-Dec. 1965) F.S.C. 35	42, 146
Uwua	v. The State	(Jan.-May 1967) F.S.C. 1 A	119
Vorgho	v. The State	(1972) N.M.L.R. 17 und (1972) 5 S.C. 1	171
Wakka	v. The State	(S.C. 124/1971) - unveröffentl.	165
Yalwa and ors.	v. The State	(1970) 1 All N.L.R. 288 und (1972) 2 L.N.R. 12	50, 76, 80
Yanor and or.	v. The State	(S.C. 165/1965) - unveröffentl.	164
Yola	v. Kano N.A.	(1961) 1 All N.L.R. 549	164

Lebenslauf

Am 29.6.1946 wurde ich in Mücheln/Kr. Merseburg als Sohn der Apothekenassistentin Gerda Nagel, geb. Zippel, und des Ingenieurs Hellmut Nagel geboren. Nach dreizehnjähriger Schulzeit legte ich im Frühjahr 1966 an dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Carl-Jacob-Burckhard-Gymnasium in Lübeck die Reifeprüfung ab. Nach 18 Monaten Militärdienst beim Bundesgrenzschutz begann ich im Herbst 1967 in Kiel das Studium der Rechtswissenschaften, welches ich in Freiburg nach dem vierten Fachsemester fortsetzte. Im Dezember 1972 bestand ich in Freiburg die Erste, im Juni 1975 in Stuttgart die Zweite juristische Staatsprüfung.

Seit 1974 habe ich als wissenschaftliche Hilfskraft, als wissenschaftlicher Angestellter bzw. als Stipendiat an einem Forschungsprojekt des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg über Tötungsdelikte in Nigeria mitgearbeitet; mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft war es mir möglich, von November 1975 bis Juli 1976 in Nord-Nigeria Feldforschung für die vorliegende Arbeit durchzuführen.

Freiburg i.B., im August 1977

